

DEN OPFERN EINEN NAMEN GEBEN

Bildungsmaterial zur Erinnerung
an die Todesopfer rechter Gewalt
in Sachsen-Anhalt seit 1990

Rick Langenstein
Hans-Joachim Sbrzesny
Martin Görges
Andreas Oertel
Willi Worg
Alberto Adriano
Helmut Sackers
Jörg Danek
Hans-Werner Gärtner
Frank Böttcher
Eberhart Tennstedt
Matthias Lüders
Torsten Lamprecht

Impressum

Den Opfern einen Namen geben.
Bildungsmaterial zur Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt seit 1990

Herausgeberin:

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Platanenstr. 9
06114 Halle (Saale)
Tel.: 0345 / 2 26 71 00
Fax: 0345 / 2 26 71 01
E-Mail: bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

Homepage: www.mobile-opferberatung.de
Erinnerungswebsite: www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de
Facebook: www.facebook.com/MobileOpferberatung
Twitter: www.twitter.com/opferberatung

in Trägerschaft von



Konzept:

Zissi Sauermann
Rebecca Plassa
Anika Döhring

Unter Mitarbeit von:

Hannah Krugmann
Franziska Göpner

Autor*innen:

Alle nicht namentlich gekennzeichneten Texte wurden von der Mobilen Opferberatung verfasst.

Fotos:

Cover (S. 1): TimToppik / photocase.de; A-Teil (S. 18&19): Mahnwache für Frank Böttcher im Februar 1997 am Tatort in Magdeburg (© Christian Ditsch); B-Teil (S. 96&97): Kampagnenfoto für einen bundesweiten »Tag gegen antimuslimischen Rassismus« 2015 (© RAMSA e.V.); C-Teil (S. 124&125): erstes öffentliches Gedenken an Helmut Sackers 2014 am Tatort in Halberstadt (© MOB)

Gestaltung:

Claudia Sikora

Druck:

mit solidarischer Unterstützung von druck-zuck, Homepage: www.druck-zuck.net

Erscheinungsdatum:

Juli 2019

Bestell- und Downloadmöglichkeiten:

Je ein gedruckter Ringordner kann als Kopiervorlage von Initiativen, Multiplikator*innen oder Institutionen kostenfrei bei der Mobilen Opferberatung oder der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt bestellt werden. Darüber hinaus steht das Material auf der Erinnerungswebsite der Mobilen Opferberatung sowie der Homepage der Heinrich Böll Stiftung Sachsen-Anhalt zum Download zur Verfügung.

Erstellung und Druck des Bildungsmaterial entstanden in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung Sachsen-Anhalt

Leipziger Straße 36
06108 Halle (Saale)
Tel.: 0345 / 2 02 39 29
E-Mail: info@boell-sachsen-anhalt.de

Homepage: www.boell-sachsen-anhalt.de
Facebook: www.facebook.com/BoellSachsenAnhalt
Twitter: www.twitter.com/hbs_lsa

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA bzw. des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms

und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt



» (...) Mein Vater wurde von Neonazis ermordet. Soll mich diese Erkenntnis nun beruhigen? Das Gegenteil ist der Fall. In diesem Land geboren, aufgewachsen und fest verwurzelt, habe ich mir über Integration noch nie Gedanken gemacht. Heute stehe ich hier, traure nicht nur um meinen Vater und quäle mich auch mit der Frage, bin ich in Deutschland zu Hause? Ja klar, bin ich das.

Aber wie soll ich mir dessen noch gewiss sein, wenn es Menschen gibt, die mich hier nicht haben wollen und die zu Mördern werden, nur weil meine Eltern aus einem fremden Land stammen. Soll ich gehen? Nein, das kann keine Lösung sein. Oder soll ich mich damit trösten, dass wahrscheinlich nur Einzelne zu solchen Taten bereit sind? Auch das kann keine Lösung sein. In unserem Land, in meinem Land muss sich jeder frei entfalten können, unabhängig von Nationalität, Migrationshintergrund, Hautfarbe, Religion, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Lasst uns nicht die Augen verschließen und so tun, als hätten wir dieses Ziel schon erreicht. Meine Damen und Herren, die Politik, die Justiz, jeder Einzelne von uns ist gefordert. Ich habe meinen Vater verloren, wir haben unsere Familienangehörigen verloren. Lasst uns verhindern, dass das auch anderen Familien passiert. Wir alle gemeinsam zusammen, nur das kann die Lösung sein.«

Semiya Şimşek, Tochter des am 9. September 2000 in Nürnberg ermordeten
Enver Şimşek bei der zentralen Gedenkveranstaltung für die Opfer des
Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) am 23. Februar 2013 in Berlin

INHALT

4	Inhalt
6	Vorwort der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt
7	Einleitung
10	Einführung ins Bildungsmaterial
14	Wahrnehmung und Anerkennung der tödlichen Dimension rechter Gewalt (Heike Kleffner)



TEIL A Todesopfer rechter Gewalt

20	Torsten Lamprecht
23	Ideen zur Weiterarbeit
26	Matthias Lüders
28	Ideen zur Weiterarbeit
30	Eberhart Tennstedt
32	Ideen zur Weiterarbeit
38	Frank Böttcher
40	Ideen zur Weiterarbeit
44	Hans-Werner Gärtner
47	Ideen zur Weiterarbeit
50	Jörg Danek
53	Ideen zur Weiterarbeit
56	Helmut Sackers
58	Ideen zur Weiterarbeit
60	Alberto Adriano
62	Ideen zur Weiterarbeit
66	Willi Worg
68	Ideen zur Weiterarbeit
70	Andreas Oertel
72	Ideen zur Weiterarbeit
76	Martin Görges
78	Ideen zur Weiterarbeit
84	Hans-Joachim Sbrzesny
86	Ideen zur Weiterarbeit
92	Rick Langenstein
94	Ideen zur Weiterarbeit



TEIL B Rechte Ideologie

- 98 Was ist rechte Gewalt? (Zissi Sauermann)
- 102 Was ist Rassismus? (Hanna Hoa Anh Mai)
- 106 Was ist Antisemitismus? (Judith Rahner)
- 109 Was ist Sozialdarwinismus? (Zissi Sauermann)
- 112 Was ist Antiromaismus? (Kathrin Krahel)
- 115 Was sind Homo-, Inter und Trans*feindlichkeit? (Michael Rogenz)
- 118 Glossar (Zissi Sauermann)



TEIL C Aktiv werden

- 126 Warum erinnern? (Zissi Sauermann)
- 129 Symbolische Gesten und blinde Flecken (Matthias Groß)
- 131 Gedenken und Aufklären: Beispielhafte Initiativen zur Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt
- 150 In Aktion treten I: Gedenken mit Sprühkreide visualisieren
- 153 In Aktion treten II: Erinnern und Kontextualisieren mit Audiowalk
- 157 Aktiv werden: Versammlungsrechtliche Grundlagen



Anhang

- 164 Evaluationsbogen
- 166 Literaturverzeichnis

VORWORT DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG SACHSEN-ANHALT

Liebe Leser*innen,

rechte Gewalt ist tödlich. Die im Bildungsmaterial vorgestellten 13 Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt und mindestens 169 Todesopfer in ganz Deutschland seit 1990 zeugen davon. Ob aus Rassismus, Antisemitismus, Antiromaismus, Islamfeindschaft, Verachtung für Menschen ohne festen Wohnsitz, für Menschen mit Behinderung oder Hass auf politische Gegner*innen, immer lag diesen Gewalttaten eine Ideologie zugrunde, in der Menschen die Gleichwertigkeit und das Existenzrecht abgesprochen werden. Mit dem vorliegenden Bildungsmaterial wollen wir den Blick auf die vergessenen Toten rechter Gewalt lenken und darauf, dass in vielen Kommunen in Sachsen-Anhalt (aber nicht nur dort) an die Todesopfer rechter Gewalt – bislang – öffentlich nicht erinnert wird, ja, dass sie häufig dem Vergessen anheim gegeben sind. Und dies, obwohl Hinterbliebene nicht nur um die Anerkennung ihrer Liebsten als Todesopfer rechter Gewalt kämpfen, sondern auch um ein öffentliches, würdiges Gedenken. Umso wichtiger ist daher die Arbeit von Miteinander e.V. und der Mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt. Sie starteten im Jahr 2013 die Kampagne »Wir erinnern an Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt«. Sie bildet den Ausgangspunkt für das nunmehr vorliegende Bildungsmaterial.

Dem unermüdlichen Wirken der Mobilen Opferberatung ist es zu verdanken, dass ein in dieser Form einzigartiges Bildungsmaterial entwickelt wurde: Die Darstellung der Schicksale der Opfer ermöglicht uns allen einen persönlichen Zugang und ist gleichzeitig mit theoretischen Grundlagen für das Verständnis der ideologischen Hintergründe verknüpft. Hinzu kommen Beispiele für gelungene Erinnerungspraktiken. Die Materialien sensibilisieren dabei zugleich auch für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich weit verbreiteten Vorurteilen und regen zum kritischen Hinterfragen von Machtverhältnissen und Ungleichheitsstrukturen unserer Gesellschaft an.

Schließlich ist das Erinnern an Todesopfer rechter Gewalt und das würdige Gedenken an sie auch ein politischer Akt. Ein Akt, an der Stelle von kollektiv Vergessenem das Leben – und Sterben – der Opfer wieder sichtbar und auffindbar zu machen. Im Angebot von Möglichkeiten gemeinsamen Handelns gegen das gesellschaftliche Verdrängen und für eine aktive Erinnerung liegt das Potential dieses Bildungsmaterials. Es ist zum einen Ausdruck eines solidarischen Zusammenstehens und Agierens mit Betroffenen und Hinterbliebenen. Zum anderen ist es eine deutliche öffentliche Absage an Politiken, Praktiken und Ideologien der Ungleichheit.

Für uns als Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt ist die Bildungsarbeit zu rechten Strukturen, Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus, Antiromaismus und Sozialdarwinismus ein wichtiges Thema. Mit den Materialien, die in Kooperation mit der Mobilen Opferberatung Sachsen-Anhalt entstanden sind, wollen wir eine Lücke schließen.

Wir wünschen dem Bildungsmaterial viele engagierte Leser*innen, Bearbeiter*innen und potentielle Aktivist*innen für eine aktive Erinnerungspraxis an die Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Halle, Juli 2019

Rebecca Plassa, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt



Demonstration »Kein Schlussstrich« am 11. Juli 2018 in Halle (Saale) (© Transit Magazin)

EINLEITUNG

Mindestens 169 Menschen sind in Deutschland zwischen 1990 und 2017 nach politisch rechts, rassistisch oder antisemitisch motivierten Gewalttaten gestorben. Darunter befinden sich auch die 13 Menschen, die in Sachsen-Anhalt seit 1990 durch rechte Gewalt getötet wurden und deren Schicksale die Mobile Opferberatung gemeinsam mit Hinterbliebenen, lokalen Initiativen und Freund*innen auf der Erinnerungswebsite www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de seit 2014 dokumentiert.¹

Die Opfer waren junge Punks, Arbeitsmigranten, Wohnungslose, »politische Gegner« und Menschen, die dafür gehalten wurden, sowie Menschen mit psychischen und physischen Beeinträchtigungen. Doch lediglich sieben der Getöteten werden in den offiziellen Statistiken des Landes Sachsen-Anhalt als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Dabei haben wir in der Unterstützung von Angehörigen und Freund*innen, die ihren geliebten Partner, Vater, Sohn oder Freund verloren haben festgestellt, wie wichtig eine offizielle und öffentliche Anerkennung und Thematisierung der Hintergründe für das familiäre und soziale Umfeld ist.

Als wir im Sommer 2013 die Kampagne »Wir erinnern an Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt« starteten, waren viele der Todesopfer und die dahinterstehenden Taten längst aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Und an vielen Tatorten und in vielen Städten erinnert bis heute nichts mehr an die begangenen Verbrechen.² Zudem beschränkte sich das öffentliche Gedenken auf vier Todesopfer rechter Gewalt in Dessau-Roßlau und Magdeburg. Hier organisieren Initiativen und Bündnisse seit vielen

1 Hinzu kommen in Sachsen-Anhalt zwei Verdachtsfälle.  bit.ly/verdachtsfälle-lsa


2 Alle ehemaligen Tatorte wurden im Rahmen der Erinnerungswebsite fotografiert und kartografiert und damit zum Teil erst wieder auffind- und sichtbar gemacht

3  Alberto Adriano
(S. 60 f.)


4  Torsten Lamprecht
(S. 20 ff.)

5  Frank Böttcher
(S. 38 f.)


6  Rick Langenstein
(S. 92 f.)

7  Helmut Sackers
(S. 56 f.)


8  Jörg Danek
(S. 50 ff.)

9  Hans-Joachim
Sbrzesny (S. 84 f.)

10 mit Stele, Wegum-
benennung oder
Gedenksteinen

11 zu den Schwierigkei-
ten und Ambivalenzen
siehe auch  Symboli-
sche Gesten und blinde
Flecken (S. 129 f.)

12 vgl. auch  Warum
erinnern? (S. 126 ff.)

13  Wahrnehmung
und Anerkennung der
tödlichen Dimension
rechter Gewalt (S. 14 ff.)

Jahren immer wieder berührende Gedenkveranstaltungen anlässlich der jeweiligen Todestage für Alberto Adriano³, Torsten Lamprecht⁴, Frank Böttcher⁵ und Rick Langenstein⁶.

In 2014 und 2015 konnte die Mobile Opferberatung drei neue Gedenkinitiativen anstoßen, die seitdem an den jeweiligen Todestagen öffentlich an Helmut Sackers⁷ in Halberstadt und Jörg Danek⁸ in Halle (Saale) erinnern. Seit 2014 wird am Tag der Erinnerung an Alberto Adriano in Dessau-Roßlau auch explizit Hans-Joachim Sbrzesnys⁹ gedacht. Allerdings ist ein Ziel aller drei Initiativen noch nicht erreicht: die Einrichtung sichtbarer Gedenkort als beständige räumliche Fixpunkte des Erinnerns, des Mahnens und als Zeichen der Anerkennung und Solidarität mit Hinterbliebenen und Betroffenen rechter Gewalt.

Dass einige der Tatorte auch über die Jahrestage hinaus zu manifesten Gedenkort¹⁰ geworden sind, ist vor allem dem Engagement von Hinterbliebenen, dem sozialen Umfeld der Getöteten sowie Erinnerungs- und weiteren Initiativen vor Ort zu verdanken. Und dass eine öffentlich sichtbare Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt weiterhin umkämpft ist, zeigen nicht zuletzt die wiederholten Schändungen der Gedenkort und das – teilweise vergebliche – Bemühen der Initiativen um finanzielle Mittel zur Instandsetzung.¹¹

Mit ihrer Erinnerungsarbeit engagiert sich die Mobile Opferberatung für ein würdiges, öffentliches Gedenken an alle Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt¹². Damit wollen wir auch oft vergessene und gesellschaftlich besonders marginalisierte Betroffengruppen sichtbar machen: Wohnungslose und sozial Randständige sowie Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen.

Ziele, Zielgruppen und Aufbau des Materials

Mit dem nun vorliegenden Bildungsmaterial, das in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt entstanden ist, setzen wir diese Bemühungen fort. Die Idee dahinter: Unser über fast zwei Jahrzehnte erworbenes Wissen und zusammengetragenes Material aus der Unterstützung von Hinterbliebenen und Betroffenen bestmöglich für eine intensive Befassung mit dem Themenkomplex zugänglich zu machen.

Ziel ist es, vor allem jungen Menschen und weiteren Interessierten die Schicksale der Getöteten näher zu bringen, für die Perspektiven Hinterbliebener und Betroffener rechter Gewalt und damit auch für verschiedene Lebenslagen, Alltagswelten, Diskriminierungsformen und gesellschaftliche Machtverhältnisse zu sensibilisieren. Die Befassung mit den ideologischen Hintergründen der Taten, deren Bedingungsfaktoren, Kontinuitätslinien und gesellschaftlichen Verbreitung soll ein Bewusstsein für rechte Gewalt und ihre tödliche Dimension als virulentes Phänomen in dieser Gesellschaft schaffen. Auf dieser Grundlage sollen schließlich Handlungsoptionen aufgezeigt und eigene Gedenkinitiativen angeregt werden.

Denn ohne engagierte Menschen und Gruppen vor Ort, die Anteil nehmen am Schicksal der Getöteten und ihrer Hinterbliebenen, die sensibel sind für die Wünsche und Forderungen von Betroffenen rechter Gewalt und die bewusst und reflektiert Verantwortung übernehmen sind Erinnerungsaktivitäten an Todesopfer rechter Gewalt kaum realisierbar.

Hauptzielgruppen für die Arbeit mit dem Material sind (Jugend)-Initiativen, die sich als antifaschistisch und antirassistisch verstehen sowie weitere Lobby- und Selbstorganisationen (potenziell) Betroffener, Schüler*innen, Auszubildende, Jugendliche in gewerkschaftlichen und kirchlichen Zusammenhängen ab 16 Jahren, aber auch interessierte Einzelpersonen und weitere Multiplikator*innen.

Das Bildungsmaterial ist in drei Teile gegliedert: Nach einem Einführungstext zu den anhaltenden behördlichen Wahrnehmungsdefiziten und ihren Hintergründen¹³ finden sich im **A-Teil** die Fallgeschichten zu den Todesopfern rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Hier stehen ihre Schicksale, die Taten und deren strafrechtliche (Nicht-)Aufarbeitung sowie das öffentliche Gedenken im Mittelpunkt. Die Fallgeschichten basieren auf eigenen Prozessbeobachtungen, einer Auswertung der Gerichtsurteile, der Presseberichterstattung und weiteren Quellen sowie auf Gesprächen mit Hinterbliebenen und dem sozialen Umfeld der Getöteten, Anwalt*innen oder mit Kooperationspartner*innen vor Ort. Die daran anschließenden Ideen zur Weiterarbeit ermöglichen Gruppen gemeinsame Reflexionen zu hinter den Taten stehenden Ideologien, den Lebensrealitäten potenziell Betroffener, öffentlichen Reaktionen, den juristischen Folgen oder der behördlichen Anerkennungspraxis. Der letzte Aufgabenkomplex schließlich will eine Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Gedenken und den eigenen Möglichkeiten anregen.



Kampagnenfoto für einen bundesweiten »Tag gegen antimuslimischen Rassismus« 2015 (© RAMSA e.V.)

Teil B nimmt die Hintergründe der Taten in den Blick. Neben einer grundlegenden Beschäftigung mit dem Begriff rechte Gewalt sind hier jeweils kurze theoretische Einführungstexte zu wesentlichen ideologischen Grundlagen¹⁴ zu finden, auf die auch viele der Aufgaben aus dem A-Teil verweisen. Hierin stellen die Autor*innen die jeweiligen Begriffsgeschichten und historischen Zusammenhänge, Bezüge zum Nationalsozialismus sowie aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Verbreitungen dar. Am Ende finden sich zudem Empfehlungen für eine weitergehende Beschäftigung. In einem Glossar¹⁵ werden schließlich zentrale Begriffe erläutert und kontextualisiert, die im Material selbst, in der Berichterstattung zu den Fällen oder weiteren verlinkten Texten immer wieder genutzt werden.

Teil C widmet sich dem Erinnern und Gedenken: Der Einführungstext versucht Antworten auf die Frage zu geben, warum ein Erinnern an Todesopfer rechter Gewalt wichtig ist.¹⁶ In einem weiteren Text reflektiert der Autor die schwierigen Rahmenbedingungen und eigene Ansprüche nicht-staatlicher Gedenkinitiativen an rechte Mord- und Gewalttaten.¹⁷ Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie vielfältig ein Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt im bundesweiten Kontext realisiert wird, werden zudem einige beispielhafte Erinnerungsinitiativen vorgestellt.¹⁸ In zwei weiteren Texten wurden Beispiele zum Aktivwerden so aufgearbeitet, dass sie nicht nur anregen, sondern auch eine konkrete Umsetzung erleichtern sollen.¹⁹ Ein Text zu wesentlichen rechtlichen Grundlagen bietet schließlich Orientierung für die Planung und Durchführung von Versammlungen.²⁰

Im **Anhang** ist neben dem Literaturverzeichnis²¹ schließlich auch ein Evaluationsbogen²² zu finden, den Nutzer*innen des Materials zum Feedback ausfüllen und uns zur Überarbeitung und Verbesserung des Materials zukommen lassen können.

Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich bei allen bedanken, die die Erstellung des Bildungsmaterials möglich gemacht haben: Den Angehörigen und Freund*innen der Getöteten für ihr Vertrauen und beeindruckendes Engagement, das Inspiration und Ermutigung zugleich ist; den Gedenkinitiativen vor Ort für ihr unermüdliches Wirken gegen das Vergessen; den Mitwirkenden am Material für ihre konzeptionellen Überlegungen, ihr kritisches Feedback und die Erstellung der Theorietexte sowie den unterschiedlichen Medien, Archiven und weiteren Aktiven, die uns Material oder Fotos zur Verfügung gestellt haben. Unser besonderer Dank gilt der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, deren Unterstützung für die Realisierung des Bildungsmaterials wesentlich war. Und wir möchten uns bei Ihnen und Euch bedanken – für Ihr und Euer Interesse und die Offenheit für die Schicksale ganz unterschiedlicher Menschen, deren Leben gewaltsam beendet wurde, weil die Täter von Menschenverachtung getrieben wurden.

Das Team der Mobilen Opferberatung

14 Was ist ...
→ Rassismus? (S. 102 ff.)
→ Antisemitismus? (S. 106 ff.) → Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)
→ Antisemitismus? (S. 112 ff.) → Was sind Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

15 Glossar: Rechts, rechtsextrem, rechtspopulistisch? (S. 118 ff.)

16 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

17 Symbolische Gesten und blinde Flecken (S. 129 ff.)

18 Gedenken und Aufklären – beispielhafte Initiativen zur Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt (S. 131 ff.)

19 In Aktion treten I und II (S. 150 ff. und 153 ff.)

20 Aktiv werden: Versammlungsrechtliche Grundlagen (S. 157 ff.)

21 Literaturverzeichnis (S. 166 ff.)

22 Evaluationsbogen (S. 164 ff.)

EINFÜHRUNG INS BILDUNGSMATERIAL

1 mit zahlreichen internen Verweisen zu B: Ideologische Grundlagen (S. 98 ff.) und C: Gedenken (S. 126 ff.)

2 z.B. mit Hinweisen auf Parallelen zwischen den Fallgeschichten oder zu ideologischen Hintergründen

Das Material ist so konzipiert, dass es selbstorganisierten Gruppen eine eigenständige, interessen-geleitete Beschäftigung ohne professionelle Anleitung ermöglichen soll. Darüber hinaus ist es aber auch für Multiplikator*innen im schulischen und außerschulischen Bereich nutzbar.

Ausgangspunkt für eine intensive und weiterführende Befassung mit den jeweiligen Schicksalen der Getöteten, ideologischen Grundlagen, Reaktionen und weiteren Kontexten bildet **Teil A**¹. Die einzelnen Kapitel zu den Todesopfern rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt sind jeweils als eigenständige Workshops durchführbar.

Da es sowohl für bislang noch nicht mit dem Thema befasste als auch fortgeschrittenen Nutzer*innen verständlich sein und zugleich vielfältige Anregungen und Möglichkeiten der Vertiefung bieten soll, sind alle Texte so aufgebaut, dass sich jeweils in den rechten Seitenspalten weiterführende Hinweise finden – kurze Worterklärungen oder ergänzende Informationen einerseits und weiterführende Verweise innerhalb des Materials² oder Weblinks andererseits. Letztere sind insbesondere für Interessierte gedacht, die – unabhängig von den Workshops – eher einzelne Texte lesen und sich das Material – je nach Interessen, Vorwissen und zeitlichen Möglichkeiten – weiter erschließen möchten.

Arbeit mit Teil A

Will sich eine Gruppe mit allen zusammengestellten Aspekten zu einem Todesopfer rechter Gewalt befassen, bietet das jeweilige Material inklusive Vorstellungs- und Abschlussrunde Stoff für einen etwa 5- bis 5 ½- stündigen Tagesworkshop. So sind für die jeweilige inhaltliche Vertiefung insgesamt ca. 3 ½ Stunden reine Bearbeitungszeit vorgesehen. Dazu kommen noch Pausen, die z.B. nach Beendigung eines Themenkomplexes für mindestens 10 bis 15 Minuten eingeplant werden sollten. Wichtig für die Planung eines kompletten Tagesworkshops ist zudem eine längere (Essens-)Pause von mindestens 30 Minuten.

Durch die Unterteilung in Themenkomplexe ist aber auch möglich, sich aus allen Ideen für die Weiterarbeit einige bedarfsgerecht zur Bearbeitung herauszugreifen. Dabei sollte allerdings darauf geachtet werden, dass einige der Aufgaben aufeinander aufbauen.

Die Beschäftigung mit den Schicksalen der Getöteten und mit den konkreten Tatumständen verlangt den Nutzer*innen des Bildungsmaterials einiges ab: Sie kann fassungs- und sprachlos, hilflos und wütend machen, aber auch Ängste auslösen. Gerade für Menschen, die bereits rechte Gewalt erleben mussten oder als potenziell Betroffene auch im Alltag diskriminiert werden, können einzelne Inhalte Erinnerungen an eigene traumatische Erfahrungen auslösen. Umso wichtiger ist es, mit solchen Gefühlen nicht alleine zu bleiben, ggf. eigene Grenzen thematisieren zu können und einen respektvollen Umgang damit zu erfahren sowie in der Gruppe gut aufeinander zu achten.



Möglicher Ablauf eines Workshops

1. Einstieg

Ein Orientierung gebender und das gegenseitige Kennenlernen befördernder Einstieg ist wichtige Basis für eine offene, vertrauensvolle und konstruktive Workshopatmosphäre. Inhalte können sein:

- ggf. kurze persönliche Vorstellung³ (z.B. Name, Alter, Hintergrund)
- Vorstellung der eigenen Motivation zur Teilnahme (z.B. Warum bin ich heute hier? Warum interessiere ich mich für das Thema? Was ist mir besonders wichtig?)
- ggf. Einigung über Moderation und Abklärung grober zeitlicher Rahmen
- ggf. Einigung über Kommunikationsregeln (Was ist mir beim Umgang miteinander im Workshop wichtig? → Ableitung Regeln)⁴
- Klärung organisatorischer Rahmen (Räumlichkeiten, Pausen etc.)

🕒 je nach Gruppengröße und Bedarfen etwa 20 bis 30 min

3 falls sich nicht alle Teilnehmer*innen kennen

4 siehe z.B.  bit.ly/macht-sprache-macht (S. 78 f.)

5 siehe  Übersicht Icons (S. 13)

2. Befassung mit einer Fallgeschichte

Die jeweiligen Fallgeschichten vermitteln Informationen zur Person des Getöteten, zur Tat, dem Strafprozess sowie zum öffentlichen Gedenken. Zwei kurze Reflexionsfragen im Anschluss sollen helfen, erste Gedanken und Empfindungen zu den Schilderungen zu artikulieren und die Gruppe darüber ins Gespräch zu bringen.

🕒 Hierfür sind – ohne die weiterführenden Links in der rechten Seitenspalte zu beachten – etwa 20 min einzuplanen. Danach kann bei Bedarf eine kurze Pause hilfreich sein.

3. Bearbeitung der Ideen zur Weiterarbeit

Aufbauend auf den Fallgeschichten finden sich auf den Folgeseiten jeweils nach thematischen Schwerpunkten gegliederte Ideen zur Weiterarbeit, die vollständig oder nach Bedarf und Interessen ausgewählt und bearbeitet werden können.

Jedem Aufgabenkomplex sind Angaben zu benötigtem Material vorangestellt. Die jeweiligen Icons⁵ zu Beginn jeder Aufgabe sollen zudem eine schnelle Erfassung der Aufgabenstellung ermöglichen. Falls mehr als drei Menschen am Workshop teilnehmen macht es Sinn, das Plenum den jeweiligen Arbeitsanweisungen entsprechend in Kleingruppen aufzuteilen. Aufgrund des sensiblen Themas sollten sich die Beteiligten ihre Kleingruppe jeweils themenspezifisch selbst wählen können.

🕒 Jede Aufgabe sowie jeder Aufgabenkomplex ist mit einer Angabe zur ungefähr vorgesehenen Bearbeitungszeit versehen. Pausenzeiten sind hier nicht aufgeführt und sollten den Bedarfen, Interessen und Rahmenbedingungen angepasst werden.



Motiv einer Postkarte der Mobilien Opferberatung zur Unterstützung nach LGBTTIQ-feindlichen Angriffen



© MaxPixel

6 >> Evaluationsbogen
(S. 164 f.)

7 Download unter
www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de/bildungsmaterial
und
www.boell-sachsen-anhalt.de/2019/06/den-opfern-einen-namen-geben

4. Abschlussrunde und Feedback

Gerade bei einem so schwierigen und auch emotional herausfordernden Thema sollten die Teilnehmer*innen nicht ohne eine Abschlussrunde auseinandergehen und die Möglichkeit erhalten, den Workshop insgesamt zu reflektieren. Hier kann es darum gehen zu artikulieren, was die Teilnehmer*innen besonders bewegt oder beeindruckt hat, welche Ideen sie mitnehmen oder ob es Bedarf für weiterführende Treffen, beispielsweise zur Planung konkreter Gedenkaktivitäten gibt.

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn es Interesse gäbe, uns ein Feedback zum Gelingen des Workshop und den bearbeiteten Inhalten des Bildungsmaterials zu geben. Hierfür können uns Fotos der Arbeitsergebnisse übermittelt sowie der im Anhang befindliche Evaluationsbogen⁶ genutzt und am Ende des Workshops zum Ausfüllen ausgeteilt werden.

🕒 ca. 20 bis 25 min

Rahmenbedingungen

Organisation und Vorbereitung

Viele der Aufgaben sind zunächst als Kleingruppenarbeit vorgesehen. Deshalb sollte bei der Auswahl des Workshoportes darauf geachtet werden, dass ausreichend Platz bzw. mehrere Rückzugsräume für ein ungestörtes Arbeiten zur Verfügung stehen. Zudem sollten Getränke und ggf. Essen für die Pausen organisiert werden.

Für die konkrete inhaltliche Planung erscheint wichtig zu überlegen, wieviel Zeit Ihr Euch für die Beschäftigung mit dem Material insgesamt nehmen wollt und könnt. Steht weniger Zeit zur Verfügung als für die komplette Bearbeitung der Ideen zur Weiterarbeit angedacht, müsste eine inhaltliche Vorauswahl der Aufgaben getroffen und in der Vorlage entsprechend markiert werden.

Neben dem Ausdrucken⁷ bzw. Kopieren einer ausreichenden Anzahl von Fallgeschichten und Ideen zur Weiterarbeit sollten die Organisator*innen des Workshops bereits im Vorfeld im Blick haben, was an weiteren Materialien und ggf. technischen Voraussetzungen zur Bearbeitung der Aufgaben benötigt wird. Hierzu findet sich vor jedem Aufgabenkomplex eine entsprechende Angabe. Ist eine W-LAN-Verbindung nutzbar, können alle Texte prinzipiell auch online auf Laptops oder notfalls auch auf Mobiltelefonen gelesen werden. Allerdings empfiehlt es sich gerade bei längeren und komplexeren Texten, in denen laut Aufgabenstellung Passagen markiert werden sollen, eine ausreichende Anzahl Ausdrucke vorzubereiten. Ansonsten kann bzgl. der Materialangaben auch improvisiert, also z.B. Posterrückseiten oder mehrere A4- statt Flipchartblätter oder Kugelschreiber statt Textmarker verwendet werden.

Moderation, Dokumentation und Feedback

Ist keine externe Begleitung oder professionelle Anleitung vorgesehen, sollten sich selbstorganisierte Gruppen auf einen oder zwei Menschen einigen, die die Moderation übernehmen, auf die Einhaltung bzw. bedarfsgerechte Anpassung der Zeitvorgaben sowie auf ausreichend Pausen achten⁸. Ebenso wichtig erscheint es, auf einen machtkritischen, diskriminierungssensiblen und respektvollen Umgang in der Gruppe zu achten.⁹

Manchmal ist – insbesondere für die Kleingruppenarbeit – eine Visualisierung der Ergebnisse auf Flipchartblättern vorgesehen. Auch hier braucht es Menschen, die das übernehmen wollen sowie eine vorherige Absprache, wer die Vorstellung im Plenum übernimmt. Zur Ergebnissicherung wäre es am Ende sinnvoll, Fotos von den erstellten Flipchartblättern zu machen. Schließlich wäre es nicht zuletzt für uns sehr hilfreich, wenn sich Menschen für das Austeilen, Einsammeln und Übermitteln der Feedbackbögen¹⁰ verantwortlich fühlen.

8 beispielsweise nach Beendigung eines Themenkomplexes, spätestens aber nach etwa 1 ½ Stunden für mindestens 10 bis 15 Minuten

9 siehe auch bit.ly/respect-guide

10 Evaluationsbogen (S. 164 f.)

Übersicht Icons

Die Icons für interne Verweise dienen der besseren Orientierung innerhalb des Bildungsmaterials. Die grafische Darstellung der unterschiedlichen externen Verweise lässt sofort erkennen, um welches Medium es sich hierbei handelt. Darüber hinaus sollen weitere Icons eine schnelle Erfassung der jeweiligen Aufgabenstellungen ermöglichen.

ZEICHENÜBERSICHT

Interne Verweise:

- Verweis auf Einleitung und Einführungstexte
- Verweis auf Texte im A-, B- oder C-Teil
- Verweis auf den Anhang

Externe Verweise:

- Verweis zu einem Text im Internet
- Verweis auf ein Audio im Internet
- Verweis auf ein Video oder Fotos im Internet
- Verweis auf Literatur (offline)

Icons zum Erfassen der Aufgabe:

- Lesen
- Anhören
- Ansehen
- Diskutieren
- Vergleichen
- Recherchieren
- Material
- Exkursion
- zeitliche Orientierung zur Bearbeitung einer Aufgabe



»Kein Schlussstrich«-Demonstration zur Urteilsverkündung im NSU-Prozess am 11. Juli 2018 in München (© Henning Schlottmann)

WAHRNEHMUNG UND ANERKENNUNG DER TÖDLICHEN DIMENSION RECHTER GEWALT

von Heike Kleffner

1 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

2 bit.ly/interaktive-karte-todesopfer

3 bit.ly/verdachtsfalle-bundesweit

4 bit.ly/doku-todesopfer-aas

5 vgl. BT-Drs. 19/2769

6 Torsten Lamprecht (S. 20 ff.)

7 Matthias Lüders (S. 26 f.)

8 Frank Böttcher (S. 38 f.)

Die Bilanz ist erschreckend: Mindestens 169 Menschen sind nach aktuellen Recherchen der Zeitungen Tagesspiegel und ZEIT Online seit 1990 nach rechten, rassistischen, sozialdarwinistisch, antisemitisch oder antiziganistisch motivierten Gewalttaten¹ gestorben: Sie sind bei Brandanschlägen auf ihre Wohnhäuser und Flüchtlingsunterkünfte verbrannt, nach Messerangriffen verblutet, mit Feldsteinen und Baseballschlägern erschlagen worden.²

Hinzu kommen mindestens 61 Fälle, in denen es schwerwiegende Verdachtsmomente gibt, die auf einen rechten oder rassistischen Hintergrund verweisen.³ Die Amadeu Antonio Stiftung geht für den gleichen Zeitraum sogar von einer noch höheren Anzahl von 193 Todesopfern rechter Gewalt und 12 Verdachtsfällen aus.⁴

Weniger als die Hälfte staatlich anerkannt

Doch sowohl bundesweit als auch in Sachsen-Anhalt ist weniger als die Hälfte der Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 auch durch staatliche Behörden anerkannt. Die dramatische Erfassungs- und Anerkennungslücke bei der tödlichen Dimension rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt zeigt sich deutlich in einer Antwort der Bundesregierung im Juni 2018 auf eine entsprechende Kleine Anfrage von Petra Pau (Mdb/DIE LINKE): Zwischen 1990 und 2018 seien lediglich 83 Menschen durch rechte Gewalt ums Leben gekommen⁵, erklärte das Bundesinnenministerium.

In Sachsen-Anhalt erkennt das Landeskriminalamt lediglich sieben Todesopfer als Opfer rechter Gewalt an: Torsten Lamprecht (1992)⁶, Matthias Lüders (1993)⁷, Frank Böttcher (1997)⁸, Hans-Werner Gärtner

(1999)⁹, Jörg Danek (1999)¹⁰, Alberto Adriano (2000)¹¹ und Rick Langenstein (2008)¹². Zwar sei »bei den übrigen sechs Fällen« – Eberhart Tennstedt (1994)¹³, Helmut Sackers (2000)¹⁴, Willi Worg (2001)¹⁵, Andreas Oertel (2003)¹⁶, Martin Görges (2004)¹⁷ und Hans-Joachim Sbrzesny (2008)¹⁸ – »eine rechte politische Motivation für die Taten« nicht ausgeschlossen. In einigen Fällen lägen sogar Anhaltspunkte dafür vor, dass »eine solche Gesinnung bei einem oder mehreren der Tatbeteiligten vorhanden war und vielleicht auch bei der Tat oder zumindest der Brutalität der Tatausführung eine Rolle gespielt haben könnte.« Die »belastbaren Anhaltspunkte« seien aber »letztlich nicht ausreichend, um die bisherige statistische Erfassung zu ändern«, so das Fazit der Überprüfung von neun Fällen, die als Konsequenz aus der nicht erkannten rechtsterroristischen und rassistischen Motivation für die NSU-Mordserie von Innen- und Justizministerium Sachsen-Anhalts 2012 veranlasst worden war.¹⁹

In Gesprächen mit Hinterbliebenen – Familienangehörigen und Freund*innen – wird immer wieder eines deutlich: Sie wollen, dass die Hintergründe der Tat und die Motivation der Täter klar benannt werden und sie wollen, dass rechte Gewalt und ihre tödliche Dimension nicht länger verharmlost wird. Deshalb ist die Frage, ob und wie Todesopfer rechter Gewalt vom Staat anerkannt werden, keine akademische Debatte. Für die Angehörigen und Hinterbliebenen geht es auch und vor allem um die Anerkennung und Achtung der Menschenwürde der Opfer²⁰ und ein würdiges Gedenken an ihre Lieben. Für ein Bundesland wie Sachsen-Anhalt, in dem sich statistisch gesehen mindestens alle zwei Tage ein rechter Angriff ereignet, ist die Anerkennung der tödlichen Dimension rechter Gewalt zudem auch eine Frage von Prävention und ständiger Mahnung.

Die Diskrepanz zwischen den von den Medien und später den Opferberatungsstellen dokumentierten Todesopfern rechter Gewalt und deren staatlicher Anerkennung besteht schon seit knapp zwei Jahrzehnten: Schon zu Beginn der Langzeitdokumentation »Todesopfer rechter Gewalt seit 1990« im September 2000 hatten die Journalist*innen von Tagesspiegel und damals noch Frankfurter Rundschau mit 99 Todesopfern im Zeitraum von 1990 bis zum Sommer 2000 mehr als doppelt so viele Todesopfer rechter Gewalt dokumentiert wie die Bundesregierung, die zum damaligen Zeitpunkt lediglich von 38 Getöteten ausging.²¹

Reform der polizeilichen Erfassung und Loslösung vom Extremismusbegriff

Diese erste Dokumentation der tödlichen Dimension rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung bildete auch den Ausgangspunkt für eine Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straf- und Gewalttaten. Mit Wirkung zum 1. Januar 2001 wurde das neue, bundesweit gültige Definitionssystem »Politisch motivierte Kriminalität« (PMK)²² eingeführt, das für die Tötungsdelikte auch rückwirkend gelten sollte.

Die neue Zählweise war insofern bahnbrechend, als dass sie, so das BKA, eine »Loslösung von der bis dahin dominierenden Orientierung am Extremismusbegriff«²³ bedeutete »hin zu einem Definitionssystem, welches das tatauflösende politische Element in den Mittelpunkt stellt«²⁴. Bis dahin war zur Aufnahme in die Polizeilichen Staatsschutzstatistiken die Einstufung einer Tat als »extremistisch« – also als Bestrebung zur Überwindung der »Freiheitlich demokratische Grundordnung« (fdGO) – zwingend. Angriffe auf Geflüchtete, Wohnungslose, LGBTIQ*-Personen²⁵ oder Punks wurden häufig nicht als Staatsschutzdelikte registriert.

9 Hans-Werner Gärtner (S. 44 ff.)

10 Jörg Danek (S. 50 ff.)

11 Alberto Adriano (S. 60 ff.)

12 Rick Langenstein (S. 92 f.)

13 Eberhart Tennstedt (S. 30 f.)

14 Helmut Sackers (S. 56 f.)

15 Willi Worg (S. 66 f.)

16 Andreas Oertel (S. 70 f.)

17 Martin Görges (S. 76 f.)

18 Hans-Joachim Sbrzesny (S. 84 f.)

19 MI/ MJ 2013 (S. 42 f.)

20 vgl. Interview mit Dannenberg, Lebensgefährtin des am 29. April 2000 in Halberstadt getöteten Helmut Sackers bit.ly/mob-newsletter41 (S. 6 f.)

21 vgl. u.a. BT-Drs. 16/14122

22 mit den Phänomenbe-
reichen PMK-rechts,
PMK-links und PMK-
Ausländer

23 Glossar → Der
staatliche Extremismus-
begriff (S. 119 f.)

24 vgl. BKA 2016, S. 4


25 vgl. www.abqueer.de/infos-und-materialien/begriffe



Ibrahim Arslan, Überlebender des
rassistischen Brandanschlags in
Möln 1992 (© NSU-Tribunal)



26 angelehnt an den US-amerikanischen Begriff »Hate Crime«

27  Glossar → Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ... (S. 122 f.)

28 der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE


29 BT-Drs. 17/14600, S. 861

30 sowie einen z.B. im Themenfeld Hasskriminalität um die Unterthemen »antiziganistisch« und »islamfeindlich« ergänzten Themenfeldkatalog


31 vgl. u.a. Kleffner/Holzberger 2004; Lang 2015


32  www.fbi.gov/investigate/civil-rights/hate-crimes

33  www.cps.gov.uk/hate-crime

34 zur Kritik und Problematik der direkten Übersetzung von »race« mit »Rasse« statt »ethnischer Herkunft« vgl. u.a. Cremer 2008  bit.ly/problematik-begriff-rasse

35 vgl.  bit.ly/vbrg-monitoring

36  Was ist rechte Gewalt? → Unabhängiges Monitoring rechter Gewalt (S. 100 ff.)

37  Glossar: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ideologie der Ungleichwertigkeit (S. 122)

Ab 2001 sollten nun unter dem Themenfeld Hasskriminalität²⁶ auch Taten bundesweit einheitlich berücksichtigt werden, in denen Feindbilder der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«²⁷ zum Tragen kommen. Faktisch jedoch gab es von Anfang an erhebliche Unterschiede in der polizeilichen Anwendungsweise der Definition und entsprechend auch in den Ergebnissen der jährlich veröffentlichten Statistiken der Innenminister zur Politisch motivierten Kriminalität.

Zäsur nach der Selbstenttarnung des NSU?

Als Konsequenz aus der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 und den nachfolgenden parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zur staatlichen Mitverantwortung für die rassistische Mord- und Anschlagsserie wurde auch die polizeiliche Erfassung rechter Gewalt hinterfragt. Der erste NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag sah in seinen parteiübergreifenden Schlussfolgerungen²⁸ im September 2013 »große Schwächen« in der rein polizeilichen Erfassung rechtsmotivierter Straftaten, welche »sich exemplarisch an der Debatte um die Anerkennung der Todesopfer rechter Gewalt seit 1990« zeigten. Notwendig sei daher »die grundlegende Überarbeitung des »Themenfeldkatalogs PMK« – unter Hinzuziehung von Expertenwissen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft«. Zweitens riet der Ausschuss dazu, »einen verbindlichen gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz einzuführen (ggf. eine »Verlaufsstatistik PMK«) – zumindest bei PMK-Gewaltdelikten.«²⁹

Knapp drei Jahre dauerte der Evaluations- und Beratungsprozess zur Reform des Definitionssystems unter Federführung des BKA, in dessen Verlauf auch Wissenschaftler*innen sowie Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen angehört wurden. An dessen Ende im Sommer 2016 verabschiedete die Innenministerkonferenz (IMK) eine reformierte PMK Rechts Definition³⁰, die seit dem 1. Januar 2017 bundesweit einheitlich in Kraft getreten ist. Die daraus resultierenden Veränderungen sind bislang jedoch weder im öffentlichen und akademischen Diskurs ausreichend rezipiert noch umfassend in der polizeilichen Praxis verankert worden.

Dabei weist die geänderte Definition Neuerungen auf, die sowohl von den spezialisierten Opferberatungsstellen als auch Kriminolog*innen und Soziolog*innen jahrelang vehement eingefordert worden waren.³¹ So sind die Strafverfolgungsbehörden nunmehr erstmals aufgefordert – wenn auch nur in einer Fußnote – »bei der Würdigung der Umstände der Tat neben anderen Aspekten auch die Sicht der/des Betroffenen mit einzubeziehen«. Weitere wesentliche Veränderungen sind beispielsweise der Verzicht auf die direkte Übersetzung des Begriffs »race« aus der »Hate Crime« Definition des FBI in den USA³² und des Crown Prosecutor in Großbritannien³³ als »Rasse«³⁴, die Hinzufügung von sexueller Identität sowie psychischen und physischen Beeinträchtigungen von Betroffenen als Tatmerkmal. Es ist daher durchaus angemessen, die Veränderungen im PMK Rechts Definitionssystem als Teilerfolg eines fast zwei Jahrzehnte währenden Ringens der Opferberatungsstellen um die Anerkennung des realen Ausmaßes rechter Gewalt zu bezeichnen. (Siehe Tabelle nächste Seite)

Anhaltende Wahrnehmungsdefizite und Erfassungslücken

Doch trotz der Einführung einer der Realität politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt erheblich besser entsprechenden Definitionssystems bestehen nach wie vor erhebliche behördliche Erfassungs- und Wahrnehmungsdefizite. Deutlich wird dies u.a. daran, dass die unabhängigen, spezialisierten Opferberatungsstellen auch für 2017 – wie schon seit vielen Jahren – rund ein Drittel mehr rechte Gewalttaten als die Strafverfolgungsbehörden registriert haben³⁵, obwohl sowohl die Definition politisch rechts motivierter Gewalt der Beratungsstellen als auch die erfassten Gewaltstraftaten eng an jene des polizeilichen Definitionssystems angelehnt sind.³⁶

Der zentrale Unterschied: In der polizeilichen Praxis wird die Tatmotivation weiterhin vor allem ausgehend von dem/den Täter*innen aus ermittelt. Wenn diese aber beispielsweise weder in extrem rechten Gruppen oder Parteien organisiert oder nicht in das dominierende Täter-Raster – männlich, zwischen 20 und 30 Jahre alt und in einer rechten Gruppe aktiv – passen, wird ein politisch rechtes Motiv eher verneint oder entpolitisiert. Ein tiefergehendes Verständnis von Ideologien der Ungleichwertigkeit³⁷ ist oft nicht zu erkennen. Demgegenüber ist für die Beratungsstellen die Wahrnehmung der Betroffenen wesentlich.

Besonders dramatisch erinnert die Ignoranz der Strafverfolger im NSU-Komplex daran, wie notwendig es auch im Sinne einer effektiven Strafverfolgung ist, die Opferperspektive miteinzubeziehen. Fast alle Angehörigen der vom NSU Ermordeten und viele Verletzte der NSU-Sprengstoffanschläge hatten in den schier endlosen Vernehmungen immer wieder die Vermutungen geäußert, dass es sich bei den Tätern um Rechtsradikale, um Neonazis handeln müsse. Sie wurden ignoriert, weil die Strafverfolgungsbehörden mit einem von institutionellem Rassismus geleiteten Ermittlungsansatz davon ausgingen, dass die Täter nur im Milieu der Organisierten Kriminalität und in der türkischen Community zu finden seien.



Ein weitere Ursache für die Erfassungslücken ist das fortbestehende Informationsdefizit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten, wie sich bereits bei der Überprüfung rechter Tötungsdelikte seit 1990 in Sachsen und Sachsen-Anhalt 2012 erwiesen hatte. So basierte auch die nachträgliche Anerkennung der drei Tötungsdelikte in Sachsen-Anhalt als politisch rechts motiviert maßgeblich auf einer Auswertung der hierzu ergangenen Urteile der Gerichte. Auch die wegweisenden wissenschaftlichen Überprüfungen durch das Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam³⁸ und des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin³⁹ zu Todesopfern rechter Gewalt in Brandenburg und Berlin haben in 2015 und 2018 jeweils zur nachträglichen Anerkennung von neun bzw. sieben Todesopfern rechter Gewalt durch die Behörden geführt. Eine derartige unabhängige Überprüfung durch Wissenschaftler*innen fehlt in Sachsen-Anhalt jedoch bis heute und wird bislang vergänglich von Angehörigen und Initiativen gefordert.



Forschungsberichte zu umstrittenen politisch rechten Tötungsdelikten des Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam (2015) und der TU Berlin (2018)

38 bit.ly/bericht-mmz-brandenburg

39 bit.ly/bericht-tuberlin

40 MI/MJ 2013, S. 9

41 BKA 2016, S. 5

Autor*inneninfo:

Heike Kleffner arbeitet als Journalistin seit den 1990er Jahren zu neonazistischer Gewalt, Rassismus und zur Situation von gesellschaftlichen Minderheiten. Sie betreut zusammen mit Frank Jansen (Tagesspiegel) für Tagesspiegel und ZEIT Online das Langzeitforschungsprojekt »Todesopfer rechter Gewalt seit 1990«. Seit 2018 ist sie Geschäftsführerin des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.). Sie ist Mitherausgeberin von »Generation Hoyerswerda« (2016), »Unter Sachsen: Zwischen Wut und Willkommen« (2017) und »Rückhaltlose Aufklärung? NSU, NSA, BND – Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse zwischen Staatsversagen und Staatswohl« (2019).

Vergleich der Definitionen »Politisch motivierter Kriminalität« des BKA

2001 bis 2017	seit 1. Januar 2017
»Der politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung	
<p>der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie (...) gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer</p> <ul style="list-style-type: none"> politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer gesellschaftlichen Status <p>gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet. (...)«¹</p>	<p>der Umstände der Tat² und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie (...) gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder äußeren Erscheinungsbildes, <p>gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet. (...)«</p>
<p>1 MI/MJ 2013, S. 9</p> <p>2 Bei der Würdigung der Umstände der Tat ist neben anderen Aspekten auch die Sicht der/des Betroffenen mit einzubeziehen. (BKA 2016, S. 5)</p>	

TORSTEN LAMPRECHT

(23 Jahre)

† 11. Mai 1992 in Magdeburg



Wer war Torsten Lamprecht?

Torsten Lamprecht war 23 Jahre alt, als er am späten Abend des 9. Mai 1992 bei einem gezielten Überfall von Naziskins¹ auf Punks im Magdeburger Ausflugslokal »Elbterrassen« tödlich verletzt wurde. Er starb zwei Tage nach dem Angriff, am 11. Mai 1992, im Krankenhaus an einer schweren Schädelfraktur, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben.

Schon zu DDR-Zeiten war Torsten Lamprecht Punk². Freund*innen beschreiben »Lampe« als einen zuverlässigen Freund mit einem ganz eigenen Sinn für Humor. Kurz vor dem Angriff hatte er eine Lehrstelle als Gärtner in Nordrhein-Westfalen erhalten, auf die er sich sehr freute.

1 bit.ly/lexikon-skinheads

2 vgl. Frank Böttcher → Wer war ... ? (S. 38)

3 vgl. Matthias Lüders → Was ist passiert? (S. 26)



Was ist passiert?

Etwa 30 Punks, darunter Torsten Lamprecht, feierten an diesem Abend den Geburtstag eines Freundes in dem Lokal im Stadtteil Cracau. Kurz vor Mitternacht wurde die Party gezielt von etwa 60, mit Baseballschlägern, Zaunlatten und Flaschen bewaffneten Naziskins und organisierten Neonazis angegriffen.³ Einer von ihnen schoss mit Leuchtkugeln auf die panisch fliehenden Gäste. Torsten Lamprecht tanzte auf der Tanzfläche zu lauter Musik, als er völlig ahnungslos mit einem Baseballschläger niedergeschlagen wurde. Ein weiterer Schlag verursachte die tödliche Verletzung. Während des 30-minütigen Angriffs riefen die Neonazis immer wieder Parolen wie »Sieg Heil!« und »Heil Hitler!« und verletzten mehr als ein Dutzend Besucher*innen zum Teil schwer. Zehn Partygäste mussten mit Gesichtsfrakturen, Schädelbrüchen und Hörschäden ins Krankenhaus eingeliefert werden.⁴

Die Polizei war an diesem Abend vorgewarnt, dass sich Neonazis zu einem Angriff auf die Party der Punks in der beliebten Kneipe verabredet hatten. Die erst mit einem und später mit drei Fahrzeugen vor Ort eintreffenden Beamten griffen jedoch auch nicht ein, als sie sahen, wie die Angreifer mit blutigen Baseballschlägern den Tatort verließen. Sie notierten weder Autokennzeichen noch unternahmen den Versuch, den flüchtenden Skins hinterherzufahren.

4 zum Anstieg entgrenzter rechter Gewalt Anfang der 1990er Jahre und den Hintergründen siehe bit.ly/im-schatten-der-wende

5 Anstifter/ Anführer



Die Prozesse gegen die Täter

Im Oktober 1992 begann vor der Jugendkammer am Landgericht Magdeburg der Prozess gegen fünf mutmaßliche Rädelsführer⁵ wegen Beteiligung an einer Schlägerei, Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung. Ein damals 21-jähriger, mehrfach vorbestrafter Neonazi aus Wolfsburg wurde wegen versuchten Totschlags angeklagt, weil er einen Partybesucher mit dem Base-



ballschläger auf den Kopf geschlagen hatte. Nach 15 Verhandlungstagen wurden alle Angeklagten am 14. Dezember 1992 zu Jugend- und Haftstrafen zwischen zwei und sechs Jahren verurteilt, wovon zwei zur Bewährung ausgesetzt wurden.⁶

Der Wolfsburger Neonazi, der wegen versuchten Mordes⁷ zu sechs Jahren Haft verurteilt worden war, legte erfolgreich Revision⁸ ein. Ende Februar 1995 wurde er in zweiter Instanz zu vier Jahren Haft wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruchs und Beteiligung an einer Schlägerei verurteilt. Wer Torsten Lamprecht die tödliche Verletzung zugefügt hat, wurde bis heute nicht ermittelt.

Ende März 1993 verurteilte das Jugendschöffengericht Magdeburg drei weitere Täter wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu Jugendstrafen⁹ zwischen zehn und 16 Monaten. In einem Fall wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Knapp eineinhalb Jahre nach dem Überfall, Ende Oktober 1993, wurden die verhängten Freiheitsstrafen gegen fünf weitere Naziskins in zweiter Instanz zur Bewährung ausgesetzt.

Prozessbeobachter*innen sprachen von einem »unglaublichen Versagen der Polizei«. Obwohl diese bereits im Vorfeld Informationen hatte, wurde lediglich ein Drittel der Tatbeteiligten überhaupt ermittelt. Zudem hatten die Neonazis genügend Zeit, ihre Aussagen vor Gericht miteinander abzusprechen und sich somit gegenseitig Alibis zu verschaffen. Und keiner der Polizisten, die in der Tatnacht untätig blieben, wurde zur Verantwortung gezogen. Mitte September 1994 stellte die Staatsanwaltschaft Magdeburg die Ermittlungen gegen sieben Beamte wegen fahrlässiger Tötung bzw. Körperverletzung sowie unterlassener Hilfeleistung ein.

6 bit.ly/plädoyer-kaleck-erster-prozess sowie bit.ly/hohe-strafen-für-magdeburger-skins

7 bit.ly/bpb-lexikon-mord

8 Rechtsmittel gegen Gerichtsurteile zur Überprüfung auf Rechtsfehler

9 gegen (zur Tatzeit) jugendliche Straftäter*innen verhängter Freiheitsentzug wegen besonderer Schwere der Schuld oder sog. schädlicher Neigungen





Straßenschild (© Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg bei Miteinander e.V.)



Öffentliches Gedenken an Torsten Lamprecht¹⁰

Zwei Wochen nach dem gewaltsamen Tod von Torsten Lamprecht organisierten Freund*innen von ihm einen Trauermarsch in Magdeburg, an dem sich rund 5.000 Menschen beteiligten: Punks, Antifas und Autonome aus dem gesamten Bundesgebiet demonstrierten gemeinsam mit Politiker*innen, Kirchenvertreter*innen und weiteren Bürger*innen der Stadt.¹¹

Erst mehr als zwanzig Jahre später – Anfang Mai 2013 – beschloss der Magdeburger Stadtrat mit großer Mehrheit als Kompromissvorschlag von SPD und Die Linke/Tierschutzpartei, einen Radwanderweg entlang eines Seitenarms der Elbe in Magdeburg-Cracau nach Torsten Lamprecht zu benennen, der am Grundstück der ehemaligen Gaststätte »Elbterrassen« vorbeiführt. Antifaschist*innen und Freund*innen des Punks hatten sich für die Umbenennung der in unmittelbarer Nähe des Tatorts befindlichen »Brücke am Wasserfall« in »Torsten-Lamprecht-Brücke« eingesetzt. Das erschien der Stadtverwaltung jedoch unangebracht, da eine Mehrheit der Anwohner*innen in der Nähe des ehemaligen Tatorts eine Umbenennung der Brücke abgelehnt hätte.

Bei vielen Demonstrationen und anderen Aktionen wurde und wird von Punks und Antifaschist*innen an Torsten Lamprecht erinnert. Das »Bündnis gegen Rechts« in Magdeburg organisiert ein jährliches Gedenken zu seinem Todestag in der Nähe des Angriffsortes.¹²

Torsten Lamprecht wird seit 1993 von der Landesregierung offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.¹³

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Torsten Lamprecht?
- Warum wurde Torsten Lamprecht zum Opfer von Naziskins?¹⁴

¹⁰ 📍 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

¹¹ zur damaligen Berichterstattung siehe 🌐 bit.ly/torsten-lamprecht → Links

¹² 🌐 Reden zum jährlichen Gedenken <https://bgmagdeburg.wordpress.com>

¹³ 📍 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

¹⁴ 📍 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RECHTE GEWALT GEGEN PUNKS

🕒 ges.: 1:20 Std.



Internetzugang, Lautsprecher, ggf. Ausdrucke Texte, Textmarker, Flipchartblätter, dicke Stifte

Anfang der 1990er Jahre gehörten Punks und Antifas – neben Migrant*innen und Geflüchteten – zu den Hauptbetroffenen rechter Gewalt. Sie mussten nicht nur täglich mit Beleidigungen, Bedrohungen bis hin zu schweren neonazistischen Gewalttaten rechnen, sondern zugleich auch erleben, dass Politik und auch Teile der Medien rechte Gewalt als »Auseinandersetzung zwischen Jugendgruppen« entpolitisierten und verharmlosten. Auch strafrechtliche Folgen für die Täter blieben damals weitestgehend aus.



1. Hört Euch zunächst den Auszug aus einem Interview¹ mit Jan², einem Jugendfreund Torsten Lamprechts und zugleich Betroffenen des Überfalls auf die »Elbterrassen« an, welches die Journalistin Heike Kleffner mehr als 20 Jahre nach der Tat im Rahmen der Erinnerungsarbeit der Mobilen Opferberatung mit ihm geführt hat!

→ **Tauscht kurz Eure Gedanken dazu aus!**

🕒 10 min

1 🎧 bit.ly/interview-überfall-elbterrassen

2 Name geändert

3 📹 bit.ly/punker-mord-in-magdeburg



2. Schaut Euch nun den Beitrag von Spiegel Online³ an!

→ **Wie wirken die unterschiedlichen Interviewpartner*innen auf Euch?**

→ **Welches Bild von der Polizei wird vermittelt?**

🕒 15 min

4 🌐 bit.ly/keine-strafverfolgung-mit-system

5 🌐 bit.ly/mob-info38 (S. 4&5)

6 🌐 bit.ly/mob-info38 (S. 6)

7 🌐 bit.ly/mob-info38 (S. 7)



3. Der Überfall auf die »Elbterrassen« war trauriger und leider nur vorläufiger Höhepunkt neonazistischer Gewalt in Magdeburg und Umland. Teilt Euch in drei Kleingruppen auf und lest die dazugehörigen Texte über die Umstände, welche den gewaltsamen Tod von Torsten Lamprecht ermöglicht und begleitet haben! Unterstreicht Euch wichtig erscheinende Passagen und versucht im Anschluss, Antworten auf folgende Fragen zu finden:

a). Was erfahrt Ihr über die Neonaziszene in Magdeburg und die Eskalation rechter Gewalt Anfang bis Mitte der 1990er Jahre? Und was über den Alltag der Punks?

b). Was wird an Polizei, Justiz, politischen Verantwortungsträger*innen oder Teilen der Medien im Zusammenhang mit rechter Gewalt kritisiert?

c). Und welche Auswirkungen auf die Punks einerseits und die Neonaziszene andererseits hatte das geschilderte Klima der Entpolitisierung, mangelnden Unterstützung der Betroffenen und der weitgehenden Straflosigkeit der Täter?

8 🌐 bit.ly/als-neonazis-die-kneipe-stürmten; zur Kritik am im Beitrag verwendeten Begriff »Schwarzafrikaner« siehe 🌐 bit.ly/colonialismus-rassismus-sprache

Gruppe I:

- Artikel aus der taz von 1994⁴
- Interview mit Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck aus 2012⁵

Gruppe II:

- Text von David Begrich aus den »Informationen der Mobilen Opferberatung« aus 2012⁶
- Interview mit Sascha Klinge aus 2012⁷

Gruppe III:

- Beitrag auf Deutschlandfunk Kultur aus 2017⁸

Notiert Eure Antworten auf Flipchartblättern!

🕒 30 min

Kommt wieder im Plenum zusammen, hängt die Flipchartblätter nebeneinander im Raum auf und stellt Euch gegenseitig Eure Antworten vor!

🕒 25 min



ÖFFENTLICHE REAKTIONEN

🕒 ges.: 1:10 Std.



Internetzugang, Lautsprecher, Flipchartblätter, dicke Stifte, ggf. Ausdrücke Zeitungsartikel, Stifte und Papier



1. Hört Euch einen weiteren Auszug aus dem Interview mit Jan⁹ an und kommt im Anschluss zu folgenden Fragen ins Gespräch:
 - Welche politischen und öffentlichen Reaktionen auf den Überfall erinnert Jan?
 - Versucht, Euch in die Perspektive der betroffenen Punks und ihres Umfelds hineinzuversetzen und überlegt gemeinsam: Welche Reaktionen hättet Ihr Euch stattdessen gewünscht! Haltet Eure Gedanken und Ideen dazu auf einem Flipchartblatt fest!

🕒 20 min

9 bit.ly/interview-elbtterrassen-reaktionen

10 bit.ly/gedenken-ohne-waffen-und-vermummung

11 bit.ly/interview-elbtterrassen-erinnern

12 bit.ly/lamprecht-gedenken-2017



2. Lest den Artikel »Gedenken an Torsten – ohne Waffen und Vermummung« und den dazugehörigen Appell »Trauern wir friedlich und mit Vernunft«¹⁰ des damaligen Innenministers von Sachsen-Anhalt an die Teilnehmer*innen des Trauermarsches für Torsten Lamprecht zwei Wochen nach seinem Tod, die vier Tage vor der Demonstration in der Magdeburger Volksstimme auf S. 1 abgedruckt wurden! Diskutiert gemeinsam:
 - Was fällt Euch – auch eingedenk der vorher gehörten Erinnerungen von Jan – auf?
 - Wie bewertet Ihr den Appell des Innenministers?

🕒 15 min



3. Teilt Euch in Kleingruppen auf und entwerft jeweils einen alternativen Appelltext, der versucht, die Perspektiven und Wünsche der Hinterbliebenen und Betroffenen des Elbtterrassenüberfalls sowie weiterer von neonazistischer Gewalt Betroffener in den Mittelpunkt zu stellen!

🕒 20 min

Kommt im Anschluss wieder zusammen, lest Euch die Texte gegenseitig vor und gebt Euch gegenseitig ein kurzes Feedback, was Ihr besonders gelungen fandet!

🕒 15 min



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 1 Std.



Internetzugang, Lautsprecher, ggf. Ausdrücke Rede



1. Hört Euch die Gedanken von Jan zur Verarbeitung des Erlebten und zum öffentlichen Gedenken an Torsten Lamprecht¹¹ an und macht Euch Notizen! Beantwortet im Anschluss gemeinsam folgende Fragen:
 - Wie reflektiert Jan seinen Verarbeitungsprozess über 20 Jahre später?
 - Welche ambivalenten Gefühle zu einem öffentlichen Gedenken an seinen Freund benennt er?
 - Was verbindet Ihr mit der von Jan angesprochenen Losung »Erinnern heißt kämpfen« im Kontext des Gedenkens an Todesopfer rechter Gewalt?

🕒 20 min



2. Lest die Rede von David Begrich von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. anlässlich des 25. Todestages von Torsten Lamprecht 2017¹². Tauscht Euch gemeinsam darüber aus, was es für den Redner ein viertel Jahrhundert später heißt, sich an Torsten Lamprecht zu erinnern:



Gedenken 2016 in unmittelbarer Tatortnähe an der Brücke »Am Cracauer Wasserfall« (© Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg bei Miteinander e.V.)

- Was wird in der Rede thematisiert und kritisiert?
- Wie begründet David Begrich die Bedeutung eines öffentlichen Gedenkens an Torsten Lamprecht heute?



3. Überlegt zum Schluss nochmals gemeinsam:
- Was verbindet Ihr mit dem Erinnern an Torsten Lamprecht?
 - Angenommen, Ihr würdet selbst eine Erinnerungsinitiative realisieren wollen, was wäre Euch dabei besonders wichtig?
 - Und was wären Eure erste Schritte?

Visualisiert Eure Überlegungen auf einem Flipchartblatt!

🕒 20 min

🕒 20 min

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren » Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

MATTHIAS LÜDERS

(23 Jahre)

† 27. April 1993 in Obhausen



Wer war Matthias Lüders?

Matthias Lüders war 23 Jahre alt und absolvierte gerade seinen Wehrdienst, als er bei einem Überfall von Naziskins auf eine Diskothek am 24. April 1993 in Obhausen (Saalekreis) so schwer am Kopf verletzt wurde, dass er zweieinhalb Tage später im Krankenhaus starb.



Was ist passiert?

Matthias Lüders besuchte am Abend des 24. April 1993, einem Samstag, mit Freund*innen eine Diskothek im Kulturhaus in Obhausen (Saalekreis), das bei Neonazis als ein »linker Treffpunkt« galt. Gegen 23:30 Uhr stürmten plötzlich etwa 40 bis 50 Nazi-Skinheads¹ aus dem Raum Halle und Bad Lauchstädt den Saal.² Einige der Angreifer hatten sich vermommt und mit Baseballschlägern, Schlagstöcken und Schreckschusspistolen bewaffnet. Sie verschossen Leuchtschurmunition und Tränengas, zertrümmerten innerhalb kürzester Zeit mit Baseballschlägern die gesamte Einrichtung und gingen u.a. mit Schlagstöcken,

Gläsern, Flaschen und Stühlen auf Besucher*innen los. Matthias Lüders und einer seiner Freunde schafften es im Gegensatz zu ihren Begleitern nicht mehr, hinter der Bar Schutz zu suchen.³

Bis heute ist ungeklärt, wer Matthias Lüders den Schädel-Basis-Bruch und die Hirnquetschung zugefügt hat, an denen er knapp zweieinhalb Tage nach dem Angriff im Universitätsklinikum Halle starb. Sein Freund erlitt durch einen Schlag auf den Kopf eine Platzwunde – er ist einer von mindestens vier Menschen, die den Angriff mit zum Teil schweren Kopfverletzungen überlebten.

Ausgangspunkt für den gezielten Überfall war eine Schlägerei zwischen Nazi-Skinheads aus Halle und Diskobesuchern vor dem Kulturhaus Obhausen eine Woche zuvor. Dabei waren mindestens ein Nazi-Skin und zwei Diskobesucher verletzt worden. Weil sich die zahlenmäßig unterlegenen Skinheads dabei als unterlegen sahen, hatten sie noch vor Ort angekündigt wiederzukommen. Der Vorfall hatte sich wie ein

Tatort Kulturhaus in Obhausen (© MOB)



1 bit.ly/lexikon-skinheads

2 vgl. Torsten Lamprecht → Was ist passiert? (S. 20)

3 zum Anstieg entgrenzter rechter Gewalt Anfang der 1990er Jahre und den Hintergründen siehe bit.ly/im-schatten-der-wende



Lauffeuer unter den Skinheads aus Halle und Bad Lauchstädt herumgesprochen, welche die Niederlage nicht auf sich sitzen lassen wollten und planten, gleich die kommende Disko mit ausreichend Kameraden anzugreifen. Zwei Tage davor war das auch dem Pächter der Disko zu Ohren gekommen. Als er die Polizei darüber informierte, wurde er beruhigt und Schutzmaßnahmen angekündigt. Eine am Tatabend zusätzlich eingesetzte Polizeistreife war dann auch kurz vor Ort, aber wenige Minuten vor Beginn des Überfalls wieder abgefahren.⁴

4 Details siehe Subbotnik 1993 bit.ly/faschistischer-mord-in-querfurt

5 gegen (zur Tatzeit) jugendliche Straftäter*innen verhängter Freiheitsentzug wegen besonderer Schwere der Schuld oder sog. schädlicher Neigungen

6 vgl. Torsten Lamprecht → Die Prozesse gegen die Täter (S. 20 f.)

7 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

8 siehe www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de und @MobileOpferberatung im Album Todesopfer rechter Gewalt auf Facebook oder @OpferNaziGewalt auf Twitter

9 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

10 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



Der Prozess gegen die Täter

Anfang Oktober 1993 begann der Prozess gegen einen einschlägig polizeibekannten 20-Jährigen vor der Jugendkammer am Landgericht Halle. Die Staatsanwaltschaft warf dem zur Tatzeit 19-jährigen Naziskin aus Halle (Saale), der nach dem Angriff mit seinem blutverschmierten Baseballschläger geprahlt hatte, u.a. Mord und schweren Landfriedensbruch vor. Während er in der Hauptverhandlung schwieg, hatte er in seiner polizeilichen Vernehmung zugegeben, mit dem Baseballschläger einen jungen Mann zu Boden geschlagen zu haben.

Eine Führungsfigur der haleschen Neonazis, der den Angriff mit einer Videokamera gefilmt hatte, sagte vor Gericht als Zeuge aus und stellte sich und seine Kameraden als unpolitisch dar. Andere Zeugen berichteten in den Hauptverhandlungen von Absprachen zum Aussageverhalten und schilderten einen katastrophalen Polizeieinsatz.

Am 25. Februar 1994 verurteilte das Landgericht Halle den Angeklagten nach dreißigtägiger Verhandlung wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge und Beteiligung an einer Schlägerei zu einer Jugendstrafe⁵ von dreieinhalb Jahren. Dass er die tödlichen Verletzungen von Matthias Lüders verursacht hat, konnte das Gericht jedoch nicht zweifelsfrei feststellen.⁶

Zu den Hintergründen des Angriffs stellte die Jugendkammer lediglich fest, dass der »blitzartige Angriff« eine Racheaktion für eine Auseinandersetzung zwischen nicht-rechten Jugendlichen und Skins vor der Diskothek in Obhausen eine Woche zuvor gewesen sei. Allerdings seien daran weder Matthias Lüders noch der Angeklagte beteiligt gewesen.

Die Staatsanwaltschaft Halle ermittelte gegen 25 weitere mutmaßliche Angreifer. Letztendlich wurde nur ein Dutzend Naziskins wegen Landfriedensbruchs zu Bewährungsstrafen verurteilt.



Öffentliches Gedenken⁷

Wenige Tage nach dem gewaltsamen Tod von Matthias Lüders demonstrierten etwa 4000 Menschen nach Aufruf der neunten Klassen der Phillip-Müller-Oberschule in dem 10.000 Einwohner*innen-Ort Querfurt gegen rechte Gewalt. Doch seitdem erinnern neben der Erinnerungswebsite der Mobilen Opferberatung lediglich jährliche Gedenkposts⁸ öffentlich an Matthias Lüders und den brutalen Neonazi-Überfall.

Matthias Lüders wird seit 2012 von der Landesregierung offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁹

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Matthias Lüders?
- Warum wurde Matthias Lüders zum Opfer von Naziskins?¹⁰

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RECHTE GEWALT GEGEN NICHT-RECHTE UND POLITISCH ANDERSDENKENDE

🕒 ges.: 1:25 Std.



Papier und Stifte, Internetzugang, Lautsprecher, ggf. Ausdrücke Zeitungsartikel



1. Bereits wenige Tage nach der Tat bezeichnete der damalige Vizepräsident des Bundeskriminalamts (BKA) den Skinhead-Überfall auf die Diskothek in Obhausen als »exemplarisch für die Realität in diesem Land«. Lest den dazugehörigen Zeitungsartikel »Nur jede 5. Straftat aufgeklärt« (Mitteldeutsche Zeitung, 03.05.1993)¹ und tauscht Euch gemeinsam aus:

- Was erfahrt Ihr über die damalige Situation?
- Wie beurteilt Ihr die Statements Gerhard Köhlers?

🕒 15 min

1 bit.ly/nur-jede-fünfte-straftat-aufgeklärt

2 bit.ly/du-weißt-schon

3 www.mobile-opferberatung.de/monitoring/chronik

4 bit.ly/unpolitische-clique

5 bit.ly/zeugen-widerrufen-aussagen

6 bit.ly/wenn-einer-beim-chemiepokal



2. Was wisst Ihr über das gesellschaftliche und politische Klima Anfang der 1990er Jahre für alle, die nicht ins rechte Weltbild passten? Schaut Euch gemeinsam den knapp 24-minütigen Film »Du weißt schon, wie in Rostock...«² aus 2013 über die rechte und rassistische Gewalt der 1990er Jahre in Sachsen-Anhalt an, notiert dabei wichtige Eckpunkte oder zentrale Statements der Betroffenen und sprecht im Anschluss gemeinsam darüber:

- Wie schildern die Interviewpartner*innen die damalige Zeit? Gab es Aussagen, die Euch besonders berührt haben?
- Welche Kontexte und Ursachen für den massiven Anstieg rechter Gewalt werden im Film thematisiert?
- Und welche – auch langfristigen – Folgen für Betroffene und potenziell Betroffene rechter Gewalt werden deutlich?

🕒 45 min



3. Kennt Ihr aktuelle Beispiele politisch rechts motivierter Gewalt an vermeintlich Andersdenkenden bzw. Nicht-Rechten aus Eurem Umfeld oder aus den Medien? Findet Euch in Zweier- oder Dreigruppen zusammen, recherchiert ggf. im Internet³ und tauscht Euch im kleinen Rahmen über Eure Erfahrungen und Rechercheergebnisse aus!

🕒 25 min



ERSTER PROZESS GEGEN EINEN DER TÄTER

🕒 ges.: 25 min



Internetzugang (oder Ausdrücke Zeitungsartikel), Textmarker



1. Lest die Artikel »Nur eine völlig unpolitische Clique?«⁴, »Zeugen widerrufen Aussagen«⁵ und »Wenn einer beim »Chemiepokal« zu Tode kommt«⁶ aus der Mitteldeutschen Zeitung und tragt im Anschluss gemeinsam die Antworten auf folgende Fragen zusammen:

- Was erfahrt Ihr über den Angeklagten und was über Matthias Lüders und seinen Freundeskreis?
- Wie stellen sich der Angeklagte und seine Kameraden vor Gericht dar?
- Was kommt hinsichtlich des Polizeieinsatzes zur Sprache und welche Auswirkungen könnte dieser auf das Ergebnis des Prozesses gehabt haben?

🕒 25 min



OFFIZIELLE ANERKENNUNG

🕒 ges.: 35 min



Flipchartblatt, dicke Stifte



1. Trotz der öffentlichen Einordnung des BKA-Vizepräsidenten und der exemplarischen Nennung des Überfalls im Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 1992/1993 als rechtsextremistisches Gewaltdelikt mit Todesfolge wurde Matthias Lüders erst im Sommer 2012 – 19 Jahre nach seinem Tod – von der Landesregierung offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Im entsprechenden Prüfbericht vom Innen- und Justizministerium Sachsen-Anhalts wird die veränderte Einschätzung wie folgt begründet:

»Auch wenn nach der Überzeugung des Landgerichts Halle das tatbeherrschende Motiv Rache für die bei der vorausgegangenen Schlägerei erlittenen Niederlage war und sich der Charakter der Diskothek als linker Szenetreff zum Tatzeitpunkt nach nunmehr 19 Jahren nicht mehr sicher feststellen lässt, sprechen die belastbar festgestellten Gesamtumstände der rohen, ausgesprochen brutalen und skrupellosen Gewalttat deutlich (auch) für eine politisch rechte Motivation des Täters. Gerade die Gewalteskalation durch einen gruppendynamischen Prozess ist szenetypisch und häufig zu beobachten.«

Diskutiert gemeinsam:

→ **Wie schätzt Ihr die Begründung für die Neubewertung in diesem Fall ein?**

🕒 15 min



2. Bildet Flüstergruppen aus je zwei Personen und versucht nachzuvollziehen, warum vielen Angehörigen und Freund*innen von Todesopfern rechter Gewalt eine offizielle Anerkennung der Tatmotivation wichtig ist!

🕒 10 min

Stellt Eure Gedanken dazu im Anschluss im Plenum vor und fasst die wesentlichen Kernaussagen auf einem Flipchartblatt zusammen!

🕒 15 min



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 1 Std.



Flipchartblätter, dicke Stifte, Klebeband, Internetzugang



1. Von den Gedenkposts an Matthias Lüders und der Erinnerungswebsite der Mobilien Opferberatung abgesehen gibt es aktuell keine weiteren öffentlichen Gedenkinitiativen. Teilt Euch in max. drei Kleingruppen auf und überlegt hier:

→ **Was könnten Gründe dafür sein?**

→ **Überlegt, wie heute an Matthias Lüders erinnert werden könnte! Nehmt Euch auch etwas Zeit, Euch mit einigen der im C-Teil vorgestellten, exemplarischen Gedenkinitiativen⁷ zu beschäftigen!**

→ **Welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein? Wie würdet Ihr vorgehen?**

Bedenkt dabei auch, dass es Angehörige und Freund*innen von Matthias Lüders gibt, die wegen des brutalen Überfalls einen geliebten Menschen verloren haben und eigene Strategien des Umgangs mit der Tat, ihren Hintergründen und den Reaktionen darauf entwickeln mussten!

Dokumentiert Eure Ideen und Prämissen auf Flipchartblättern!

🕒 40 min

Stellt Eure zentralen Überlegungen im Anschluss im Plenum zur Diskussion und markiert Eure Ergebnisse!

🕒 20 min

7 📍 Gedenken und Aufklären ... (S. 131 ff.)

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren » Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

EBERHART TENNSTEDT

(43 Jahre)

† 5. Mai 1994 in Quedlinburg



Wer war Eberhart Tennstedt?

Eberhardt Tennstedt lebte in Quedlinburg (Harz) schon lange Zeit auf der Straße.¹ In der Nacht vom 5. Mai 1994 wurden er und ein weiterer Obdachloser von drei jungen Männern drangsaliert und in einen kalten Fluss getrieben. Der 43-Jährige ertrank. Zu dem Menschen Eberhart Tennstedt ist leider lediglich bekannt, dass er an einer chronischen Alkoholkrankheit litt.

1 vgl. Martin Görges
→ Wer war ... (S. 76),
Hans-Joachim Sbrzesny
→ Wer war ... ? (S. 84)



Was ist passiert?

Seit einigen Tagen hielten sich Eberhardt Tennstedt und sein ebenfalls obdachloser Bekannter gern stundenlang an zwei Bänken am Kiosk »Am Schiffsbleek« an der Bode auf, zum zunehmenden Missfallen des Besitzers. Der 27-Jährige fand, sie würden seinen Betrieb stören. Als er am 5. Mai 1994 kurz nach Mitternacht zufällig auf drei augenscheinlich Rechte traf, von denen er einen flüchtig kannte, bot er ihnen ein paar Büchsen Bier an, wenn sie »die Penner« aus dem Kioskbereich vertrieben.

Daraufhin fuhren die drei Männer im Alter von 20 bis 22 Jahren mit dem Auto Richtung Kiosk. Dort trafen sie Eberhart Tennstedt und seinen Bekannten auf einer Parkbank sitzend an. Das Trio schrie die augenscheinlich stark alkoholisierten Männer an, dass sie sich »verpissen« sollten. Einer versuchte sie hochzuziehen, traf aber auf Gegenwehr. Schließlich kippte er die Parkbank um, sodass die beiden Männer rücklings auf den Boden stürzten. Dann entfernte sich das Trio, drohte aber noch, in zehn Minuten wiederzukommen und weiter Ärger zu machen.

Bei ihrer Rückkehr stiegen nur einer der 20-Jährigen und der 22-Jährige aus dem Auto aus. Eberhart Tennstedt und sein Bekannter waren inzwischen auf die gegenüberliegende Parkbank umgezogen, die nahe an der Bode stand. Die Angreifer kippten die Obdachlosen mitsamt der Bank erneut nach hinten um, wodurch Eberhart Tennstedt und sein Bekannter die Böschung zum Fluss hinunterstürzten. Die Angreifer kletterten ihnen hinterher und der 20-Jährige zog die wehrlosen Männer in die nur knietiefe, aber eiskalte Bode. Während sein Bekannter versuchte, durch das Wasser watend ans andere Ufer zu fliehen, blieb Eberhart Tennstedt regungslos stehen und hielt sich an einem Ast fest.

Das Duo ging kurz zum PKW zurück und kletterte dann erneut die Böschung hinunter, wo es Eberhart Tennstedt unverändert vorfand. Als die Angreifer vom gegenüberliegenden Ufer ein Geräusch hörten, gingen sie über die Stumpfsburger Brücke auf die andere Seite, wo der Bekannte Eberhart Tennstedts sich erschöpft hingesetzt hatte. Um ihn weiter einzuschüchtern zog der 20-Jährige ihn nochmals ins Wasser. Dann fuhr er mit dem 22-Jährigen zu sich nach Hause, holte eine Schreckschusspistole und kehrte zum Bo-



deufer zurück. Dort forderte er den wieder am Ufer sitzenden Mann mit vorgehaltener Waffe auf, sich einen anderen Schlafplatz zu suchen und schoss über dessen Kopf hinweg. Dann fuhren die beiden mit dem Auto wieder auf die andere Seite, wo Eberhart Tennstedt immer noch regungslos im Wasser stand. Der 20-Jährige gab wiederum einen Schuss über den Kopf des 43-Jährigen ab, wobei er ihn nochmal aufforderte zu verschwinden. Dann fuhren die Rechten nach Hause.

Am nächsten Morgen, gegen 7:30 Uhr, fanden Feuerwehrleute Eberhart Tennstedts Leiche etwas flussabwärts in der Bode. Ein Arzt stellt den Tod durch Ertrinken fest. Noch in der Tatnacht hatten zwei Zeug*innen die Polizei alarmiert, weil sie gesehen hatten, wie die Angreifer auf die Obdachlosen losgegangen waren.



Der Prozess gegen die Täter

In den polizeilichen Vernehmungen zeigten die Täter wenig Reue² und erklärten, dass »Penner« nicht ins Stadtbild passten. Im Dezember 1994 verurteilte das Landgericht Magdeburg den 20-jährigen Haupttäter wegen der »Aussetzung einer hilflosen Person« und Körperverletzung mit Todesfolge zu einer dreijährigen Jugendstrafe³ auf Bewährung. Der Kioskbesitzer und die beiden Mittäter wurden zu Bewährungsstrafen zwischen neun Monaten und einem Jahr verurteilt.

Die Richter begründeten das Urteil u.a. mit »generalpräventiven Überlegungen«, da während des Prozesses deutlich geworden sei, dass Obdachlose auch von einer breiten Öffentlichkeit als »Menschen zweiter Klasse« angesehen würden. Diese Einstellung hätte zu dieser »Machtdemonstration gegenüber Schwächeren«⁴ geführt, mit der die Täter die Obdachlosen hätten »gewaltsam vertreiben« wollen.

2 vgl. Alberto Adriano → Der Prozess gegen die Täter (S. 61)

3 gegen (zur Tatzeit) jugendliche Straftäter*innen verhängter Freiheitsentzug wegen besonderer Schwere der Schuld oder sog. schädlicher Neigungen

4 vgl. Hans-Werner Gärtner → Der Prozess gegen die Täter (S. 46)



Öffentliches Gedenken⁵

Als der Tod von Eberhart Tennstedt öffentlich bekannt wurde, versammelten sich am 8. Mai 1994 spontan rund 50 Menschen am Tatort zu einer Schweigeminute. Im September 1994 erinnerten rund 70 Teilnehmer*innen eines Schweigemarsches an das Schicksal von Eberhart Tennstedt, der von der Arbeiterwohlfahrt, dem Dachverein Reichenstraße e.V. und Antifaschist*innen aus Quedlinburg im Rahmen der bundesweiten »Nacht der Wohnungslosen« organisiert wurde. Sie brachten auch eine Gedenktafel am Tatort an, die allerdings nach kurzer Zeit von Unbekannten entfernt⁶ und seitdem nicht wieder erneuert wurde.

Mit Start der Kampagne »Wir erinnern an alle Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt« der Mobilen Opferberatung im Mai 2014 übernahm der Dachverein Reichenstraße e.V. eine Patenschaft für das Gedenken an Eberhart Tennstedt. 20 Jahre nach seinem gewaltsamen Tod erinnerten die Mobile Opferberatung und der Dachverein Reichenstraße e.V. im September 2014 mit einer Podiumsdiskussion zum Thema »Leben in der Wohnungslosigkeit – Ursachen, Alltagserfahrungen und Gewalt gegen wohnungslose Personen« an Eberhart Tennstedt⁷. Zwar fand hier auch ein Austausch über Möglichkeiten eines öffentlichen Gedenken an Eberhart Tennstedt vor Ort statt, eine konkrete Realisierung blieb jedoch bislang aus.

5 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

6 vgl. Frank Böttcher → Öffentliches Gedenken (S. 39)

7 Veranstaltungseinladung siehe bit.ly/leben-in-der-wohnungslosigkeit

8 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

9 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

Eberhart Tennstedt wird von der Landesregierung nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁸

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Eberhart Tennstedt?
- Warum wurde Eberhart Tennstedt zum Opfer rechter Gewalt?⁹

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



GEWALT GEGEN WOHNUNGSLOSE

🕒 ges.: 1 Std.



Ausdrucke Textauszug, Textmarker



1. Teilt Euch in Zweier- bzw. Dreiergruppen auf und lest den Auszug aus dem Text »Zwischen ›Geh‹ arbeiten, Du Penner« und »Penner klatschen«. Wohnungs- und Obdachlose als Opfer von Ausgrenzung und rechter Gewalt«¹ von Lucius Teidelbaum aus 2016! Streicht Euch wichtige Passagen zur Beantwortung folgender Fragen an:

- Was wird unter Sozialdarwinismus verstanden? Wie äußert er sich und welche Personengruppen sind davon betroffen?
- Welche strukturellen Ursachen und weiteren Faktoren für die Verbreitung von Sozialdarwinismus auf Einstellungs- und Handlungsebene werden benannt?
- Welche Besonderheiten bei Gewalt gegen Wohnungslose – sowohl die Taten selbst als auch die spezifische Situation der Betroffenen und die Anerkennung rechter Motive betreffend – werden beschrieben?

1 Textauszug »Zwischen ›Geh‹ arbeiten, Du Penner« und »Penner klatschen« ... (S. 35 ff.)

2 vgl. Zick/Klein 2014, S. 67; Zick u. a. 2016, S. 46 f.

3 bit.ly/ausstellung-ungewohnt

Tragt die Antworten in Euren Kleingruppen zusammen und kommt im Anschluss wieder im Plenum zusammen!

🕒 40 min



2. Im schriftlichen Urteil im Prozess gegen die Täter heißt es, die Kammer habe »keinen Anlaß daran zu zweifeln, daß der Angeklagte R. die drei übrigen Angeklagten durch das Versprechen von ein paar Bier dazu anstiftete, die beiden Obdachlosen zu vertreiben.« Damit versuchte der Imbissbesitzer das umzusetzen, was ein relevanter Teil der bundesdeutschen Bevölkerung auch mehr als 20 Jahre nach der Tat als legitime Forderung ansieht. So stimmte etwa jede*r dritte Befragte bei den Mittelstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung aus 2014 und 2016 der Aussage zu: »Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden« »eher« bzw. »voll und ganz« zu.²

- Überrascht Euch dieser Befund?
- Überlegt, wie sich solche Zustimmungswerte konkret auf den Alltag wohnungsloser Menschen auswirken!
- Kennt Ihr Beispiele für Einstellungen und Handlungen aus Eurem Umfeld?

🕒 20 min



LEBENSREALITÄTEN WOHNUNGSLOSER MENSCHEN

🕒 ges.: 45 min



Internetzugang



1. Über den Werdegang Eberhart Tennstedts, seine Schicksalsschläge und Wünsche ist uns nichts bekannt. Auch wie er ausgesehen hat, wissen wir nicht. Der Sozialarbeiter und Fotograf Clemens Janosch hat eineinhalb Jahre lang wohnungslose Menschen begleitet, sie zu ihrer Biografie, ihrer aktuellen Lebenssituation, ihren Träumen und Zielen befragt und fotografiert. Ergebnis dieser »un-gewohnten« Begegnungen sind 40 Kurzbiografien mit Portraitfotos von wohnungslosen bzw. ehemals wohnungslosen Menschen, die als Buch erschienen sind (Janosch 2007) und auch die Grundlage für eine Fotoausstellung³ zum Thema bildeten. Nehmt Euch etwas Zeit, Euch mit einigen der Geschichten der Portraitierten zu beschäftigen!

🕒 20 min



Tauscht Euch im Anschluss zu folgenden Fragen aus:

- Was ist Euch aufgefallen oder hat Euch besonders berührt?
- Was denkt Ihr, würden sich wohnungslose Menschen, die Diskriminierung und Gewalt im Alltag oft schutzlos ausgesetzt sind, wünschen?
- Welches Verhalten, welche Aussagen oder Handlungen könnten Abwertung minimieren helfen? Sammelt Ideen zu möglichen Gegenstrategien!

🕒 25 min



© EBET e.V.



FEHLENDE OFFIZIELLE ANERKENNUNG

🕒 ges.: 25 min



kein Material benötigt



1. Im Ergebnis der Überprüfung von neun Tötungsverbrechen in Sachsen-Anhalt nach Bekanntwerden der rassistischen Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« kamen Innen- und Justizministerium Sachsen-Anhalts 2013 im Fall Eberhart Tennstedts zu dem Schluss, dass »eine rechte politische Gesinnung bei den Tätern zwar nicht ausgeschlossen ist, die Indizien dafür und insbesondere für die erforderliche Kausalität nicht stichhaltig genug sind, um die bisherige statistische Einordnung des Falles zu ändern« (MI/ MJ 2013, S. 15). Als Begründung hierfür findet sich im Bericht⁴ u.a. folgende Passage:

»(...) Da Eberhart T. und sein Begleiter aus dem Obdachlosenmilieu stammten, alkoholabhängig und auch zum Tatzeitpunkt hochgradig alkoholisiert waren, passten sie bereits aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes und ihres gesellschaftlichen Status grundsätzlich in das menschenfeindliche, Randgruppen verachtende »Opferschema« politisch rechts motivierter Straftäter. Zudem geht das Landgericht in seiner Urteilsbegründung davon aus, dass die Tat zwar in erster Linie für das als »Belohnung« für die Vertreibung der Opfer ausgelobte Bier begangen wurde, daneben aber auch Ausdruck einer Machtdemonstration gegenüber Schwächeren war. M.M. wollte nach Auffassung des Gerichts mit seinem Verhalten auch zum Ausdruck bringen, dass er Obdachlose als Menschen zweiter Klasse betrachtet. Eine solche Einstellung ist zwar zweifellos Beleg für eine menschenverachtende Gesinnung (und dies wurde bei der Strafzumessung ausdrücklich vom Gericht berücksichtigt!), aber nicht zwangsläufig nur auf ein rechtes Weltbild zurückzuführen. Ressentiments gegenüber obdachlosen, alkoholkranken oder sonst abweichend von der üblicherweise akzeptierten Norm lebenden Menschen sind in allen Gesellschaftsschichten bis ins bürgerliche Milieu hinein und in allen politischen Weltanschauungen anzutreffen. (...)« (MI/ MJ 2013, S. 14)

4 vollständiger Bericht zu Eberhart Tennstedt (S. 13-15) bit.ly/untersuchungsbericht-totungsdelikte-lsa

5 seit 2012 geringfügig modifiziert

6 bit.ly/aufwurf-nacht-der-wohnungslosen

7 bit.ly/gedenktafel-am-bodeufer

Bildet Kleingruppen und führt Euch nochmals die bundeseinheitlich gültigen Kriterien des polizeilichen Definitionssystems »politisch motivierte Kriminalität« (PMK) vor Augen⁵, welche auch Lucius Teidelbaum in seinem Artikel aufführt und die Grundlage für eine entsprechende Einordnung bilden!

- Diskutiert die Argumentation im o.g. Bericht!

🕒 25 min



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 1:20 Std.



Internetzugang, Flipchartblätter, dicke Stifte, ggf. Klebeband



1. Im Rahmen der »Nacht der Wohnungslosen« im Jahr 1994 wurde eine Gedenktafel für Eberhart Tennstedt am Bodeufer angebracht. Lest Euch den Aufruf der AWO⁶ und den Artikel zu der Aktion⁷ in der Lokalausgabe der Mitteldeutschen Zeitung durch! Tauscht Euch im Plenum dazu aus:

- Wie wurde über das Gedenken berichtet?
- Wie wurde der Mord an Eberhart Tennstedt eingeordnet?



- **Welches Ziel steckt hinter der »Nacht der Wohnungslosen«? Kennt Ihr ähnliche Initiativen und Projekte heute?**

🕒 20 min

Tatort Bodeufer in Quedlinburg (© MOB)



2. Wohnungslose gehören neben Menschen, die aus rassistischen Motiven angegriffen wurden, zur zweitgrößten Opfergruppe bei politisch rechts motivierten Tötungsdelikten in Deutschland, wobei die Dunkelziffer noch um einiges höher sein dürfte. Zudem gibt es bundesweit nur wenige Gedenkinitiativen, die über einen längeren Zeitraum an Wohnungslose als Todesopfer rechter Gewalt erinnern. Bildet Kleingruppen und überlegt gemeinsam:

- **Was könnten Gründe hierfür sein?**
 → **Warum könnte ein Gedenken an wohnungslose Menschen, die aus sozialdarwinistischen Motiven getötet wurden, wichtig sein?**

8 siehe auch 📍 **Erinnern, Gedenken und Aufklären ...** → **Gedenken an Günther Schwannecke (S. 132)** oder 🌐 bit.ly/gespraech-erinnerung-wohnungslose-opfer

Notiert Eure Überlegungen zur zweiten Frage auf einem Flipchartblatt, welches Ihr später im Plenumsraum aufhängen könnt!

🕒 15 min

- **Recherchiert im Anschluss im Internet nach entsprechenden Gedenkinitiativen⁸ und stellt sie Euch im Anschluss kurz gegenseitig im Plenum vor!**

🕒 20 min

- **Sammelt gemeinsam Ideen, wie ein würdiges Gedenken an Eberhart Tennstedt heute realisierbar wäre und dokumentiert diese auf einem weiteren Flipchartblatt!**

🕒 25 min

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren
 » Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an
 ✉ bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

ZWISCHEN »GEH' ARBEITEN, DU PENNER« UND »PENNER KLATSCHEN«

Wohnungs- und Obdachlose als Opfer von Ausgrenzung und rechter Gewalt

von Lucius Teidelbaum

In der öffentlichen Wahrnehmung rangieren Wohnungs- und Obdachlose und ihre Lebensumstände unzweifelhaft ganz weit unten. Die generell fehlende Aufmerksamkeit führt häufig auch zu einer generellen Nichtbeachtung der Gewalttaten gegen Obdachlose und der dahinter stehenden Motive. Häufig wird auch das rechte Motiv bei Gewalt, bis hin zum Mord an wohnungslosen Menschen gar nicht erkannt oder thematisiert. Damit wiederholt sich selbst im Tod die soziale Marginalisierung zu Lebzeiten. (...)


Sozialdarwinismus – Ein »Extremismus der Mitte«

Grundsätzlich bezeichnet Sozialdarwinismus¹ die Abwertung von Menschen auf Basis der ihnen zugeschriebenen sozialen oder ökonomischen Stellung. Alternative Begrifflichkeiten wären Klassismus, Sozialchauvinismus oder Nützlichkeitsrassismus. Sozialdarwinismus richtet sich aber nicht nur gegen Obdachlose, sondern auch gegen Langzeiterwerbslose und andere sozial Benachteiligte, sowie Einkommensarme. Obdachlosenhass, Obdachlosen-Ablehnung, -Diskriminierung oder Obdachlosen-Feindlichkeit ist eine Teilmenge des Sozialdarwinismus. Obdachlosenhass richtet sich entweder speziell gegen Obdachlose oder wählt diese Gruppe auf Grund ihrer leichten Verfügbarkeit als Opfer aus. Sozialdarwinismus wurzelt, von allen gruppenbezogenen, menschenfeindlichen Ressentiments, vermutlich am stärksten im vorherrschenden Wirtschaftssystem, dem Kapitalismus.

Wenn Bevölkerungsgruppen auf Grund ihrer materiellen Situation mehrheitlich unten in der sozialen Hierarchie angesiedelt sind, dann wird ihr Zustand häufig von Rassistinnen und Rassisten im Kollektiv biologisiert oder kulturalisiert, das heißt ihr sozialer Zustand für wesenhaft und herkunftsbestimmt erklärt. Nichts Anderes meinen Thilo Sarrazin und Co., wenn sie über Bevölkerungsgruppen und deren vererbare Intelligenz sprechen. Hier wird z.B. Türkinnen und Türken, Sintize oder Sinti, wie auch Romnja und Roma die Schuld an ihrer sozialen Lage qua Ethnie, Religion oder Kultur selbst zugeschrieben. Ähnliches wie bei dieser Kulturalisierung und Ethnisierung von Armut, geschieht auch im Sozialdarwinismus. Wer unter die Räder des Kapitalismus gerät, sei selber schuld, so die populäre, vorherrschende Meinung. Dem Individuum wird die Schuld an seiner Lebenssituation selbst zugeschrieben, teilweise auch – wie bei Sarrazin – der gesamten Unterschicht.

So wird Armut einerseits individualisiert (eigenes Verschulden), andererseits auch wieder biologisiert (Gene als Voraussetzung für Intelligenz), wenn Sarrazin die Unterschicht zum Reservoir sich ständig fortpflanzender Dummheit und Faulheit erklärt. Wie die Verkaufszahlen seines Buches »Deutschland schafft sich ab« zeigen, sind solche Thesen populär. Besonders im Bürgertum wurde das Buch positiv rezipiert, offenbar weil die Thesen Sarrazins den eigenen Stand aufwerten und nach unten abgrenzen. Mit dem Aufkommen der Wirtschaftskrise kam es in den »besseren Kreisen« zwischen 2009 und 2010 zu messbaren, verschlechterten Einstellungen gegenüber Erwerbslosen, sozial Benachteiligten und Migrantinnen und Migranten. Die Bielefelder Forschungsgruppe um den Professor Wilhelm Heitmeyer sprach von der höchsten von ihnen ermittelten Abwertung von Langzeiterwerbslosen durch »Gutverdiener«. In der Heitmeyer-Studie werden neben Langzeiterwerbslosen auch Obdachlose als Betroffene von Abwertung und Ausgrenzung benannt: »Ökonomistischen Bewertungskriterien können neben den Langzeitarbeitslosen weitere Gruppen zum Opfer fallen, die nur einen geringen oder gar keinen Beitrag zur Effizienzsteigerung der Marktgesellschaft beitragen. Letzteres gilt insbesondere für jene Personen, die in der Sozialhierarchie noch unter den Langzeitarbeitslosen stehen und deren Arbeitsmoral als noch geringer geschätzt wird: die Obdachlosen.«

Die Entsolidarisierung der Gesellschaft wurde von manchen Politikerinnen und Politikern, wie auch Meinungsbildenden, in einzelnen Texten noch gezielt befeuert. So schrieb der Philosoph Peter Sloterdijk 2009 in der FAZ: »Lebten im ökonomischen Altertum die Reichen unmissverständlich und unmittelbar auf Kosten der Armen, so kann es in der ökonomischen Moderne dahin kommen, dass die Unproduktiven

¹ siehe auch  Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)



homeless place
(© Alexas_Fotos/ pixabay.com)

mittelbar auf Kosten der Produktiven leben [...].« Und der FOCUS-Redakteur Michael Klonovsky hetzte in seinem Artikel »Das Gott-Wort der Guten« im August 2010: »Die Tatsache, dass es unproduktive Unterschicht, Sozialschmarotzer, ja dass es Plebs gibt, findet der Gutmensch so skandalös, dass er jeden zum Schlechtmenschen erklärt, der darauf hinweist.«

Sozialdarwinismus wird an vielen Stellen verbreitet, auch an solch ungewöhnlichen, wie in Jugendhörspiel-Serien. So heißt es in der Folge der »Der letzte Schuss« der Jugendhörspiel-Serie TKKG:

Karl: »Scheinen ziemlich zäh zu sein diese Penner. Vielleicht liegt das daran, dass sie sich immer schonen? Sie haben keinen Stress, keine Verantwortung, keine Aufgaben und sie leben trotzdem.«

Tim: »Was nicht geübt wird verkümmert. Schonung stärkt nicht, sondern schwächt. Das ist ein Naturgesetz und gilt für alles.«

(...) Sozialdarwinismus ist die Abwertung von »überflüssigen« und »nutzlosen« Personen und Gruppen. Dabei wird die real existierende soziale Ungleichheit zu einer Ungleichwertigkeit transformiert. Eine schon länger feststellbare Tendenz in der Gesellschaft. Gruppen und Personen werden nach ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit (»Die bringen uns was.«) bewertet. Es findet eine »Renaturalisierung« von Ungleichheit statt und arm gilt als Synonym für asozial. Betroffene sind die Verliererinnen und Verlierer der Konkurrenz- bzw. Leistungsgesellschaft. Menschen, die keine Arbeit oder Wohnung haben, so die verbreitete Gewissheit, seien einfach nur zu »faul« oder anderweitig »selber Schuld«. Dem ist zu entgegnen, dass Armut keine Charaktereigenschaft ist! (...)

Sozialdarwinistische Gewalt

2 Was sind Homo-, Inter und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

3 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

4 Was ist Antirromanismus? (S. 112 ff.)

5 Was ist Antisemitismus? (S. 106 ff.)

Die bereits beschriebenen Bilder von Obdachlosen und die Einstellungen gegenüber ihnen, führen nicht nur zu einem strukturellen Sozialdarwinismus, sondern auch zu direkten Übergriffen. (...) Offensichtlich gehören nicht nur Ausgrenzungserfahrungen, sondern auch Gewalterfahrungen für viele obdachlose Menschen zum Leben auf der Straße dazu. Es handelt sich ganz überwiegend um situative Gewalt, das heißt, sie ist kaum geplant. Allerdings gab es in Vergangenheit auch schon Anschläge auf Obdachlosenhäuser. In Fällen von Gewalt gegen Obdachlose fällt generell auf, dass die Gewalt sehr enthemmt eingesetzt wird, auffällig lange Tatzeiten und extreme Brutalität sind charakteristisch und klarer Hinweis darauf, dass die Täterinnen und Täter Obdachlosen den Status als »vollwertige Menschen« absprechen.

Zum Teil scheint dieser gewalttätig ausgelebte Hass der Kompensation des eigenen Unterlegenheitsgefühls und von Zukunftsängsten zu dienen, indem man ihn an noch Schwächeren »auslebt«. Sozialdarwinistisch motivierte Gewalt verbindet sich nicht selten mit anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. So lassen sich Überschneidungen zu Homophobie², zu Behindertenfeindlichkeit, zu Rassismus³, zu Antiziganismus⁴ und vereinzelt sogar zu Antisemitismus⁵ feststellen.

Laut der Straßenzeitung motz werden die Gewalttaten seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend von Tätergruppen verübt. Unter der Bezeichnung »Happy Slapping«, halten die Täterinnen und Täter neuerdings ihre Taten sogar per Video fest und stellen sie auch ins Internet. (...) Es gibt vor allem zwei Gruppen von Täterinnen und Tätern. Einmal Personen, die durch ihr Äußeres (Szene-Kleidung, Tattoos), ihre Aktivitäten in der Vergangenheit oder ihre organisatorische Anbindung eindeutig der extremen Rechten⁶ zuzuordnen sind. Dabei inszenieren sich rechte Parteien und Organisationen gerne als Fürsprecherinnen und Fürsprecher von denjenigen Obdachlosen, die sie dem eigenen Kollektiv (»Volk«, »Rasse«, Religion) zuordnen. In jüngster Zeit gerne auch durch starke In-Konkurrenz-Setzung mit Geflüchteten. Neben den eindeutig zu verortenden Täterinnen und Tätern gibt es auch noch vermeintlich »unpolitische« Jugendliche. Ein rechter Hintergrund der Taten wird von offiziellen Stellen in denjenigen Fällen meist geleugnet, in denen den Täterinnen und Tätern keine entsprechende Anbindung an die Szene nachgewiesen werden kann. Bei keiner anderen Opfergruppe wird das rechte Tatmotiv so häufig ausgeblendet, wie bei Obdachlosen.

Im Ergebnis vermerkt die alternative Chronik rechter Todesopfer für den Zeitraum 1989 bis 2010 mindestens 28 ermordete Obdachlose durch rechte Gewalt. Das könnte aber nur die Spitze des Eisberges sein. Denn von 1989 bis 2011 wurden nach Informationen der BAGW⁷ 167 wohnungslose Menschen von Täterinnen und Tätern außerhalb der Wohnungslosenszene getötet. Die offiziellen Angaben der Behörden helfen hier kaum weiter. Erst seit 2001 gehören zum behördlichen Erfassungssystem der »Politisch motivierten Kriminalität« (PMK) auch Straftaten »wenn die Umstände oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sich gegen eine Person aufgrund [...] ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet«. Häufig werden die Taten trotzdem nicht als solche eingeordnet.

6 Glossar →
Extreme Rechte (S. 121)

7 www.bagw.de,
twitter.com/bagw,
[face-book.com/](https://face-book.com/bagwohnungslosenhilfe)
[bagwohnungslosenhilfe](https://face-book.com/bagwohnungslosenhilfe)

8 siehe auch Geden-
ken und Aufklären ...
(S. 131 ff.)

Fazit: Obdachlosen-Feindlichkeit als eigene Kategorie anerkennen!

Sozialdarwinismus gegen sozial Marginalisierte äußert sich in struktureller Gewalt (Ausgrenzung, verbale Anfeindung) und direkter Gewalt (Übergriffe, Vertreibungen), bis hin zum Mord. Da es aber an einer kritischen Öffentlichkeit mangelt, wird dieses Motiv kaum beachtet. Nur wenn sich unter den Täterinnen und Tätern Personen finden, die eindeutig der extrem rechten Szene zuzuordnen sind, wird ein rechtes Motiv vermutet. Dabei sollte das Motiv für sich den Charakter einer Tat definieren und nicht die Anbindung der Täterinnen und Täter an die rechte Szene. Ein sozialdarwinistisches Motiv wird von vielen auch erstaunlich offen vor Gericht eingestanden, wenn sie versuchen, ihre Tat zu rechtfertigen. Da heißt es dann, ihr Opfer habe »allen auf der Tasche gelegen« oder hätte »die Umwelt verschmutzt«.

Obdachlose stellen eine besonders von rechter, sozialdarwinistisch motivierter Gewalt bedrohte Gruppe dar, da sie teilweise eine spezifische Anfeindung als »Penner« erleben und sich durch eine besondere Schutz- und Wehrlosigkeit auszeichnen. Um es noch einmal zu betonen: Die Situation der Obdachlosigkeit bedeutet ein vollständiges Ausgeliefertsein. Ein Umstand, um den auch die Täterinnen und Täter wissen. Auch deswegen zeigen Obdachlose einen Angriff praktisch nie an, weil bei ihnen die Angst vor Rache am größten ist, vor der sie sich ja nirgendwo in Sicherheit bringen können. Die Taten werden aber nicht von einer radikalen, politischen Minderheit verübt, sondern bauen auf dem Nährboden einer verbreiteten sozialen Ausgrenzung auf. Zur Abschaffung des Sozialdarwinismus bräuchte es deswegen generell ein anderes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Zum Umgang mit der Gewalt gegen Obdachlose muss zuerst einmal die Aufmerksamkeit für diese Art der Gewalt geschaffen werden. Außerdem muss sich das Bild von und die Einstellung gegenüber sozial Marginalisierten in der gesamten Gesellschaft ändern. Dabei gilt es auch, tradierte Klischees aufzubrechen. Es muss eine differenzierte Darstellung von obdachlosen Menschen geben. Jeder obdachlose Mensch hat eine ganz individuelle Lebensgeschichte, die es verdient, angehört zu werden.

In den Fällen tödlicher rechter Gewalt gegen Wohnungslose, sollte den Opfern zumindest posthum Gestalt (Namen, Bild, Biografie) verliehen werden, um ihnen einen Teil ihrer Würde zurückzugeben. In einzelnen Fällen ist diese Arbeit vorbildhaft, wird aber fast nur von kleinen Antifa-Gruppen am Tatort – zum Teil in Zusammenarbeit mit den vielerorts zu findenden Straßenzeitungen geleistet. Nur deswegen kennen wir heute Namen wie Emil Wendland (Neuruppin), Eckard Rütz und Klaus Dieter Gerecke (Greifswald) oder André K.(Oschatz)⁸. (...)



Caritas-Kampagne 2018
(© Deutscher Caritasverband e.V.)

FRANK BÖTTCHER

(17 Jahre)

† 8. Februar 1997 in Magdeburg



Wer war Frank Böttcher?

Der 17-jährige Punk¹ Frank Böttcher wurde in den frühen Morgenstunden des 8. Februar 1997 in der Magdeburger Plattenbausiedlung Neu-Olvenstedt von einem gleichaltrigen Naziskinhead² mit einem Messer angegriffen und starb kurz darauf im Krankenhaus.

Ein Jahr vor seinem Tod war Frank Böttcher zu seinem Bruder in eine betreute Wohngemeinschaft in Magdeburg-Stadtfeld gezogen und hatte dort ein berufsvorbereitendes Jahr begonnen. Zuvor hatte er in mehreren Kinderheimen gelebt. Erst wenige Wochen vor der Tat hatte er sich eine Irokesen-Frisur zugelegt und seine Haare rot gefärbt. Sein Bruder Peter Böttcher und seine Freund*innen beschreiben ihn als einen ruhigen Menschen, der nicht einmal einer Fliege etwas zu leide tun konnte.³

1 vgl. Torsten Lamprecht → Wer war ...? (S. 20)

2 bit.ly/lexikon-skinheads

3 vgl. Volksstimme (09.02.1997) bit.ly/frank-haette-niemandem



Was ist passiert?

Am Mittag des 7. Februar 1997 war Frank Böttcher von seiner weißen Hausratte »Speedy« in die Hand gebissen worden. Um sich behandeln zu lassen, fuhr er schließlich nach Mitternacht mit der Straßenbahn ins Krankenhaus nach Neu-Olvenstedt. Gegen 2:45 Uhr traf er in der Notfallambulanz ein und erzählte den Krankenschwestern, dass er kurz zuvor in der Bahn von »Glatzen angemacht« worden sei. Drei Naziskinheads hätten ihn auf der Fahrt angepöbelt und u.a. als »Zecke« beschimpft. Nach der Behandlung verließ Frank Böttcher gegen 3:30 Uhr das Krankenhaus und ging zur circa einhundert Meter entfernten Straßenbahnhalttestelle »Krankenhaus Olvenstedt« zurück.

Gegen 4 Uhr morgens fand ihn dort ein jugendlicher Passant in einer Blutlache auf dem Bürgersteig liegend und schwerst verletzt: mit sieben Stichwunden und Schädel-Basisbruch. Frank Böttcher starb nach vergeblichen Wiederbelebungsversuchen gegen 5:30 Uhr morgens auf der Intensivstation des Krankenhauses Neu-Olvenstedt.

Knapp zwei Wochen nach dem Tod von Frank Böttcher verhaftete die Polizei schließlich einen 17-jährigen Naziskin, der sich unmittelbar nach der Tat gegenüber einem Freund mit der Tat gebrüstet und sein blutiges Messer gezeigt hatte.



Der Prozess gegen den Täter

Im Juni 1997 verurteilte das Landgericht Magdeburg nach einem viertägigen, nicht-öffentlichen Prozess den minderjährigen Täter nach Jugendstrafrecht wegen Totschlags zu sieben Jahren Jugendhaft. Der Angeklagte war unter an-



derem wegen Körperverletzungsdelikten polizeibekannt. Er hatte vor Gericht gestanden, Frank Böttcher angegriffen zu haben, weil er sich von ihm provoziert gefühlt habe.

Er sei an der Straßenbahn-Haltestelle zufällig auf Frank Böttcher gestoßen und habe ihn zunächst mit Tritten zu Boden gebracht. Mindestens zehn Mal habe der Angeklagte mit Springerstiefeln kräftig auf den Kopf seines Opfers eingetreten und dann sieben Mal mit seinem Messer in dessen Rücken gestochen, so das Gericht. Ein Gerichtsmediziner stellte fest, dass jede dieser Verletzungen zum Tod des schwächlichen 17-Jährigen geführt hätte.



Öffentliches Gedenken⁴

Einen Tag nach der Tat – am 9. Februar 1997 – organisierten Freund*innen Frank Böttchers mit Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN und PDS⁵ einen Trauermarsch von der Innenstadt nach Olvenstedt, auf dem sie mit Transparenten wie »Von Nazis ermordet!« und einem daneben befestigten Portrait Frank Böttchers ihre Gewissheit zum Hintergrund der Tat öffentlich machten. Zudem erinnerten sie mit einer tagelangen Mahnwache am Tatort an den 17-Jährigen. Am 22. Februar 1997 demonstrierten in der Magdeburger Innenstadt rund 3.000 Antifaschist*innen, Punks, Autonome und weitere Menschen gegen rechte Gewalt.⁶

Ein Jahr nach Frank Böttchers Tod errichteten Antifaschist*innen am Tatort einen Gedenkstein mit -tafel. Dieser wurde seitdem – ebenso wie Frank Böttchers Grabstelle – immer wieder mit rechten Parolen beschmiert und die Gedenktafel mehrfach gewaltsam entfernt⁷. Anlässlich seines 11. Todestages benannten Antifaschist*innen 2008 eine Magdeburger Straße symbolisch in Frank-Böttcher-Straße um⁸, auch um gegen die fehlende offizielle Anerkennung des politischen Motivs zu protestieren. Punks zogen in einem kleinen Gedenkmarsch zur Angriffsstelle und hielten eine Schweigeminute ab. Seit etlichen Jahren lädt das Bündnis gegen Rechts Magdeburg⁹ am Todestag Frank Böttchers zu Gedenkveranstaltungen am Gedenkstein ein.

Frank Böttcher wird von der Landesregierung seit 2009 offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.¹⁰

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Frank Böttcher?
- Warum wurde Frank Böttcher zum Opfer eines Neonazis?¹¹

4 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

5 Partei des Demokratischen Sozialismus, hervorgegangen aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und seit Fusion mit der Wahlalternative soziale Gerechtigkeit (WASG) im Jahr 2007 DIE LINKE

6 Details siehe Frank Böttcher: Ideen zur Weiterarbeit → Öffentliche Reaktionen II und III (S. 41)

7 vgl. Rick Langenstein → Öffentliches Gedenken (S. 93)

8 vgl. Torsten Lamprecht → Öffentliches Gedenken (S. 22)

9 <https://bgrmagdeburg.wordpress.com>

10 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

11 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



Mahnwache einen Tag nach dem tödlichen Angriff am Tatort Haltestelle Olvenstedt in Magdeburg (© Christian Ditsch)

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RECHTE GEWALT GEGEN PUNKS

🕒 ges.: 50 min



Textausdrucke, Textmarker, Flipchartblätter, Klebeband



1. Frank Böttcher wurde getötet, weil er äußerlich als Punk erkennbar war. Der Hass auf und die Gewalt gegen Punks und Linke sind ein zentraler Bestandteil extrem rechter Ideologien. Findet Euch in Kleingruppen zusammen und lest den Text »Wer sind die Opfer – und wie werden sie dazu gemacht?«¹! Markiert die entsprechenden Textpassagen zu folgenden Fragen und tauscht Euch im Anschluss dazu aus:

- Welche im Text benannten Bestandteile extrem rechter Ideologien werden auch im Mord an Frank Böttcher deutlich?
- Welche konkreten Beispiele für die Stabilisierung und Mobilisierung der Feindbilder Punks bzw. Linke – auch in weiteren gesellschaftlichen Kreisen – fallen Euch noch ein?²
- Was denkt Ihr, welche Auswirkungen hatte dieses Verbrechen auf die Punk-Szene insgesamt?

1 bit.ly/wer-sind-die-opfer

2 siehe auch: Warum ich das nicht mehr hören will! »Zecke« bit.ly/schimpfwort-zecke

3 bit.ly/deutsch-sauber-besser

4 bit.ly/böttcher-regionale-berichterstattung

Schreibt Eure zentralen Ergebnisse mit wenigen Stichpunkten auf ein Flipchartblatt, welches Ihr dann zum Nachlesen für die anderen Kleingruppen im Plenumsraum aufhängen könnt.

🕒 25 min



2. Knapp ein Jahr nach Frank Böttchers Tod überfielen ein Dutzend Naziskins die Wohngemeinschaft seines Bruders und verletzten einen Freund lebensgefährlich. Lest dazu den Artikel »Deutsch, sauber, besser«³ (Der Spiegel, 12.01.1998), streicht Euch wichtige Stellen an und reflektiert den Text anhand folgender Fragen:

- Wie wird der Alltag von Punks, Linken und anderen von Naziskins als »anders« oder »undeutsch« konstruierten Gruppen in und um Magdeburg dargestellt?
- Welche Hintergründe für das selbstbewusste Agieren der Naziskins werden thematisiert?
- Wie schätzt Ihr die Aussagen der unterschiedlichen Akteur*innen ein, die in dem Artikel zu Wort kommen?

🕒 25 min



ÖFFENTLICHE REAKTIONEN

🕒 ges.: 90 min



Ausdrucke Zeitungsartikel und Aufruf, Textmarker, dicke Stifte, Flipchartblätter, Klebeband



1. Bildet Kleingruppen und lest die direkt nach Bekanntwerden des Verbrechens in den regionalen Tageszeitungen erschienenen Kommentare!⁴

- Analysiert im Anschluss die jeweiligen Kernaussagen! Versucht, diese pro Kommentar in einem bis maximal drei Stichpunkten oder kurzen Sätzen auf einem Flipchartblatt zusammenzufassen!

🕒 25 min



Kommt wieder im Plenum zusammen, hängt die Flipchartblätter nebeneinander auf und diskutiert gemeinsam:

- **Worin unterscheiden sich die Kommentare?**
- **Wie bewertet Ihr die erste Reaktion des damaligen Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Magdeburg auf die brutale Tötung Frank Böttchers?**

🕒 15 min



2. Für das soziale Umfeld Frank Böttchers und innerhalb der Punk- und Antifaszene war sofort offensichtlich, dass das Verbrechen nur einen rechten Hintergrund gehabt haben konnte. Einen Tag nach dem gewaltsamen Tod demonstrierten etwa 500 Antifas und Punks mit dem Fronttransparent »Frank von Faschisten ermordet. Kein Vergeben, kein Vergessen« gegen rechte Gewalt. Die Polizei hingegen beharrte tagelang öffentlich darauf, in »alle Richtungen« zu ermitteln und betonte dabei mehrfach, auch »Auseinandersetzung innerhalb linker Gruppierungen bzw. der Punkszene« nicht ausschließen zu wollen. Überlegt gemeinsam:

- **Welche Vorurteile gegenüber Punks und Linken werden damit aufgerufen?**
- **Was denkt Ihr, welche Wirkung die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei auf das soziale Umfeld Frank Böttchers und potenziell betroffene Punks und Linke in Magdeburg hatte?**

🕒 15 min



3. Nachdem Antifaschist*innen für den 22. Februar 1997 zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen hatten⁵, verfassten Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Künstler und Politiker einen Aufruf zur Beteiligung und für Gewaltlosigkeit. Während u.a. zahlreiche prominente Einzelpersonen und Mitglieder der rot-grüne Landesregierung diesen öffentlich unterstützten, sahen Landtagsfraktion und Landesverband der CDU darin die »Gefahr einer weiteren Eskalation der Gewalt« und warnten vor einer Teilnahme.⁶

Bildet Kleingruppen und lest den Aufruf »Magdeburger Bürger gegen Gewalt«⁷!

- **Wie ordnen die Verfasser die Tat ein? Und welche Gründe dafür werden herangezogen?**
- **Was gefällt Euch an dem Text? Und was daran seht Ihr kritisch?**
- **Denkt Ihr, dass der Aufruf erfolgreich war? Begründet Eure Einschätzung!**

🕒 20 min

Gebt bedenkenswerte Aspekte aus Eurer Kleingruppendiskussion ins Plenum zurück!⁸

🕒 15 min



ENTPOLITISIERUNG RECHTER GEWALT

🕒 ges.: 45 min



Textmarker, dicke Stifte, Flipchartblätter, Klebeband



Neben einer Gleichsetzung von rechter und linker Gewalt⁹ dominierten – wie bereits nach dem neonazistischen Überfall auf die Magdeburger Elbterrassen im Mai 1992¹⁰ – entpolitisierende Erklärungsansätze die öffentliche Debatte. So war vielfach von unpolitischer (Jugend-)Gewalt die Rede, deren Ursachen in fehlenden Freizeitangeboten, Arbeits- und Ausbildungsplatzmangel, allgemeiner Perspektivlosigkeit oder steigender Gewaltaffinität gesehen wurden.¹¹ Dieser Fokus war ebenso in der akzeptierenden Sozialarbeit der 1990er Jahre als auch innerhalb der Sozialwissenschaften dominant. Der Diplom-Pädagoge Stephan Dierbach führt dazu aus:

»Der dabei angelegte analytische Blick auf den Faktor »Jugend« stellt in Hinblick auf das real existierende Bedrohungspotenzial der Rechten Gewalt eine bedeutende Entschärfung dar, indem für die Gruppe der so genannten »Jugendlichen« unterstellt wird, dass deren Taten nicht das Ergebnis einer persönlichen Entscheidung sind, die auf der Grundlage

5 vgl. bit.ly/demoaufruf-22-02-1997

6 vgl. Volksstimme, 19.02.1997 bit.ly/minister-unterstuetzen-demo

7 [Aufruf Magdeburger Bürger gegen Gewalt \(S. 43\)](#)

8 vgl. u.a. taz-Bericht und -Kommentar bit.ly/magdeburger-blieben-zu-hause und bit.ly/feige-balkongucker sowie Landtagsdebatte im Anschluss bit.ly/landtagsdebatte-27-02-1997

9 vgl. zur aktuellen Kritik Quent 2017 bit.ly/problem-gegenueberstellung

10 [Torsten Lamprecht \(S. 20 ff.\)](#)


11 siehe auch bit.ly/böttcher-überregionale-presse

eines Bewusstseins über Sinn, Zweck und Ziel einer Handlung anzusehen sind, sondern diese das Produkt einer unbewussten Umformung von gesellschaftlich bedingten Problemen seien. Die Rolle der Ideologie gerät dabei tendenziell aus dem Blickfeld der Auseinandersetzung.« Davon abgesehen, dass nur ein Drittel der Tatverdächtigen in diesem Bereich Jugendliche seien und nur ein kleiner Teil aller Jugendlichen überhaupt mit rechten Gewalttaten auffällig werde, habe der Fokus auf Jugendliche dazu geführt, dass »Rechtsrock, Nazi-Parolen und rechtsextreme Symbolik ... oftmals unkommentiert geduldet und hinsichtlich ihrer politischen Dimension nicht ernst genommen ... und seitens der Sozialarbeiter aus diesem Grund auch nicht aktiv zu dekonstruieren versucht. (...) Ist die »Sturm- und Drang«-Zeit des Jugendalters vorüber, so die stille Hoffnung hinter dieser Haltung, werde sich das Symptom des Rechtsextremismus von alleine verflüchtigen. (...) Die Adaption und die Integration rechtsextremen Gedankenguts kann ... nicht länger als eine Strategie zur Bewältigung von Adoleszenzproblemen gelten, die wie von Zauberhand verschwinden, sondern muss im schlechtesten Fall als ein sich stetig verfestigender Prozess der politischen Sozialisation verstanden werden.« Und weiter führt er aus »... rechte Täter_innen sind eben keine Amokläufer_innen, im Gegenteil, es existiert eine klar definierte Gruppe von Menschen, die zu Opfern ihrer Gewalt gemacht werden (...) Diese Taten sind also gerade nicht das Ergebnis einer ungerichteten und zügellosen Wut, sondern einer zielgenauen Lokalisierung.«¹²

12 Dierbach 2012, S. 6 ff.

13  bit.ly/böttcher-gedenken-2018

14 vgl. auch  Warum erinnern? (S. 126 ff.)

15 siehe auch  Gedenken und Aufklären ... (S. 131 ff.)

Überlegt zunächst in Kleingruppen und sammelt Eure Ergebnisse auf einem Flipchartblatt:

- Welche Probleme sind mit der Deutung rechter Gewalt als unpolitische Jugendgewalt (noch) verbunden?
- Welche aktuellen Beispiele für eine Entpolitisierung und Verharmlosung rechter Gewalt fallen Euch ein?

 25 min

Stellt Euch Eure Überlegungen im Anschluss im Plenum vor!

 20 min



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

 ges.: 25 min



Internetzugang, ggf. Lautsprecher, dicke Stifte, Flipchartblatt



1. Der Gedenkstein an Frank Böttcher wurde immer wieder geschändet und die Gedenkplatte mehrfach gestohlen. Schaut Euch das Video¹³ mit der Rede David Begrichs, Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. und Vertreter des Bündnis gegen Rechts Magdeburg, zur Gedenkkundgebung anlässlich des 21. Todestages von Frank Böttcher an! Macht Euch ggf. Notizen zu zentralen Aussagen und ergänzt diese durch eigene Überlegungen und in gemeinsamer Diskussion im Anschluss:

- Warum erscheint ein Gedenken an Frank Böttcher weiterhin wichtig?¹⁴
- Was glaubt ihr, für wen feste Gedenkorte zur Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt bedeutsam sind und warum?
- Macht ein Brainstorming, wie ein Gedenken an Frank Böttcher noch aussehen oder ausgestaltet werden könnte, um mehr Menschen zu erreichen!¹⁵ Notiert Eure Ideen auf einem Flipchartblatt!

 25 min

Erinnern am Gedenkstein
anlässlich des 22. Todestages
Frank Böttchers 2019
(© MOB)





Mahnwache am Tatort 1997
(© Christian Ditsch)

MATERIAL WEITERARBEIT -> Öffentliche Reaktionen, Aufgabe 3

Magdeburger Bürger gegen Gewalt

Blinder Haß tötet einen wehrlosen Menschen mit Stiefeltritten und Messerstichen. Das Klima, in dem solche Gewalt entsteht, ist geprägt durch soziale Verelendung, fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze und Perspektivlosigkeit. Wir, die Unterzeichnenden, unterstützen alle Anstrengungen von Politikern, Bürgerinitiativen und einzelnen, die sich für ein gewaltfreies Miteinander einsetzen indem sie diesen Verhältnissen entgegenwirken.

Die Jugendszene, aus der das Opfer stammt, organisiert eine Demonstration gegen die Gewalt am Samstag, dem 22. Februar. Treffpunkt ist der Zentrale Platz um 14 Uhr. Vor dort wird der Protestmarsch zum Tatort nach Olvenstedt führen.

Kinder und Jugendliche sollen in ihrer Not Beistand insbesondere von denen erfahren, denen es – noch – besser geht. Wir, die Unterzeichnenden, rufen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Magdeburg auf, die Jugendlichen in ihrer Trauer und ihrem Protest nicht allein zu lassen. Stadt und Landesregierung werden aufgerufen, die Großsiedlungen als Orte des Zusammenlebens für alle Bürger zu erhalten und dort schwerpunktmäßig Arbeitsplätze, Freizeit-, Kultur- und Sozial-einrichtungen zu schaffen.

Schließen Sie sich dem Protestmarsch an und zeigen Sie so, daß die überwältigende Mehrheit der Magdeburger Bürger »Nein!« sagt zu menschenverachtender Gewalt.

Dr. Jürgen Weißbach
Vorsitzender des DBG Landesbezirkes Sachsen-Anhalt

Hans-Joachim Kiderlen
Konsistorialpräsident der evangelischen Landeskirche

Frank Salander
Verleger, Stadtmagazin zitadelle

Wolf Bunge
Intendant der Freien Kammerspiele

Norbert Pohlmann
Pressesprecher der Freien Kammerspiele

Dr. Stephan Mertens
Stadtsprecher Bündnis 90/Die Grünen

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren **» Evaluationsbogen (S. 164 f.)** und schickt alles per E-Mail an **✉ bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de**

HANS-WERNER GÄRTNER

(37 Jahre)

† 8. Oktober 1999 in Löbejün



Wer war Hans-Werner Gärtner?

Hans-Werner Gärtner war 37 Jahre alt, als er in der Nacht zum 8. Oktober 1999 in Löbejün (Saalekreis) und Umgebung von drei Männern zu Tode gequält wurde.

Bekannte beschreiben Hans-Werner Gärtner als freundlichen, schüchtern wirkenden Mann, der nach einer Hirnhautentzündung in jungen Jahren eine leichte geistige Behinderung¹ zurückbehielt und deshalb oft »zu vertrauensselig« gewesen sei. Dennoch gelang es Hans-Werner Gärtner erfolgreich, die Schule und eine Ausbildung zum Gärtner abzuschließen und ein überwiegend selbstständiges Leben zu führen. Einige Zeit vor seiner Ermordung hatte Hans-Werner Gärtner eine Anstellung verloren. Er verbrachte viel Zeit damit, seinem Onkel bei dessen kleiner Landwirtschaft zu helfen und auf öffentlichen Grünflächen und in Lebensmittelcontainern Futter für dessen Kleintiere zu sammeln, welches er in seinem Fahrradanhänger transportierte.

1 leichte intellektuelle Einschränkung;

vgl. Jörg Danek → Wer war ... ? (S. 50)

Andreas Oertel → Wer war ... ? (S. 70), Hans-Joachim Sbrzesny → Wer war ... ? (S. 84)

2 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)



Was ist passiert?

In der knapp 2.200 Einwohner*innen-Stadt Löbejün war der Alltag Hans-Werner Gärtners von Beleidigungen als »Dorfdepp« und Ausgrenzung geprägt. Zwei seiner späteren Mörder aus Löbejün, beide 26 Jahre alt, trafen sich im Sommer 1999 mit weiteren Gleichaltrigen des Öfteren an einer Bushaltestelle, wo sie vermeintlich schwächere Passant*innen beleidigten und nicht selten auch mit Gummiknüppel, Baseballschläger oder einem sog. Totschläger bedrohten.²

Hans-Werner Gärtner quälten die beiden mehrfach, so auch am Abend des 5. August 1999, wo sie den 37-Jährigen erst verspotteten und schließlich mit einem Schlagstock mit Eisenkette, Faustschlägen und Fußtritten erheblich verletzten. Den lauten Hilfescreien Hans-Werner Gärtners folgte niemand. Schließlich gelang ihm die Flucht. In der Hoffnung, von der Polizei geschützt zu werden, erstattete er Strafanzeige. Im Krankenhaus wurden u.a. Nasen- und Jochbeinbrüche, mehrere Prellungen sowie ein Schädel-Hirn-Trauma diagnostiziert, sodass Hans-Werner Gärtner sechs Tage stationär behandelt werden musste. Auch danach litt er noch wochenlang unter Schmerzen.

Als er den Angreifern das nächste Mal begegnete, wurde Hans-Werner Gärtner unter Anspielung auf die Tat mit schneidendem Unterton gefragt, ob er noch lebe. Ein anderes Mal beleidigte einer der 26-Jährigen ihn beim Futtersammeln an einem Supermarktcontainer, riss Gurken und Tomaten vom Fahrradanhänger und trat heftig zu. Aus Angst vor weiterer Gewalt ging Hans-Werner Gärtner mehrfach zur Polizei, wo er über Personen- und Wohnortbeschreibungen bei der Tätersuche mitzuhelfen versuchte. Er schal-



tete auch einen Anwalt ein und bat eine Sozialarbeiterin um Unterstützung, die ihn auch zu einer Zeugenvernehmung begleitete.

Als einer der 26-Jährigen am 7. Oktober als Beschuldigter vernommen wurde, bekam er mit, dass sein Freund noch nicht namentlich bekannt war. Als sich die beiden nach der Arbeit trafen, waren sie höchst verärgert über die Anzeige³ und mögliche weitere, daraus resultierende Konsequenzen, zumal sie das Hans-Werner Gärtner gar nicht zugetraut hätten. Noch in dieser Nacht gegen 1 Uhr trafen die beiden mit einem 24-jährigen Freund aus Halle beim Alkoholkauf an einer Löbejüner Tankstelle zufällig auf Hans-Werner Gärtner. Der 37-Jährige versuchte, mit seinem Fahrrad zu flüchten, wurde aber von dem Trio eingeholt, zu Boden geschlagen und u.a. mit Fußtritten ins Gesicht misshandelt, offenbar ohne dass die Tankstellen-Angestellte etwas bemerkte. Anschließend schleifte das Trio Hans-Werner Gärtner zu einem Gully, stieß ihn in das 1,50 m tiefe Loch und schob den eisernen Deckel zu.

Als die Täter den völlig verängstigten und verschmutzten Hans-Werner Gärtner schließlich wieder herauszogen, verspotteten sie ihn wegen des Geruchs, den er angenommen hatte und kündigten an, ihn zu »säubern«. Dazu zwangen sie den 37-Jährigen in den Kofferraum und fuhren zum Löbejüner Steinbruch. Dort stießen sie ihn ins kalte Wasser, hinderten ihn mit Stößen und Tritten daran heraus zu kommen und drückten auch mehrfach seinen Kopf unter Wasser. Als es Hans-Werner Gärtner schließlich doch gelang, blieb er völlig erschöpft, erheblich verletzt und vor Kälte zitternd liegen. »Den bringen wir um, der ist nicht lebensfähig«, habe einer der 26-Jährigen gesagt, so seine Mittäter später im Prozess.

Angesichts der massiven Verletzungen sowie der drohenden, strafrechtlichen Konsequenzen bei erneuter Anzeige beschloss das Trio schließlich, Hans-Werner Gärtner zu töten. Dazu wurde er erneut in den Kofferraum gezerrt und zu einer Kiesgrube am Wörbziger See gefahren. Dort schlepten die Täter ihn zu einer Metallschranke, schlugen seinen Kopf dagegen und malträtierten ihn weiter mit Schlägen und Tritten. Währenddessen flehte Hans-Werner Gärtner erneut erfolglos darum, ihn endlich in Ruhe zu lassen.

Um den Tod wie eine interne Auseinandersetzung mit dem im Ort als »Außenseiter« geltenden Hans-Werner Gärtner aussehen zu lassen, zwangen sie ihn erneut in den Kofferraum und fuhren zu einer abseits an einem Feld gelegenen Ortsverbindungsstraße zwischen Schlettau und Domnitz. Dort schlug einer der 26-Jährigen u.a. mit einer aus einem Zaun gerissenen Holzlatte so auf Kopf und Oberkörper Hans-Werner Gärtners ein, dass sie zerbrach. Dann schlugen und traten die Männer immer wieder auf Kopf und Oberkörper ihres Opfers ein und ließen ihn schließlich zum Sterben zurück. In den frühen Morgenstunden erlag der 37-Jährige seinen schweren Schädel- und weiteren Verletzungen am ganzen Körper. Ein Traktorfahrer fand ihn gegen 8 Uhr morgens, bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

3 vgl.  Willi Worg → Was ist passiert? (S. 66 f.)

Tatort Feldweg nahe Löbejün
(© MOB)





Landgericht Halle
(© Franzfoto [CC BY-SA 4.0])



Der Prozess gegen die Täter

Der Gerichtsprozess gegen die drei Angeklagten am Landgericht Halle (Saale) begann am 4. Mai 2000. In der 24-tägigen Hauptverhandlung wurde das extrem rechte Weltbild⁴ insbesondere des 26-jährigen Haupttäters deutlich, der gegenüber seinen Mittätern erklärt hatte, Hans-Werner Gärtner sei ja ohnehin »nicht normal« gewesen und habe es deshalb »nicht verdient zu leben«.⁵

Am 20. September 2000 verurteilte die 1. große Strafkammer am Landgericht Halle alle drei Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Mordes⁶ zu lebenslangen Freiheitsstrafen. In seiner etwa einstündigen mündlichen Urteilsbegründung charakterisierte der Vorsitzende Richter Klaus Braun das brutale Vorgehen als »sinnlose und niederträchtige Tat an einem Schwächeren, der am Rande der Gesellschaft stand«.⁷ Nach dem Angriff im August hätten die Angeklagten beschlossen, »dem Opfer auf ihre Weise eine Lektion zu erteilen, weil der Mann sich gewagt hatte, sich ihnen zu widersetzen«, so der Richter weiter. Die Staatsanwaltschaft Halle hatte lediglich auf Freiheitsstrafen zwischen 11 und 12 Jahren wegen Totschlags plädiert.⁸

4 Glossar: Rechts ...
→ Rechtsextremismus,
Extreme Rechte (120 f.)

5 Hans-Joachim
Sbrzesny → Der Prozess
gegen die Täter (S. 85)

6 [bit.ly/bpb-lexikon-
mord](https://bit.ly/bpb-lexikon-mord)

7 Eberhart
Tennstedt → Der Prozess
gegen die Täter (S. 31)

8 [bit.ly/drei-maenner-
muessen-hinter-gitter](https://bit.ly/drei-maenner-muessen-hinter-gitter)

9 Warum erinnern?
(S. 126 ff.)

10 @OpferNaziGewalt
auf Twitter und
@MobileOpferberatung
im Album Todesopfer
rechter Gewalt auf
Facebook sowie
[www.rechte-gewalt-
sachsen-anhalt.de](http://www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de)

11 Wahrnehmung
und Anerkennung ...
(S. 14 ff.)

12 Was ist rechte
Gewalt? (S. 98 ff.)



Öffentliches Gedenken⁹

Bis auf einige Online-Gedenkinitiativen wie Kein Vergessen oder die der Mobil-Opferberatung, die u.a. mit Gedenkposts in sozialen Medien an den Todestagen an das Schicksal Hans-Werner Gärtners erinnern¹⁰, ist bislang kein darüber hinaus gehendes, öffentliches Gedenken an ihn bekannt.

Hans-Werner Gärtner wird erst seit dem Jahr 2012 durch die Landesregierung Sachsen-Anhalts offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.¹¹

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Hans-Werner Gärtner?
- Warum wurde Hans-Werner Gärtner zum Opfer rechter Gewalt?¹²

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



GEWALT GEGEN MENSCHEN MIT GEISTIGEN BEEINTRÄCHTIGUNGEN

🕒 ges.: 1:30 Std.



Ausdrucke Theorietext, Textmarker, Flipchartblätter, dicke Stifte



1. Lest den Text »Was ist rechte Gewalt?«¹, markiert auch für den Mord an Hans-Werner Gärtner zutreffende Passagen und beantwortet im Anschluss folgende Fragen:

- Was macht den Mord an Hans-Werner Gärtner zu einer politisch rechts motivierten Tat?
- Was glaubt Ihr, wie relevant war seine vorherige Anzeige für die grausame Tötung?

🕒 30 min

1 📍 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

2 📍 Jörg Danek (S. 50 ff.)

3 📍 Andreas Oertel (S. 70 f.)

4 📍 Hans-Joachim Sbrzesny (S. 84 f.)

5 📍 Eberhart Tennstedt (S. 30 f.)



2. Teilt Euch in Zweier- bzw. Dreiergruppen auf und beschäftigt Euch jeweils mit einem der weiteren aus sozialdarwinistischen Motiven begangenen Tötungsverbrechen an Jörg Danek², Andreas Oertel³, Hans-Joachim Sbrzesny⁴ bzw. Eberhart Tennstedt⁵!

- Markiert in Eurem Text Gemeinsamkeiten und Unterschiede und fasst sie auf einem Flipchartblatt zusammen!

🕒 25 min

Stellt die von Euch gelesenen Fallgeschichten sowie die dazugehörigen Flipchartnotizen im Anschluss im Plenum vor und vergleicht Eure Erkenntnisse:

- Welche Parallelen zwischen den Tötungsverbrechen fallen Euch auf?
- Wo werden wesentliche Unterschiede deutlich? Und was könnten Gründe dafür sein?

🕒 35 min



von rechts oben:
Tatorte in Halle, Naumburg,
Dessau-Roßlau und
Quedlinburg (© MOB)



LEBENSREALITÄTEN BEHINDERTER MENSCHEN

🕒 ges.: 1:30 Std.



Internetzugang, Lautsprecher, Textmarker, Flipchartblätter



1. Die Diskriminierung von und Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen werden auch Ableism genannt. Schaut Euch ein kurzes Video⁶ zum Thema an und lest den dazugehörigen Beitrag⁷!

6 📺 bit.ly/video-ableism



🕒 15 min



Teilt Euch in Kleingruppen auf und tauscht Euch hier über folgende Fragen aus:

- ➔ **Wo und wie zeigt sich die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen?**
- ➔ **Welche Beispiele für Ausgrenzung von behinderten Menschen kennt Ihr aus Eurem Alltag (z.B. Schule, Familie, Medien)?**

7 🌐 bit.ly/bezugspunkt-ableism

8 🌐 bit.ly/ausgrenzung-menschen-mit-behinderungen

🕒 25 min

Kommt wieder im Plenum zusammen und lest den Flyer »Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen« der Amadeu Antonio Stiftung⁸! Überlegt im Anschluss – auch eingedenk der zuvor gesammelten Beispiele – gemeinsam:

- ➔ **Wie könnten Betroffene konkret unterstützt werden?**

Sammelt unter der Überschrift »Unterstützung Betroffener« Stichpunkte zu Euren Überlegungen auf ein Flipchartblatt, welches Ihr danach im Raum aufhängen könnt!

🕒 20 min



2. Menschen wie Hans-Werner Gärtner sind aufgrund ihrer geistigen Behinderung oft vielfältigen Gewalterfahrungen ausgesetzt. In seinem gleichlautenden Artikel bezeichnet Wolfgang Jantzen, mittlerweile emeritierter Professor für Behindertenpädagogik, Gewalt gar als »verborgenen Kern von geistiger Behinderung«. Zugleich betont er, dass geistige Behinderung als »Prozess der Konstruktion in sozialen Verhältnissen« verstanden werden muss, also als »Einheit von ›behindert sein‹ und ›behindert werden‹«. (Jantzen 2004, S. 148) Weiter führt er dazu aus:

»Geistig behinderte Menschen sind nicht nur weit häufiger Bedingungen der Gewalt ausgesetzt, sie sind auch leichter durch Gewalt verwundbar aufgrund ihrer sozialen Absonderung in der Erziehung, in Beschäftigung und Wohnen, der sozialen Beeinträchtigung ihrer Entscheidungskraft, dem durch ihre Lebenssituation hervorgebrachten Mangel an Selbstwertgefühl, durch die fehlende Existenz entsprechender gemeindenaher sozialer Dienste, durch Armut und durch mangelnde Repräsentanz in Kultur und Medien.« (Jantzen 2004, S. 159)

Ankett-Aktion für ein gutes Teilhabegesetz und gegen Barrieren vor dem Bundestag 2016 (© Andi Weiland | Gesellschaftsbilder.de)

Bildet Kleingruppen und diskutiert folgende Fragen:

- ➔ **Wie versteht Ihr die Aussagen des Autors zu geistiger Behinderung?**
- ➔ **Seht Ihr Unterschiede bei Gewalt gegen Menschen mit körperlichen und Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen, beispielsweise im Hinblick auf das Ausmaß oder ihre tödliche Dimension?**

🕒 30 min





ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 30 min



Flipchartblätter, dicke Stifte, Klebeband



1. Offiziell wurde Hans-Werner Gärtner erst mehr als zwölf Jahre nach der grausamen Tat – im Zuge der nachträglichen Überprüfung durch Innen- und Justizministerien Sachsen-Anhalts – als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁹ Lokale Gedenkinitiativen sucht man bislang vergebens. Lest den Text »Warum erinnern?«¹⁰ und tauscht Euch gemeinsam über folgende Fragen aus:

- **Warum und für wen könnte es wichtig sein, dass Hans-Werner Gärtner und sein Schicksal nicht vergessen werden?**
- **Welche Schwierigkeiten und besonderen Herausforderungen für eine Gedenkinitiative an Hans-Werner Gärtner fallen Euch ein?**
- **Und habt Ihr Ideen, wie diesen begegnet werden könnte?**

Sammelt Eure Überlegungen zur 1., 2. und 3. Frage auf jeweils einem Flipchartblatt!

🕒 30 min

9 siehe auch Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

10 Warum erinnern? (S. 126 ff.)



Jährlicher Gedenkpost der Mobilen Opferberatung am Todestag auf Facebook und Twitter

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

JÖRG DANEK

(39 Jahre)

† 30. Dezember 1999 in Halle (Saale)



Wer war Jörg Danek?

Jörg Danek war 39 Jahre alt, als er in den späten Abendstunden des 29. Dezember 1999 von einem Trio zunächst in der S-Bahn gequält und dann in der Nähe des S-Bahnhofs Halle-Neustadt tödlich misshandelt wurde.

Der seinem sozialen Umfeld auch aufgrund seiner Brille unter dem Spitznamen »Professor« bekannte, geistig leicht behinderte¹ Jörg Danek lebte in Halle-Neustadt. Über seinen Werdegang, seine Persönlichkeit, Hobbys oder Interessen haben wir bislang keine Informationen.

1 intellektuelle Einschränkung;
vgl. Hans-Werner Gärtner → Wer war ... ? (S. 44), Andreas Oertel → Wer war ... ? (S. 70), Hans-Joachim Sbrzesny → Wer war ... ? (S. 84)



Was ist passiert?

Die drei späteren Täter hatten sich bereits am Nachmittag getroffen: Der älteste, ein 31-jähriger Alkoholiker, hatte zuletzt wegen eines Tötungsdelikts eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt. Der Jüngste, ein 19-jähriger Neonazi, der seinen gesamten Körper mit Nazisymbolen² tätowiert hatte, war erst kurz zuvor wegen eines rassistischen Angriffs aus dem Gefängnis entlassen worden. Zu dem Trio gehörte außerdem ein 22-jähriger Rechter, der u.a. wegen Körperverletzungen vorbestraft war und unter Bewährung stand.

Als ihre Alkoholvorräte alle waren, beschlossen die Männer am Hauptbahnhof Nachschub zu besorgen. Auf dem Weg trafen sie auf Jörg Danek – der von dem 22-Jährigen aufgrund früherer Begegnungen als »behindert« angesehen wurde – und machten sich über seine Begleiterin und ihren Hut lustig. Nach weiterem Bierkonsum pöbelte das Trio gegen 22 Uhr im Bahnhof herum und pinkelte in die Halle, woraufhin Beamte des Bundesgrenzschutz (BGS) sie zum Gehen aufforderten. Kurz darauf machten sie sich am Ausgang an Fahrrädern zu schaffen, sodass der 19- und 31-Jährige schließlich zur Personalienfeststellung mitgenommen wurden. Im Anschluss begleiteten BGS und Wachschutz das Trio zur S-Bahn.

Als Jörg Danek den ersten Waggon betrat, gingen sie gezielt in sein Abteil und setzten sich um ihn herum. Während der 19-Jährige ein Bier von ihm forderte, verließ ein Pärchen fluchtartig das Abteil. Jörg Danek gab ihm ein Bier aus seinem Beutel. Als er kein weiteres hatte, schlug ihm der 31-Jährige so mit der Faust ins Gesicht, dass Jörg Danek vor seinem Sitz zusammensackte. Dann trat ihn der 19-Jährige mit voller Wucht mit seinen Springerstiefeln.

Als sich ein Schaffner und zwei Sicherheitsbeamte dem Abteil näherten, ließen die Angreifer kurz von ihrem Opfer ab. Doch die Bahnbediensteten machten kehrt, da sie zuvor von ihren Kollegen am Bahnhof gewarnt worden waren, sie sollten die aggressiven Männer »besser in Ruhe lassen«. So blieb Jörg Danek seinen Angreifern hilflos ausgeliefert, die seine Brille wegschlugen und ihn daran hinderten, die S-Bahn an der nächsten Haltestelle zu verlassen.

2 u.a. Hakenkreuze, Reichskriegsflagge, Totenkopf, der Schriftzug »Hass«



Am S-Bahnhof Halle-Neustadt zwangen die Männer Jörg Danek, mit ihnen auszusteigen und forderten Geld von ihm. In seinem Brustbeutel befanden sich allerdings nur Papiere. Um besser zuschlagen zu können, zog der 31-Jährige seine Lederjacke aus und gab sie dem 22-Jährigen zum Halten. Dann schlug er dem 39-Jährigen so heftig ins Gesicht, dass er zu Boden ging und trat und schlug weiter auf ihn ein.

Als die Männer eine Überwachungskamera bemerkten, schleiften sie Jörg Danek die Treppe hoch aus dem Bahnhof in eine wenig beleuchtete Ecke hinter hohen Sträuchern. Als der 31-Jährige einen Anruf erhielt, stieß er Jörg Danek zu Boden. Während er mit seiner Schwester telefonierte, trat der 19-Jährige den reglos am Boden Liegenden minutenlang mit seinen Springerstiefeln heftig ins Gesicht und gegen den Oberkörper.

Schließlich durchsuchte der 22-Jährige den Schwerverletzten erneut nach Geld und fand 2,50 D-Mark in seiner Jackentasche. Nach Beendigung seines Telefonats trat der 31-Jährige noch mindestens ein Mal massiv gegen den Kopf Jörg Daneks und kommentierte »Ups, da bin ich wohl gestolpert!«. Alle drei lachten. Dann ließen sie den schwerst Verletzten in der Blutlache liegen.

An der Endhaltestelle entdeckten die Bahnbediensteten eine tellergroße Blutlache und ein Brillenglas auf dem Sitz und veranlassten eine Nachsuche an der Haltestelle, wo sie Jörg Danek und das Trio hatten aussteigen sehen. Um 0:50 Uhr wurde Jörg Danek gefunden und ins Krankenhaus gebracht. Jörg Danek starb um 2:20 Uhr an seinen schweren Kopfverletzungen.

Tatort S-Bahnhoftunnel Halle Neustadt (© MOB)



Der Prozess gegen die Täter

Am 21. Juni 2000 endete die Verhandlung vor der Jugendkammer am Landgericht Halle mit hohen Haftstrafen. Der mittlerweile 32-jährige Haupttäter wurde wegen Mordes³ in Tateinheit mit Raub mit Todesfolge zu lebenslanger Haft verurteilt und eine »besondere Schwere der Schuld«⁴ festgestellt.

Der 19-jährige Mittäter erhielt eine Jugendstrafe⁵ von neunzehn Jahren, der beteiligte 22-Jährige wurde zu elf Jahren Haft verurteilt. In einer Revisionsverhandlung vor dem Landgericht Halle im Oktober 2001 wurde dem Haupttäter die »besondere Schwere der Schuld« erneut bescheinigt.

3 bit.ly/bpb-lexikon-mord

4 Somit ist eine vorzeitige Haftentlassung ausgeschlossen

5 gegen (zur Tatzeit) jugendliche Straftäter*innen verhängter Freiheitsentzug wegen besonderer Schwere der Schuld oder sog. schädlicher Neigungen



Erstes öffentliches Gedenken am S-Bahnhof Halle Neustadt 2015 (© MOB)



Öffentliches Gedenken am Tatort 2016 (© MOB)



Öffentliches Gedenken⁶

Am 29. Dezember 2015 organisierte eine antifaschistische Initiative erstmals ein öffentliches Gedenken an Jörg Danek.⁷ 16 Jahre nach seinem Tod versammelten sich etwa 20 Menschen vor dem S-Bahnhof Halle Neustadt. Graffiti-Künstler gestalteten mit Sprühkreide den Schriftzug »Jörg Danek – Niemand wird vergessen! In Erinnerung an alle Todesopfer rechter Gewalt«, um den ehemaligen Tatort öffentlich sichtbar zu machen und Passant*innen auf das Schicksal Jörg Daneks aufmerksam zu machen.⁸

Erst seit 2012 wird Jörg Danek durch die Landesregierung offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁹

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Jörg Danek?
- Warum wurde Jörg Danek zum Opfer rechter Gewalt?¹⁰

⁶ 📍 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

⁷ 🌐 bit.ly/erstes-gedenken-danek

⁸ 📍 Aktiv werden: Versammlungsrechtliche Grundlagen (S. 157 ff.)

⁹ 📍 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

¹⁰ 📍 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RECHTE GEWALT GEGEN GEISTIG BEHINDERTE MENSCHEN

🕒 ges.: 20 min



Ausdrucke Theorietext



1. Lest den Text »Was ist Sozialdarwinismus?«¹ und beantwortet gemeinsam folgende Fragen:



- Was wird heute unter dem Begriff Sozialdarwinismus verstanden?
- Welche Personen und Personengruppen sind davon betroffen?

🕒 20 min



COURAGE GEGEN RECHTE GEWALT

🕒 ges.: 1 Std.



Ausdrucke Fallgeschichte, Textmarker, Internetzugang, Flipchartblätter, dicke Stifte



1. Die 1. große Strafkammer des Landgerichts Halle stellte als Ergebnis der Revisionsverhandlung gegen den zur Tatzeit 31-jährigen Haupttäter in ihrem schriftlichen Urteil vom 15. November 2001 fest, dass die Tat hätte verhindert werden können, »wenn der Zugbegleiter und die in der ... S-Bahn anwesenden zwei Beschäftigten des Sicherheitsdienstes der Bahn frühzeitig in das Geschehen eingegriffen hätten, wozu sie auch verpflichtet gewesen wären.«
Bildet – je nach Gesamtgruppengröße – zwei bis drei Kleingruppen, überprüft die Fallgeschichte zu Jörg Danek² nach weiteren Anhaltspunkten zu folgenden Fragen und diskutiert im Anschluss darüber:

- Welche weiteren Menschen hätten durch ihr Tätigwerden eventuell Schlimmeres verhindern können?
- Welche Möglichkeiten hätten diese jeweils gehabt?

🕒 20 min



2. Als Zeug*in bei bedrohlichen Situationen zu intervenieren erfordert Mut und einen klaren Kopf! Deshalb kann es sehr hilfreich sein, sich gedanklich darauf vorzubereiten und zu verinnerlichen, was dabei beachtet werden sollte. Bleibt in Eurer Kleingruppe und konstruiert eine konkrete Bedrohungssituation, die Ihr als Zeug*in mitbekommt!

🕒 10 min

Lest dann als Anregung die 10 Punkte des »Courage 1x1«³ vom »Netzwerk für Demokratie und Courage« und versucht die Hinweise auf die vorgestellte Situation anzuwenden! Wichtig dabei ist, dass jede*r hier seine eigenen Handlungsstrategien entwickeln und überlegen sollte, was zu ihm/ihr tatsächlich passt! Sammelt Antworten auf folgende Fragen und notiert diese auf einem Flipchartblatt:

- Wie würdet Ihr konkret vorgehen?
- Was müsstet Ihr besonders beachten?

🕒 20 min

Stellt Euch im Anschluss kurz gegenseitig die konstruierten Situationen und Eure Überlegungen dazu im Plenum vor!

🕒 10 min

1 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

2 Jörg Danek → Was ist passiert? (S. 50 f.)

3 bit.ly/courage-1x1



Gerichtssaal
(Justizzentrum Aachen)
(© ACBahn [CC BY-SA 4.0])



MEDIALE BERICHTERSTATTUNG

🕒 ges.: 20 min



Internetzugang, Zettel und Stifte



1. Lest die Zeitungsartikel »Die reine Lust am Prügeln«⁴, »Brutale Schläger stehen vor Gericht«⁵, »Staatsanwalt will lebenslange Haft«⁶ und »Lust an Brutalität erschüttert Richter«⁷ zu dem Tötungsverbrechen und seiner gerichtlichen Aufarbeitung aus der Mitteldeutschen Zeitung macht Euch jeweils Notizen zu folgenden Fragen und diskutiert im Anschluss darüber!

- Was erfahrt Ihr über die Motive und Hintergründe der Täter?
- Gibt es Hinweise auf ein politisch rechtes Motiv?
- Was erfahrt Ihr über Jörg Danek?

🕒 20 min

4 bit.ly/reine-lust-am-pruegeln

5 bit.ly/brutale-schlaeger-vor-gericht

6 bit.ly/staatsanwalt-lebenslange-haft

7 bit.ly/lust-an-brutalitaet

8 vgl. [Wahrnehmung und Anerkennung ...](#) (S. 14 ff.)



OFFIZIELLE ANERKENNUNG

🕒 ges.: 30 min



Ausdrucke Text, dicke Stifte, Flipchartblatt



1. Der Mord an Jörg Danek wurde erst 2012 im Zuge der Untersuchung ausgewählter Tötungsdelikte durch die Innen- und Justizressorts Sachsen-Anhalts offiziell als politisch rechts motiviert anerkannt. Findet Euch paarweise in Flüstergruppen zusammen und lest den Hintergrundtext »Wahrnehmung und Anerkennung der tödlichen Dimension rechter Gewalt«⁸! Überlegt daran anschließend zunächst in Eurer Flüstergruppe:

- Warum und für wen könnte die offizielle Anerkennung Jörg Daneks als Todesopfer rechter Gewalt wichtig sein?

🕒 15 min

Stellt Eure Gedanken im Plenum zur Diskussion und sammelt Stichpunkte dazu auf einem Flipchartblatt!

🕒 15 min



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 1:20 Std.



Internetzugang, Textmarker, Flipchartblätter und Stifte, Klebeband



1. Schaut Euch den Flyer und die Fotos⁹ von der Gedenkkundgebung »Wir erinnern an Jörg Danek« am 29. Dezember 2015 an!



→ **Wie wurde an Jörg Danek erinnert? Was sind Eure Eindrücke dazu?**



→ **Was könnten Gründe dafür sein, dass das erste öffentliche Gedenken an Jörg Danek erst 16 Jahre nach dem Mord initiiert wurde?**

🕒 15 min



2. Über den Menschen Jörg Danek sowie sein soziales Umfeld ist bislang fast nichts bekannt. Und im Alltag erinnert am Tatort nichts mehr an das grausame Verbrechen. Bildet Kleingruppen und lest den Text »Warum erinnern?«¹⁰ Markiert im Text Anknüpfungspunkte für ein öffentliches Gedenken an Jörg Danek und haltet zentrale Punkte dazu auf einem Flipchartblatt fest!



🕒 20 min



3. Stellt Euch nun in Eurer Kleingruppe vor, Ihr würdet Euch gern an den Erinnerungsaktivitäten zu Jörg Danek beteiligen bzw. selbst eine Initiative starten! Versucht in Eurer Kleingruppe, eine konkrete Idee dazu zu entwickeln! Anregungen findet Ihr auch im Text »Gedenken und Aufklären ...«¹¹ sowie im Beispiel »In Aktion treten II«¹². Skizziert Euer Ziel/Eure Ziele und erste Gedanken zu einer möglichen Umsetzung auf einem Flipchartblatt!



🕒 30 min

Stellt Euch Eure Ideen im Anschluss gegenseitig im Plenum vor!

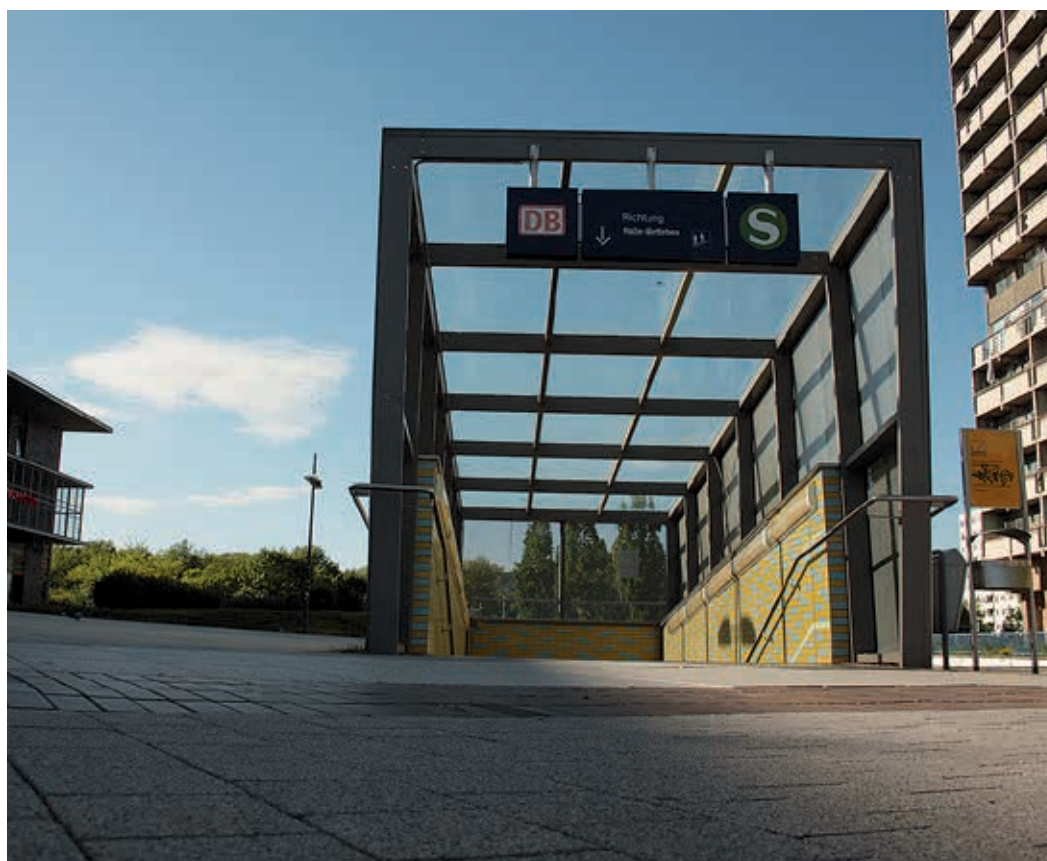
🕒 15 min

9 bit.ly/erstes-gedenken-danek

10 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

11 Gedenken und Aufklären – beispielhafte Initiativen ... (S. 131 ff.)

12 In Aktion treten II: Erinnern mittels Audiowalk (S. 153 ff.)



Tatort Zugang S-Bahnhof Halle Neustadt (© MOB)

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

HELMUT SACKERS

(60 Jahre)

† 29. April 2000 in Halberstadt



Wer war Helmut Sackers?

Helmut Sackers, Kaufmann aus Kleve (Nordrhein-Westfalen) und Sozialdemokrat, hatte vor wenigen Tagen seinen 60. Geburtstag in Halberstadt gefeiert, als er am 29. April 2000 von einem neonazistischen Skinhead erstochen wurde. Seine damalige Lebensgefährtin beschreibt Helmut Sackers als einen couragierten Menschen, der viel diskutiert und an Toleranz und Demokratie geglaubt hat. »Für diese Werte hat Helmut Sackers sein Leben gelassen«, so die Angehörigen.



Was ist passiert?

Am Abend des 29. April 2000 um 22 Uhr ging ein Notruf von Helmut Sackers bei der Polizei in Halberstadt ein: »Bei uns im Haus werden Nazilieder gespielt, Horst-Wessel-Lied, ganz laut.« Die Beamten, die daraufhin zu dem Plattenbau kamen, in dem Helmut Sackers mit seiner Lebensgefährtin wohnte, gaben später zu Protokoll, dass die Musik dort zwar laut, die Texte aber nicht verständlich gewesen seien. Während eines Gesprächs mit dem 29-jährigen Wohnungsinhaber habe Helmut Sackers sich eingemischt: »Spielst Du noch einmal Nazilieder, erstatte ich Anzeige!« Danach sei Helmut Sackers in die Wohnung seiner Lebensgefährtin zurückgekehrt und der Einsatz der Polizei beendet gewesen.

Eine Stunde später war Helmut Sackers tot, er verblutete an vier Messerstichen, die ihm von dem 29-Jährigen zugefügt worden waren, im Treppenhaus des Plattenbaus. Seit Anfang der 1990er Jahre gehörte der spätere Angeklagte, der am Tatabend ein Shirt der Neonaziband »Blue Eyed Devils«¹ trug, zur neonazistischen Szene in Halberstadt, die sich bis 1996 in einem städtischen Jugendclub traf. Obwohl bei ihm über 80 zumeist indizierte² CDs mit neonazistischen Kampfliedern u.a. von »Landser« und »Freikorps«, Dutzende von Kassetten und Videos aus Produktionen des im gleichen Jahr verbotenen Neonazinetzwerks »Blood & Honour«³ sowie 90 Hefte mit Neonazi-Propaganda gefunden wurden, wurde die Tat von Polizei und Staatsanwaltschaft als »Nachbarschaftsstreit« dargestellt.⁴

1 bit.ly/blue-eyed-devils

2 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien auf den sog. Index gesetzt, d.h. in die Liste jugendgefährdender Medien aufgenommen, womit das Zugänglichmachen solcher CDs an Kinder und Jugendliche verboten wird

3 bit.ly/blood-and-honour

4 Damit sorgte die Tat – im Gegensatz zum Mord an Alberto Adriano → Öffentliches Gedenken (S. 61) knapp sechs Wochen später – weder medial noch politisch für Empörung



Die Prozesse gegen den Täter

Der erste Prozess im November 2000 vor dem Landgericht Magdeburg endete völlig überraschend mit einem Freispruch wegen Notwehr. Während die Verlobte des Angeklagten unmittelbar nach der Tat gegenüber Polizei und Haftrichter ausgesagt hatte, dass sie von der Situation auf der Treppe nichts mitbekommen und in der Wohnung ihres Freundes gewartet habe, trat sie vor Gericht plötzlich als Zeugin auf. Sie erklärte, dabei gewesen zu sein, als Helmut Sackers ihren Partner im Hauseingang erst beleidigt, dann seinen Hund auf das

Paar gehetzt und schließlich den 30 Jahre jüngeren Mann gepackt habe, um ihn die Kellertreppe hinunterzustoßen. »In Todesangst« habe ihr Verlobter daraufhin zum Messer gegriffen und zugestochen: in die Wade, in den Magen, in die Brust und unterhalb der Achsel. Der daraufhin von der Familie Helmut Sackers beauftragte Anwalt legte Rechtsmittel beim Bundesgerichtshof ein, mit Erfolg. Sein Fazit: Das Landgericht Magdeburg habe die Notwehrsituation nur konstruieren können, weil die politischen Hintergründe ausgeklammert blieben. Im Prozess sei das Opfer zum Täter, ein neonazistischer Skinhead zum »netten Jungen von nebenan« geworden.

Am 31. August 2004, vier Jahre nach der Tat, begann vor dem Landgericht Halle der zweite Prozess. Auch hier hielt der Angeklagte an seiner Version fest, die erneut durch seine nunmehr Ehefrau bezeugt wurde. Sieben Monate später plädierte die Staatsanwaltschaft Halle auf Verurteilung zu einer Haftstrafe von sechseinhalb Jahren wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge. Der erneute Freispruch des Angeklagten war aufgrund der akribischen Prozessführung mehr als überraschend, zumal der Richter selbst im mündlichen Urteil dem Angeklagten zahlreiche Falschbehauptungen nachwies und die Zivilcourage⁵ Helmut Sackers würdigte.

So stellte das Gericht u.a. fest, dass nicht Helmut Sackers seinem Nachbarn wie behauptet einen Kopfstoß versetzt, sondern dieser dem Rentner durch zwei Faustschläge Kiefer und Nase gebrochen hatte. Verschwiegen hätten der Angeklagte und seine Ehefrau, dass sie Helmut Sackers kurz vor den tödlichen Messerstichen im Treppenhaus getroffen hatten und der Naziskinhead den 60-Jährigen gefragt hatte, ob er Kommunist sei. Auch hätten beide verheimlicht, dass sie nach dieser Begegnung noch einmal in die Wohnung gingen und der 29-Jährige seine Lonsdale-Jacke holte, in der sich die Tatwaffe befand. Anders als das Landgericht Magdeburg stellte die Kammer keine Notwehr fest, hielt es jedoch für möglich, dass der Angeklagte die Grenzen der Notwehr aus Furcht überschritten habe.

Der zweite Freispruch schlug bundesweit hohe Wellen. Als »skandalös« kritisierte u.a. der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) das Urteil und bescheinigte dem Landgericht Halle eine »eigentümliche Auffassung von Zivilcourage«. Das Urteil wurde rechtskräftig. »Wir haben nach den bisherigen Erfahrungen einfach keine Kraft und kein Vertrauen in die Justiz mehr«, erklärten die Angehörigen von Helmut Sackers angesichts des erneuten Kostenrisikos den Verzicht darauf, erneut Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen.

5 der Mut, menschliche und demokratische Werte (z.B. Gerechtigkeit, Menschenwürde) ohne Rücksicht auf mögliche negative Folgen (öffentlich) zu vertreten

6 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

7 bit.ly/erstes-gedenken-sackers und bit.ly/gedenken-helmut-sackers

8 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

9 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



Öffentliches Gedenken⁶

Am 14. Todestag, dem 29. April 2014, fand erstmals ein öffentliches Gedenken an Helmut Sackers statt. Rund 60 Menschen folgten einem Aufruf der »Initiative für ein würdiges Gedenken an Helmut Sackers«, die von jungen Antifas aus der Harzregion gegründet worden war. Die Teilnehmer*innen versammelten sich zunächst am Tatort in der Wolfsburger Straße 48 in Halberstadt, wo inzwischen nichts mehr an den mittlerweile abgerissenen Plattenbau erinnert, in dem der 60-Jährige erstochen wurde. Anschließend liefen sie in einem Gedenkzug zum Städtischen Friedhof zu Helmut Sackers Grab. Langfristiges Ziel der Initiative und ihrer Unterstützer*innen ist es, in enger Abstimmung mit der ehemaligen Lebensgefährtin von Helmut Sackers einen öffentlichen Gedenkort in Halberstadt zu schaffen.⁷

Helmut Sackers wird von der Landesregierung nicht als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁸

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Helmut Sackers?
- Warum wurde Helmut Sackers zum Opfer eines Naziskins?⁹



Gedenken am Grab 2014
(© MOB)

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RECHTE GEWALT GEGEN POLITISCH ANDERSDENKENDE

🕒 ges.: 1:15 Std.



Ausdrucke Theorietext, Textmarker, Flipchartpapier, dicke Stifte, Klebeband



1. Bildet Kleingruppen und lest den Text »Was ist rechte Gewalt?«¹ Markiert Textpassagen, die Eurer Ansicht nach eine Verbindung zur Tötung von Helmut Sackers haben und tauscht Euch im Anschluss dazu aus:

1 📍 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



→ **Welche Anknüpfungspunkte seht Ihr zum Fall von Helmut Sackers?**

2 🌐 bit.ly/courage-1x1

🕒 15 min



2. Die damalige Lebensgefährtin Helmut Sackers, Heide Dannenberg, hat öffentlich immer wieder betont, dass ihr Partner das gemacht habe, wovon immer alle sprechen – nämlich Zivilcourage gezeigt – und dafür mit seinem Leben bezahlt. Bleibt noch in den Kleingruppen und macht ein kurzes Brainstorming zur Frage:

3 📷 bit.ly/toetung-ohne-folgen



→ **Was versteht Ihr unter dem Begriff Zivilcourage?**

4 📍 Rick Langenstein (S. 92 f.)

Sammelt Eure Gedanken dazu auf einem Flipchartblatt und hängt es zum Nachlesen im Plenum aus!

🕒 10 min

Lest nun das »Courage 1x1«² des »Netzwerkes für Demokratie und Courage« und überlegt danach gemeinsam:

→ **Welche konkreten Alltagssituationen fallen Euch ein, in denen Euch Zivilcourage wichtig erschiene?**

🕒 15 min

Einigt Euch – je nach Gruppengröße – auf zwei oder drei exemplarische Fälle, die Ihr in unterschiedlichen Kleingruppen intensiv bearbeiten wollt und teilt Euch nach Interesse auf!

→ **Überlegt in der Kleingruppe, wie Ihr in diesen Situationen konkret agieren könntet und dokumentiert Eure Ideen auf einem Flipchartblatt!**

🕒 20 min

→ **Stellt Eure zentralen Erkenntnisse im Plenum vor!**

🕒 15 min



DIE PROZESSE GEGEN DEN TÄTER

🕒 ges.: 45 min



Internetzugang, Lautsprecher, Ausdrucke Fallgeschichte, Textmarker



1. Schaut Euch den Beitrag »Tötung ohne Folgen – Freispruch für einen rechtsradikalen Messerstecher«³ des Polit-Magazins Panorama an, welcher einen Monat nach Beginn der Revisionsverhandlung 2004 ausgestrahlt wurde.



→ **Tauscht Euch kurz darüber aus, was für Euch besonders eindrücklich war!**

🕒 15 min



2. Lest zum Vergleich die Fallgeschichte zu Rick Langenstein⁴, der 2008 von einem Neonazi in Magdeburg getötet wurde. Achtet insbesondere auf Anhaltspunkte zu den jeweiligen Tatmotiven und auf den Umgang der Justiz damit!



→ **Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede erkennt Ihr?**

🕒 30 min



ENTSTEHUNG UND AUFRECHTERHALTUNG VON ANGSTRÄUMEN

🕒 ges.: 50 min



Internetzugang, Lautsprecher, Papier und Stifte, Flipchartblätter, dicke Stifte



Seht Euch gemeinsam den knapp achtminütigen Beitrag »Rechte Übergriffe in Halberstadt«⁵ des Fernsehmagazins FAKT aus 2007 an! Macht Euch währenddessen Notizen zu folgenden Fragen und sprecht im Anschluss gemeinsam darüber:

- Was erfahrt Ihr über den damaligen Alltag von Nicht-Rechten und vermeintlichen politischen Gegner*innen und die Bedrohung durch Neonazis in Halberstadt?⁶
- Welche Kritik an der Justiz wird deutlich? Und denkt Ihr, dass seitdem wesentliche Verbesserungen spürbar sind?⁷
- Diskutiert auch die Einschätzung des Hauptbetroffenen des Neonaziüberfalls auf das soziokulturelle Zentrum Zora e.V., »Für die Leute ist das ein Freibrief.«!

🕒 30 min

Teilt Euch in Kleingruppen auf, macht ein kurzes Brainstorming zu folgenden Fragen und stellt Eure Ideen zu Frage 1 und Frage 2 auf einem Flipchartblatt gegenüber:

- Was trägt zur Entstehung und Aufrechterhaltung von Angsträumen bei?
- Welche Faktoren könnten das Sicherheitsempfinden von (potentiell) Betroffenen stärken?

Im Anschluss könnt Ihr die ausgefüllten Flipcharts zum Nachlesen für die anderen Kleingruppen im Plenumsraum aufhängen.

🕒 20 min

5 bit.ly/helmut-sackers → rechte Seitenspalte ganz unten

6 zur aktuellen Situation siehe u.a. www.mobile-opferberatung.de/monitoring (z.B. Suchwort »Harz«)

7 siehe dazu u.a. Rubrik »Vor Gericht« im Newsletter der Mobilen Opferberatung bit.ly/mob-newsletter oder Pressemitteilung von NSU-Watch (11.07.2018) bit.ly/urteil-schlag-ins-gesicht

8 www.mobile-opferberatung.de/newsletter-41 (S. 6-8)

9 bit.ly/rede-ini-2014

10 für weitergehende Überlegungen siehe auch Warum erinnern? (S. 126 ff.)



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 40 min



Internetzugang, Ausdrucke Interview, Ausdrucke Rede, Flipchartblätter, dicke Stifte, ggf. Klebeband



1. Lest Euch die Kurzfassung des Interviews⁸ der Mobilen Opferberatung mit der damaligen Lebensgefährtin Helmut Sackers, Heide Dannenberg, aus dem Frühjahr 2013 durch und fasst gemeinsam zusammen!

- Welche Folgen hatten die Tat und die Entscheidungen des Gerichts für die Hinterbliebenen?
- Warum findet Heide Dannenberg einen Erinnerungsort an Helmut Sackers oder weitere Todesopfer rechter Gewalt wichtig?

🕒 15 min



2. Es gibt bislang keinen öffentlichen Ort des Gedenkens an Helmut Sackers. Der Plattenbau, in dem Helmut Sackes erstochen wurde, ist mittlerweile abgerissen. Im Jahr 2014 fand erstmals eine Gedenkveranstaltung statt. Lest Euch die Rede⁹ der Initiative »Würdiges Gedenken an Helmut Sackers« durch!

- Welche Ansatzpunkte für ein aktives und würdiges Erinnern werden darin benannt?
- Welche Möglichkeiten böte ein sichtbarer, zentraler Erinnerungsort an Helmut Sackers in Halberstadt für eine Auseinandersetzung mit rechter Gewalt und ihren Hintergründen?¹⁰

Tragt Eure Überlegungen und Ideen auf Flipchartblättern zusammen!

🕒 25 min

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

ALBERTO ADRIANO

(39 Jahre)

† 14. Juni 2000 in Dessau



Wer war Alberto Adriano?

Alberto Adriano war 39 Jahre alt, als er am 11. Juni 2000 in Dessau von drei Neonazis angegriffen wurde. Er starb wenige Tage später, am 14. Juni 2000, infolge seiner schweren Verletzungen.

Alberto Adriano war 1988 als einer der letzten sogenannten Vertragsarbeiter*innen¹ aus Mosambik in die damalige DDR gekommen. Er arbeitete in Dessau als Fleischermeister. 1990 lernte er seine spätere Ehefrau Angelika kennen, das Ehepaar bekommt drei Kinder. Alberto Adrianos ältester Sohn Belarmino, der zum Zeitpunkt der Ermordung seines Vaters gerade einmal acht Jahre alt war, beschreibt seinen Vater als »konsequent, immer nett, fürsorglich«.

Zum Zeitpunkt der Tat hatte Alberto Adriano bereits die Flugtickets gekauft, um seine Familie in Mosambik zu besuchen. Einige Zeit vorher hatte er die Möglichkeit abgelehnt, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Der Grund dafür war, dass er sich in Deutschland nicht wirklich akzeptiert fühlte. Wenige Monate vor der Ermordung durch Neonazis hatte Alberto Adriano seine Frau gebeten, in Mosambik beerdigt zu werden, falls ihm hier etwas passiere.

1 Graphic Novel über Vertragsarbeiter*innen aus Mosambik von Birgit Weyhe (2016): »Madgermans«, avant-verlag, Vorschau unter <http://birgit-weyhe.de> sowie Webdoku <https://bruderland.de>

2 www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/landser



Was ist passiert?

Den Abend des 10. Juni 2000 verbrachte Alberto Adriano bei Freunden, mit denen er sich ein Fußballspiel im Fernsehen ansah. Nach 1 Uhr nachts machte er sich auf den Weg nach Hause. Dafür musste er etwa 500 Meter von der Wohnung seiner Freunde quer durch den Stadtpark von Dessau laufen.

Stele am Tatort (© MOB)



Noch auf der Straße, kurz vor dem Stadtpark, versperrten ihm drei Naziskins den Weg. Die zwei 16-Jährigen aus der wenige Kilometer entfernten Stadt Wolfen und der 24-Jährige aus Finsterwalde in Brandenburg hatten am Dessauer Hauptbahnhof ihre jeweiligen Anschlusszüge verpasst und sich anhand ihrer Naziskinhead-Outfits schnell gegenseitig als Rechte erkannt. Sie tranken gemeinsam und grölten Neonazi-Lieder, darunter das rassistische »Afrika-Lied« der Neonaziband »Landser«². Nach Mitternacht liefen sie durch die Dessauer In-



nenstadt und skandierten lauthals »Hier marschiert der nationale Widerstand«, »Juden raus«³ und »Heil Hitler«. Niemand stellte sich ihnen in den Weg.

Gegen 1:30 Uhr trafen sie dann auf Alberto Adriano. Mit unsagbarer Brutalität quälten sie den 39-jährigen zu Tode. Als er nach zahllosen Schlägen und Tritten ohnmächtig am Boden lag, zogen die Angreifer ihn nackt aus und zerraten ihm mit ihren schweren Springerstiefeln den Schädel.⁴ Anwohner*innen, die Alberto Adrianos Schreie hörten, alarmierten per Notruf die Polizei. Alberto Adriano wurde im Stadtpark gefunden und ins Krankenhaus gebracht. Dort starb er am 14. Juni 2000, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben.



Der Prozess gegen die Täter

Die drei Täter wurden gefasst und vor Gericht gestellt. Nach nur zwei Monaten Prozess wurde ein ungewöhnlich deutliches Urteil gesprochen: »Die Angreifer finden ein Opfer ihres gemeinsamen Hasses«, stellte das Oberlandesgerichts Naumburg im August 2000 in seiner mündlichen Urteilsbegründung fest. »Der Ungeist des Afrika-Lieds entfaltet seine Wirkung.« Damit stellte ein Gericht erstmals öffentlich einen Zusammenhang zwischen dem mörderischen Rassismus der Täter und neonazistischer Musik fest. Enrico H. wurde wegen Mordes⁵ zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, seine jüngeren Mit-täter zu jeweils neun Jahren Jugendstrafe⁶. »Reue«, sagte der Vorsitzende Richter bei der Urteilsverkündung, habe »keiner der Angeklagten im ernstzunehmenden Maße gezeigt«.⁷

Angelika Adriano ging ohne ihre Kinder zur Verkündung des Urteils. Sie hatte zuvor anonyme Morddrohungen erhalten.



Öffentliches Gedenken⁸

Nach dem Tod von Alberto Adriano demonstrierten am 16. Juni 2000 mehrere tausend Menschen in Dessau gegen Rassismus und neonazistische Gewalt. Insbesondere migrantische Initiativen und Organisationen kritisierten öffentlich, dass es in vielen Fällen rassistischer Gewalt an einer angemessenen Strafverfolgung und solidarischer Unterstützung für die Betroffenen mangle. Im Stadtpark von Dessau wurde kurz danach eine Gedenkstele eingeweiht. Seitdem organisieren hier zivilgesellschaftlichen Initiativen u.a. jährliche Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an Alberto Adriano und alle anderen Opfer rechter Gewalt.⁹

Der Mord löste eine breite politische Auseinandersetzung und Solidarisierung mit Betroffenen rechter Gewalt und ihren Angehörigen aus. Der Verein Miteinander e.V. und das Multikulturelle Zentrum Dessau e.V.¹⁰ initiierten einen Spendenaufruf zur Unterstützung der Familie von Alberto Adriano. Der Aufruf wurde von mehr als 50 Prominenten aus Kultur und Wissenschaft unterstützt. Daraus entwickelte sich in Sachsen-Anhalt der heutige »Opferfonds«¹¹, mit dem seit 2001 hunderte Betroffene unterstützt werden konnten. Mit Verweis auf den Mord an Alberto Adriano etablierte die damalige rot-grüne Bundesregierung 2001 staatliche Förderprogramme u.a. zum Aufbau von Beratungsprojekten für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in den neuen Bundesländern und Berlin.

Alberto Adriano wird seit dem Jahr 2000 offiziell von der Landesregierung als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.¹²

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Alberto Adriano?
- Warum wurde Alberto Adriano zum Opfer von Neonazis?¹³

3 Was ist Antisemitismus? (S. 106 f.)

4 vgl. Hans-Joachim Sbrzesny → Was ist passiert? (S. 84)

5 bit.ly/bpb-lexikon-mord

6 gegen (zur Tatzeit) jugendliche Straftäter*innen verhängter Freiheitsentzug wegen besonderer Schwere der Schuld oder sog. schädlicher Neigungen

7 vgl. Eberhart Tennstedt → Der Prozess gegen die Täter (S. 31)

8 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

9 bit.ly/tag-der-erinnerung; vgl. auch Hans-Joachim Sbrzesny → Öffentliches Gedenken (S. 85)

10 <http://multikulti-dessau.de>

11 www.miteinander-ev.de → Opferfonds

12 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

13 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RASSISMUS IN DER GESELLSCHAFT

🕒 ges.: 1:20 Std.



ggf. Ausdrücke Interview, Kopien Theorietext, Textmarker, Internetzugang, Lautsprecher



1. Alberto Adriano wurde Opfer von rassistischer Gewalt durch Neonazis. Lest das Interview¹ mit Razak Minhel, dem Geschäftsführer des Multikulturellen Zentrums Dessau e.V., der zur Zeit des Mordes als städtischer Ausländerbeauftragter tätig war!
 - Diskutiert, wie Herr Minhel das gesellschaftliche und politische Klima vor der Wiedervereinigung und danach beschreibt!
 - Welche Auswirkungen hatte dieses Klima auf von Rassismus Betroffene?

🕒 15 min

1 bit.ly/interview-minhel

2 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

3 bit.ly/kampagne-gegen-rassismus

4 aus zwei bis drei Personen

5 Auszüge mediale Berichterstattung (S. 64 f.)



2. Bildet Kleingruppen und lest den Text »Was ist Rassismus?«²! Markiert dabei zentrale Aussagen mit Textmarkern und tauscht Euch anschließend über folgende Fragen aus:
 - Was erschwert das Sprechen über Rassismus in Deutschland?
 - Was ist unter Rassismus als soziale Praxis zu verstehen?
 - Warum ist der Aspekt der Durchsetzungsmacht für eine Analyse, ob von Rassismus auszugehen ist, wesentlich?

🕒 40 min



3. Kommt wieder im Plenum zusammen und schaut Euch gemeinsam den Kurzclip zur Kampagne gegen Rassismus³ der Beratungsstelle response in Hessen an! Findet Euch danach in selbstgewählten Flüstergruppen⁴ zusammen und tauscht Euch aus, welche Beispiele zu Rassismus Euch aus Eurem Alltag einfallen! Verständigt Euch ggf. am Ende kurz darüber, was davon Ihr im Anschluss mit der Gruppe teilen wollt!

🕒 5 min

Kommt wieder zusammen und gebt Euch ein kurzes Feedback! Diskutiert anhand selbstgewählter Beispiele aus dem vorherigen Austausch so konkret wie möglich:

- Welche Interventionen fändet Ihr in diesen und ähnlichen Situationen aus Betroffenenperspektive wichtig und möglich?

🕒 20 min



REAKTIONEN AUF DEN MORD

🕒 ges.: 55 min



Stifte, Textmarker, Flipchartmarker und -blätter, ggf. Klebeband



1. Lest Euch die Auszüge aus der medialen Berichterstattung⁵ kurz nach dem Mord durch und markiert dabei Textpassagen, die Eurer Einschätzung nach Rassismus (re-)produzieren bzw. verharmlosen!
 - Geht die entsprechenden Stellen im Anschluss gemeinsam durch und begründet bzw. diskutiert Eure Einschätzung!
 - Wie bewertet Ihr die aufgeführten Reaktionen politisch Verantwortlicher in Dessau und im Land Sachsen-Anhalt? Welche Erklärungen fallen Euch dazu ein?
 - Überlegt gemeinsam, welche Reaktionen auf eine solche Tat Ihr für zentral hieltet und warum! Notiert Stichwörter dazu auf einem Flipchartblatt!

🕒 30 min



Internetzugang (oder Ausdrucke)



2. Bildet Kleingruppen und lest den Auszug aus dem Artikel »Alberto Adriano – der Tod eines Vaters«⁶ durch! Tauscht Euch im Anschluss über folgende Fragen aus:

- Was erfahrt Ihr über die Situation der Familie nach dem Mord?
- Was glaubt Ihr, mit welchen Anforderungen und Schwierigkeiten sind Hinterbliebene nach rassistischen Tötungsverbrechen konfrontiert?
- Welche Strategien des Umgangs erkennt Ihr? Und welche wären noch denkbar?

🕒 25 min

6 bit.ly/tod-eines-vaters

7 Die »Brothers Keepers«-Story: bit.ly/brothers-keepers-story; siehe auch die »Sisters«: <http://sisters-music.com>



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 1:15 Std.

8 bit.ly/adriano-letzte-warnung

9 bit.ly/letzte-warnung



Internetzugang, Lautsprecher, Flipchartblätter, dicke Stifte, ggf. Klebeband



1. Als Reaktion auf den Mord an Alberto Adriano schlossen sich über 90 vorwiegend afrodeutsche Künstler, Musiker und Produzenten zu dem Rap-Projekt »Brothers Keepers« zusammen und veröffentlichen 2001 den Tributsong »Adriano – letzte Warnung«⁷. Schaut Euch das Video⁸ an und lest im Anschluss Auszüge aus den Lyrics nach⁹!

- Wie gefallen Euch der Song und das Video?
- Was glaubt Ihr war die Motivation der Künstler¹⁰, das Rap-Projekt ins Leben zu rufen und gemeinsam diesen Song zu veröffentlichen?
- Was sind zentrale Botschaften des Songs und wer sind die Adressat*innen?

🕒 25 min

10 Audiofeature zur Ausstellung »Opfer rechter Gewalt seit 1990« mit Adé Bantu u.a. über seine Motivation zur Gründung der »Brothers Keepers« bit.ly/audiofeature-adriano

11 www.opfer-des-nsu.de

12 bit.ly/möbbeck2014



2. Anlässlich des 14. Todestages von Alberto Adriano wurde im Anschluss an das Gedenken im Multikulturellen Zentrum Dessau die Ausstellung »Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen«¹¹ eröffnet. Lest dazu den Auszug aus der Eröffnungsrede der damaligen Integrationsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt Susi Möbbeck¹² und reflektiert gemeinsam:

- Was verbindet den Mord an Alberto Adriano mit den durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) verübten Verbrechen?¹³
- Welche Gemeinsamkeiten in den Reaktionen staatlicher Behörden, von Politik und Medien auf die Taten erkennt Ihr? Und wo werden Unterschiede deutlich?

🕒 20 min

13 Überblicksartikel »Der NSU-Komplex. Auch nach Jahren keine Aufklärung« bit.ly/bildungsbaustein-nsu-komplex (S. 5 f.)


14 Bildungsreferentin bei empower – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Hamburg



3. Wie eine Gedenkpraxis an Opfer rechter und rassistischer Gewalt ausgestaltet werden müsste und wie bedeutsam dabei das Benennen rassistischer Strukturen ist, analysiert Nissar Gardi¹⁴ im Bildungsbaustein zum NSU-Komplex. Lest den folgenden Auszug aus ihrem Artikel »Schweigen zum Rassismus. Erinnerungspolitik und Aufarbeitungsprozesse« und sprecht im Anschluss gemeinsam darüber!

» (...) Gedenkpoltiken können nicht allein als Anerkennen der Gewalttaten und als deren Nichtvergessen verstanden werden, sie müssen auch als Reparationen angesehen werden. Bei Reparationen ist hier nicht allein die Rede von materiellen Entschädigungen für Angehörige, sondern auch von nicht allein symbolischen Worten, nach Sichtbarmachungen rassistischer Spuren. Dazu gehören auch Denkmäler sowie ein lebendiges partizipatives Erinnern in der Öffentlichkeit, welches erkennen lässt, dass Verantwortung übernommen wird. Gedenken muss ebenfalls verstanden werden als ein Kampf um Repräsentation, um eine Aneignung von gesellschaftlichen Erzählungen, um Aushandlungen des Diskurses. Gedenken muss also als unabgeschlossener Prozess gedacht werden statt als rituell oder punktuell praktiziert. Dabei stellt sich die Frage, ob Opfer von rechter, rassistischer Gewalt dabei nur als Randnotiz, als Statist_innen erscheinen sollen. (...) Wenn Angehörige und Hinterbliebene, wenn Menschen mit eigenen Rassismuserfahrungen keine Möglichkeit haben mitzubestimmen, wie eine Gedenkpraxis erfolgen kann, dann werden Grenzziehungen in Politiken deutlich. Nicht-Gedenken wird damit ein Gewaltakt

über den Tod hinaus. (...) Nötig ist ein lebendiges und damit ein partizipatives Erinnern, das multiple, mehrdimensionale und heterogene Perspektiven einbezieht und vorantreibt. Ein Erinnern, das sich nicht auf die Täter_innen als ausschließlich vom rechten Rand kommend konzentriert. (...) Findet ein entsprechendes Erinnern und Gedenken statt, wird es auch möglich, die Verflochtenheit von Rassismus in alle gesellschaftlichen Strukturen in den Blick zu nehmen und Fragen der Mitverantwortung weiter zu diskutieren.» (S. 32 f.)¹⁵

15 vollständiger
Bildungsbaustein 
bit.ly/bildungsbaustein-nsu-komplex

- Tragt gemeinsam zentrale Aspekte auf einem Flipchartblatt zusammen!
- Diskutiert, was damit jeweils gemeint sein könnte und ergänzt Beispiele!
- Überlegt gemeinsam und so konkret wie möglich, welche Ideen sich auf das Gedenken an Alberto Adriano übertragen ließen! Haltet Eure Überlegungen auf einem weiteren Flipchartblatt fest!

🕒 30 min

MATERIAL WEITERARBEIT -> AUSZÜGE MEDIALE BERICHTERSTATTUNG

Berliner Zeitung, 17.06.2000

Wir dachten, hier passiert uns nichts

»(...) Im Stadtpark erinnert seit diesem Freitagabend ein Gedenkstein an Adriano. Dort spricht Pfarrer Diesterkamp ein Gebet, nach der Rede von Marieluise Beck, der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, die auch zum Trauermarsch nach Dessau gekommen ist. Tags zuvor wollte Diesterkamp eine Schlägerei zwischen Deutschen schlichten und sagte: »Wollt Ihr schon wieder einen totschiessen.« Er bekam die Antwort: »Aber das war doch nur ein N...« Die Nachbarn, die ein paar Stockwerke über der Familie Adriano wohnen, sagen, dass sie sich »über den Fall kein Urteil erlauben wollen«, andere sagen, man dürfe nachts eben nicht durch den Park gehen. Und Beamte der Stadt sagten dem Ausländerbeauftragten kurz nach der Tat: »Na ja, vielleicht suchten die Täter Drogen.« Angelika Adriano hat gleich nach dem Tod ihres Mannes einen Nelkenstrauß an den Tatort gelegt. Am Tag darauf war er verschwunden. (...)«

Die Welt, 17.06.2009

Er war ein guter Afrikaner

»(...) Auch Bundesinnenminister Otto Schily wollte kommen. Und jetzt fürchten die Lokalpolitiker, die Prominenz könnte fast unter sich bleiben, wenn sich nur eine Handvoll Normalbürger dem Zug vom Rathaus zum Tatort anschließen. Auch scheinen die Besucher von außerhalb nicht bei allen willkommen. »Wenn ein Deutscher erschlagen worden wäre, würde keine politische Prominenz hier auftauchen«, sagt beispielsweise Oberbürgermeister Hans-Georg Otto. (...)«

»Neonazis töten Schwarzen in Dessau« – das ist die Schlagzeile, vor der Otto Angst hat. Also lädt der SPD-Politiker am Tag nach dem Tod Adrianos zum Pressegespräch und betreibt Schadensbegrenzung. Was geschehen ist, sei schlimm, aber die mutmaßlichen Täter kämen ja gar nicht aus Dessau, sondern aus dem benachbarten Wolfen und dem brandenburgischen Bad Liebenwerda; in anderen Städten sei das rechtsradikale Gewaltpotenzial ohnehin weitaus größer, in Dessau hätten Ausländer und Einheimische bisher problemlos zusammengelebt, das würde auch in Zukunft so sein, und jetzt ginge es darum, den Imageschaden möglichst klein zu halten.« (...)«

Razak Minhel, Ausländerbeauftragter der Stadt Dessau, sieht noch einen anderen Grund, warum sich der Hass auf alles Fremde und alle Fremden in Dessau immer weiter ausbreitet. Schwarzafrikaner würden permanent und überall von der Polizei überprüft. Einer sei sogar drei Mal an einem Tag von dem gleichen Polizisten nach seinem Ausweis gefragt worden. Ein anderer hätte sich vollkommen ausziehen müssen – in aller Öffentlichkeit, vor den Augen der Bürger, bei denen dann automatisch der Eindruck entstünde: »Jeder Schwarzer ist ein Krimineller.« Und auch jetzt, im Fall des ermordeten Alberto Adriano hätte in der Zeitung, gleich im zweiten Satz des Artikels gestanden, dass Adriano ein »guter Afrikaner« war, kein Dealer oder Krimineller. (...)«

Anhalt Kurier, 15.06.2000

Schock und tiefe Trauer in Dessau

» (...) Bürgermeister Holger Platz drückte der Familie gestern persönlich sein Mitgefühl aus. »Wir sind betroffen und erschüttert«, sagte der Rechtsdezernent. Die Tat bezeichnete er als einen Schlag ins Gesicht

all derer, die seit Jahren Toleranz und Aufgeschlossenheit gegenüber ausländischen Mitbürgern erstreiten. »Es geht um den Ruf der Stadt Dessau, die über 80.000 Deutsche, aber auch fast 2.000 ausländische Mitbürger beherbergt.« (...)

Dessauer Amtsblatt, 24.06.2000

»Auf ein Wort« mit Oberbürgermeister Hans-Georg Otto

»(...) Und so hoffe ich, dass das tragische Ereignis des Todes von Alberto Adriano ... uns allen Kraft und die nötige Zivilcourage gibt, in Zukunft – jeder an seinem Platz – extremistischem Gedankengut entschieden entgegenzutreten. Wir sollten uns dabei bewusst sein, dass ein Teil der Wirtschaftskraft der Alten Bundesländer, von der wir immer noch profitieren, von ausländischen Mitbürgern erarbeitet wurde. Und denken wir auch daran, wie oft wir Dessauer bei Sportveranstaltungen stolz auf ein breites internationales Teilnehmerfeld sind. (...)«

Mitteldeutsche Zeitung, 24.06.2000

CDU-Antrag sorgt für Zündstoff im Landtag

»Für den SPD-Fraktionschef ist der CDU-Antrag geschmacklos und »schon vom Titel her schlimm«. ... Es sei nicht hinnehmbar, wenn wenige Tage nach dem gewaltsamen Tod des Mosambikaners Alberto Adriano in Dessau im Landtag eine Debatte geführt werden, bei der es um den Drogenhandel durch Asylbewerber gehe. »Eine solche Debatte ist geeignet, den Hass auf Fremde zu schüren.«

Trotz der entsetzlichen Ereignisse in Dessau hat die CDU darauf verzichtet, ihren parlamentarischen Vorstoß auf einen anderen Zeitpunkt zu verlegen. In der Fraktion ... sei eine solche Reaktion zwar diskutiert, letztendlich aber dagegen entschieden worden. Schließlich entspreche es dem »Lagebild für diesen Deliktbereich«, wie es CDU-Innenpolitiker Klaus Jeziorsky in der Landtagsdebatte formuliert ... Es sei daher notwendig, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Asylbewerber müssten deshalb »über einen Teil unserer Hausordnung belehrt werden«. (...)

CDU-Fraktionschef Christoph Bergner verwahrt sich gegen derlei Vorwürfe. Gegen Drogenhändler unter Asylbewerbern vorzugehen, läge auch »im Interesse der vielen gesetzestreu bei uns lebenden Ausländer«. Dieser Intention folge auch der offene Brief des Ex-Ausländerbeauftragten Wolfgang Kupke (CDU), in dem dieser Verständnis dafür geäußert hatte, wenn angesichts des Drogenhandels von Asylbewerbern Ausländerfeindlichkeit entstehe.«

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren
 » Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an
 ✉ bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de



Trauermarsch im Juni 2000 durch die Innenstadt Dessaus
 (© Christian Ditsch)



WILLI WORG

(38 Jahre)

† 28. März 2000 in Milzau



Wer war Willi Worg?

In den frühen Morgenstunden des 25. März 2001 wurde der 38-jährige Willi Worg in Milzau, einem Ortsteil von Bad Lauchstädt (Saalekreis), von fünf Jugendlichen bzw. jungen Männern im Alter von 14 bis 23 Jahren nach Verlassen einer Diskothek brutal misshandelt. Drei Tage später starb er im Klinikum Merseburg an seinen schweren Verletzungen.

Über das Leben und die Persönlichkeit Willi Worgs ist uns nur wenig bekannt. Er arbeitete eine Zeit lang als Bauarbeiter und wurde frühzeitig verrentet. Willi Worg wird als ruhige Person beschrieben, die jedem Streit aus dem Wege ging. Er hinterließ eine Schwester.



Was ist passiert?

In der Nacht zum Samstag war Willi Worg zunächst mit Freunden in einem Lokal. Anschließend zog er noch alleine weiter in die örtliche Diskothek »Chic«. An der Theke traf er auf einen 19-Jährigen, der ihn erobst fragte, ob er Anzeige gegen ihn erstattet habe¹. Denn gerade zwei Wochen zuvor war ihm eine Anklage wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis und unterlassener Hilfeleistung zugestellt worden: Bereits sieben Monate war es her, dass der Onkel des 19-Jährigen den nach Besuch derselben Disko stark alkoholisiert auf der Fahrbahn liegenden Willi Worg nachts mit seinem PKW überrollt und eine kurze Strecke mitgeschleift hatte. Der 19-Jährige war – ebenfalls alkoholisiert und ohne Fahrerlaubnis – mit einem Moped hinter seinem Onkel her gefahren. Doch weder der Onkel noch sein Neffe selbst kümmerten sich um Hilfe für den offensichtlich schwer Verletzten, der fünf Wochen im Krankenhaus behandelt werden musste.

Willi Worg ignorierte die Frage des 19-Jährigen, der daraufhin aggressiv wurde und Willi Worg unter anderem mit den an den Wirt gerichteten Worten »Nimm den weg, der stinkt!« beleidigte. Als der 38-Jährige gegen 4 Uhr bezahlte, beschloss der 19-Jährige, Willi Worg als Strafe für die Anzeige zusammenzuschlagen und auszurauben. Hierüber verständigte er sich noch in der Diskothek mit vier weiteren Rechten, die den 38-Jährigen zum Ausgang verfolgten und ihn nach wenigen Metern draußen einholten. Der 19-Jährige brachte Willi Worg sofort mit einem kräftigen Faustschlag ins Gesicht zu Boden, wo ihm sein 14-jähriger Begleiter einen wuchtigen Tritt in den Bauch versetzte. Dann schleifte die Gruppe Willi Worg auf eine etwas abseits gelegene Wiese, wo sie ihn erfolglos nach Geld durchsuchte.

Schließlich traten der 14- sowie ein 20-Jähriger mit ihren Springerstiefeln massiv auf den regungslos am Boden Liegenden ein. Anschließend gingen die Angreifer zurück in die Disko, wo sie weiter Alkohol tranken. Erst vier Stun-

1 vgl. Hans-Werner Gärtner → Was ist passiert? (S. 44 f.)



Screenshot Panorama-Beitrag mit Passfoto von Willi Worg (ARD, 27.06.2002)



den später, gegen 8:30 Uhr, wurde Willi Worg – durch den anhaltenden Regen stark unterkühlt – von einem Nachbarn gefunden, ins Klinikum Merseburg gebracht und sofort notoperiert. Drei Tage später starb Willi Worg im Krankenhaus an einer Bauchfellentzündung infolge seines zerrissenen Zwölffingerdarms. Fast alle seine inneren Organe waren zerrissen oder zerquetscht worden.



Der Prozess gegen die Täter

Im Prozess gegen die fünf Angeklagten wegen versuchten Raubes und Körperverletzung mit Todesfolge sprach die Staatsanwaltschaft Halle von »unglaublicher Brutalität«. Auch ordnete sie alle Angeklagten der rechten Szene zu. Die zur Tatzeit 14- und 20-Jährigen waren zudem u.a. wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen² strafrechtlich vorbelastet. Trotzdem sah die Staatsanwaltschaft kein politisch rechtes Motiv für die Tat.


Die Jugendkammer des Landgerichts Halle bewertete die Tat und die Motivation der Täter anders: Am 13. November 2001 wurden der 14- sowie der 20-Jährige wegen Mordes³, die anderen Angeklagten wegen Beihilfe zum Mord und alle fünf wegen versuchten Raubes mit Todesfolge zu Haftstrafen zwischen vier und acht Jahren verurteilt. In der Urteilsbegründung sagte die Vorsitzende Richterin, die Täter hätten Willi Worg »regelrecht zertreten« und sah auch einen Zusammenhang zwischen der Brutalität und der rechten Einstellung der Angeklagten.


Anfang 2003 hob der Bundesgerichtshof das Urteil mit der Begründung auf, dass auch in Betracht gezogen werden müsste, die Täter hätten die Gefahr einer Tötung durch derartige Tritte nicht erkannt. Im Revisionsprozess⁴ vor einer anderen Kammer erhielten sie Ende Mai 2003 wegen gemeinschaftlich begangenen versuchten Raubes mit Todesfolge schließlich Haftstrafen zwischen zweieinhalb und sieben Jahren.


2 z.B. eine zur Schau gestellte Hakenkreuztätowierung oder das Zeigen des sog. Hitlergrüßes

3  bit.ly/bpb-lexikon-mord

4 Revision: Rechtsmittel gegen Gerichtsurteile zur Überprüfung auf Rechtsfehler

5  Warum erinnern? (S. 126 ff.)

6  Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

7  Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



Öffentliches Gedenken⁵

Bislang gibt es – von der Erinnerungswebsite und Gedenkposts der Mobilien Opferberatung und weiterer Aktiver abgesehen – keine Initiative für ein öffentliches Gedenken an den Getöteten. Auch am damaligen Tatort erinnert nichts mehr an das brutale Verbrechen.

Willi Worg wird von der Landesregierung nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁶

REFLEXION:

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Willi Worg?
- Warum wurde Willi Worg zum Opfer von Neonazis?⁷



Tatort vor der ehemaligen Diskothek »Chic« in Milzau

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RECHTE GEWALT GEGEN SOZIAL BENACHTEILIGTE

🕒 ges.: 30 min



Textmarker, Flipchartblätter, dicke Stifte, Klebeband



1. Teilt Euch in Kleingruppen auf und lest den Text »Was ist rechte Gewalt?«¹! Setzt dabei die Fallgeschichte zu Willi Worg mit dem gerade Gelesenen in Beziehung, indem Ihr zutreffende Textpassagen markiert! Analysiert die Tat anhand folgender Fragen und notiert Eure Ergebnisse auf einem Flipchartblatt:

- Welche abwertenden Einstellungen und Feindbilder erkennt Ihr?
- Welche Anhaltspunkte sprechen für das Vorliegen einer politisch rechten Tatmotivation?

🕒 20 min

Kommt wieder im Plenum zusammen, hängt die beschriebenen Flipchartblätter im Raum auf und vergleicht die Inhalte.

🕒 10 min

1 🌐 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

2 🌐 bit.ly/jugendliche-pruegeln-diskobesucher-tot

3 🌐 bit.ly/dritter-schlaeger-hinter-gitter

4 🌐 bit.ly/angeklagter-bricht-schweigen

5 🌐 bit.ly/hohe-haftstrafen

6 🌐 bit.ly/harte-nuss

7 🌐 bit.ly/kuerzere-haft



DIE PROZESSE GEGEN DIE TÄTER

🕒 ges.: 40 min



Ausdrucke Zeitungsartikel, Textmarker



1. Lest Euch die Artikel »Jugendliche Prügeln Diskobesucher tot« (Mitteldeutsche Zeitung, 31.03.2001)², »Dritter Schläger hinter Gitter« (MZ, 03.04.2001)³, »Nur ein Angeklagter bricht sein Schweigen« (MZ, 20.09.2001)⁴, »Hohe Haftstrafen nach Disco-Mord« (MZ, 14.11.2001)⁵, »Harte Nuss für Juristen« (MZ, 23.05.2003)⁶ sowie »Nach zweitem Verfahren kürzere Haft« (MZ, 24.05.2003)⁷ aus der lokalen Berichterstattung über das Strafverfahren gegen die Täter durch und markiert dabei Textstellen zu folgenden Fragen!

- Wie wird die Tat dargestellt?
- Was erfahrt Ihr über die Angeklagten? Und was über das Opfer?
- Wie bewertet Ihr die kategorische Verneinung eines rechten Tatmotivs durch die Staatsanwaltschaft?
- Welche Änderung in der Berichterstattung stellt Ihr bezüglich des Tatmotivs fest?

🕒 15 min

Diskutiert die einzelnen Fragen im Anschluss gemeinsam!

🕒 25 min



FEHLENDE OFFIZIELLE ANERKENNUNG

🕒 ges.: 45 min



Internetzugang, Lautsprecher, Ausdrucke Text, Textmarker



1. Über die zahlenmäßigen Unterschiede in offiziellen Statistiken zu rechter Gewalt herrscht auch heute noch vielfach Verwirrung. Das liegt u.a. daran, dass offiziell zwischen politisch rechts motivierten und rechtsextremistischen Gewalttaten unterschieden wird, die Begriffe in der medialen Berichterstattung aber oft synonym verwendet werden. So veröffentlichen sowohl das Bundeskriminalamt (BKA) als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) jährlich entsprechende Zahlen, die jeweils auf den Daten der Landeskriminalämter beruhen.



Allerdings weist das BfV in seinen Verfassungsschutzberichten lediglich eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität aus. So werden hier nur Straftaten aufgeschlüsselt, welche auch als extremistisch – also mit dem Ziel der Systemüberwindung – eingestuft wurden. Diese Einordnung ist jedoch weiterhin intransparent und erscheint oft willkürlich.

Schaut Euch die Reportage »Tricksen und lügen – Politiker vertuschen Ausmaß rechtsradikaler Gewalt«⁸ sowie den Folgebeitrag »Nazi-Opfer fehlt in jeder Statistik«⁹, welche Ende Juni und Mitte Juli 2002 nach dem erstinstanzlichen Urteil vom Politmagazin Panorama ausgestrahlt wurden! Überlegt im Anschluss gemeinsam:

- **Für wen und warum ist eine möglichst lückenlose Erfassung rechter Straf- und Gewalttaten wichtig?**
- **Diskutiert und bewertet das Auftreten von Bundes- und Landesinnenministern in den Beiträgen! Wie wirkt es auf Euch?**
- **Wie ist die Antwort eines der Angeklagten vor Gericht zu verstehen, dass er sich in der Untersuchungshaft Gedanken zu der Tat gemacht und sich daraufhin ein Hakenkreuz habe tätowieren lassen?**

🕒 25 min

8 📺 bit.ly/tricksen-lügen

9 📺 bit.ly/nazi-opfer-fehlt

10 siehe auch 📍 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

11 @OpferNaziGewalt auf Twitter



2. Bildet Kleingruppen und lest den Text »Wahrnehmung und Anerkennung der tödlichen Dimension rechter Gewalt«!¹⁰ Diskutiert im Anschluss zu folgenden Fragen:
- **Welche Ursachen für aktuelle behördliche Erfassungsdefizite werden benannt?**
 - **Warum erscheint es wichtig, die Betroffenenperspektive bei der Einordnung als politisch rechts motiviert einzubeziehen?**

🕒 20 min

12 📍 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

13 📍 Gedenken und Aufklären ... (S. 131 ff.)



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 1:35 Std.

14 📍 In Aktion treten I: Gedenken mit Sprühkreide visualisieren (S. 150 ff.)



Flipchartblätter, dicke Stifte, Klebeband, Internetzugang



1. Bis heute gibt es – bis auf die Erinnerungsposts der Mobilen Opferberatung auf facebook und twitter und des Gedenkkaccounts »KeinVergessen« für die Opfer rechter Gewalt¹¹ an den jeweiligen Todestagen – kein weitergehendes jährliches Gedenken an Willi Worg.

- **Was könnten Gründe dafür sein?**

🕒 10 min



2. Lest den Text »Warum erinnern?«¹² und überlegt gemeinsam zu folgenden Fragen!

- **Warum und für wen könnte ein öffentliches Gedenken an Willi Worg heute noch wichtig sein?**
 - **Welche inhaltlichen Aspekte wären hierbei Eurer Meinung nach relevant?**
- Notiert Stichpunkte dazu auf einem Flipchartblatt!

🕒 20 min



3. Bildet Kleingruppen und nehmt Euch Zeit, Euch mit einigen der im Teil C vorgestellten Gedenkinitiativen¹³ oder auch dem Beispiel für die Ausgestaltung einer Gedenkaktion¹⁴ näher zu beschäftigen!

🕒 20 min



- **Entwickelt und konkretisiert eine erste Idee für ein öffentliches Gedenken an Willi Worg und haltet Eure Entwürfe auf einem Flipchartblatt fest!**

🕒 20 min

Hängt Eure Ergebnisse im Plenumsraum auf und stellt sie Euch gegenseitig vor! Diskutiert abschließend:

- **Welche der Ideen hätten Eurer Einschätzung nach Aussicht auf Realisierung?**
- **Und welche Voraussetzungen müssten dafür gegeben sein?**

🕒 25 min

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren » Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

ANDREAS OERTEL

(40 Jahre)

† 21. März 2003 in Naumburg



Wer war Andreas Oertel?

Andreas Oertel war 40 Jahre alt, als er am 20. und 21. März 2003 in seiner Wohnung in Naumburg (Burgenlandkreis) von mehreren Jugendlichen und Erwachsenen misshandelt und ausgeraubt wurde. Am späten Abend des 21. März 2003 starb er nur wenige Minuten nach dem letzten Überfall an den schweren Kopf-, Gesichts- und inneren Verletzungen.

Andreas Oertel wuchs in Halle (Saale) auf. Er war Einzelkind und seine Eltern sind früh verstorben. Seit Anfang der 1990er Jahre lebte er zunächst in einem Caritas-Wohnheim in Heiligenkreuz (Burgenlandkreis) und später in Naumburg in einer eigenen Wohnung. Nachdem bei ihm eine intellektuelle Minderbegabung¹ sowie eine Alkoholabhängigkeit festgestellt worden waren, wurde ihm Ende 1994 ein Betreuer beigeordnet. Über zehn Jahre arbeitete er in einer Holzwerkstatt des Behindertenwerks der Caritas, wo er als zuverlässig und ordentlich galt.

Seine große Leidenschaft war das Theater. So fuhr er oft nach Halle (Saale) ins »neue theater«, wo ihn Ensemblemitglieder als treuen Begleiter und Kritiker schätzten. Menschen, die sich an Andreas Oertel erinnern, beschreiben ihn als freundlich, zurückhaltend und leichtgläubig.

1 vgl. Hans-Werner Gärtner → Wer war ... ? (S. 44), Jörg Danek → Wer war ... ? (S. 50), Hans-Joachim Sbrzesny → Wer war ... ? (S. 84)

2 Was sind Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

3 Extrem rechte Kampagne »Todesstrafe für Kinderschänder« (S. 82 f.)



Was ist passiert?

Alle Tatbeteiligten gehörten zu einer Gruppe von Jugendlichen, die sich regelmäßig auf dem sog. Jägerspielplatz in Naumburg traf. Gelegentlich stießen auch zwei 26- und 29-jährige Brüder dazu, um gemeinsam Alkohol zu trinken. Nachdem ein 15-Jähriger, der im selben Haus wie Andreas Oertel wohnte und von dessen Homosexualität² wusste, gegenüber seiner Clique behauptet hatte, Andreas Oertel habe ihm Geld für sexuelle Handlungen angeboten, drangen zwei der Jugendlichen am Nachmittag des 20. März 2003 in Andreas Oertels Wohnung ein, um ihm eine »Abreibung« zu verpassen. Sie traten ihm mehrfach ins Gesicht und gegen den Oberkörper. Anschließend nahmen sie seine Geldbörse mit und ließen Andreas Oertel mit zwei ausgebrochenen Schneidezähnen zurück.

Am späten Nachmittag des Folgetages prahlten die beiden vor ihrer Clique und den beiden erwachsenen Brüdern damit, den »Kinderficker«³ zusammengeschlagen zu haben und verabredeten daraufhin eine weitere »Strafaktion«. Gegen 18:30 Uhr verschafften sich die Brüder und mehrere Jugendliche mit einem Trick Zugang zu Andreas Oertels Wohnung. Dort begannen die Jugendlichen, das Wohnzimmer zu durchsuchen, während zunächst die Brüder und später noch zwei weitere Jugendliche im Schlafzimmer massiv auf Andreas Oertel einschlugen und -traten. Währenddessen verließen erst ein Mädchen



und kurz darauf ein Jugendlicher mit Lautsprechern die Wohnung. Am Ende raubte die Gruppe noch das letzte Bargeld, ein Dutzend Flaschen Bier und den Wohnungsschlüssel Andreas Oertels.

Zurück am Jägerspielplatz behauptete ein gerade erst Dazugekommener gegenüber der Clique, Andreas Oertel habe seiner 14-jährigen Schwester Geld für Nacktfotos angeboten. Daraufhin beschlossen acht aus der Gruppe, ihn erneut für sein »Fehlverhalten« zusammenzuschlagen und seine Wohnung auszuräumen.

Am Wohnhaus angekommen, warteten zwei der Jugendlichen auf der Straße, während sich die anderen Zutritt verschafften. Sie fanden Andreas Oertel im Schlafzimmer vor. Hier schlugen die beiden erwachsenen Brüder mit verstärkten Fahrradhandschuhen auf den bereits schwer Verletzten ein. Ein 17-Jähriger verließ die Wohnung und wartete mit den anderen draußen. An den minutenlangen, massiven Schlägen und Tritten gegen Kopf und Rumpf ihres am Boden liegenden Opfers beteiligte sich mindestens einer der Jugendlichen. Als Andreas Oertel blutüberströmt und leblos dalag, durchsuchte die Gruppe die Wohnung erneut nach Wertgegenständen. Dann verließen sie den sterbenden Mann und nahmen u.a. weitere Bierflaschen, Lebensmittel und eine Stereoanlage mit. Es dauerte mehrere Tage, bis die Leiche von Andreas Oertel in der Wohnung entdeckt wurde.



Der Prozess gegen die Täter

Am 19. Dezember 2003 verurteilte die Jugendkammer des Landgerichts Halle drei weitgehend geständige, zur Tatzeit 15-Jährige zu Jugendstrafen⁴ zwischen achteinhalb und neun Jahren wegen schweren Raubes mit Todesfolge und gefährlicher Körperverletzung. Die Richter stellten fest, dass die Gruppe den 40-Jährigen für sein von ihnen behauptetes Fehlverhalten bestrafen, aber nicht töten wollte.

Der Prozess gegen die einschlägig wegen Körperverletzungsdelikten vorbestraften Brüder⁵ endete im August 2004. Der 26-Jährige war zur Tatzeit auf Bewährung. Sein älterer Bruder war erst vier Monate vor den tödlichen Misshandlungen aus der Haft entlassen worden. Das Landgericht Halle verurteilte die 26- und 29-Jährigen u.a. wegen Raubes mit Todesfolge und gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen von 14 Jahren und sechs Monaten bzw. 15 Jahren.

4 gegen (zur Tatzeit) jugendliche Straftäter*innen verhängter Freiheitsentzug wegen besonderer Schwere der Schuld oder sog. schädlicher Neigungen


5 1999 war gegen sie zudem wegen des lauten Abspielens einer Heß-Biografie (Stellvertreter Hitlers) in ihrer Wohnung und »Sieg Heil«-Rufen ermittelt, das Verfahren jedoch eingestellt worden





Öffentliches Gedenken⁶

Anlässlich des zehnten Todestages Andreas Oertels riefen die örtlichen LINKEN 2013 zu einer öffentlichen Mahnwache auf dem Marktplatz von Naumburg und einer Kranzniederlegung am ehemaligen Wohnhaus von Andreas Oertel auf. Es beteiligten sich rund einhundert Menschen.

Andreas Oertel wird von der Landesregierung nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁷

6  Warum erinnern? (S. 126 ff.)

7  Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

8  Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Andreas Oertel?
- Warum wurde Andreas Oertel zum Opfer rechter Gewalt?⁸

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



VERKNÜPFUNG RECHTER IDEOLOGIEFRAGMENTE

🕒 ges.: 55 min



Ausdrucke Theorietext, Textmarker



1. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer schreibt in der Einleitung zu einem Artikel über den Mord an Andreas Oertel in der Reihe »Deutsche Zustände«:

»(...) Immer wieder wird bei Gewalt gegen Behinderte als Menschen mit besonderer Wehrlosigkeit das »Unerklärliche« bemüht. Gerade aber in der Wehrlosigkeit liegt das Motiv: Die einfache Demonstration von Überlegenheit, die im »normalen« Leben so einfach nicht zu erzielen ist. (...)« (Heitmeyer 2003, S. 204)

- **Diskutiert diese These bezüglich der tödlichen Misshandlung von Andreas Oertel!**

🕒 15 min



2. Die Ablehnung von (vermeintlich) Pädophilen hat oft auch homophobe Elemente, da Pädophilie und Homosexualität nicht selten fälschlich in einen Zusammenhang gestellt werden. Seinem persönlichen Umfeld zufolge war Andreas Oertel homosexuell. Auch zwei der Täter wussten um seine sexuelle Orientierung und nutzten dies offenbar, um zu behaupten, der 40-Jährige habe Jungen Geld für sexuelle Handlungen angeboten.

Bildet Kleingruppen und lest den Text »Was sind Homo-, Trans*- und Interphobie?«¹ Tauscht Euch im Anschluss zu folgenden Fragen aus:

- **Welche Beispiele für Diskriminierung und Benachteiligung von oder Gewalt gegen Menschen wegen ihrer (vermeintlichen) sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität kennt Ihr aus Eurem Alltag?**
- **Kennt Ihr Beispiele für gelungene Interventionen dagegen?**
- **Und wie könntet Ihr in solchen und ähnlichen Situationen reagieren?**

🕒 40 min

1 Was sind Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

2 Auszüge aus der Berichterstattung ... (S. 74 f.)

3 bit.ly/warum-musste-andreas-oertel-sterben



MEDIALE BERICHTERSTATTUNG

🕒 ges.: 50 min



Ausdrucke Auszüge Berichterstattung, Textmarker, Internetzugang, Lautsprecher



1. Lest die Auszüge aus der lokalen Berichterstattung² zur Tötung Andreas Oertels und streicht Passagen zu folgender Frage an:

- **Wie wird über die Tat, den Prozess und die Täter berichtet?**

Tauscht Euch im Anschluss im Plenum dazu aus!

🕒 20 min



2. Schaut Euch die zusammengestellten Ausschnitte aus dem 2004 im ZDF ausgestrahlten Dokumentarfilm »Der Fall: Warum musste Andreas Oertel sterben?«³ an und sprecht darüber:

- **Was erfahrt Ihr über den Menschen Andreas Oertel?**
- **Und was über die Motive für die Tat?**

🕒 30 min



FEHLENDE OFFIZIELLE ANERKENNUNG

🕒 ges.: 45 min



Ausdrucke Theorietext, Textmarker, Flipchartblätter, dicke Stifte, Klebeband



1. Bildet Kleingruppen und lest den Text «Was ist rechte Gewalt?»⁴! Streicht Euch dabei Textpassagen zu folgenden Fragen an:

- Welche Abwertungen und Feindbilder wurden in der Tötung Andreas Oertels wirksam?
- Welche Besonderheiten rechter Gewalt treffen auf die Tat zu?
- Und wie schätzt Ihr die Auswirkungen auf potenziell Betroffene nach Bekanntwerden der Tat ein, beispielsweise auf Kolleg*innen im Behindertenwerk, in dem Andreas Oertel arbeitete?
- Tragt Eure Antworten im Anschluss in der Kleingruppe zusammen und notiert jeweils Stichpunkte dazu auf ein Flipchartblatt! Kommt dann wieder im Plenum zusammen und hängt Eure Flipchartblätter zum Nachlesen im Raum auf!

🕒 25 min

4 📍 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

5 vollständiger, anonymisierter Bericht unter bit.ly/untersuchungsbericht-totungsdelikte-lsa

6 📍 Gedenken und Aufklären... (S. 131 ff.)



2. Im »Bericht zur Untersuchung ausgewählter Tötungsdelikte der Jahre 1993 bis 2008 in Sachsen-Anhalt«⁵ der Innen- und Justizministerien aus 2013 wird als Begründung dafür, dass die qualvolle Tötung Andreas Oertels nicht als politisch rechts motiviert eingestuft wurde angeführt:

»(...) Nach den Urteilsfeststellungen waren sowohl die Jugendlichen als auch die beiden erwachsenen Brüder über die in ihren Augen verabscheuungswürdigen, perversen Neigungen von Andreas O. entrüstet und der Meinung, man müsste ihn dafür zusammenschlagen und zur Strafe ausrauben. Nach Auffassung dieses Gerichtes war somit die Bereicherungsabsicht lediglich Nebenmotiv und tatbeherrschend die Bestrafung des Opfers. Entsprechend sei die gesamte Tätergruppe auch stolz darauf gewesen, es dem »Kinderficker« ordentlich gezeigt zu haben. Die Forderung, insbesondere Sexualstraftaten an Kindern unnachgiebig zu bestrafen, gehört zweifellos zum immer wieder öffentlichkeitswirksam vorgetragenen Repertoire der rechten Szene. Es finden sich aber auch regelmäßig Politiker sämtlicher Couleur, die, vermeintlich volksnah, harte Strafen für entsprechende Delikte fordern. Auch sind Ressentiments gegen Homosexuelle leider bis zum heutigen Tag in allen Bevölkerungskreisen und politischen Weltanschauungen zu finden. Ein überzeugender Beleg für eine rechte Gesinnung der Täter ist die Feststellung des Gerichts zur Motivlage daher nicht. (...)« (MI/MJ Sachsen-Anhalt 2013, S. 34 f.)

- Wie bewertet Ihr diese Argumentation?
- Überlegt gemeinsam, für wen und warum eine offizielle Anerkennung des Tötungsverbrechens an Andreas Oertel wichtig sein könnte!

🕒 20 min



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 1 Std.



Ausdrucke Texte C-Teil, dicke Stifte und Flipchartpapier, Klebeband



1. Trotz der großen Anteilnahme an seiner Beerdigung gibt es bislang – von einer Initiative des damaligen Landtagsabgeordneten Jan Wagner und der Linksjugend Burgenlandkreis zum 10. Todestag abgesehen – kein öffentliches Gedenken an Andreas Oertel vor Ort.

- Was könnten Gründe dafür sein?

🕒 10 min



2. Teilt Euch in Kleingruppen auf und lasst Euch vom Text »Erinnern, Gedenken und Aufklären – beispielhafte Initiativen zur Erinnerung an Todesopfer rechter Gewalt«⁶ oder den Beispielen zum konkreten aktiv werden⁷ anregen, über mögliche Formen des Gedenkens an Andreas Oertel nachzudenken!

⌚ 15 min

Macht ein Brainstorming, welche Formen des Erinnerns an Andreas Oertel Ihr für denkbar haltet und sammelt Eure Ideen auf einem Flipchartblatt! Entscheidet Euch gemeinsam für eine favorisierte Form und markiert diese entsprechend!

⌚ 10 min

Stellt Euch Eure Überlegungen und Abwägungen kurz im Plenum vor! Diskutiert nochmals gemeinsam und dokumentiert Eure Ergebnisse erneut auf einem Flipchartblatt:

- Welche Idee spricht Euch am meisten an und warum?
- Was bräuchte es für eine tatsächliche Realisierung?

⌚ 25 min

7 In Aktion treten
I & II (S. 150 ff. & 153 ff.)

MATERIAL WEITERARBEIT -> Mediale Berichterstattung, Aufgabe 1

Mitteldeutsche Zeitung, 25.03.2003

Junge Männer schlugen geistig Behinderten tot

Naumburg/MZ/lüd. Ein geistig behinderter Mann ist in Naumburg offenbar zu Tode geprügelt worden. Die Polizei nahm am Dienstag fünf junge Männer im Alter von 15 bis 17 Jahren sowie zwei erwachsene Männer im Alter von 26 und 29 Jahren wegen Mordverdachts fest. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde gegen sechs Personen Haftbefehl erlassen. Ein junger Mann kam wieder auf freien Fuß, der Haftbefehl wurde ausgesetzt.

Polizeibeamte hatten bereits am Montagnachmittag den 40-jährigen Andreas O. in seiner Wohnung tot aufgefunden. Wie der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Hans-Jürgen Neufang, mitteilte, war der geistig Behinderte bereits seit verganginem Donnerstag misshandelt und auch beraubt worden.

Die Polizei war durch einen telefonischen Hinweis auf das Verbrechen aufmerksam geworden. Einige der Tatverdächtigen hatten zuvor in Gegenwart des Anrufers mit dem Tod des Opfers geprahlt. Die Ermittler erklärten, das Motiv für den Mord sei offenbar Habgier gewesen.

Mitteldeutsche Zeitung, 26.03.2003

Die Ermittler gehen von Habgier aus

Naumburg/dpa. Nach dem gewaltsamen Tod eines geistig behinderten Mannes in Naumburg (Burgenlandkreis) prüft die Staatsanwaltschaft derzeit weitere Motive der sechs inhaftierten Tatverdächtigen. Die Ermittler gehen zunächst vor allem von Habgier aus, sagte Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Neufang am Mittwoch. So soll dem Mann Unterhaltungselektronik gestohlen worden sein. »Wir prüfen auch Aussagen der Tatverdächtigen, wonach das Opfer sich angeblich Kindern sexuell genähert haben soll«, sagte Neufang zu möglichen weiteren Hintergründen der Tat. (...)

Tatverdächtige sollen sich vor ihrer Clique mit den Misshandlungen des Opfers gebrüstet haben. Ein Jugendlicher habe daraufhin die Polizei benachrichtigt, sagte Neufang. Dies sowie die genaue Todesursache soll eine Obduktion klären. Mit Ergebnissen werde zum Wochenende gerechnet. Die sechs Verdächtigen bezichtigten sich weiter gegenseitig des Verbrechens.

Mitteldeutsche Zeitung, 09.09.2003

Drei Jugendliche müssen sich verantworten

Halle/dpa. Wegen Mordes an einem Behinderten müssen sich seit Dienstag drei Jugendliche vor dem Landgericht in Halle verantworten. Die Angeklagten im Alter von 15 und 16 Jahren sollen im vergangenen März in Naumburg ihr 40 Jahre altes Opfer über mehrere Tage grausam zu Tode gequält und ausgeraubt haben. Das Opfer kam durch massive Quetschungen der Wirbelsäule ums Leben. An der Tat sollen auch zwei Erwachsenen beteiligt gewesen sein, gegen die später verhandelt wird. Die Anklage sieht niedere Beweggründen und nannte als Motiv der Jugendlichen Habgier. (...)

Die Jugendlichen haben die Tat teilweise gestanden, indem sie zugaben, den Mann geschlagen und ausgeraubt zu haben. Allerdings bestreiten sie bislang die Tötung und bezichtigen sich gegenseitig. Laut Anklage hatten die damals 15-jährigen dem Mann die Wohnungsschlüssel entrissen und quälten ihn über mehrere Tage hinweg bestialisch. Zudem versteckten sie sein Telefon, so dass er keine Hilfe holen konnte. Aus der Wohnung wurden unter anderem Geld, Bier, Lebensmittel, ein Videorecorder, CD-Player und Fernseher geraubt. Die Leiche wurde Tage nach der Tat auf Grund eines telefonischen Tipps in der Wohnung entdeckt.

Der Prozess gegen die Jugendlichen ist bis auf Anklageverlesung, Plädoyers und Bekanntgabe des Urteils nicht öffentlich. Im Oktober beginnt dann der Mordprozess gegen zwei Männer im Alter von 26 und 29 Jahren.

In der Vergangenheit waren geistig Behinderte, aber auch Obdachlose, öfter Opfer von Angriffen zumeist junger Leute. Die Motive reichen von Habgier bis hin zu Rechtsradikalismus. (...)

Mitteldeutsche Zeitung, 24.06.04

Staatsanwalt fordert lebenslänglich

Halle/MZ/sz. Für den Mord an einem behinderten Mann aus Naumburg sollen nach dem Antrag der Staatsanwaltschaft zwei 26 und 30 Jahre alte Brüder lebenslänglich ins Gefängnis. Drei weitere 15-Jährige, die an der Tat beteiligt waren, wurden bereits im November vergangenen Jahres vom Landgericht Halle zu Jugendstrafen zwischen achteinhalb und neun Jahren verurteilt. Sie legten Revision ein.

Als «rücksichtslose Lynchjustiz» bezeichnete die Anklagevertreterin gestern den Mord. Die Beweisaufnahme habe ergeben, dass der ältere der Brüder dazu aufgefordert habe, dem Behinderten eine «Abreibung» zu verpassen. Hintergrund sollen grundlose Gerüchte gewesen sein, nach denen das Opfer homosexuelle Neigungen zu Jungen gehabt haben soll. (...)

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de



Tatort Lindenring:
Wohnhaus von Andreas
Oertel in Naumburg (© MOB)

MARTIN GÖRGES

(46 Jahre)

† 31. Januar 2004 in Burg



Wer war Martin Görges?

Martin Görges war 46 Jahre alt, als er in Burg (Jerichower Land) von vier Jugendlichen misshandelt und getötet wurde. Über ihn ist nur wenig bekannt. Martin Görges war gelernter Maurer und schon einige Zeit vor seinem Tod arbeitslos. Im Jahr 2000 war Martin Görges vom Landgericht Stendal wegen schweren sexuellen Missbrauchs an seiner damals sechsjährigen Stieftochter zu einer eineinhalbjährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Er war alkoholabhängig und wurde von einer Sozialarbeiterin betreut. Der 46-Jährige lebte zuletzt ohne festen Wohnsitz¹ und schlief oft bei einem Kumpel.

1 vgl. Eberhart Tennstedt → Wer war ... ? (S. 30), Hans-Joachim Sbrzesny → Wer war ... ? (S. 84)



Was ist passiert?

Am Abend des 31. Januar 2004 besuchte Martin Görges die Diskothek »Tanzhalle«, die sich im Zentrum der Kreisstadt Burg, knapp 50 Meter vom Polizeirevier entfernt befand. Die späteren Täter im Alter zwischen 16 und 19 Jahren waren auch in dem Tanzcafé und kannten sich mehr oder weniger gut. Einer der beiden 19-Jährigen traf mit seiner Mutter, einer früheren Schulfreundin Martin Görges, und seiner Lebensgefährtin gegen 0:40 Uhr als letztes ein. Da er und Martin Görges sich flüchtig vom Angeln kannten, begrüßten sie sich mit Handschlag. Dabei erkannte seine Mutter den 46-Jährigen, woraus sich ein reger Austausch und Flirt entwickelte.

Die beiden tanzten mehrfach zusammen und gingen zwischenzeitlich händchenhaltend vor die Tür. Das machte den 19-Jährigen, der den wohnungslosen Martin Görges als ungepflegt und »asozial« ansah, zunehmend wütender. So beschloss er, den 46-Jährigen zusammenzuschlagen, was er auch seinen beiden jüngeren Bekannten kundtat. Diese erklärten sich spontan bereit, ihn dabei zu unterstützen. Von Martin Görges Vorstrafe wegen Kindesmissbrauchs wusste der 19-Jährige zu diesem Zeitpunkt noch nichts. Wohl aber der 17-Jährige, der bei den neonazistischen »Freien Nationalisten« im Landkreis aktiv war und das der Gruppe, während sich der zweite 19-Jährige dem Vorhaben anschloss, erzählte. Ein »weiterer Grund« für die Beteiligten, Martin Görges zu »bestrafen« und »ernsthaft zu verletzen«, wie es später im Urteil hieß.

Als Martin Görges morgens gegen 1:30 Uhr die Diskothek verließ, folgten ihm zunächst der 19-jährige Initiator und seine jüngeren Bekannten zum Durchgang von der Bahnhofsstraße zum Goethepark. Dort sprühten sie ihm Pfefferspray ins Gesicht und brachten ihn zu Fall. Dann traten alle drei minutenlang gezielt und mit voller Wucht gegen den Oberkörper des am Boden Liegenden. Als sie erkannten, dass sie Martin Görges schwer verletzt hatten, gingen sie wieder in die Diskothek, um weiter Alkohol zu trinken.



Noch zwei Mal kehrten sie – jetzt auch mit dem zweiten 19-Jährigen – zu dem augenscheinlich völlig wehrlosen Martin Görges zurück, um ihn erneut zu malträtieren.² Gegen 2 Uhr zerrte dieser den regungslos am Boden Liegenden von dem relativ gut beleuchteten Tatort in den dunklen Hinterhof einer nahegelegenen Spielothek. Er platzierte den Kopf seines Opfers mit geöffnetem Mund auf eine Stufe und trat Martin Görges so auf den Hinterkopf, dass es hörbar knackte. Als noch ein Stöhnen und Röcheln zu vernehmen war, trat der 17-Jährige ihm noch mehrfach gegen Kopf und Körper. Danach ließ die Gruppe Martin Görges im Wissen darüber, dass er im Sterben liegt, zurück und ging in die Diskothek tanzen. Gegen 3 Uhr nachts erlag Martin Görges noch am Tatort den massiven Verletzungen, die er am ganzen Körper erlitten hatte.



Der Prozess gegen die Täter

Bereits bei ihrer späteren Festnahme gaben die Jugendlichen an, dass sie den »Kinderschänder« bestrafen wollten. In der Hauptverhandlung vor der Jugendkammer am Landgericht Stendal im Sommer 2004 erklärte der 19-jährige Haupttäter, er hätte an Martin Görges den sog. Bordsteinkick nach dem Vorbild der Hauptfigur im Film »American History X« ausprobieren wollen, einem US-amerikanischen Neonazi, der damit sein Opfer gezielt getötet hatte.³

Ihn verurteilte das Landgericht Stendal am 23. Juli 2004 wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe⁴ von sieben Jahren. Die drei 16- bis 19-jährigen Mittäter wurden wegen Beihilfe zum Totschlag bzw. versuchten Totschlags sowie gefährlicher Körperverletzung zu Jugendstrafen zwischen drei und viereinhalb Jahren verurteilt. Laut Urteil sei die Tatsache, dass es sich bei dem Opfer um einen Sexualstraftäter gehandelt hätte, »Motivation und Rechtfertigung« für den tödlichen Angriff gewesen.



Öffentliches Gedenken⁵

Bis auf einige Online-Gedenkinitiativen wie Kein Vergessen oder die der Mobilien Opferberatung, die u.a. mit Gedenkposts an den Todestagen⁶ an das Schicksal Martin Görges erinnern, ist kein darüber hinaus gehendes, öffentliches Gedenken an ihn bekannt.

Martin Görges wird von der Landesregierung nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁷

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Martin Görges?
- Warum wurde Martin Görges Opfer rechter Gewalt?⁸

2 vgl. Eberhart Tennstedt → Was ist passiert? (S. 30 f.), Hans-Werner Gärtner → Was ist passiert? (S. 44 f.), Andreas Oertel → Was ist passiert? (S. 70 f.)

3 Die explizite, ästhetisierte Darstellung des Bordsteinkicks in einer Schlüsselszene führte zu kontroversen Diskussionen und wurde in der Realität mehrmals »reinszeniert«, u.a. bei dem rechten Mord an Marinus Schöberl 2002

4 entspricht der Freiheitsstrafe bei Erwachsenen und wird bei jugendlichen Täter*innen angeordnet, wenn Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel aufgrund sog. schädlicher Neigungen oder der Schwere der Schuld nicht ausreichen

5 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

6 @OpferNaziGewalt auf Twitter und @MobileOpferberatung im Album Todesopfer rechter Gewalt auf Facebook sowie www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de

7 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

8 Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



Jährlicher Gedenkpost der Mobilien Opferberatung am Todestag auf Facebook und Twitter

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RECHTE GEWALT GEGEN SOZIAL RANDSTÄNDIGE

🕒 ges.: 40 min



Ausdrucke Text, Textmarker



1. Martin Görge wurde von den Tätern als »Assi« angesehen. Der Begriff »Asozialer« hat eine stark diskriminierende Bedeutung. Tauscht Euch gemeinsam dazu aus:

- Was wisst Ihr über den Begriff?
- Benennt Beispiele, wo Euch diese Bezeichnung im Alltag begegnet!

🕒 15 min



2. Lest den Text »Ein Krieg gegen die Armen. Diskriminierung und Verfolgung von »Asozialen« im NS-Staat« (Lotta, 10.04.2013)¹! Sprecht gemeinsam darüber:

- Was war neu für Euch?
- Welche Aspekte findet Ihr besonders bedenkenswert, gerade auch im Hinblick auf das Heute?

🕒 25 min

1 bit.ly/krieg-gegen-die-armen

2 Extrem rechte Kampagne »Todesstrafe für Kinderschänder« (S. 82 f.)



EXTREM RECHTE KAMPAGNE »TODESSTRAFE FÜR KINDERSCHÄNDER«

🕒 ges.: 30 min



Textmarker, Flipchartblatt, dicke Stifte, Klebeband



1. Den Tätern ging es auch darum, Martin Görge als »Kinderschänder« abzustrafen. Die Forderung »Todesstrafe für Kinderschänder« ist innerhalb der Neonaziszene sehr beliebt und findet auch darüber hinaus große Zustimmung. Bildet Kleingruppen und lest den Hintergrundtext »Extrem rechte Kampagne »Todesstrafe für Kinderschänder«²! Markiert dabei Passagen zu folgenden Punkten:

- Welche Gefühle, spontanen Reaktionen und Vorstellungen zum Thema befriedigt diese Forderung?
- Analysiert, was innerhalb solcher Kampagnen bewusst ausgeblendet wird und warum!
- Welche rechtsstaatlichen Prinzipien greift die Kampagne an?

Diskutiert im Anschluss darüber und fasst Eure Ergebnisse auf einem Flipchartblatt zusammen, welches Ihr danach zum Nachlesen im Plenumsraum aufhängen könnt!

🕒 30 min



FEHLENDE OFFIZIELLE ANERKENNUNG

🕒 ges.: 50 min



Internetzugang, Zettel und Stifte




1. In dem Bericht zur Untersuchung ausgewählter Tötungsdelikte der sachsen-anhaltischen Innen- und Justizministerien aus 2013, die zum Ergebnis kamen, die Tötung Martin Görge weiter als nicht politisch rechts motiviert einzustufen, wird wie folgt argumentiert:

»Soweit nach Überzeugung des Gerichts für alle vier Tatbeteiligten der sexuelle Missbrauch eines Kindes durch O1 weitere Motivation und Rechtfertigung für ihre Tat war,

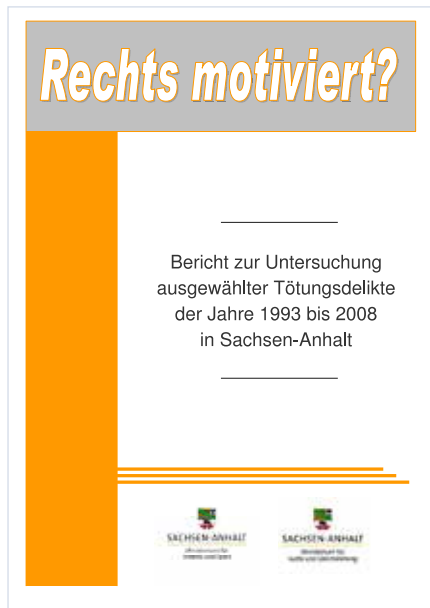
ist ... nicht zu verkennen, dass ein schonungsloser Umgang mit Sexualstraftätern – insbesondere, wenn Kinder betroffen sind – eine regelmäßig als volksnah propagierte Forderung der rechten Szene ist. Wie aber ... bereits dargelegt, ist diese Meinung nicht allein auf die rechte Szene beschränkt, sondern wird nicht selten bis in die bürgerliche Mitte hinein geteilt. Ein überzeugender Beleg für eine rechte Gesinnung von T1, T3 und T4 ist die Feststellung des Gerichts zu diesem Tatmotiv daher nicht.» (MI/ MJ 2013, S. 38)

Schaut Euch das Video »Was ist Rechtsextremismus?«³ der Bundeszentrale für politische Bildung an! Macht Euch dabei Stichpunkte zu Ausführungen, die Ihr hinsichtlich der Einstellung der Täter im Fall Martin Görge für treffend haltet! Diskutiert im Anschluss gemeinsam den letzten Satz in o.g. Zitat!

3  bit.ly/rechtsextreme-ideologie

4  Warum erinnern? (S. 126 ff.)

 25 min



2. Weiter heißt es in dem Bericht:



»Auch der Umstand, dass sich T1 für seine erschütternde brutale Tatausführung des sog. »Bordsteinkickens« von dem Spielfilm »American History X« inspirieren ließ, ist kein ausreichendes Indiz für die Annahme einer politisch rechts motivierten Tat. Dieser Film thematisiert die amerikanische Neonazi-Szene zwar; er verharmlost sie jedoch nicht oder stellt sie gar positiv dar, sondern führt plastisch und schonungslos vor Augen, dass sinnlose hassgeprägte Gewalt nur zu Gegengewalt und schließlich zu Leid und Elend führt. Als aufputschendes Propagandamaterial für die rechte Szene ist dieser Film – zumindest für die, die seiner Intention intellektuell folgen können – sicher ungeeignet.« (MI/ MJ 2013, S. 38)

Demgegenüber begründet der damalige Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Neuruppin (Brandenburg), Gerd Schnittcher, die Einstufung des Mordes an dem damals 16-jährigen Marinus Schöberl 2002 in Potzlow, bei dem die Täter ebenfalls die Bordsteinkick-Szene aus dem Film »American History X« nachstellten, als politisch rechts motiviert wie folgt:

»(...) Ein unvorstellbar grausamer Mord, nicht an einem Ausländer oder Fremden (dies wäre klar einzustufen gewesen), sondern an einem deutschen »Kumpel« aus dem gleichen kleinen Ort. Gleichwohl haben wir den rechtsextremen Hintergrund der Tat frühzeitig bejaht. Ausschlaggebend dafür war der Tatverlauf. Die Täter hatten sich das geistig leicht zurückgebliebene (bereits dies erregte unsere Aufmerksamkeit) Opfer, das zudem auch noch eine weite Hose trug, die nicht ihrer Vorstellung entsprach, zunächst »nur« körperlich misshandelt. Dann hatten sie den jungen Mann gezwungen zu bekennen, dass er »Jude« sei – was nicht zutraf. Dieses Bekenntnis öffnete aus Sicht der Täter alle Schleusen und inneren Rechtfertigungen für die weitere Tatbegehung. Mit der Erklärung, Jude zu sein, hatte das Opfer sein Todesurteil gesprochen und die Täter sich einen Freibrief erteilt, ihn auf furchtbare Weise zu töten.« (Schnittcher 2011, S. 156)

Ähnlich wie bei den Angreifern auf Martin Görge war einer der drei Täter im letztgenannten Fall als Neonazi (gerichts)bekannt. Vier Wochen nach der Tat hatte er darüber hinaus in Prenzlau einen Geflüchteten angegriffen und schwer verletzt. Zu dem u.a. wegen Beihilfe zum Totschlag an Martin Görge verurteilten 17-Jährigen, der den anderen von der strafrechtlichen Vorbelastung Martin Görge berichtet hatte, führt der Untersuchungsbericht aus, dass er »bis heute« in der Neonaziszene aktiv sei. Zudem war er 2011 an einem rassistisch motivierten Angriff auf einen Geflüchteten in Burg beteiligt.

- **Reflektiert gemeinsam die unterschiedlichen Sichtweisen, die in den obigen Ausführungen deutlich werden!**
- **Welche Gründe fallen Euch dafür ein?**

⌚ 25 min



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

⌚ ges.: 1:30 Std.



Textmarker, Karteikarten, Kugelschreiber und Papier, dicke Stifte und Flipchartblätter, Klebeband



1. Weder gibt es ein öffentliches Gedenken an Martin Görge und das an ihm begangene Verbrechen, noch findet sich am Tatort irgendein Hinweis darauf. Um sorgfältig und von allen Seiten zu beleuchten, ob und wenn ja wie ein Gedenken möglich ist bereitet eine Pro- und Contra-Debatte für bzw. gegen ein Gedenken an Martin Görge vor!

Vorbereitung: Teilt Euch etwa gleichmäßig in eine Pro- und eine Contra-Gruppe auf, wobei individuelle Wünsche berücksichtigt werden sollten! Beachtet bei Eurer Wahl, dass es eine größere Herausforderung mit erhöhtem Erkenntnisgewinn sein könnte, eine Position zu vertreten, die nicht mit der eigenen übereinstimmt.

⌚ 5 min

Lest den Text »Warum erinnern?«⁴ und markiert dabei zentrale Passagen!

⌚ 10 min

a) Argumente sammeln und gewichten

Sammelt in Eurer Gruppe entsprechende Pro- oder Contra-Argumente für bzw. gegen ein Gedenken und schreibt sie auf Karteikarten (ein Argument pro Karte)! Beschäftigt Euch auch mit folgenden Aspekten:

- **fehlende offizielle Anerkennung als Todesopfer rechter Gewalt**
- **Verurteilung Martin Görge wegen Kindesmissbrauchs/ Opfer war auch Täter**
- **Unterstützung vor Ort für ein solches Vorhaben**
- **Möglichkeiten und Grenzen der Kontaktaufnahme mit Angehörigen und Freund*innen/ Gefahr erneuter Verletzungen bei Betroffenen und Umfeld**

Ordnet die Argumente auf Euren Karteikarten nach ihrer Wichtigkeit! Wenn Ihr mehr als sechs Personen pro Gruppe seid trifft eine Auswahl, wer von Euch die Argumente vorträgt! Die verbleibenden Menschen bilden dann die Zuschauer*innen.

⌚ 20 min

b) Pro- und Contra-Debatte

Wenn Ihr bereit seid, setzt sich die Gesprächsteilnehmer*innen gegenüber. Falls es Zuschauer*innen gibt, können sich diese im Kreis darum setzen. Hilfreich wäre, wenn sich eine*r von ihnen zur Moderation der Debatte bereiterklärt, um kurz ins Thema einzuführen und das Wort zu erteilen. Diskutiert, indem abwechselnd ein Pro- und ein Contra-Argument vorgetragen und begründet wird. Die Zuschauer*innen sollten sich für die folgende Auswertung Notizen machen.

⌚ 20 min



c) Reflexion, Auswertung und Positionierung

Reflektiert nach Ablauf der Debattenzeit zunächst kurz gemeinsam die Methode:

- **Debattenteilnehmer*innen/ Moderation: Wie habt Ihr Euch in Eurer Rolle gefühlt?**
- **Zuschauer*innen: Was ist Euch aufgefallen?**

Wertet dann gemeinsam die Debatte aus:

- **Welche Argumente fandet Ihr plausibel und überzeugend?**

🕒 15 min



2. Versucht darauf aufbauend, Euch im Plenum auf eine Position zum Gedenken zu einigen, sie zu begründen und ggf. zu konkretisieren! Leitfragen könnten u.a. sein:

- **Sollte an das Schicksal Martin Görge und das grauenvolle rechte Gewaltverbrechen erinnert werden?**
- **Wenn ja, welche Voraussetzungen müssten Eurer Ansicht nach gegeben sein bzw. hergestellt werden?**
- **Welche Gedenkformen scheinen möglich, welche nicht?**
- **Welche Inhalte wären zentral, welche nicht? Warum?**

Notiert Eure Ergebnisse auf einem Flipchartblatt, welches Ihr danach im Raum aufhängen bzw. zur Ergebnissicherung abfotografieren könnt!

🕒 20 min

Tatort Hinterhof einer Spielothek in Burg (© MOB)

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren » Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

EXTREM RECHTE KAMPAGNE »TODESSTRAFE FÜR KINDERSCHÄNDER«

Im sachsen-anhaltischen Dorf Insel (Landkreis Stendal) demonstrierten 2011 und 2012 über Monate hinweg auswärtige, organisierte Neonazis gemeinsam mit Dorfbewohner*innen gegen »Kinderschänder«. Anlass war der Zuzug zweier ehemaliger Sexualstraftäter, die nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus der Sicherungsverwahrung entlassen worden waren. Nach einer dieser Demonstrationen versuchten Teilnehmer, das Haus der Männer zu stürmen. Drei Jahre vorher hatten nach dem Mordfall »Michelle« in Leipzig ebenfalls organisierte Neonazis und Bürger*innen auf Protestdemonstrationen u.a. »Kinderschänder an die Wand« skandiert.

Die Eindeutigkeit der Täterschuld, eine große Medienaufmerksamkeit und die diese begleitende kollektive moralische Empörung, die an Stammtischen oder in Foren etwa von Vergewaltigungswünschen (»Seife aufheben«) und Folterfantasien begleitet werden, erscheinen extrem rechten¹ Aktivist*innen als idealer Anknüpfungspunkt zur Agitation. Denn der »Kinderschänder« als Feindbild ist, so der Historiker Jan Buschbom, »wie kein anderer geeignet, die Affekte unter Aufgabe jeglicher Kontrollinstanzen (Schuldgefühle, schlechtes Gewissen) abzuführen; moralisch weiß man sich auf der sicheren Seite, wo »Kinderschänder« ein »Denkzettel« verpasst wird.«² Deshalb versuchen Neonazis nach Bekanntwerden von Kindesmissbrauchs- oder -mordfällen regelmäßig, Trauerversammlungen oder -demonstrationen zu vereinnahmen oder sie selbst zu initiieren – und die Stimmung weiter anzuheizen.

Der Missbrauch mit dem Missbrauch

Die Vorstellung vom »Kinderschänder«, der nicht angemessen bestraft, sondern vom »System« geschützt und durch psychotherapeutische Arbeit sogar hofiert wird, spielt eine wichtige Rolle in extrem rechten Lebenswelten.³ Die Parolen »Keine Gnade« bzw. »Todesstrafe für Kinderschänder« gehören zu den verbreitetsten Autoheckscheiden- und T-Shirt-Motiven in extrem rechten Milieus. Diverse Propagandaschriften und -reden und mehrere größere Internetkampagnen (bspw. »Eine Million Stimmen gegen Kinderschänder«) widmeten sich in den letzten Jahren diesem Thema. Auf entsprechenden Aufklebern, Flyern oder auf Bildern und in mit extrem rechter Musik unterlegten Videos werden bevorzugt blonde Kleinkinder als Symbole für Unschuld und Reinheit gezeigt, teilweise in Opferposen, teilweise auch geradezu sexualisiert. Parallel dazu finden sich zahlreiche Gewaltdarstellungen, etwa stilisierte Hinrichtungsszenen.

Bereits anhand dieser Inszenierungen wird deutlich, dass es der extremen Rechten keineswegs um Kinderschutz, sondern um größtmögliche Aufmerksamkeit und höhere Anschlussfähigkeit ihrer menschenverachtenden Ideologie an die sog. »Mitte« der Gesellschaft geht. So können sexualisierte Darstellungen von Kindern zu Retraumatisierungen von Betroffenen führen. Zudem suggeriert die Bezeichnung »Kinderschänder«, dass die Betroffenen durch die Tat(en) geschändet seien, keine Chance auf Verarbeitung und Heilung hätten und lebenslang unter den Folgen litten. Dabei weisen u.a. spezialisierte Fachberatungsstellen darauf hin, dass betroffene Mädchen und Jungen sexuelle Gewalt verarbeiten können, wenn ihnen geglaubt wird und sie ermutigt und unterstützt werden.⁴ Dazu gehört auch der Schutz vor politischer Instrumentalisierung durch die extreme Rechte oder vor vermeintlichen »Hilfsangeboten« entsprechender extrem rechter Plattformen.

1  Glossar →
Extreme Rechte (S. 121)

2 Buschbom 2013, S. 310

3 vgl. Buschbom 2013, S. 310

4 vgl. u.a.  bit.ly/sexueller-missbrauch-was-tun



wildwasser.de

- Home
- Fragen und Antworten
- Info und Hilfe
- Kontakt

Gegen sexuelle Gewalt!

Wildwasser.de wird bereitgestellt von Wildwasser Kreis Groß-Gerau e.V. und wendet sich an Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die von sexuellem Missbrauch betroffen sind. Ebenso können sich Freunde und Angehörige von Betroffenen, Fachpersonal und ehrenamtlich Tätige Rat und Hilfe holen.

Was ist Wildwasser?
Informationen in mehreren Sprachen...

Adressen
Finde Hilfe in Deiner Nähe 

Forum
Finde Austausch mit anderen Betroffenen in unserem moderierten Selbsthilfeforum 

Beratung
Hol Dir Hilfe direkt bei uns! 

Spenden
Unterstütze dieses Angebot mit Deiner Spende! 

Screenshot Startseite wildwasser.de u.a. mit bundesweiter Suchfunktion zu Fachberatungsstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt und Selbsthilfeforum

Konstrukt der »Volksgemeinschaft«

Das ideologische Konstrukt einer in sich geschlossenen, »gesunden« und »biodeutschen«⁵ »Volksgemeinschaft«, welche schicksalhaft miteinander verbunden sei, gehört zur Basis extrem rechten Denkens. Zur Herstellung von Anschlussfähigkeit wird die Ohnmacht und Wut der Bürger*innen gegen eine vermeintliche Bedrohung von außen, in Abgrenzung zur eigenen, »sauberen Gemeinschaft« genutzt. Eine Auseinandersetzung mit den Realitäten sexualisierter Gewalt findet nicht statt – so kommt der Täter⁶ beispielsweise in neun von zehn Fällen aus dem unmittelbaren sozialen Nahbereich der betroffenen Kinder und Jugendlichen.⁷

Ebenso zentral sind starre Rollenannahmen und -aufteilungen unter Beharren auf einer ausschließlichen Zweigeschlechtlichkeit, wobei für Frauen die Mutterrolle, für Männer die des politischen Soldaten zum Schutz der »Gemeinschaft« vorgesehen sind. Dementsprechend kommen Jungen in rechter Ideologie und Propaganda als Opfer sexualisierter Gewalt schlicht nicht vor. Dabei sind es auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitete Geschlechterstereotypen und starre Vorstellungen über familiäre Hierarchien, die es betroffenen Jungen aber auch Mädchen besonders schwer machen, sich zu wehren oder sich Hilfe zu holen.

Zudem wird diskursiv an andere Komplexe angeknüpft, etwa angebliche Gefahren durch »sexuelle Liberalisierung« und »Entartung«, durch »Frühsexualisierung« oder »Gender Mainstreaming«⁸. Ein assoziatives Bündel, das Homosexualität⁹, sexuelle Liberalisierung und Pädophilie mit Kindesmissbrauch in Beziehung setzt, wird dabei der »gesunden Kernfamilie« gegenübergestellt, die bedroht sei. Hier treffen sich extrem rechte und bürgerlich-konservative Einstellungen, Diskurse und Propagandakampagnen.

Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat

Beim Thema »sexueller Missbrauch«¹⁰ von Kindern und dem Diskurs über die »Kuscheljustiz« wännen sich extrem Rechte eins mit dem »gesunden Volksempfinden«¹¹, der ideologischen Fiktion, die die Nationalsozialisten zur Rechtsnorm der Willkürherrschaft erhoben. Dementsprechend wird die »härtere« bzw. »Todesstrafe« als völkische und faschistische Antwort des autoritären strafenden Staats der Volksgemeinschaft – als Gegenmodell zum strafenden und resozialisierenden Rechtsstaat präsentiert.

In einem demokratischen Rechtsstaat haben auch Sexualstraftäter*innen Anspruch auf einen fairen Prozess. Ziel von Strafe ist es, die Gesellschaft vor weiteren Straftaten zu schützen sowie zu signalisieren, dass Sexualstraftaten nicht hingenommen werden. Jeder*in zu Haftstrafen Verurteilten steht laut Grundgesetz zudem die Chance zu, in die Gesellschaft zurückzukehren, weshalb Strafvollzug in der Regel auf Resozialisierung zielt. Persönlichkeitsrechte wie das Recht auf Unversehrtheit, auf Unverletzlichkeit der Wohnung oder auf Privatsphäre gelten gleichermaßen. Vor Täter*innen, die nicht therapierbar sind, versucht sich die Gesellschaft schließlich durch Sicherungsverwahrung zu schützen.


Die Forderung »Todesstrafe für Kinderschänder« stellt den demokratischen Rechtsstaat und sein humanistisches Menschenbild in Frage. Die betroffenen Kinder und ihre Bedürfnisse hat sie nicht im Blick, sondern schürt Ängste und bedient Rachegefühle. Entsprechende Kampagnen bilden den Nährboden für Entmenslichung vermeintlicher oder tatsächlicher Täter*innen und völlig enthemmte Gewalt.

5 siehe dazu  bit.ly/biodeutsch-anderes-wort-ariaer

6 Nur etwa 10 bis 20 Prozent der Täter*innen sind weiblich (vgl. Unabhängiger Beauftragter Missbrauch 2017)

7 vgl. u.a.  bit.ly/sexueller-missbrauch-mythen-fakten


8 Strategie zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter

9  Was sind Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

10 siehe  bit.ly/bff-sexueller-missbrauch

11 So stimmten 2014 mehr als die Hälfte der Befragten der repräsentativen Leipziger Mittelstudie der Aussage zu, dass »Kriminalität und sexuelle Unmoral« es »unumgänglich erscheinen« ließen, »mit gewissen Leuten härter zu verfahren« (Decker u.a. 2014, S. 51).

ZUM NACHLESEN UND WEITERDENKEN

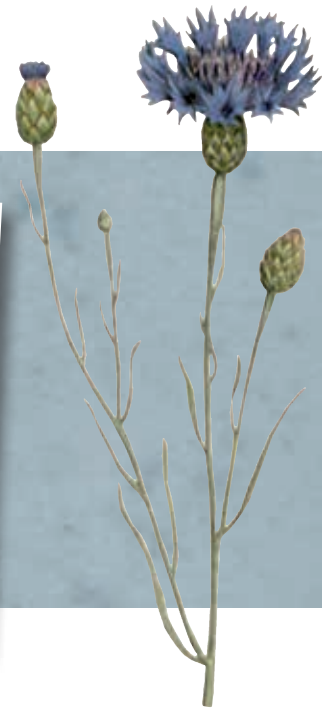
 Amadeu-Antonio-Stiftung (Hg.), Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaft und Betroffenenengruppen, Berlin 2013, 19-45. bit.ly/instrumentalisierung-sexueller-missbrauch-neonazis

 Belltower News (2009): Warum engagieren sich Neonazis gegen Kinderschänder? bit.ly/engagement-neonazis-gegen-kinderschänder

 Kleffner, Heike (2014): Extrem rechter Frauenhass und neonazistische Gewalt. bit.ly/extrem-rechter-frauenhass

 Hilfeportal Sexueller Missbrauch für Betroffene sexualisierter Gewalt im Kindesalter, deren Angehörige und soziales Umfeld, Fachkräfte und Interessierte <https://www.hilfeportal-missbrauch.de>

 Rabiati! Unter Pädophilen. Reportage 2017 bit.ly/unter-paedophilen



HANS-JOACHIM SBRZESNY

(50 Jahre)

† 01.08.2008 in Dessau-Roßlau



Wer war Hans-Joachim Sbrzesny?

In der Nacht des 1. August 2008 wurde der 50-jährige Hans-Joachim Sbrzesny in Dessau-Roßlau von zwei polizeibekannten und wegen Gewaltdelikten vorbestraften Neonazis in einem an den Hauptbahnhof angrenzenden Park getötet.

Hans-Joachim Sbrzesny lebte bereits im Kleinkindalter in einem Kinderheim. Infolge einer geistigen Beeinträchtigung¹ verließ er die Schule ohne Abschluss. Zu DDR-Zeiten wurde er daraufhin als sog. Teilfacharbeiter angelernt und in verschiedenen Bereichen als Hilfsarbeiter angestellt. Nach der Wende lebte er immer wieder im öffentlichen Raum oder fand Zuflucht in einer Obdachlosenunterkunft². Die letzten sieben Jahre seines Lebens wohnte er in einem Heim der Paul Riebeck Stiftung in Halle. Der Bereichsleiter der Stiftung beschreibt Hans-Joachim Sbrzesny als »Überlebenskünstler« und kontaktfreudigen Menschen, der feste Bindungen jedoch eher vermied.³ Deshalb reiste er gern und viel mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Hans-Joachim Sbrzesny hinterließ eine Schwester.

1 vgl. Hans-Werner Gärtner → Wer war ... ? (S. 44), Jörg Danek → Wer war ... ? (S. 50), Andreas Oertel → Wer war ... ? (S. 70)

2 vgl. Eberhart Tennstedt → Wer war ... ? (S. 30), Martin Görge → Wer war ... ? (S. 76)

3 vgl. Multikulturelles Zentrum Dessau e.V. 2018



Was ist passiert?

Knapp drei Wochen nach seinem 50. Geburtstag, am 31. Juli 2008, fuhr Hans-Joachim Sbrzesny mit der S-Bahn von Halle (Saale) in die etwa 50 Kilometer entfernte Stadt Dessau-Roßlau. Am Abend legte er sich zum Schlafen auf eine von Hecken umgebene Parkbank unweit des Dessauer Hauptbahnhofs, zog sich vorher noch seine Schuhe aus und deckte sich mit seiner Hose zu.

Gegen ein Uhr nachts entdeckten zwei 23- und 33-jährige Neonazis den ärmlich gekleideten, schlafenden Mann. Zuvor hatten die beiden Männer mit Bekannten im Stadtpark von Dessau Alkohol getrunken und waren auf der Suche nach Opfern zu einem Streifzug durch die Stadt aufgebrochen. Sie stellten ihre Fahrräder ab und schlugen dem 50-Jährigen mit Fäusten ins Gesicht. Dann traten sie auf den Kopf des jetzt wehrlos auf dem Boden liegenden Mannes ein. Vor allem der 23-Jährige ging dabei mit extremer Brutalität vor. So ergriff er einen mehr als fünf Kilogramm schweren Müllbehälter aus Metall und schlug damit unzählige Male mit großer Wucht auf den Oberkörper Hans-Joachim Sbrzesnys ein. Durch die Gewalt der Schläge erlitt der 50-Jährige u.a. schwerste Verletzungen am Kopf und den inneren Organen, darunter tödliche Quetschungen am Herz und an der Lunge. Er verstarb noch am Tatort.

Anwohner*innen alarmierten die Polizei, die die beiden Täter in unmittelbarer Nähe des Tatortes festnahm. Der 33-Jährige war zuvor bereits als Teilnehmer von NPD-Veranstaltungen aufgefallen, hatte sich den Schriftzug »White Power«⁴ tätowieren lassen und trug bei der Festnahme Kleidung der in der rechten Szene beliebten Marke »Thor Steinar«. Auf den Handys beider Männer fanden die Ermittler unter anderem Hakenkreuze, die Parole »Juden

4 Der Slogan wird im Sinne von »weißer Vormachtstellung« verwendet und behauptet die Überlegenheit der »arischen Rasse«. Er ist einer der meist gebrauchten Begriffe der neonazistischen Skinheadszenen weltweit



sind unser Unglück«⁵ und Lieder neonazistischer Bands wie der »Zillertaler Türkenjäger« und »Sturmwehr«.

5 Was ist Antisemitismus? (S. 106 ff.)

§§

Der Prozess gegen die Täter

Die Staatsanwaltschaft Dessau stellte in ihrer Anklage fest, die Täter hätten eine »tiefe innere Miss- und Verachtung« für Hans-Joachim Sbrzesny empfunden und deshalb »aus ihrem Gefühl der Überlegenheit« heraus den Entschluss gefasst, den 50-Jährigen zu töten. Im Prozess sagte ein Mithäftling unter Eid aus, der 23-Jährige habe ihm gegenüber in der Untersuchungshaft mit der Tat geprahlt und sein Opfer als »Unterbemittelten« bezeichnet, der es deshalb »nicht anders verdient« habe.⁶ Zudem schilderte er grausame Details, die ihm der Angeklagte von der Tat erzählt habe. So hätte sein Opfer in die Parkbank beißen müssen und er von hinten zugetreten.⁷

Die zuständige 6. große Strafkammer des Landgerichts Dessau-Roßlau hatte jedoch Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zeugen und wollte nicht ausschließen, dass er seine Aussage ausgeschmückt hatte. Nach acht Verhandlungstagen erkannte sie im tödlichen Angriff auf den 50-Jährigen kein rechtes Tatmotiv. Am 17. April 2009 wurden beide Angeklagten wegen Mordes⁸ aus einem »sonst niedrigen Beweggrund«⁹ verurteilt: Hans-Joachim Sbrzesny sei nur deshalb angegriffen worden, weil der 23-Jährige zuvor »schlechte Laune bekommen hatte« und »jemand prügeln wollte«. Der 33-Jährige habe »diesen Beweggrund auch für sein Handeln« akzeptiert und Hans-Joachim Sbrzesny als Erster angegriffen. Der 23-Jährige wurde zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, der zur Tatzeit erheblich alkoholisierte 33-Jährige wegen seiner hohen Alkoholisierung zur Tatzeit zu zwölf Jahren Haft.

6 vgl. Hans-Werner Gärtner → Der Prozess gegen die Täter (S. 46)

7 sog. Bordsteinkick, v.a. bekannt durch eine Schlüsselszene im Film »American History X«, in der Realität mehrmals »reinszeniert«, u.a. bei dem rechten Mord an Marinus Schöberl im Jahr 2002

8 Beide Angeklagten handelten laut Kammer mit sog. direkten Tötungsvorsatz, d.h. mit dem Ziel, ihr Opfer zu töten

9 bit.ly/bpb-lexikon-mord

10 Warum erinnern? (S. 126 ff.)

11 Alberto Adriano (S. 60 f.)

12 Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

13 Was ist rechte Gewalt (S. 98 ff.)



Öffentliches Gedenken an Hans-Joachim Sbrzesny¹⁰

Erst fast sechs Jahre nach dem Mord, am 11. Juli 2014, wurde am »Tag der Erinnerung« an Alberto Adriano¹¹ und alle anderen Opfer rechter Gewalt auch erstmals öffentlich am Tatort mit Reden und Blumen Hans-Joachim Sbrzesny gedacht. Seitdem finden sich die Teilnehmenden des Gedenkens an der Stele für Alberto Adriano im Anschluss an der Bank in der Nähe des Hauptbahnhofs zusammen, um auch an das Schicksal Hans-Joachim Sbrzesnys zu erinnern.

Hans-Joachim Sbrzesny wird von der Landesregierung nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.¹²

REFLEXION:

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Hans-Joachim Sbrzesny?
- Warum wurde Hans-Joachim Sbrzesny zum Opfer von Neonazis?¹³



Screenshot eines Fernsehbeitrags über die rechten Morde an Karl-Heinz Teichmann und Hans-Joachim Sbrzesny (mdr exakt, 05.05.2009) bit.ly/exakt-teichmann-sbrzesny

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



RECHTE GEWALT GEGEN SOZIAL BENACHTEILIGTE

🕒 ges.: 45 min



Ausdrucke Theorietext und Interview, Textmarker



1. Bildet Kleingruppen und lest den Text «Was ist Sozialdarwinismus?»¹ Verständigt Euch im Anschluss über folgende Fragen:

- Was wird heute unter dem Begriff Sozialdarwinismus verstanden?
- Welche Personen und Personengruppen sind davon betroffen?

🕒 20 min

1 📍 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

2 🌐 bit.ly/interview-rosenke



2. Bleibt in Eurer Kleingruppe und lest das Interview mit Werena Rosenke², damals stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW), welches die Mobile Opferberatung 2009 geführt hat! Diskutiert folgende Fragen:

- Was erfahrt Ihr über Gewalt gegen Wohnungslose?
- Was sagt Frau Rosenke zur Motivation der Täter und ihrer strafrechtlichen Aufarbeitung?
- Was trägt Eurer Ansicht nach aktuell zur Abwertung und Gewalt gegen wohnungslose Menschen bei? Fallen Euch konkrete Beispiele ein?

🕒 25 min

3 🌐 bit.ly/hakenkreuze-auf-handy

4 📍 Hans-Joachim Sbrzesny Auszüge schriftliche Urteile (S. 89 ff.)



PROZESS GEGEN DIE TÄTER

🕒 ges.: 1 Std.



Internetzugang, Ausdrucke Urteilsauszüge, Textmarker

Kommt wieder im Plenum zusammen und lest den Artikel «Hakenkreuze auf dem Handy» (Tagesspiegel, 14.02.2009)³ vom dritten Prozesstag gegen die Angeklagten! Überlegt gemeinsam:

- Welche Erklärungen für den Kontrast zwischen der extrem brutalen Tat und dem geschilderten Verhalten der Angeklagten fallen Euch ein?
- Welche Hinweise auf eine rechte Tatmotivation kommen an diesem Prozesstag zur Sprache?

🕒 15 min

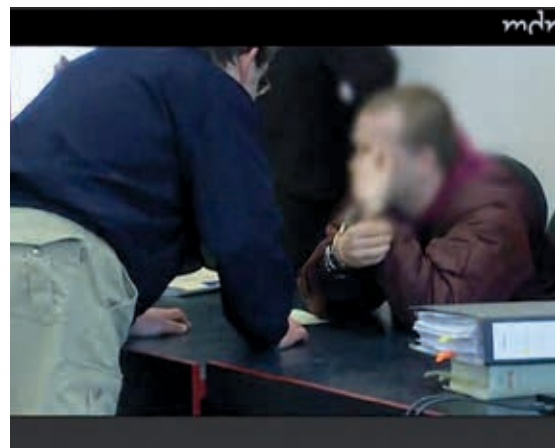
Screenshot mdr exakt-Beitrag, 05.05.2009



1. Bildet erneut Kleingruppen! Lest und vergleicht die Auszüge aus den schriftlichen Urteilen⁴ in den Prozessen um die Morde an Hans-Joachim Sbrzesny und Alberto Adriano!

- Was erfahrt Ihr über die Täter und ihre Motive für die Tat?
- Welche Leerstellen fallen Euch mit Blick auf das Urteil zum Mord an Hans-Joachim Sbrzesny auf?
- Diskutiert darüber, ob die wenigen Ausführungen des Gerichts zum Motiv für den Mord an Hans-Joachim Sbrzesny Eurer Ansicht nach eine Erklärung für die extrem brutale Tatausführung und die festgestellte Tötungsabsicht beider Angeklagten bieten!

🕒 45 min





FEHLENDE OFFIZIELLE ANERKENNUNG

🕒 ges.: 50 min



Flipchartblatt, dicke Stifte



1. Nicht jede Gewalttat (überzeugter) Rechter ist eine politisch rechts motivierte Gewalttat. Das Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam hat im Rahmen seines Forschungsprojekts zur Überprüfung umstrittener Tötungsverbrechen im Land Brandenburg Kriterien für die Einordnung von Fällen als politisch rechts motiviert veröffentlicht. Demnach mussten

»mehrere Elemente zusammen kommen und sich aus den überlieferten Materialien hinreichend eindeutig und widerspruchsfrei belegen lassen, um ein tatauslösendes, -begleitendes oder -eskalierendes Motiv zu identifizieren. Hierzu war die Fallstruktur zu analysieren und zwar mit Blick auf

- a) den Täter oder die Tätergruppe,
- b) das Opfer und die ihm zugeschriebenen Eigenschaften,
- c) die Dynamik im Fallgeschehen und die Relevanzen, die dem Geschehen durch die Täter selbst zugeschrieben werden, sei es im Verlauf der Tat oder in der nachträglichen Deutung.« (Kopke/Schultz 2015, S. 15)

Systematisiert mithilfe eines Flipchartblattes gemeinsam im Plenum:

→ **Welche Elemente sprechen bei dem Mord an Hans-Joachim Sbrzesny für ein politisch rechtes Motiv?**

🕒 20 min



2. Im Jahr 2012 überprüften Innen- und Justizministerium Sachsen-Anhalts auf Grundlage des Gerichtsurteils und weiterer Erkenntnisse von Polizei und Verfassungsschutz auch den Mord an Hans-Joachim Sbrzesny auf ein politisches rechtes Tatmotiv. Dem Untersuchungsbericht zufolge sei zwar von einer »rechten Gesinnung der Täter« auszugehen, welche »die erschreckende Brutalität und Skrupellosigkeit der Tatausführung zumindest begünstigt« habe (S.41 f.). In der Gesamtschau seien die »vorliegenden Indizien« aber nicht ausreichend, um die Tat als politisch rechts motiviert einzustufen:

»Hans-Joachim S. war als geistig behinderter Mensch ... zweifellos ein potentielles Opfer politisch rechts motivierter Gewalttäter. Allerdings gibt es keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür, dass die Täter dieses Handicap überhaupt wahrgenommen haben. Dagegen spricht, dass Hans-Joachim S. nach den Urteilsfeststellungen vermutlich schlafend auf der Parkbank lag, als er von S. K. und T. F. als Opfer auserkoren wurde und sie unverzüglich begonnen haben, auf ihn einzuschlagen. Es liegt daher nahe, dass Hans-Joachim S. nicht bewusst aufgrund seiner Behinderung ausgewähltes Ziel des Angriffs war, sondern ein Zufallsopfer, an dem die Täter ihren Frust abbauen wollten.

Auch dass aufgrund der äußeren Umstände des Aufeinandertreffens nicht gänzlich ausgeschlossen ist, dass die Täter Hans-Joachim S. fälschlicherweise für einen Obdachlosen gehalten haben könnten, ist ... kein hinreichender Beleg für ein politisch rechtes Tatmotiv. Höchstwahrscheinlich wäre jeder, der den hochaggressiven und bereits in der Vergangenheit mit Gewaltdelikten ... massiv in Erscheinung getretenen Tätern in dieser Nacht begegnet wäre, Opfer ihres Gewaltausbruchs geworden, sofern sie sich ihm körperlich überlegen gefühlt hätten.« (MI/ MJ 2013, S. 41f.)

Diskutiert in Kleingruppen:

- **Wie schätzt Ihr die Argumentation der Behörden ein?**
- **Warum und für wen könnte eine offizielle Anerkennung als Todesopfer rechter Gewalt wichtig sein?**

🕒 30 min



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 45 min



Textausdrucke, Textmarker, dicke Stifte und Flipchartpapier



1. An der Sitzgruppe im Park vor dem Dessauer Hauptbahnhof, wo Hans-Joachim Sbrzesny zu Tode gequält wurde, erinnert im Alltag nichts mehr an das Verbrechen. Schaut Euch die Bildergalerie⁵ dazu an und lasst sie kurz auf Euch wirken!

- Was ging Euch dabei durch den Kopf?
- Warum gibt es Eurer Einschätzung nach bis heute keinen dauerhaften Gedenkort für Hans-Joachim Sbrzesny?

🕒 10 min

5 bit.ly/tatort-dessau-park-hauptbahnhof

6 [Warum erinnern?](#) (S. 126 ff.)



2. Am 11. Juni 2014, dem »Tag der Erinnerung« an Alberto Adriano und alle anderen Opfer rechter Gewalt, wurde erstmals auch öffentlich Hans-Joachim Sbrzesnys gedacht und auch Blumen auf einer der Parkbänke am Tatort niedergelegt. Lest den Text »Warum erinnern?«⁶ und streicht Euch ggf. zentrale Passagen an! Tauscht Euch im Anschluss gemeinsam zu folgenden Punkten aus:

- Welche Bedeutung hat ein öffentliches Gedenken an Hans-Joachim Sbrzesny gerade dann, wenn eine offizielle Anerkennung als Todesopfer rechter Gewalt verwehrt wird?
- Diskutiert Chancen und Grenzen eines Gedenkens an Hans-Joachim Sbrzesny am Todestag Alberto Adrianos!
- Welche Möglichkeiten einer angemessenen Kenntlichmachung des Tatorts fallen Euch ein?

Haltet Eure Ideen zum Gedenken an Hans-Joachim Sbrzesny auf Flipchartblättern fest und überlegt Euch hierbei auch erste Schritte zur Umsetzung!

🕒 45 min

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren **» Evaluationsbogen (S. 164 f.)** und schickt alles per E-Mail an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

Öffentliches Gedenken am Tatort 2018 (© Alexander Kolsch)





MATERIAL WEITERARBEIT -> Prozess gegen die Täter, Aufgabe 2

Anonymisierte Auszüge aus dem schriftlichen Urteil vom 17.04.2009 (rechtskräftig seit 25.04.09) zum Mord an Hans-Joachim Sbrzesny	Anonymisierte Auszüge aus dem schriftlichen Urteil vom 30.08.2000 (rechtskräftig seit 07.09.00) zum Mord an Alberto Adriano
LANDGERICHT DESSAU-ROSSLAU IM NAMEN DES VOLKES URTEIL	OBERLANDESGERICHT NAUMBURG IM NAMEN DES VOLKES URTEIL
I. Gründe	I. Gründe
Die persönlichen Verhältnisse der Angeklagten	Die persönlichen Verhältnisse der Angeklagten
<p>Angeklagter 1: (...) Erstmals Kontakt zum Alkohol hatte er zur Jugendweihe. In der Folgezeit steigerte sich sein Konsum mehr und mehr. Weniger trank er nur, wenn er mit Freundinnen zusammen war. Zuletzt – im letzten halben Jahr vor der verfahrensgegenständlichen Tat – trank er wochentags »mit Kumpels« 10 bis 15 Flaschen Bier an einem Tag. Am Wochenende hielt er sich bei seiner Freundin in ■-Stadt auf und trank dort keinen Alkohol. Entzugserscheinungen wie Übelkeit, Schwindel, Zitterigkeit, Schwitzen und Schweißausbrüche bemerkte er im letzten ¾ Jahr vor der hier verfahrensgegenständlichen Tat. (...) (S. 5)</p>	<p>(...) Gemeinsam mit seinen Freunden und weiteren Bekannten hörte der Angeklagte 1 oftmals Musik von rechtsgerichteten Gruppen, so etwa von »Zillertaler Türkenjäger« oder »Landser«. Die Liedtexte derartiger Musikgruppen stehen im Einklang mit der rechtsextremen Gesinnung des Angeklagten 1 und seiner Auffassung, dass Ausländer die Bundesrepublik Deutschland verlassen müssen. Im Bekanntenkreis äußerte er auch oftmals: »Kanaken raus«. Hervorzuheben sind hier folgende Texte:</p> <p><u>Titel: »Zehn kleine N...«</u>, <u>Gruppe: »Zillertaler Türkenjäger«</u> »Zehn kleine N..., die kamen nach Deutschland rein, einer hatte Beulenpest, da waren's nur noch neun. Neun kleine N... haben Drogen mitgebracht (...),</p> <p><u>Titel: Afrika-Lied, Gruppe »Landser«</u> »Deutschland ist ein schönes Land, wir lieben es so sehr, doch für Affen ist bei uns längst schon kein Platz mehr. (Refrain:) (...)«</p> <p>(S. 6)</p>
<p>Angeklagter 2: (...) Erstkontakt zum Alkohol hatte er im Alter von 13 Jahren, verleitet durch »Kumpels« und die eigenen Eltern. Er trank auch im Jugendwerkhof und in der Lehre. Etwa ab 2003 trank er ständig über den Tag verteilt 8 bis 15 Flaschen Bier. Entzugserscheinungen in Form von Unruhe, Zittern und Schwitzen kennt er seit 3 Jahren. Einmal fühlte er sich auch verfolgt. (...) (S. 9)</p>	<p>(...) Über einen ehemaligen Freund seiner Schwester ■, ■, gelangte der Angeklagte 2 in die »rechte Szene«. Dem Angeklagten gefiel zunächst das äußere Erscheinungsbild dieser Gruppe, nämlich die kurzgeschorenen Haare bzw. Glatzen sowie die Bekleidung mit Bomberjacke und Springerstiefeln. Er hörte Musik rechtsgerichteter Gruppen, u.a. von »Landser«, »Kraftschlag«, »Brutale Haie« und »Zillertaler Türkenjäger«, darunter die oben unter I.1. zitierten Texte. Kassetten mit entsprechenden Musikaufnahmen bewahrte er in seinem Zimmer auf. Auch das Gedankengut der »rechten Szene« machte sich der Angeklagte 2 zu eigen. Er meint ebenso wie der Mitangeklagte 1, dass Ausländer die Bundesrepublik Deutschland verlassen müssen. Insbesondere hat der Angeklagte 2 gegenüber Ausländern mit anderer Hautfarbe eine feindselige Haltung. (...) (S. 8f)</p> <p>(...) Der Angeklagte 3 fühlt sich der »rechten Szene« zugehörig. Er hörte ebensolche Musik und Texte rechtsgerichteter Gruppen wie der Angeklagte 2. Auch er meint wie seine Mitangeklagten, dass Ausländer die Bundesrepublik Deutschland verlassen müssen. In seinem Zimmer bewahrte er diverse Kassetten mit rechtsextremistischen Liedern auf, u.a. folgende:</p> <p><u>Titel: »Stolz (Auszug), Gruppe: »Volkszorn«</u> »Tausend kleine Punker schlagen, tausend Kümmeltürken jagen, das ist das, was mir gefällt, das ist das, was uns erhält. (...)«</p> <p>(S. 11)</p>

II. Sachverhalt

(...) Nunmehr verschlechterte sich die Stimmung des Angeklagten 1, er bekam schlechte Laune und teilte dem Angeklagten 2 mit, sich jetzt mit jemand prügeln zu wollen. (...) (S. 12) (S. 13)

(...) Die Springerstiefel waren im vorderen Bereich unter dem Leder mit Stahlkappen versehen. In die 14 Doppellöcher eines jeden Springerstiefels waren jeweils weiße Schnürbänder eingezogen, was in der Skinheadszene »gewaltbereit« bedeutet. In diesem Bewusstsein trug der Angeklagte 1 die Springerstiefel, um seine innere Einstellung nach außen hin zu zeigen. Er führte zudem eine schwarze Bomberjacke (...) (S. 16)

(...) Etwa um 1.00 Uhr am 01.08.2008, der exakte Zeitpunkt ist nicht mehr sicher feststellbar, erreichten beide mit ihren Fahrrädern die Parkanlage vor dem Dessauer Bahnhof. Dort schlief auf einer Parkbank der 50jährige geistig behinderte Hans-Joachim S. aus Halle. Er hatte seine Schuhe abgestellt vor der Bank und sich mit seiner eigenen Hose zugedeckt. Die Angeklagten stellten ihre Fahrräder auf den Fahrradständern – den Ständern an den Fahrrädern – ab und gingen zu Hans-Joachim S. hin. Der Angeklagte 2 erreichte Hans-Joachim S. zuerst. Der Angeklagte 2 schlug Hans-Joachim S., der sich nun erhoben hatte, zuerst, und zwar mit der Faust ins Gesicht. (...) (S. 12)

(...) Als die drei Angeklagten Herrn Adriano sahen, sprachen sie ihn mit wütendem Tonfall auf seine Hautfarbe an, befragten ihn schreiend, was er sich hier herumtreibe, ob er kein richtiges Zuhause habe und was er in Deutschland wolle. Herr Adriano antwortete beschwichtigend, dass er schon lange in Deutschland wohne, hier Frau und Kinder habe und fragte die Angeklagten, was sie gegen ihn hätten. Daraufhin rief einer der Angeklagten in etwa: »Das klären wir jetzt hier unter uns, eins gegen eins.« Sodann stieß der knapp 1,80 Meter große Angeklagte 1 provozierend gegen die Brust des Herrn Adriano. Als Herr Adriano ihn zurückschubste, schlug 1 ihm mit der Faust gezielt in das Gesicht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt griffen auch die beiden Angeklagten 2 und 3, die zunächst nur dabeigestanden hatten, Herrn Adriano ebenfalls körperlich an. Gemeinsamer Tatentschluss aller drei Angeklagten war zu diesem Zeitpunkt, Herrn Adriano nur deshalb zu verletzen, weil er Ausländer war. (...) (S. 19)

Der Angeklagte 1 trug zum Zeitpunkt der Tat eine weiße Cordhose mit Tarnflecken, ein weißes T-Shirt, ein beigefarbenes Basecape, blau-schwarz-weiße Turnschuhe mit roten Flecken, weiße Socken und eine weiße Strickjacke. (S. 13)

(...) Die Angeklagten ließen aber nicht von ihrem Opfer ab. Vielmehr entschlossen sie sich gemeinsam aus blankem Ausländerhass nun spontan, ihre gemeinsamen Gewalthandlungen gegen Herrn Adriano in äußerst gefährlicher Weise erheblich zu steigern, wobei es ihnen egal war, ob ihr Opfer daran verstirbt. (...) (S. 19f)

Der Angeklagte 2 war mit einer blauen Jeanshose, grauen Turnschuhen, einem schwarzen T-Shirt, einer blau-schwarzen Stoffjacke, weißen Socken und einem dunklen Basecape bekleidet.



Landgericht Dessau-Roßlau
(© M_H.de [CC BY-SA 3.0])



Eingang Justizzentrum Halle
(© Catatine [CC BY-SA 4.0])



III. Beweiswürdigung und IV. Rechtliche Würdigung	
<p>III: (...) Die Aussage des Zeugen ■ legte die Kammer ihrer Überzeugungsbilder nicht zugrunde. Der Zeuge ■ hatte unter Eid u.a. in der Hauptverhandlung bekundet, dass der Angeklagte 1 mit Stolz in der JVA Dessau-Roßlau von der Tötung des Opfers erzählt habe. Der Angeklagte 1 habe zu ihm gesagt, dass es sich bei dem Opfer nur um einen »Unterbemittelten« gehandelt habe. Das Opfer habe es selbst »nicht anders verdient«. Beim Einschlagen mit dem Mülleimer habe er gewollt, dass das Opfer »endlich sterben soll« (...) (S. 23)</p>	<p>III: (...) Dem Senat ist bewusst, dass für die Tötung eines Menschen im Allgemeinen eine sehr hohe Hemmschwelle überwunden werden muss. Diese Hemmschwelle war bei allen drei Angeklagten aber bereits dadurch niedriger, dass sie Herrn Adriano nicht als einen gleichwertigen Menschen ansahen, weil er dunkelhäutiger Ausländer war. (...) (S. 26)</p> <p>(...) Die Angeklagten 2 und 3 haben eingestanden, dass sie bewusst aus bloßem Hass auf Ausländer handelten. Besonders markant war die Einlassung des Angeklagten 2 in der Hauptverhandlung, der auf die Frage des Senatsvorsitzenden, warum er auf den am Boden liegenden Adriano noch einschlug und eintrat, mit gequetschter Stimme und wütendem Unterton antwortete: »Weil ich den hasse, weil er schwarz ist!«, wobei er das Wort »hasse« besonders betonte. Der Angeklagte 2 hat auch eingestanden, während der Tat »N■■■■schwein« gesagt zu haben. (...) (S. 26)</p> <p>(...) Der Angeklagte 1 hat hingegen bestritten, dass Motiv seines Handels Ausländerhass gewesen sei. Er führt seine Tat vielmehr darauf zurück, dass er sich geärgert habe, weil er den Zug verpasst habe. Er hätte damals eigentlich lieber seine Ruhe haben wollen.</p> <p>Der Senat ist jedoch davon überzeugt, dass auch der Angeklagte 1 bewusst aus bloßem Ausländerhass handelte. Er hatte – wie die Angeklagten 2 und 3 auch – als Anhänger der Skinhead-Szene Parolen wie »Ausländer raus« und ähnliches verinnerlicht. Dies trat auch in der Tatnacht dadurch offen zutage, dass er gemeinsam mit den Mitangeklagten »Sieg heil!« und »Juden raus!« rief. Zudem beschimpfte er gemeinsam mit den Mitangeklagten Herrn Adriano unmittelbar vor der Tat in der festgestellten Weise, nachdem er ihn als dunkelhäutigen Ausländer erkannt hatte. Eine Provokation des Angeklagten 1 durch Herrn Adriano als behaupteten Beweggrund gab es zur Überzeugung des Senats nicht. In der Gesamtschau sprechen deshalb alle maßgeblichen Gesichtspunkte für Ausländerhass als Motiv des Angeklagten 1, was ihm bei der Tatausführung auch bewusst war. (...) (S. 27)</p>
<p>IV: Die Angeklagten haben sich des Mordes gemäß § 211 StGB schuldig gemacht. (...) Beide Angeklagte handelten mit direktem Tötungsvorsatz – dolus directus. Die Tötung von Hans-Joachim S. war gerade das Ziel ihres Tuns. (...) (S. 25)</p>	<p>IV: Der Angeklagte 1 einerseits und die Angeklagten 2 und 3 andererseits hatten sich zwar erst kurz vor der Tat zufällig kennengelernt und waren jeweils in ihrem Wohnort nur lose in einer gleichgesinnten Gruppe organisiert, nicht aber in einer straffen »Kameradschaft«. Sie richteten sich aber in der Gruppe an NS-Ideologie aus. Bei ihrem Marsch durch Dessau wollten sie mit ihren Parolen ihre rechtsextreme Haltung deutlich machen und zeigen, wie »der nationale Widerstand« marschiert. Die Tat wurde begangen, um die Skinhead-Botschaft deutlich zu machen. (S. 36)</p>
<p>(...) Beide Angeklagten töteten aus einem sonst niederen Beweggrund, der als Motiv einer Tötung nach allgemeiner sittlicher Anschauung verachtenswert ist und auf tiefster Stufe steht. Hans-Joachim S. wurde von beiden nur angegriffen, weil der Angeklagte 1 zuvor schlechte Laune bekommen hatte und jemand prügeln wollte. Der Angeklagte 2 akzeptierte diesen Beweggrund auch für sein Handeln, indem er nach dem Abstellen der Fahrräder Hans-Joachim S. als erster angriff und ihn in der Folge mit den Fußtritten mit traktierte. (...) (S. 25)</p>	<p>(...) Die Angeklagten haben sich aufgrund des festgestellten Sachverhalt jeweils eines in Mittäterschaft begangenen Mordes (§§ 221, 25 Abs. 2 StGB) schuldig gemacht. Sie haben Herrn Alberto Adriano aus einem niedrigen Beweggrund – Ausländerhass – getötet. Hierbei handelten sie mit bedingtem Tötungsvorsatz. Den Angeklagten war zum Tatzeitpunkt jeweils bewusst, dass Ausländerhass Beweggrund ihrer Tat war. (...) (S. 36)</p>

RICK LANGENSTEIN

(20 Jahre)

† 16. August 2008 in Magdeburg



Wer war Rick Langenstein?

Rick Langenstein wurde am 16. August 2008 in Magdeburg-Reform nach dem Besuch der Diskothek »Fun Park« von einem gleichaltrigen Neonazi angegriffen und tödlich misshandelt. Er wurde gerade einmal 20 Jahre alt. Ein Jahr vor der Tat hatte er sein Abitur am Sophie-Scholl-Gymnasium in Magdeburg absolviert und war nun kurz davor, sein Studium an der Kunsthochschule Braunschweig zu beginnen. Freund*innen beschreiben ihn als einen lebenslustigen, nachdenklichen, liebevollen und fürsorglichen Menschen, der gerne Sport trieb und ein begabter Maler und Zeichner war.



Was ist passiert?

Am Abend des 16. August 2008 hatte Rick Langenstein gemeinsam mit Freund*innen die Diskothek »Fun Park« besucht und wollte in den frühen Morgenstunden alleine nach Hause gehen. Gegen 5 Uhr morgens traf er in unmittelbarer Nähe zur Diskothek auf einen 20-jährigen Neonazi, der aufgrund seines aggressiven Auftretens und der Weigerung, seine hochgekrempelten Hosenbeine über seine Springerstiefel zu ziehen, von Security-Mitarbeitern der Diskothek verwiesen worden war.

Nach der Tat sagte der 20-Jährige bei der Polizei aus, dass er Rick Langenstein aufgefordert habe, ihm eine Zigarette zu geben. Dieser habe sich jedoch geweigert und ihn als »Hobbynazi« bezeichnet. Davon habe er sich provoziert gefühlt.¹ Der Neonazi schlug daraufhin brutal mit Quarzhandschuhen auf Kopf und Körper Rick Langensteins ein und trat mit seinen Springerstiefeln so lange auf den wehrlos am Boden liegenden Liegenden ein, dass er später kaum wiederzuerkennen war. Rick Langenstein starb noch am Tatort an seinen schweren Verletzungen. Auf dem Heimweg prahlte der blutverschmierte Täter noch, dass »der andere nicht so leicht wieder aufsteht«.

Der Mobilen Opferberatung war der Neonazi bereits vor dem tödlichen Angriff bekannt. Zweieinhalb Jahre zuvor, am 15. Februar 2006, hatte der damals schon vorbestrafte, mit NS-Symbolen tätowierte Jugendliche einen togolesischen Studenten mittags an einer Straßenbahnhaltestelle rassistisch angepöbelt, geschlagen und seinen Kampfhund auf ihn gehetzt. Der 27-jährige Student erlitt u.a. erhebliche Bissverletzungen.² Die daraufhin verhängte 20-monatige Jugendstrafe³, die nach einer weiteren Straftat an einem Mitgefangenen auf zwei Jahre erhöht wurde, verbüßte er bis Ende Februar 2008. Danach stand er unter Führungsaufsicht⁴. Der tödliche Angriff auf Rick Langenstein geschah nur wenige Monate nach seiner Haftentlassung.

Als die Sicherheitsbehörden den Tod des 20-jährigen und die Verhaftung des Verdächtigen bekannt gaben, wies die Staatsanwaltschaft zwar darauf hin,

1 vgl. Helmut Sackers → Was ist passiert? (S. 56)

2 bit.ly/prozessberichtspiegel

3 gegen (zur Tatzeit) jugendliche Straftäter*innen verhängter Freiheitsentzug wegen besonderer Schwere der Schuld oder sog. schädlicher Neigungen

4 vom Gericht angeordnete Hilfe für und Kontrolle von Straftäter*innen mit ungünstiger Sozialprognose durch eine extra Aufsichtsstelle in Kooperation mit der Bewährungshilfe zur Resozialisierung und Verhinderung weiterer Straftaten

dass es sich bei dem Tatverdächtigen um einen »eindeutig der rechten Szene« zuzuordnenden Gewalttäter handele. Dass für den tödlichen Angriff auch ein rechter Hintergrund vorliegen könnte, teilte sie der Öffentlichkeit nicht mit.


§§

Der Prozess gegen den Täter


Zu Beginn der Verhandlung vor dem Landgericht Magdeburg schloss die 2. Jugendkammer aus Rücksicht auf den zur Tatzeit 20 Jahre und 10 Monate alten Angeklagten die Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung aus. Am 9. Mai 2009 wurde er nach 15 Verhandlungstagen zu acht Jahren Jugendstrafe wegen Totschlags und Diebstahls verurteilt. Die Darstellung des Angeklagten, Rick Langenstein habe ihn beschimpft und dann ins Gebüsch geschubst und getreten wertete die Kammer als Schutzbehauptung: »Rick Langenstein war 22 Zentimeter kleiner und 44 Kilogramm leichter als der Angeklagte. Das wäre Selbstmord gewesen«, so der Vorsitzende Richter.


Insgesamt vertrat die Kammer jedoch die Auffassung, dass die bei dem Angeklagten festgestellten »Kontakte zu rechts gerichteten Personen« und seine Hakenkreuz-Tätowierungen nichts mit der Tat zu tun gehabt hätten. Nach Ansicht der Richter erfolgte der tödliche Angriff »spontan aus der Begegnung«. Zudem erklärte das Gericht, es seien bei dem Angeklagten keine Hinweise auf eine Betätigung in »nationalsozialistischen Organisationen« gefunden worden, obwohl der Angeklagte seit mehreren Jahren im neonazistischen Kameradschaftsspektrum in Magdeburg aktiv war. Diese Einschätzung verhin- derte die Einstufung als Mord⁵, da aus Sicht der Richter sog. niedrige Beweg- gründe für den Angriff fehlten.

5  bit.ly/bpb-lexikon-mord

6  Warum erinnern? (S. 126 ff.)

7  <https://bgrmagdeburg.wordpress.com>

8  Wahrnehmung und Anerkennung (S. 14 ff.)

9  Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)



Öffentliches Gedenken⁶

Freund*innen von Rick Langenstein erinnerten etliche Monate mit Transpa- renten, Kerzen und Blumen am Tatort an ihn und setzten sich schnell für einen dauerhaften Gedenkort ein, zunächst erfolglos. Denn der Eigentümer des Teppichhandels in unmittelbarer Nähe zur Diskothek »Fun Park«, wo das Tötungsverbrechen geschah, weigerte sich, sein Gelände für einen Gedenkstein zu öffnen.

Nachdem mehr als 1.000 Menschen, darun- ter viele Schüler*innen des Sophie-Scholl- Gymnasiums, eine vom sozialen Umfeld Rick Langensteins initiierte Petition unterzeichnet hatten, bot der Oberbürgermeister an, einen Gedenksteins auf städtischem Gelände in Sichtweite zum Tatort aufstellen zu lassen. Am 2. Juni 2009 wurde er bei einer öffentlichen Ze- remonie eingeweiht. Seitdem organisiert das Bündnis gegen Rechts Magdeburg jeweils zum Todestag eine Kundgebung am Gedenkstein.⁷



Rick Langenstein wird seit 2009 von der Landesregierung offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.⁸

Einweihung des Gedenk- steins im Juni 2009 am Hektorweg/Ecke Pallasweg in Magdeburg Reform (© MOB)

REFLEXION

- Was sind Eure Eindrücke zur Fallgeschichte zu Rick Langenstein?
- Warum wurde Rick Langenstein Opfer rechter Gewalt?⁹

IDEEN ZUR WEITERARBEIT



GEWALT GEGEN POLITISCHE GEGNER

🕒 ges.: 1 Std.



Internetzugang, Ausdrücke Fallgeschichte, Flipchartblätter, dicke Stifte, Klebeband



1. Rick Langenstein machte gegenüber seinem späteren Peiniger deutlich, dass er Neonazis ablehnt. Auch Helmut Sackers musste sterben, weil er sich gegen alte und neue Nazis und ihre menschenverachtende Ideologie aussprach. Bildet Kleingruppen und vergleicht die Fallgeschichte zu Rick Langenstein mit der von Helmut Sackers¹!
 - **Diskutiert Gemeinsamkeiten und Unterschiede!**

1 📍 Helmut Sackers (S. 56 f.)

2 siehe auch 🌐 bit.ly/aktiv-vor-ort

🕒 25 min



2. Rick Langenstein und Helmut Sackers wurden als politische Gegner zum Ziel entgrenzter Gewalt durch Neonazis. (Vermeintliche) politische Gegner*innen gehören seit Jahren bundesweit zu den Hauptbetroffenengruppen rechter Gewalt. Tragt gemeinsam zusammen:
 - **Wer wurde während der Zeit des Nationalsozialismus als politische*r Gegner*in verfolgt? Recherchiert ggf. im Internet und schreibt Eure Ergebnisse auf ein Flipchartblatt, das Ihr im Anschluss aufhängen könnt!**

🕒 15 min

3. Tauscht Euch zur aktuellen Situation und den Unterschieden zur NS-Zeit aus:
 - **Welches Auftreten und Engagement macht Menschen in den Augen der extremen Rechten heute zu politischen Gegner*innen?**
 - **Welche Personengruppen sind in diesem Zusammenhang von rechter Gewalt betroffen? Welche eher nicht? Warum?**

Notiert Eure Resultate auf weiteren Flipchartblättern, die Ihr zum Vergleich neben das erste platzieren könnt!

🕒 20 min



ZIVILCOURAGE GEGEN RECHTS

🕒 ges.: 1:10 Std.



Internetzugang



1. Rick Langenstein und Helmut Sackers haben ihr Leben verloren, weil sie Zivilcourage zeigten. Bildet Kleingruppen und sprecht darin über Eure Meinungen und Einschätzungen!
 - **Verständigt Euch zunächst darüber, was Ihr unter dem Begriff Zivilcourage versteht! Was bedeutet Zivilcourage für Euch? Und wie denkt Ihr darüber?**
 - **Tauscht Euch über Beispiele für zivilcouragiertes Verhalten aus, die Euch aus eigenem Erleben, Euerm Umfeld oder aus der Berichterstattung präsent sind und reflektiert diese gemeinsam!**

🕒 20 min



2. Überlegt zunächst im Plenum, ob Ihr aus Eurem Alltag Situationen kennt, in denen Zivilcourage nötig gewesen wäre, aber ausgeblieben ist und tauscht Euch darüber aus!

🕒 15 min

3. Teilt Euch in zwei Kleingruppen auf und entscheidet Euch hier für eine der



gerade geschilderten Situationen. Überlegt so konkret wie möglich, welche Interventionen² Ihr Euch vorstellen könntet!

🕒 15 min

→ Stellt Eure Ideen im Plenum vor. Wenn einige von Euch Lust haben und es passt, könnt Ihr das auch als Rollenspiel tun!

🕒 20 min



PROZESS GEGEN DEN TÄTER

🕒 ges.: 30 min



Ausdrucke Berichterstattung, Textmarker



1. Lest die Auszüge aus der lokalen und überregionalen Berichterstattung zur Urteilsverkündung³, markiert zentrale Passagen und tauscht Euch im Anschluss dazu aus:
 - **Versucht gemeinsam, die Kritik des Vaters Rick Langensteins nachzuvollziehen!**
 - **Was erfahrt Ihr über die Sichtweise des Gerichts zum Motiv für die Tat?**
 - **Wie spiegelt sich diese in den Überschriften der Artikel wieder?**
 - **Welche Signalwirkung könnte das Agieren des Gerichts insgesamt auf Betroffene und potenziell Betroffene rechter Gewalt gehabt haben?**

🕒 30 min

3 📍 bit.ly/langenstein-auszüge-berichterstattung

4 🎧 bit.ly/gedenkstein-für-rick

5 🌐 bit.ly/rede-vicky

6 zu den Folgen des Todes Farid Guendouls nach der rassistischen Hetzjagd in Guben 1999
🌐 www.re-guben.de



ÖFFENTLICHES GEDENKEN

🕒 ges.: 50 min



Internetzugang, Lautsprecher



1. Teilt Euch in Kleingruppen auf und hört Euch hier den Radiobeitrag »Gedenkstein für Rick« (MDR Radio Sachsen-Anhalt, 31.03.2009)⁴ an! Lest im Anschluss die Rede⁵ von Vicky, einer guten Freundin von Rick anlässlich der Einweihung des Gedenksteins Anfang Juni 2009!
 - **Von welchen Schwierigkeiten und Herausforderungen in der Errichtung und Erhaltung eines Gedenkortes wird berichtet?**
 - **Was bedeutet Vicky der Gedenkstein und welche Botschaften sind damit für sie verknüpft?**

🕒 25 min

7 🌐 bit.ly/gedenken-rick-langenstein



2. Seitdem organisiert das Bündnis gegen Rechts Magdeburg jährlich Gedenkundgebungen am Todestag Rick Langensteins. Alexandra Klei von der Projektgruppe re:guben⁶ schreibt in einem Artikel mit dem Titel »Warum gedenken?« aus 2013:

»Gedenken als nicht-privater Akt bedeutet in der Regel, dass an einem Jahrestag an einem für diesen Zweck bestimmten Ort eine Gruppe von Menschen zusammenkommt, die ein Ereignis, das mit Ort und Datum verbunden ist, als Anlass nimmt, die Erinnerung mit für sie wichtigen Aspekten zu verknüpfen. Gedenken bedeutet immer, das als erinnerungswürdig bestimmte Geschehen nicht um seiner selbst Willen zu erinnern, sondern in seiner Indienstnahme für aktuelle Zwecke. Häufig ist es mit dem Mahnen verbunden: vor einer Wiederholung, vor aktuellen Gefahren, vor den Handlungen anderer. Es ist mit Forderungen verknüpft: nicht zu vergessen, wachsam in der Gegenwart zu sein, Aufklärung zu leisten.«

Nehmt Euch etwas Zeit, einige Reden⁷ anlässlich des jährlichen Gedenkens an Rick Langenstein durchzulesen und reflektiert im Anschluss gemeinsam o.g. Aussage.

🕒 25 min

FEEDBACK

Wir würden uns sehr über ein Feedback mit Euren Überlegungen und Ergebnissen – z.B. über Fotos Eurer Flipchartnotizen – freuen. Nutzt gern auch unseren
 » Evaluationsbogen (S. 164 f.) und schickt alles per E-Mail an
 ✉ bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de

WAS IST RECHTE GEWALT?

von Zissi Sauermann (*Mobile Opferberatung*)

1 Der Anteil direkt beteiligter Frauen bei rechten Gewalttaten liegt bei etwas über zehn Prozent (vgl. Kleffner 2014, S. 56 f.)

2 Kurzform für »politisch rechts motivierte Gewalt« analog der polizeilichen Bezeichnung

3 wie des Gleichheitsgrundsatzes oder des Rechts auf physische und psychische Unversehrtheit

4 im Sinne von Glaubenssätzen und Weltanschauungen, die als offenkundige Wahrheiten erscheinen und den Blick auf die Welt prägen und steuern (vgl. Küpper 2016, S. 25)

5 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

6 Was ist Antirassismus? (S. 112 ff.)

7 Was ist Antisemitismus? (S. 106 ff.)

8 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

9 Was sind Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

10 vgl. u.a. bit.ly/mittstudien-leipzig

11 Glossar → Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ... (S. 122)

Oft begegnet uns die Auffassung, dass nur dann von rechter Gewalt gesprochen werden kann, wenn diese von gefestigten, bekennenden Neonazis oder anderen organisierten, extrem rechten Tätern ausgeht. Zudem wird den Angreifer*innen¹ regelmäßig ein politisch rechtes Tatmotiv abgesprochen – beispielsweise mit Verweis auf ihr jugendliches Alter, vermeintlich wenig fundierte Kenntnisse zum Nationalsozialismus oder intellektuelle Einschränkungen. Der nachfolgende Text bietet daher einen Überblick zum Kontext und den ideologischen Grundlagen rechter Gewalt², den Besonderheiten, den Betroffenengruppen sowie zur Zählweise der Mobilen Opferberatung im Rahmen ihres unabhängigen Monitorings.

Kontexte und ideologische Grundlagen

Rechte Gewalt spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse, dominierende Wertvorstellungen sowie ideologische Kontinuitätslinien wider. Daher sind die Hauptbetroffenengruppen rechter Gewalt von heute auch Gruppen, die während des Kolonialismus und Nationalsozialismus abgewertet, ausgegrenzt, diskriminiert und systematisch ermordet wurden. Rechte Gewalt verneint die universell geltenden Menschenrechte³ und das Grundgesetz und bedroht so die demokratische Verfasstheit Deutschlands.

In rechten Gewalttaten werden Vorurteile, Abwertungen und Feindbilder wirksam, denen Ideologien⁴ der Ungleichwertigkeit zugrunde liegen. Dazu zählen beispielsweise Rassismus⁵, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus⁶, Antisozialismus⁷, Sozialdarwinismus⁸ oder LGBTTIQ*-Feindlichkeit⁹. Allen liegt die Zuweisung von Menschen zu bestimmten Gruppen zugrunde, denen stereotype Eigenschaften zu- und Gleichwertigkeit und gleiche Rechte abgesprochen werden.

Einige der abwertenden Einstellungen sind in der Gesellschaft weit verbreitet.¹⁰ Sie sind miteinander verknüpft, weshalb Sozialwissenschaftler*innen auch von einem *Syndrom* Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) sprechen, dessen gemeinsamen Kern eine *Ideologie der Ungleichwertigkeit* ausmache.¹¹



Ungleichwertigkeitsvorstellungen werden auf der Einstellungsebene auch als verbindendes Kennzeichen des Rechtsextremismus¹² angesehen. Ein darauf aufbauendes, strikt hierarchisches Freund-Feind-Denken, Gewaltakzeptanz und ein offen bekundeter Vernichtungswillen gegen so genannte »Feinde« sind weitere grundlegende Bestandteile extrem rechter Ideologie.

Zu den Feindbildern der extremen Rechten gehören zum einen Menschen, die als »minderwertig« und als Bedrohung für eine vermeintliche, als biologische Einheit definierte »Volksgemeinschaft« angesehen werden (z.B. Geflüchtete, Wohnungslose, Menschen mit Behinderungen). Zum anderen werden Menschen als Feinde bekämpft, die sich für Gleichberechtigung und Menschenrechte einsetzen (z.B. antirassistische Initiativen) oder offen von konservativen Norm- und Wertvorstellungen abweichen (z.B. Punks, queere Personen). Darüber hinaus gehören auch Menschen dazu, die sich gegen die extreme Rechte positionieren, indem sie beispielsweise aufklären (z.B. Vereine, Journalist*innen), gegen extrem rechte Aktivitäten protestieren (z.B. antifaschistische Initiativen, zivilcourageierte Einzelpersonen) oder den demokratischen Rechtsstaat repräsentieren (Politiker*innen, Polizist*innen, Staatsanwält*innen, Richter*innen oder Gerichtsvollzieher*innen).¹³


Auch bei Täter*innen, bei denen im Gegensatz zu organisierten Neonazis nicht von einer zielgerichteten Umsetzung einer nationalsozialistischen Programmatik auszugehen ist, existieren diese klaren, je nach Gelegenheit handlungsleitenden Feindbilder.¹⁴ Die auf Abwertung bestimmter Gruppen basierende rechte Gewalt ist somit keineswegs ein Phänomen, das auf Täter*innen begrenzt ist, die sich selbst auch als (extrem) rechts verstehen.

Spezifik rechter Gewalt

Betroffene und Täter*innen haben in der Regel keine persönliche Beziehung und keinen individuellen Konflikt. Das heißt, die Betroffenen werden nicht aufgrund eines vorherigen Bezugs zu den Täter*innen angegriffen, sondern stellvertretend für gesellschaftliche Gruppen, die sie aufgrund ihrer Hautfarbe, (vermeintlichen)¹⁵ Herkunft, ihres sozialen Status, ihrer politischen Einstellung etc. im Weltbild der Täter*innen repräsentieren. Die Auswahl der Opfer erfolgt oft allein anhand äußerlicher Merkmale oder zugeschriebener Eigenschaften, welche die Betroffenen nicht oder nur sehr bedingt beeinflussen können. Die Erkenntnis, dass sie jederzeit wieder zum Ziel rechter Gewalt werden können, ist für viele Betroffene unerträglich, beeinflusst ihr Sicherheitsempfinden und erschwert die Verarbeitung des Erlebten.

Oft sind sich Angreifer*innen und Betroffene vor der Tat unbekannt. Manchmal wurden die Betroffenen aber auch bei vorherigen Begegnungen, beispielsweise in der Schule, der Universität, am Arbeitsplatz oder im Wohnumfeld einem oder mehreren der jeweiligen Feindbilder zugeordnet und von den späteren Täter*innen beleidigt oder bedroht. Viele rechte Angriffe erfolgen ungeplant aus zufälligen Begegnungen heraus, sozusagen aus Vorsatz bei Gelegenheit. Vor allem ideologisch überzeugte Täter*innen verüben aber auch gezielt Angriffe und Überfälle, beispielsweise auf Unterkünfte Geflüchteter, Wohnungen politischer Gegner*innen, alternative Zentren oder antirassistische Demonstrationen.


Gemeinsam ist den Angriffen, dass die Betroffenen nicht als Individuen, sondern als (vermeintliche) Repräsentant*innen einer (oder mehrerer)¹⁶ als »minderwertig«, »schwach« oder gar »lebensunwert« abgewerteten Gruppe angegriffen werden. Deshalb werden rechte Angriffe auch als »Botschaftstaten« bezeichnet. Angegriffen werden Einzelne, gemeint sind jedoch Gruppen von Menschen, deren Menschenwürde, Rechte und letztlich auch Existenzrecht durch die Täter*innen bedroht werden.

12  Glossar →
Rechtsextremismus
(S. 120 f.)

13 vgl. Botsch/ Kopke
2015

14 vgl. Feldmann u.a.
2015, S. 349-350

15 Es geht um Zuschreibungen der Täter*innen über den oder die Betroffenen, nicht um tatsächliche Zugehörigkeiten

16 manchmal werden auch mehrere Feindbilder auf eine Person projiziert, z.B. Schwarze Aktivist*in gegen Rechts; offen homosexueller, wohnungsloser Punk, zivilcourageierte Helferin mit Kopftuch; siehe auch  bit.ly/intersektionalität




#unteilbar-Demonstration
am 13. Oktober 2018 in
Berlin (© MOB)



17 auch als kollektive Viktimisierung bezeichnet

18 Es besteht auch eine erhöhte Gefahr der sekundären Viktimisierung (erneuten Opferwerdung) durch unangemessene Reaktionen aus dem sozialen Umfeld oder seitens Polizei und Justiz.

19 siehe auch  Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

20 Die in Klammern stehende Passage wurde lediglich als Fußnote in die Definition aufgenommen

21 vgl. BKA 2016, S. 5

Dazu erzeugen die Angreifer*innen oft Situationen der deutlichen Überlegenheit, beispielsweise durch Bewaffnung, zahlenmäßige Übermacht, Hetzjagden, Angriffe im Dunkeln oder auf vermeintlich körperlich oder sprachlich wenig wehrhafte Personen. Werden die Angriffe im öffentlichen Raum und vor Zeug*innen verübt, rechnen die Täter*innen nicht unbedingt mit weiterer Gegenwehr durch Dritte, auch weil sie sich oft selbst als vermeintliche »Vollstrecker eines Volkswillens« begreifen. Mit den Taten einher geht eine Entmenschlichung der Opfer, die sich nicht selten auch in Erniedrigungs- und Demütigungshandlungen oder der Anwendung massiver, teilweise völlig entgrenzter Gewalt ausdrückt. In vielen Fällen ist es nur glücklichen Umständen geschuldet, dass die Betroffenen keine bleibenden körperlichen Schäden erleiden oder tödlich verletzt werden.¹⁷

Rechte Gewalt wirkt nicht nur als konkrete Viktimisierungs-¹⁸ und Ausgrenzungserfahrung auf die direkt Betroffenen, sondern stellt auch die Unversehrtheit all jener in Frage, die der angegriffenen Gruppe angehören bzw. ihnen zugeschrieben werden. Auch viele potenziell Betroffene entwickeln infolge rechter Gewalttaten Vermeidungsstrategien: So verlassen sie aus Angst beispielsweise oft wochenlang ihre Wohnungen oder Unterkünfte nur noch tagsüber, meiden potenziell gefährliche Orte und öffentliche Verkehrsmittel oder bewegen sich – wenn möglich – nur noch in Gruppen im öffentlichen Raum.

Betroffenengruppen

Überwiegend sind Menschen von rechter Gewalt betroffen, die innerhalb der Mehrheitsgesellschaft als (vermeintliche) ethnische, kulturelle oder soziale Minderheiten begriffen, oftmals auch im Alltag diskriminiert und strukturell ausgegrenzt werden. Insofern nehmen viele Betroffene die Gewalttat als Spitze eines Eisbergs aus (institutionellen) Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen wahr.

Zu den Betroffenen rechter Gewalt gehören:

- Geflüchtete, Migrant*innen, Muslim*innen, Schwarze Deutsche, internationale Wissenschaftler*innen und Studierende, Rrom*nja und Sint*ezza,
- nicht-rechte bzw. alternative Jugendliche und Erwachsene (z.B. Punks),
- politisch Aktive (Menschen, die sich gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren; Unterstützer*innen von Geflüchteten; couragierte Zeug*innen, die z.B. gegen Beleidigungen oder rechte Gewalt interveniert haben),
- Jüd*innen
- lesbische, schwule, transgender, trans-, bi- und intersexuelle sowie queere Menschen (LSBTTIQ*),
- Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen,
- sozial Benachteiligte, z.B. Wohnungs- und Obdachlose, ALG-II- und Sozialhilfeempfänger*innen.

Darüber hinaus kommen bei ideologisch gefestigten Täter*innen weitere Feindbilder der extremen Rechten zum Tragen, gegen die immer wieder auch mit Gewalt vorgegangen wird:

- Politiker*innen,
- Journalist*innen,
- Polizist*innen, Staatsanwält*innen, Richter*innen und Gerichtsvollzieher*innen.

Unabhängiges Monitoring rechter Gewalt

Die Kriterien der Mobilen Opferberatung zur Erfassung rechter Gewalt orientieren sich – auch aus Gründen der Vergleichbarkeit – am bundeseinheitlich gültigen polizeilichen Definitionssystem »politisch motivierte Kriminalität« (PMK)¹⁹. Demnach gilt eine Tat als politisch motiviert, »wenn in Würdigung der Umstände der Tat (Bei der Würdigung der Umstände der Tat ist neben anderen Aspekten auch die Sicht der/des Betroffenen mit einzubeziehen)²⁰ und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie (...) gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen

- politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements,
- Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe,
- Religionszugehörigkeit, Weltanschauung,
- sozialen Status, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung,
- sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder
- äußeren Erscheinungsbildes

gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.«²¹



Für das Vorliegen einer politisch rechten Tatmotivation sprechen für die Mobile Opferberatung neben der Sichtweise der Betroffenen (Opferperspektive) vor allem folgende Tatumstände:

- die Auswahl des oder der Opfer anhand zugeschriebener Eigenschaften,
- beleidigende, herabwürdigende Äußerungen oder rechte Parolen durch den oder die Täter*innen vor, während oder nach der Tat,
- die Art der Tatbegehung, z.B. extreme Brutalität oder Versuch der Erniedrigung Betroffener,
- der Tatkontext wie Zeit und Ort (z.B. an einem im Kontext des Nationalsozialismus historischen Datum oder in der Nähe einer Lokalität der extrem rechten Szene),
- Tatzusammenhänge (z.B. wiederholtes Vorgehen gegen Betroffene, »Selbstjustiz«²² oder Abstrafen für eine vorherige Anzeige)

22 welcher die ideologisch begründete Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates und seines Gewaltmonopols zugrunde liegt

und/oder Hinweise auf die Einstellung des oder der Täter*innen:

- rassistische oder den Nationalsozialismus verherrlichende Symbole (auf Kleidung oder mitgeführten Gegenständen, Tätowierungen),
- szenetypische Kleidung, Konsum von Rechtsrockmusik,
- Einbindung in rechte, rassistische oder antisemitische Strukturen (z.B. Beteiligung an entsprechenden Versammlungen oder weiteren Aktionen),
- entsprechende Sympathiebekundungen oder Äußerungen in sozialen und weiteren Medien,
- Selbstbezeichnungen der Täter*innen oder Beschreibungen aus deren Umfeld (z.B. Einlassungen oder Aussagen im Rahmen des Strafverfahrens),
- einschlägige Vorstrafen oder Registereinträge (z.B. wg. Verwendens verfassungsfeindlicher Kennzeichen, Volksverhetzung).

Sind neben rechten Tatmotiven auch weitere, »unpolitische« Motive erkennbar – beispielsweise finanzielle Interessen – gilt die Tat als politisch rechts motiviert, wenn das rechte Motiv als Ausgangspunkt oder für eine Eskalation der Tat entscheidend war.

Als Gewalt dokumentiert die Mobile Opferberatung vor allem physische Gewalt einschließlich des Versuchs, also Straftaten, die mit einer körperlichen Schädigung eines Menschen einhergehen oder diese zumindest beabsichtigen (vollendete oder versuchte Körperverletzungen, Tötungs-, Raub- und Sexualdelikte sowie Freiheitsberaubung). Zudem werden auch Brand- und Sprengstoffdelikte erfasst. Darüber hinaus werden – im Unterschied zur Erfassung des polizeilichen Staatsschutz – auch Sachbeschädigungen, Nötigungen und Bedrohungen als Gewalt gewertet, wenn sie mit erheblichen Folgen für die Betroffenen verbunden sind.

Demgegenüber werden Landfriedensbrüche ohne direkt Betroffene und Widerstandsdelikte gegen Vollstreckungsbeamt*innen – im Gegensatz zur polizeilichen Erfassung als politisch motivierte Gewaltkriminalität – von der Mobilen Opferberatung nicht dokumentiert. Auch Beleidigungen fallen nach unserer Zählweise nicht unter den engen Gewaltbegriff.



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

- 🌐 Gideon Botsch/Christoph Kopke (2015): Wer sind die Opfer – und wie werden sie dazu gemacht? In: Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/wer-sind-die-opfer
- 🌐 Carolin Küppers (2014): Intersektionalität. In: Gender Glossar. bit.ly/intersektionalitaet
- 🌐 Matthias Quent/Daniel Geschke/Eric Peinelt (2017): Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei, 2. Aufl., Erfurt: fehldruck. bit.ly/nicht-ernst-genommen
- 🌐 Website zur Wanderausstellung »Todesopfer rechter Gewalt seit 1990« <https://opfer-rechter-gewalt.de>
- 📖 Opferperspektive e.V. (Hrsg.) (2015): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren, 2. korr. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.

WAS IST RASSISMUS?¹

von Hanna Hoa Anh Mai

1 Bei dem Text handelt es sich um eine leicht bearbeitete und gekürzte Fassung eines Beitrags aus 2016 anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des IDA e.V., der in voller Länge hier nachgelesen werden kann: bit.ly/rassismuskritik (S. 12 ff.)

2 vgl. Messerschmidt 2010, S. 41

3 Weiß wird kursiv geschrieben, da damit nicht die Hautfarbe gemeint ist, sondern eine Positionierung in rassistischen Verhältnissen, die mit Privilegien verbunden ist, z.B. dem Privileg in Deutschland als selbstverständlich zugehörig zu gelten, vgl. bit.ly/glossar-weiß

4 vgl. z.B. Mecheril u.a. 2010, S. 165; Kalpaka/Räthzel 1990

5 Miles 1989, S. 54

6 Guillaumin 1995, S. 107

7 Auch »positiv« gemeinte exotische Zuschreibungen sind rassistisch, da sie »Anderen« vermeintliche natürliche Eigenschaften und Fähigkeiten zuschreiben, etwa »den Rhythmus im Blut« zu haben, und Menschen auf diese Eigenschaften festschreiben

Der Begriff Rassismus wurde und wird in Deutschland häufig nur für Phänomene verwendet, die in der nationalsozialistischen Vergangenheit oder am (rechtsextremen) vermeintlichen Rand der Gesellschaft verortet werden. Diese Beschränkung erfüllt die Funktion, sich von Rassismus zu distanzieren und ihn nicht als Teil der Gesellschaft zu betrachten². So dominierten in der Berichterstattung über rassistisch motivierte Anschläge lange die Begriffe Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit.

Es wurde bereits häufig darauf hingewiesen, dass diese Begriffe unzutreffend sind, da der Hass sich nicht gegen alle Menschen richtet, die formal als Ausländer gelten, etwa *weiße*³ US-Bürger*innen, und die Betroffenen oftmals auch keine Fremden sind, sondern schon lange oder immer in Deutschland leben⁴. Der analytisch treffende Begriff Rassismus, der beschreibt, dass und wie Menschen alltäglich zu »Fremden« und »Ausländern« gemacht und als solche abgewertet werden, findet nur langsam Eingang in die politische Diskussion und mediale Berichterstattung.

Konstruktion von »Wir« und die »Anderen«

Es gibt keine wissenschaftliche Grundlage für eine Einteilung von Menschen in »Rassen«. Rassismus ist eine soziale Praxis, bei der diese vermeintlichen »Rassen« erst hergestellt werden. Dabei werden bestimmte körperliche Merkmale »bedeutungsvoll aufgeladen und so zum Einteilungskriterium von als »Rasse« definierten Bevölkerungsgruppen gemacht«⁵. »Rasse« ist zwar ein Konstrukt, aber dabei extrem wirkmächtig, wie Guillaumin treffend formuliert: »Race does not exist. But it does kill people«⁶.

Mit der Konstruktion von »Rassen« ist und war untrennbar die Konstruktion des »Wir« und des »Anderen« verbunden. Mit dieser Einteilung gehen Zuschreibungen von Eigenschaften einher, die das »Eigene« aufwerten und die »Anderen« abwerten. Die »Anderen« als »abweichend«, »unzivilisiert«, »primitiv«, »entwicklungsbedürftig« oder auch »exotisch«⁷ zu betrachten erfüllt den Zweck, das »Eigene« als das »normale«, »zivilisierte«, »fortschrittliche«, »entwickelte« Gegenteil darzustellen.





Startseite reimaginebelonging.de (© Initiative WINGS & ROOTS), siehe auch bit.ly/begleitmaterial-reimagine

Dabei wird das »Andere« in seinem vermeintlichen Anderssein festgeschrieben und als unveränderlich und durch »seine Kultur« bestimmt gedacht, während die eigene Kultur selbstverständlich als wandelbar wahrgenommen wird. Die Angehörigen der Wir-Gruppe gelten als Individuen mit unterschiedlichen und sich verändernden (politischen) Einstellungen, Lebensentwürfen oder jugendkulturellen Orientierungen. Menschen hingegen, die z.B. als »arabische Jungs« markiert werden, sind in dieser Hinsicht genauso heterogen, werden aber oftmals ausschließlich als »arabische Jungs« wahrgenommen und mit den damit verbundenen Stereotypen und Problematisierungen assoziiert.

Legitimation von Herrschaft

Der Vorgang der Konstruktion von »Rassen« ist historisch eingebunden in Herrschaftsverhältnisse. Mark Terkessidis hat Rassismus im Zusammenhang mit der kolonialen Expansion Europas untersucht und zeigt dabei auf, wie Rassismus der Legitimation von Herrschaft und Unterdrückung dient. Wesentliches Merkmal von Rassismus ist eine Naturalisierung gesellschaftlicher Ungleichheit und Machthierarchien. Eine solche Argumentationsweise ist auch in aktuellen Debatten zu finden, wenn beispielsweise der geringere Bildungserfolg von Schüler*innen auf deren »andere« kulturelle oder religiöse Herkunft zurückgeführt wird, wobei der Einfluss von institutioneller Diskriminierung⁸ im Bildungssystem⁹ ausgeblendet werden kann.

Der Blick in die Geschichte des Rassismus macht deutlich, dass die Frage, wer zum Subjekt und wer zum Objekt wird, wer also aktiv handelt und wer »behandelt« wird, stets eine Frage von Macht ist¹⁰. Analytisch kann nur dann von Rassismus die Rede sein, wenn der Aspekt der gesellschaftlichen Macht bzw. der Durchsetzungsmacht einbezogen wird: »Wenn eine untergeordnete Gruppe eine übergeordnete Gruppe als Rasse konstruiert, [...] kann [dies] [...] nicht als rassistisch bezeichnet werden, solange sie nicht die Macht hat, ihre Definition und die damit einhergehenden Ausgrenzungspraxen gegen die übergeordnete Gruppe durchzusetzen.«¹¹

Wandel von Rassismus

Mit der Diskreditierung des Begriffs »Rasse« nach 1945 verschwindet nicht das »rassistische Wissen«¹². Anstatt »Rasse« werden die Begriffe »Kultur« oder »Ethnie« verwendet, wobei sie den Inhalt stillschweigend übernehmen. Bestimmendes Thema dieses »Rassismus ohne Rassen« oder »Kulturrassismus« ist nicht mehr die biologische Überlegenheit einer »Rasse«, sondern die »Unaufhebbarkeit kultureller Differenz«¹³, verbunden mit der Schädlichkeit »kultureller Vermischung«.

8 Institutioneller Rassismus bedeutet, dass die Anwendung formeller und informeller »ungeschriebener« Gesetze, Regeln, Vorschriften, Normen und Verfahren diskriminierend wirken kann, z.B. wenn Schulen Deutschkenntnisse als Voraussetzung betrachten, die alle Kinder schon mitbringen müssen, vgl. bit.ly/glossar-institutioneller-rassismus

9 vgl. Gomolla/ Radtke 2009

10 vgl. Terkessidis 1998, S. 69

11 Kalpaka/ Rähzel 1990, S. 14

12 Terkessidis 1998, S. 83

13 ebd., S. 28




14 Soziale Merkmale wie Bildungsbenachteiligung können in der Logik eines kulturellen Rassismus biologisiert werden, wenn sie als quasi natürliche Eigenschaften von Menschen betrachtet werden

15 Für Schwarze Menschen, People of Color und Menschen mit Migrationsgeschichte sind die Fragen »Wo kommst du her?« oder »Wo kommen deine Eltern her?« ständiger Verweis darauf, nicht »wirklich« dazugehören und die eigene Existenz erklären zu müssen (vgl. Terkessidis 2004)

16 Leiprecht 2001, S. 2

17 Schwarz meint nicht die Hautfarbe, sondern ist eine emanzipatorische politische Selbstbezeichnung

18 vgl. Oguntoye/Ayim/Schultz 2016

19 siehe auch  Was ist Antiromaismus? (S. 112 ff.)

20 Festschreibung des anderen auf eine ursprüngliche und unveränderliche Wesenheit (Essenz)

Eine kulturrassistische Ideologie und Argumentationsweise findet sich auch bei der seit 2012 in Deutschland aktiven »Identitären Bewegung«, die den Erhalt einer »ethnokulturellen Identität« propagiert. Kennzeichnend für diese alternativen Begriffe (Kultur, Identität) ist, dass sie gesellschaftlich akzeptiert und breit interpretierbar sind, so dass sie Spielraum für eine Lesart bieten, nach der Menschen anhand biologischer oder biologisierbarer¹⁴ Merkmale unterschieden werden.

Rassismus als Alltagserfahrung

Rassistische Unterscheidungen produzieren Ein- und Ausschlüsse¹⁵ sowie unterschiedliche Verletzbarkeiten, sie wirken sich auf die Verteilung von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und Möglichkeiten der (Selbst)Repräsentation aus. Der Begriff Alltagsrassismus wird daher verwendet, um zu betonen, dass Rassismus auch »subtil, unauffällig, verdeckt und latent«¹⁶ sein kann. Auch wird der Begriff benutzt, um die Perspektiven und Erfahrungen von rassismuserfahrenen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Rassismus als Normalität zu betrachten bedeutet nicht, Menschen, die als *weiß* oder zugehörig gelten, per se als rassistisch zu bezeichnen. Vielmehr ist Rassismus ein in der Gesellschaft präsent Deutungsangebot, auf das Menschen zurückgreifen können. Rassistisches Wissen schlägt sich nieder in institutionellen Abläufen und Entscheidungen, so auch in Bildungseinrichtungen. Rassismus als Alltagserfahrung äußert sich somit sowohl auf einer individuellen als auch auf einer strukturellen Ebene.

Im Alltagsrassismus zeigt sich wie (kolonial)rassistische Wissensbestände bis heute fortwirken und den Alltag von Menschen prägen können. Schwarze¹⁷ Menschen sehen sich z.B. mit stereotypen Bildern konfrontiert, die auf die Zeit von Kolonialismus und Sklaverei zurückgehen¹⁸. Ebenso finden sich im aktuellen Rassismus gegen Roma und Romnija sowie Sinti und Sintizze Kontinuitäten einer langen antiromaistischen¹⁹ europäischen Tradition, die mit einer Unterteilung in »nützliche« und »unnütze« »Andere« operiert – wie sie auch im Diskurs über die sogenannte »Flüchtlingskrise« zu finden ist. Hier zeigt sich eine grundsätzliche Verwobenheit von Rassismus und kapitalistischer Wirtschaftsweise.



Widerstand



Widerstand gegen Rassismus bedeutet für rassismuserfahrene Menschen daher u.a., sich die Möglichkeit zu erkämpfen, einen Prozess von Bewusstwerdung und Heilung beginnen zu können, für das Recht auf Selbstbezeichnung zu streiten und eine Sprache für Rassismus(erfahrungen) zu finden. Selbstbezeichnungen stehen oftmals im Verdacht marginale Subjekte zu essentialisieren²⁰ oder zu idealisieren oder erneut Ausgrenzungen zu schaffen.

Mit Blick auf die Geschichte zeigt sich jedoch, dass Selbstbezeichnungen und selbstbestimmte Orte nicht das Ende, sondern oft den Anfang einer rassismuskritischen, auch konflikthaften und unabgeschlossenen Auseinandersetzung aus der Perspektive rassismuserfahrener Menschen darstellen. Dabei kommt es weniger auf eine abschließende und eindeutige Definition dieser

© Dok Crew, Details siehe

 bit.ly/trailer-zusammen
und  bit.ly/fb-dokcrew



»neuen Identitäten«²¹ an, sondern auf die widerständigen, empowernden und kritischen Handlungen, die erst unter dem Dach dieser politischen, vielleicht auch provisorischen Identitäten und mit Hilfe der Sprache, die Selbstbezeichnungen und Selbstartikulationen bieten, möglich werden.

21 Hall 1994

Autor*inneninfo:

Hanna Hoa Anh Mai ist Pädagogin und arbeitet bei der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe). Sie promoviert zum biografisch-professionellen Wissen von Pädagog*innen of Color. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Demokratiepädagogik, Migrationspädagogik, Rassismuskritik, Empowerment und Diversitätsorientierung.



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

- 📖 *Susan Arndt & Nadja Ofuatey-Alazard (Hrsg.) (2011): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast-Verlag.*
- 📖 *Tupoka Ogette (2018): exit RACISM. rassismuskritisch denken lernen. Münster: Unrast-Verlag.*
- 📖 *Mechtild Gomolla, Ellen Kollender, Marlene Menk (2018): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Weinheim & Basel: Beltz.*

Zum Verständnis von Rassismus in seiner Verwobenheit mit anderen Differenzlinien, z.B. Gender, Klasse, sexuelle Identität oder Religion (Intersektionalität):

- 📖 *Yasemin Shoomann (2012): Das Zusammenspiel von Kultur, Religion, Ethnizität und Geschlecht im antimuslimischen Rassismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Ungleichheit, Ungleichwertigkeit. Jg. 62, Nr. 16-17/2012, Bonn, S. 53-57.*
bit.ly/antimuslimischer-rassismus
- 🌐 <http://portal-intersektionalitaet.de/startseite>
<http://www.i-paed-berlin.de/de/Wir/>
- 📺 *Intersectionality: Two blue crocodiles and the gap in the system (Englisch mit deutschem Untertitel)*
bit.ly/zwei-blaue-krokodile

Selbstbezeichnungen

- 🌐 www.quixkollektiv.org/glossar www.derbraunemob.de/faq

Empowerment/ Selbstorganisation von People of Color

- 🌐 *Heinrich Böll Stiftung (2013): Empowerment. MID-Dossier. Berlin.* bit.ly/dossier-empowerment
- 🌐 *Halil Can (2013): Empowerment aus der People of Color-Perspektive. Reflexionen und Empfehlungen zur Durchführung von Empowerment-Workshops gegen Rassismus.* bit.ly/empowerment-workshops
- 🌐 *Dossier »Asian Germany« der Heinrich Böll Stiftung* bit.ly/asian-germany

Debatte um Rassismus und sog. Deutschenfeindlichkeit

- 🌐 *Yasemin Shooman (2010): »Deutschenfeindlichkeit« – Was soll das sein? In: Mut gegen rechte Gewalt.*
bit.ly/deutschenfeindlichkeit

WAS IST ANTISEMITISMUS?

von Judith Rahner

1 Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (2017) bit.ly/bericht-unabhängiger-expertenkreis

2 von griechisch-lateinisch anti judaïos: »gegen Juden«

3 sog. Ritualmordlegende

4 bspw. die verhöhnende Darstellung von Jüd*innen als Schweine an der Stadtkirche St. Marien in Wittenberg

5 so z.B. Mahmud Abbas, Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, 2016 vor dem EU-Parlament bit.ly/applaus-für-antisemitismus

6 also dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft

Unter Antisemitismus werden alle Einstellungen und Verhaltensweisen verstanden, die den als Juden und Jüdinnen wahrgenommenen Menschen, Communities oder Institutionen negative Eigenschaften unterstellen. Antisemitismus meint die Feindschaft gegen Jüd*innen und kann sich als Hass gegenüber Jüd*innen ausdrücken. Es bezieht sich also auf die tatsächliche oder vermeintliche jüdische Herkunft von Menschen, Gruppen oder den Staat Israel – der als jüdischer Staat verstanden wird. Antisemitismus kann sich sehr unterschiedlich äußern, ist manchmal eindeutig und manchmal schwer zu entlarven. Das liegt vor allem daran, dass feindselige Meinungen gegen Jüd*innen oft versteckt und teilweise über Umwege kommuniziert werden. Man spricht dann von **latentem Antisemitismus**. Die letzten Studien haben gezeigt, dass jede*r Fünfte in Deutschland latent antisemitische Einstellungen hat.¹

Judenfeindliche Äußerungen sind aber auch klar erkennbar, etwa wenn »Du Jude« als Schimpfwort gebraucht oder Jüd*innen unterstellt wird, sie besäßen viel Geld und würden das weltweite Finanzsystem beherrschen. Antisemitische Einstellungen können auch in gewaltvolle Übergriffe auf Menschen oder Einrichtungen münden. Wenn sich Menschen die Tagespolitik oder das Weltgeschehen größtenteils antisemitisch erklären – also ein geschlossenes antisemitisches Weltbild haben – dann spricht man von **manifestem Antisemitismus**.

Formen von Antisemitismus

Judenfeindschaft und Antisemitismus treten in unterschiedlichen Formen auf: Manche sind Jahrhunderte alt und finden sich dennoch auch in gegenwärtigen antisemitischen Einstellungen: Den **Antijudaismus**², auch christliche Judenfeindschaft genannt, gibt es beispielsweise seit der Entstehung des Christentums. Als Antijudaismus wird die pauschale Ablehnung des Judentums aus überwiegend religiösen Motiven bezeichnet. Einige durch frühe Christ*innen verbreitete Gerüchte, wie z.B. die falsche Behauptung, Juden würden das Blut christlicher Kinder für die Herstellung von Brot verwenden³ oder sie würden Brunnen vergiften, führten im Mittelalter zu massiver Verfolgung und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Antijudaismus ist heutzutage in Deutschland eher selten anzutreffen, findet sich aber in Gemälden und Figurenschmuck von Kirchen und Rathäusern⁴ und ist bruchstückhaft in Argumentationen in Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt zu finden.⁵

Der **Moderne Antisemitismus** entstand im Kontext der industriellen Revolution⁶ im 18. Jahrhundert. Jüd*innen wurden für gesellschaftliche, soziale und ökonomische Veränderungen verantwortlich gemacht, die im Zuge der Moderne entstanden und als negativ und bedrohlich empfunden wurden. Antisemitische **Verschwörungserzählungen** dienten als einfache Erklärungen für komplexe Verhältnisse und wurden politisch instrumentalisiert: »Die Juden sind schuld«.



Von Protestanten initiierte »Stille Mahnwache« am 21. Juni 2017 auf dem Wittenberger Marktplatz (© Andreas Baumbach)



Denkmal für die ermordeten Juden Europas zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz in Berlin (© Davax [CC-BY-1.0])

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich – durch pseudowissenschaftliche Erkenntnisse befeuert⁷ der **Rassistische Antisemitismus**.⁸ Jüd*innen wurden als eigene »Rasse« kategorisiert und bekamen bestimmte, zumeist negative körperliche Merkmale und Charaktereigenschaften zugeschrieben. Er mündete im Völkermord an sechs Millionen Europäischen Juden – der Shoah⁹ – und damit dem größten Verbrechen an Jüd*innen in der Menschheitsgeschichte. Er findet sich heutzutage vor allem in einigen rechtsextremen¹⁰ und völkischen Gruppierungen.

Eine unmittelbare Folge der Shoah ist der **Sekundäre Antisemitismus**¹¹. Diese Form speist sich vor allem aus Scham- und Schuldgefühlen der deutschen (nicht-jüdischen) Tätergeneration und deren Nachfahren. Die Abwehrhaltung richtet sich auch gegen Wiedergutmachungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter*innen und Überlebende der Konzentrationslager. Sekundärer Antisemitismus bezichtigt Jüd*innen, sie würden aus der Shoah Profit schlagen. Manche gehen sogar soweit zu behaupten, dass der Holocaust nicht stattgefunden habe¹² oder die Jüd*innen daran selber Schuld tragen würden. Diese extremen Formen sind in Deutschland verboten, werden aber über das Internet weiterhin verbreitet. Aktuell ist diese Form des Antisemitismus wieder häufiger in rechtspopulistischen Bewegungen zu finden und wird auch von Politikern rechter Parteien offen vertreten.

Israelbezogener Antisemitismus ist ebenfalls eine Folge der Shoah und seit der Gründung des Staates Israel 1948 die aktuellste Form des Antisemitismus. Antisemitisches Denken wird hier in eine vermeintlich sachliche Kritik an israelischer Politik, Regierung oder dem Militär verpackt. Von Antisemitismus wird dann gesprochen, wenn das Existenzrecht Israels¹³ infrage gestellt oder Jüd*innen weltweit für die israelische Politik verantwortlich gemacht werden. Israelbezogener Antisemitismus liegt auch vor, wenn behauptet wird, dass die Israelis mit den Palästinensern heute das gleiche machen würden, wie die Nationalsozialisten mit den Juden.

Alltäglicher Antisemitismus

Ganz gleich um welche Form von Antisemitismus und welche religiöse Begründung – christlich oder islamisch – oder politische Einstellung – links oder rechts¹⁴ – es sich jeweils handelt: Antisemitismus ist kein abstraktes Phänomen oder eine längst überwundene menschenfeindliche Ideologie, sondern gehört zur traurigen Realität in Deutschland. Synagogen und Jüdische Kindergärten müssen durch Polizei geschützt werden, Jüdische Friedhöfe werden geschändet und täglich gehen bei Synagogen Drohbriefe oder antisemitische Hassmails ein.

Es gibt Regionen, Orte und Stadtteile, in denen Jüd*innen, die sich durch religiöse Symbole wie etwa die Kippa zu erkennen geben, mit massiven Bedrohungen und Diffamierungen konfrontiert werden. Aber

7 vgl. Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

8 Als Semiten wurden ursprünglich die Nachfahren des Sem, eines Sohnes des biblischen Noah bezeichnet. Ab dem 18. Jh. wurde unter Semiten eine Sprachfamilie verstanden (z.B. Arabisch, Hebräisch oder Aramäisch). In seiner explizit gegen Jüd*innen und Judentum gerichteten Bedeutung wurde »antisemitisch« ab 1880 von Antisemiten geprägt

9 Details zum Begriff bit.ly/holocaust-shoah

10 Glossar → Rechtsextremismus (S. 120 f.)

11 auch als »Antisemitismus wegen Auschwitz« bezeichnet

12 sog. Holocaustleugnung

13 Das Existenzrecht Israels bezeichnet den im Völkerrecht verankerten Anspruch Israels auf Fortbestand innerhalb international anerkannter Grenzen und Schutz vor existenzbedrohenden Angriffen, wie ihn alle 193 durch die Vereinten Nationen anerkannten Staaten haben

14 Glossar → Links, rechts? (S. 118 f.)



auch alltägliche, scheinbar unbedarfte oder sogar nett gemeinte Sprüche und vermeintlich harmlose Fragen können antisemitische Klischees reproduzieren oder schlichtweg verletzend sein.

Wer ist antisemitisch?

Es wird oft behauptet, dass antisemitische Einstellungen nur eine Randerscheinung seien und sich nur bei politisch oder religiös radikaleren Gruppierungen finden würde. Antisemitische Stereotype lassen sich jedoch in allen gesellschaftlichen Schichten und politischen, sozialen und religiösen Zusammenhängen antreffen und sind fest in der bundesdeutschen Alltagskultur verankert.

Sie sind auf Schulhöfen, in Gaststätten, bei Fußballspielen, bei Youtube, Facebook und Instagram zu finden. Es gibt zahlreiche Straßen oder Schulen in Deutschland, die nach ausgewiesenen Antisemiten benannt sind. Klischees über Jüd*innen finden sich auch dort, wo man sie nicht erwarten würde: in Schulbüchern, seriösen Zeitungen oder in beliebten Fernsehsendungen.¹⁵ Sie sind dort zwar kein durchgängiges Muster, können aber da wo sie auftreten die latent vorhandenen antisemitischen Vorurteile in der breiten Bevölkerung befördern. Antisemitismus ist ein Problem der Mitte der Gesellschaft und geht alle etwas an.

15 vgl. »Was ist Antisemitismus?«, (S. 112 ff.)

16 www.gender-und-rechtsextremismus.de

17 www.projekt-ju-an.de

Autor*inneninfo:

Judith Rahner studierte Gender-Studies, Musik- und Erziehungswissenschaften und ist Leiterin der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus¹⁶ bei der Amadeu Antonio Stiftung. Sie koordiniert zudem dort die ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit¹⁷. Sie ist seit vielen Jahren in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig, setzt dort zusammen mit Jugendlichen sowie unterschiedlichen Künstler*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Projekte gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsideologien um.



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

-  Argumentationshilfen gegen Antisemitismus www.nichts-gegen-juden.de
-  »ju:an«-Praxisstelle – antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit (2017): »Läuft bei dir« – Konzepte, Instrumente und Ansätze der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit. bit.ly/konzepte-jugendarbeit
-  Poster: »Läuft bei dir« -Pädagogisch Handeln gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bit.ly/plakat-laeuft-bei-dir
-  Amadeu Antonio Stiftung (2015): Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus. bit.ly/handreichung-israelbezogener-antisemitismus
-  European Union Agency for fundamental Rights (2013): Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten. Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Luxemburg. bit.ly/erhebung-antisemitismus-eu
-  WDR Dokumentation (2018): Gibt es Antisemitismus im deutschen Rap? bit.ly/antisemitismus-im-rap

WAS IST SOZIALDARWINISMUS?

von Zissi Sauermann (Mobile Opferberatung)

Ausgrenzung, Abwertung und Gewalt gegen sozial Schwächere, die zum Beispiel als »Schmarotzer« oder »Penner« herabgewürdigt werden, sind nicht von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen zu trennen. Deshalb soll im Folgenden geklärt werden, wo Sozialdarwinismus seine historischen Wurzeln hat, welche Denkweisen und Kontexte dahinterstehen und welche Verbreitung er heute findet.

Der historische Sozialdarwinismus

Als Vater des Sozialdarwinismus gilt der britische Sozialphilosoph Herbert Spencer (1820-1903). In seinem vom Evolutionsgedanken ausgehenden Gesellschaftsmodell prägte er die Leitbegriffe »Struggle for Existence« (»Kampf ums Dasein«) und »Survival of the Fittest«¹ (Überleben der am besten Angepassten). Der britische Naturforscher Charles Darwin (1809-1882) übertrug in seinem vielbeachteten Werk »Über die Entstehung der Arten« zentrale Begriffe Spencers auf seine biologische Evolutionstheorie²: So hatte er erkannt, dass die am besten an ihre jeweiligen Lebensbedingungen angepassten Pflanzen und Tiere im »Struggle for life« (Kampf ums Überleben) ihre Gene und Merkmale häufiger weitergeben, während die minder begünstigten Formen allmählich abnehmen. Diesen Mechanismus der natürlichen Auslese beschrieb Darwin als Grundprinzip der Entstehung der Arten. Damit stellte der studierte Theologe das bis dahin vorherrschende, von der biblischen Schöpfungsgeschichte geprägte Weltbild völlig in Frage.

Die Übertragung des biologischen Prinzips der natürlichen Auslese auf menschliche Gesellschaften beförderte somit eine bereits bestehende Argumentationsfigur, in der Darwin trotz wiederholter Distanzierung als wissenschaftliche Autorität bemüht wurde. Der von Spencer mitbegründete historische Sozialdarwinismus erklärte den Kampf zwischen Völkern, »Rassen« und Nationen zum Naturgesetz und zur zentralen Kraft des Fortschritts. Seine große Zeit erlebte er in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in vielen Ländern und allen politischen Lagern, von Sozialisten über Liberale bis hin zu Nationalsozialisten – wobei jede Strömung aus der Darwinschen Theorie herleitete, was sie für ihre Ziele nutzen konnte. Zunehmend wurden auch rassistische Denkmuster und völkisches Vormachtstreben mit Darwins Theorien verknüpft.

1 aufgrund der Mehrdeutigkeit des Begriffs »fittest« oft als Überleben der »Tüchtigsten« bzw. »Stärksten« fehlinterpretiert bzw. -übersetzt

2 abgel. vom lat. »evolvere« (entwickeln)

3 Erbgesundheitslehre zur »Verbesserung der menschlichen Rasse« (Francis Galton)

4 dt. Variante der Eugenik

5 altgr. »schöner Tod«

Sozialdarwinismus als Grundlage der Eugenik³

In Deutschland hatte der auch als »deutscher Darwin« bezeichnete Arzt und Zoologe Ernst Haeckel (1834-1919) durch seine populärwissenschaftlichen Schriften großen Einfluss auf die Verbreitung Darwinscher Ideen und deren sozialdarwinistischer Umdeutung. Er gilt als Wegbereiter der »Rassenhygiene«⁴ in Deutschland. Spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das Prinzip des »Survival of the fittest« als Begründung dafür herangezogen, dass sich eine Gesellschaft im »Überlebenskampf« Schwacher, Kranker und Behinderter entledigen müsse.

1905 wurde in Deutschland die Gesellschaft für Rassenhygiene gegründet, die sich u.a. für die Legalisierung eugenisch begründeter Sterilisationen einsetzte, um »erbkranken Nachwuchs« zu verhindern. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurde die Rassenhygiene offizielle Politik. Auf Grundlage des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« von Juli 1933, welches heute als erstes Rassegesetz des NS-Staates gilt, wurden bis 1945 etwa 400.000 Menschen zwangssterilisiert und 30.000 Abtreibungen erzwungen. Darauf aufbauend töteten die Nationalsozialisten im Rahmen ihres »Euthanasie-«Programms⁵ in Europa mindestens 300.000 Menschen, darunter tausende geistig oder körperlich behinderte Kinder, Patient*innen aus Heil- und Pflegeanstalten sowie psychisch kranke und arbeitsunfähige KZ-Häftlinge.




Straßenschild in Freiburg im Breisgau mit Erläuterung Umbenennung (© Andreas Schwarzkopf [CC BY-SA 4.0])

6 Zwangssterilisierte wurden fast ausnahmslos aus dem Bundesentschädigungsgesetz für Verfolgte des NS-Regimes ausgeschlossen

7 in Höhe von 5000 DM

8 auch als Sozialrassismus oder Klassismus bezeichnet

9  Glossar → Rechtsextremismus (S. 120 f.) → Extreme Rechte (S. 121 f.)

Nach 1945 wurden Opfer und Überlebende von »Euthanasie« und Zwangssterilisation weiter diskriminiert und stigmatisiert. Bis heute sind sie den anerkannten NS-Opfern nicht gleichgestellt.⁶ So konnten Zwangssterilisierte erst seit 1980 eine einmalige Entschädigung⁷ beantragen, Kinder Ermordeter seit 2002. Und erst 2011 beschloss der Deutsche Bundestag, einen Gedenk- und Informationsort für die Opfer der »Euthanasie«-Morde in Berlin zu errichten. Schließlich standen die Opfer von »Euthanasie« und Zwangssterilisation erstmals Anfang 2017 im Zentrum des jährlichen Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag.

Sozialdarwinismus heute

Heute ist Sozialdarwinismus eng mit dem vorherrschenden, neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verknüpft, welches auf freie, deregulierte Märkte, permanentes Wirtschaftswachstum und den Menschen als »Unternehmer seiner selbst« setzt. So basiert Sozialdarwinismus im Kern auf Vorstellungen, nach denen sich der Wert eines Menschen an seinem Nutzen bzw. seiner Effizienz für die Gesellschaft bemisst.

Unter Sozialdarwinismus werden somit menschenverachtende Positionen zusammengefasst, die (vermeintliche) Transferleistungsempfänger*innen und soziale Randgruppen – z.B. Wohnungslose, (Langzeit-) Arbeitslose, Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen, Suchtkranke oder (vermeintlich) Unangepasste – als Konkurrenz bei der Verteilung von staatlichen Mitteln und Privilegien betrachten und als für die Gesellschaft nutzlos und »minderwertig« abwerten.⁸

Während Suchtkranken oder Wohnungslosen dabei oft »Willensschwäche« und damit die alleinige Schuld an ihrer Situation zugeschrieben wird, werden Menschen mit von der Norm abweichenden Körpern oder sog. geistigen Behinderungen als »biologisch minderwertig« verstanden. Menschen, welche auf diese Weise reduziert werden, wird sowohl ein glückliches und erfülltes als auch ein für die Gesellschaft nützliches Leben abgesprochen. Zudem seien die angeblich »genetischen Eigenschaften« vererbbar und schwächen den »Volkskörper«. Werden solche Vorstellungen explizit politisch vertreten, gehen sie in der Regel mit extrem rechten Ideologien⁹ einher.



Gesellschaftliche Verbreitung




Wie weit sozialdarwinistische Einstellungen in der deutschen Gesellschaft verbreitet sind, wurde u.a. in der Langzeitstudie »Deutsche Zustände« (Heitmeyer 2002-2012) oder den »Mitte-Studien« (seit 2006) untersucht. So stimmten der Aussage »Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen« 9 Prozent der Befragten teilweise und 8,2 Prozent überwiegend oder völlig zu; dem Satz »Es gibt wertvolles und unwertes Leben« 5,7 bzw. 7,4 Prozent und der Aussage »Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen« 7,9 Prozent bzw. 7,6 Prozent (vgl. Zick u.a. 2016, S. 125).

Seit 2014 untersuchen Zick und Klein auch einen Zusammenhang zwischen »neoliberaler Normalität« und der Bewertung von Menschen nach reinen Kosten-Nutzen-Maßstäben. Es träten immer stärker Kriterien der Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund, die vermehrt zur Abwertung von ökonomisch schwächeren Bevölkerungsgruppen beitragen (vgl. Zick/Klein 2014, S. 103). So waren 11,7 Prozent der Befragten der Ansicht, »Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten« (Zick u.a. 2016, S. 178). Knapp ein Drittel der Befragten (31,6 Prozent) stimmte der Aussage zu, »bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden«. Der Aussage »Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen« stimmten sogar 60,6 Prozent zu (Zick u.a. 2016, S. 47).




ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

Erinnerungsarbeit gegen das Vergessen der Opfer der »NS-Euthanasie«

-  Gedenkstätte für die Opfer der NS-»Euthanasie« in Bernburg – eine der sechs Anstalten, in denen im Nationalsozialismus kranke und behinderte Menschen getötet wurden
www.gedenkstaette-bernburg.de
-  umfangreiche Website einer Angehörigen, u.a. mit vielen wertvollen Verweisen
www.euthanasie-gedenken.de
-  vertiefende Informationen zu den nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morden und ihren Opfern mit Newsblog www.t4-denkmal.de

Gesellschaftliche Situation von behinderten Menschen

-  *Aus Politik und Zeitgeschichte (23/2010): Menschen mit Behinderungen*
bit.ly/menschen-mit-behinderungen

Lebensumstände Wohnungsloser

-  Lucius Teidelbaum (2013): Sozialdarwinistische Zustände. Wohnungs- und Obdachlose als vergessene Opfer rechter Gewalt. In: Lotta #51 bit.ly/sozialdarwinistische-zustände



WAS IST ANTIROMAISMUS?

von Kathrin Krahel

1 Rom*nja und Sint*ezze sind unterschiedliche Gruppen; es gibt also keine Sinti- und Roma-Menschen. Für die männliche Einzahl wird Rom oder Sinto, für die weibliche Romni oder Sinteza verwendet

2 Sie gelten als die am längsten in Mitteleuropa lebende Gruppe in der Minderheit

3 Oberbegriff für Bevölkerungsgruppen mit Sprache Romanes und historisch-geographischer Herkunft vom indischen Subkontinent

4 von Selbstorganisationen auch als Gadjé-Rassismus bezeichnet, Gadjé/Gadsche sind Nicht-Rom*nja

5 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

6 Was ist Antisemitismus? (S. 106 ff.)

In Deutschland leben Angehörige der Minderheit der Sint*ezze und Rom*nja¹ unter unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen und in verschiedenen Lebensrealitäten. Beide Gruppen sind als nationale Minderheiten anerkannt. Sint*ezze² leben seit etwa sechshundert Jahren im deutschsprachigen Raum, zweihundert Jahre später folgten Rom*nja³. Zudem leben Rom*nja aus dem ehemaligen Jugoslawien hier, die als sog. Gastarbeiter in den 1970er Jahren in die BRD kamen, EU-Bürger*innen aus Rumänien und Bulgarien und Asylsuchende aus den Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens.

Rom*nja und Sint*ezze leben auf dem Land und in der Stadt, arbeiten auf dem Bau und in den Universitäten und Schulen, auf den großen Bühnen der Welt, in der Industrie und in der Altenpflege. Einige können nicht arbeiten, weil sie sich im Asylverfahren befinden. Rom*nja und Sint*ezze leben konservativ, liberal oder alternativ, eben wie alle Menschen.

Aber allen schlägt Antiromaismus⁴ entgegen, der spezifische Rassismus⁵ gegenüber Rom*nja und Sint*ezze. Sie werden mit dem Stigma des »Zigeuners« belegt, ihnen werden Kriminalität und Clanstrukturen zugeschrieben. Antiromaismus ist die strukturelle und institutionalisierte Diskriminierung von Sint*ezze und Rom*nja. Ein erschwerter Zugang zu Bildungseinrichtungen, zu Arbeit, guter Gesundheitsversorgung, Wohnen und Normalität sowie die andauernde Belegung mit Klischees gehören für viele Rom*nja zur Lebensrealität. Er ist tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelt und hat eine jahrhundertlange Tradition. Es gibt kaum Sensibilität, antiromaistische Diskriminierung wahrzunehmen und zu entlarven. Das führt dazu, dass sich viele Sint*ezze und Rom*nja nicht als solche zu erkennen geben oder sogar ihre eigene Herkunft verleugnen.

Historische Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung

Wie die Jüd*innen in der Shoah⁶ wurden auch Rom*nja und Sint*ezze rassistisch verfolgt und ermordet. Pseudowissenschaftliche und kriminalpolizeiliche rassistische Gutachten entschieden über die Zuordnung zum »Zigeunertum« und damit über Leben und Tod. Der Rassismus gegenüber Rom*nja und Sint*ezze



Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas am Simsonweg im Großen Tiergarten in Berlin (© OTFW)



hat und hatte immer auch eine sozialdarwinistische Dimension: Das Stereotyp erklärt Menschen zu Asozialen.⁷ Neben der Enteignung, Zwangssterilisation und Ghettoisierung wurden ab Februar 1943 Rom*nja und Sint*ezze in einen gesonderten Block nach Auschwitz deportiert. Daneben fielen sie vor allem Massakern und der »Partisanenbekämpfung«⁸ zum Opfer. Nur eine Minderheit überlebte den Nationalsozialismus.

Die rassistische Verfolgung und Ermordung, auch Porajmos genannt, wurde jedoch fast fünfzig Jahre lang tot geschwiegen. Das System der Ungleichbehandlung und Diskriminierung in staatlichen Institutionen existierte auch nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu ungebrochen weiter. Staatliche Stellen betrieben die erneute »Sondererfassung«: Rom*nja und Sint*ezze wurden als »asozial« und »kriminell« dargestellt, auch um Entschädigungszahlungen zu verhindern. So wurde versucht, die Verfolgung und Ermordung als rechters zu erklären, Rom*nja und Sint*ezze seien praktisch nicht rassistisch verfolgt gewesen, sondern für kriminelle Taten bestraft worden.

Erst in den 1980er Jahren erkannte die Bundesrepublik die nationalsozialistischen Verbrechen an den Sint*ezze und Rom*nja als Völkermord an. 1992 beschloss der Bundestag auf Druck von Menschenrechtsaktivist*innen die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Rom*nja und Sint*ezze Europas, das schließlich 2012 in Berlin eingeweiht wurde. Gedenkort in Erinnerung an die systematische Vernichtung werden jedoch regelmäßig geschändet oder zerstört.

Antiromaismus heute

»Geld für die Oma, statt für Sinti und Roma«, mit diesem Slogan warb die NPD in den Bundestagswahlkämpfen 2013 und 2017. Dabei wurden Sint*ezze und Rom*nja gezielt gegen sog. einheimische ältere Menschen in Stellung gebracht und ausgeblendet, dass hier auch Omas leben, die Sint*ezze oder Rom*nja sind. Dieser offene, völkische Rassismus verursachte wenig Widerstand und Empörung.

Die rassistische Fremdbezeichnung »Zigeuner« ist noch in vieler Munde: im Stadion, in der Oper, auf dem Schulhof oder im Restaurant als Schnitzel mit Sauce. Sie wird von den meisten Angehörigen der Minderheit abgelehnt, weil sie als rassistische Kategorie zu Verfolgung und Genozid im Nationalsozialismus diente. Aber auch die kitschigen Bilder vom Leben am Lagerfeuer mit Gitarre, ungezügelter Freiheit und Vagabundieren machen Rom*nja und Sint*ezze klein. Sie werden damit als das Gegenteil zur Zivilisation erzählt und so zu den Unzivilisierten gemacht.

Heute lebt Antiromaismus von der medialen und gesellschaftlichen Debatte um Betteln, Kriminalität und eine vermeintliche »Armutszuwanderung« aus Südosteuropa im Zuge der EU-Freizügigkeit seit 2007. Diese Umdeutung eines sozialen Problems auf ein vermeintlich ethnisch-kriminelles ist Teil des Stereotyps. Darüber, dass diese Zuwanderung für Deutschland vor allem profitabel war, weil die große Mehrheit der zugewanderten Rom*nja einer schlecht bezahlten Arbeit nachgeht, wurde kaum berichtet:

»Haben sie jemals von einer Roma-Juristin gehört? Von einem Roma-Banker? Von einer Roma-Historikerin? Von einem Roma-Reporter? (...) Nein. Warum nicht? Weil man in der Zeitung nur von Roma liest, die betteln und arm sind oder kriminell. Ich kenne eine Juristin. Einen Banker. Eine Historikerin. (...) Sie alle gehören zu meiner Familie. Sie alle sind Roma. Und wir alle müssen uns dafür schämen, Roma zu sein, weil die Medien und folglich die Menschen nur die sozial schwache Schicht (...) betrachtet und anstatt sie zu unterstützen mit dem Finger auf sie zeigt.« (Koller 2016)

Die soziale Absicherung von Roma ist miserabel, sie sind arbeitsrechtlich sehr schlecht geschützt. Immer wieder kommen Schikanen ans Licht, in denen Rom*nja durch Arbeitgeber*innen oder Vermieter*innen über den Tisch gezogen werden. Aber auch Abschiebungen sind aufgrund des gesetzlichen Konstrukts der »sicheren Herkunftsstaaten« eines der dringlichsten Probleme. Auch Kindern und Jugendlichen, die hier geboren wurden, drohen Abschiebungen nach Serbien, Mazedonien, Kosovo, Montenegro oder Bosnien und Herzegowina. Doch Rom*nja sind in diesen Staaten massiver Ausgrenzung und institutionellem Rassismus ausgeliefert. Eine Abschiebung endet meist in neuen rassistischen Anfeindungen, Verarmung und dem Ausschluss aus dem Sozialsystem. Die körperliche und psychische Gesundheit der Betroffenen steht damit zur Disposition.

7 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

8 Sint*ezze und Rom*nja kämpften in Ost- und Südosteuropa sowie in Frankreich als Partisan*innen in den nationalen Befreiungsbewegungen

Eröffnung Wanderausstellung »Vergiss die Photos nicht, das ist sehr wichtig – Verfolgung mitteldeutscher Sinti und Roma im Nationalsozialismus« am 4. Juni 2019 in Halle (Saale) (© HBS Sachsen-Anhalt), Details unter bit.ly/interview-ausstellung



Gesellschaftliche Verbreitung

Antiromaismus findet sich überall, er ist (meist) unwidersprochen salonfähig. Frauen, Männer, Arme, Reiche, Kinder, Alte und Jugendliche haben antiromaistische Stereotype verinnerlicht. Kein Klischee ist zu absurd, als dass es nicht verbreitet wird. Ein Wissen über die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Sint*ezze und Rom*nja ist in der Mehrheitsgesellschaft kaum vorhanden.

9 vgl. Decker u.a. 2016

Auch die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: 57,8 % der Mehrheitsgesellschaft hätten ein Problem damit, wenn sich Rom*nja und Sint*ezze in ihrer Gegend aufhielten. 49,6 % meinen, dass Rom*nja aus den Innenstädten verbannt gehören und 58,5 % sind der Meinung, dass Rom*nja prinzipiell zur Kriminalität neigten⁹.

10  www.weiterdenken.de/de/romarespekt

Autor*inneninfo:

Kathrin Krahel ist Soziologin und arbeitet bei Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen im Projekt RomaRespekt – Lokalrecherchen & Empowerment¹⁰. Sie arbeitet mit und in Solidarität mit Rom*nja und Sint*ezze gegen den Antiromaismus der Mehrheitsgesellschaft und unterstützt die Selbstorganisation in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Mittelpunkt der Arbeit ist die historisch-politische (außer-)schulische Jugendarbeit zu Rassismus. Das Projekt setzt starke (Eigen-)Bilder gegen rassistische Stereotype. Durch Forschung, politische Bildung und das Radio RomaRespekt werden historisches und gegenwärtiges Wissen, Meinungen und Haltungen zu Vergangenheit und Gegenwart hörbar gemacht. Rom*nja und Sint*ezze arbeiten im Projekt als selbstbestimmte und aktive Individuen, mit ihren Entwürfen und Selbstbildern durchbrechen sie stereotype Opferzuschreibungen. Die historischen Recherchen dienen der politischen Bildung und führen zu Sensibilisierung und einem egalitären Miteinander.



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

-  *Radio RomaRespekt*: Hier sprechen Sint*ezze und Rom*ja als Expert*innen ihrer Interessen, als Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, als Individuen mit selbstgewählten und komplexen Identitäten, als politisch aktive Kämpfer*innen für Respekt, Bürger*innenrechte und menschenwürdige Lebensbedingungen, als Menschen. www.weiterdenken.de/de/radio-romarespekt
-  *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung*. Schwerpunkt: Ausgrenzung, Stigmatisierung, Exotisierung. Urbane Lebenswelten von Roma, Nr. 64, Juli-September 2016. www.derive.at
-  *Hajdi Barz*: Mimans Geschichte. Handreichung zum Thema Gadjé-Rassismus. Pädagogisches Begleitmaterial zu vier Video-Modulen aus dem Dokumentarfilm *WITH WINGS AND ROOTS*. bit.ly/mimans-geschichte
-  *Kathrin Krahel und Antje Meichner (Hrsg.) (2016)*: Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Texte über Antiromaismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sintezze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien, Dresden. bit.ly/viele-kaempfe
-  *RomArchive*: ein selbstrepräsentatives und stetig wachsendes digitales Archiv für Kunst von Sint*ezze und Rom*nja sowie historische und wissenschaftliche Dokumente. <https://blog.romarchive.eu>



WAS SIND HOMO-, INTER UND TRANS*FEINDLICHKEIT?

von Michael Rogenz

Als Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit werden feindliche, stigmatisierende Einstellungen gegenüber Menschen bezeichnet, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder ihrer geschlechtlichen Identitäten angefeindet, beleidigt oder bedroht werden. Der Grund für diese Einstellungen ist, dass unsere Gesellschaft nach wie vor heteronormativ geprägt ist. Das bedeutet, dass unsere Gesellschaft es unhinterfragt als »normal« ansieht, dass das biologische Geschlecht (sex) auch automatisch das soziale Geschlecht (gender)¹ ist. Es wird damit überwiegend als normal empfunden, dass Menschen sich selbst immer entweder *ausschließlich* als Mann oder als Frau wahrnehmen und sich dann ausschließlich in das jeweils andere Geschlecht verlieben – daher das »hetero«² in heteronormativ. Menschen, bei denen dies nicht so ist, werden als normabweichend wahrgenommen.

Begrifflichkeiten hinterfragen

Immer noch sehr häufig werden in diesem Kontext die Begriffe Homo-, Inter- und Trans*phobie verwendet. Sie sind aber besonders innerhalb der Communities der Betroffenen stark umstritten. Die Probleme werden am Beispiel des Duden-Fremdwörterbuchs aus dem Jahr 2007 offensichtlich, wo Homophobie als »krankhafte Angst vor und Abneigung gegen Homosexualität« definiert wird. Homophobie wird somit als individuelle, pathologische Angst beschrieben, denn nichts weiter bedeutet der Begriff Phobie. Mit Verwendung des Begriffes werden homo-, inter- und trans*feindliche Täter*innen von Verantwortung freigesprochen, denn sie handelten aus Angst. Das ist aber falsch. Nicht Angst ist die zentrale Motivation, sondern Hass und/oder eine politische Agenda (z.B. bei Nazis). Um den gesellschaftlichen und politischen Kontext zu verdeutlichen sind deshalb eher die Begriffe Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit geeignet.

Somit wird klar, dass Homo-, Trans*- und Interfeindlichkeit kein individuelles Verhalten oder gar eine Angststörung eines Täters ist, sondern ein gesellschaftliches Problem, das Menschen in normal und anders, eigen und fremd einteilt. Entlang dieser Einteilung werden bestimmte Gruppen, wie etwa homosexuelle Menschen, von gesellschaftlichen Ressourcen ausgeschlossen und heterosexuelle Menschen privilegiert. Dies wird von einigen politischen Strömungen auch zu ihrem eigenen Vorteil genutzt (z.B. Rechtspopulisten³ oder Nazis). Gewalttätige Angriffe auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Trans*, Intersexuelle und Queer*⁴ – kurz LGBTTIQ*⁵ – stellen dabei eine extreme Form der Homo-, Inter-, und Trans*feindlichkeit dar.



1 Das Begriffspaar nimmt die Veränderbarkeit von Geschlecht und damit soziale Prozesse in den Blick, die Geschlechterrollen und -identitäten sowie das Geschlechterverhältnis konstruieren und so zur Strukturierung und Hierarchisierung des Alltags beitragen

2 heteros (griechisch): der andere, ungleich

3 Glossar → Rechtspopulismus (S. 123)

4 LGBTTIQ kurz erklärt bit.ly/lgbt-glossar

5 Der Stern dient als Platzhalter für ein breites Spektrum an Identitäten und Lebensweisen, die sich (auch) hinsichtlich ihres biologischen und/oder sozialen Geschlechts nicht verorten (lassen) wollen

Aktion von lambda:bb für ein queeres Jugendzentrum in Berlin am IDAHO(T), 2012
(© Steffi Wiegand)

Verfolgung mit langer Geschichte

6 siehe auch Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

7 siehe z.B. Zusammenstellung des Lesben- und Schwulenverbandes bit.ly/lsvd-aktuelle-umfragen oder Zusammenfassung Studie zu Gewalt und (Mehr-fach-)Diskriminierungen von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans*Men-schen (2012) bit.ly/les-migras-zusammenfassung

Die Verfolgung homosexueller Menschen hat eine lange und tragische Geschichte, die sich an unterschiedlichen Orten und Zeiten jeweils unterschiedlich ausgedrückt hat. Für den bundesdeutschen Kontext ist besonders der § 175 zu nennen, der bereits 1871 im Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches »beischlaf-ähnliche Handlungen« zwischen Männern unter Strafe stellte. Im Nationalsozialismus wurde er deutlich verschärft und schwule Männer systematisch verfolgt. Viele starben im Konzentrationslager. Lesbische Frauen wurden als sogenannte Asoziale verfolgt⁶ und als solche ebenfalls in Konzentrationslager deportiert. Auch Trans* und Inter*-Personen wurden verfolgt. Ihnen drohten Konzentrationslager, Zwangseinweisung in die Psychiatrie und Kastration.

Die BRD hat nach Ende des Nationalsozialismus den § 175 unverändert in das Strafgesetzbuch übernommen. Etwa 50.000 Männer wurden noch nach ihm verurteilt. In der DDR wurde mit dem § 151 eine ältere und schwächere Form des § 175 übernommen. Während im Jahr 1957 dieser Paragraph in der DDR faktisch außer Kraft gesetzt und Homosexualität unter Erwachsenen so gut wie nicht mehr verfolgt wurde, entschied im selben Jahr das Bundesverfassungsgericht der BRD, dass der Gesetzestext demokratietauglich – weil nicht genügend nationalsozialistisch – ist. Er blieb also bestehen. In der BRD wurde § 175 erst 1993 abgeschafft. Eine Rehabilitierung und Entschuldigung bei den Betroffenen gelang erst 2017.

Mobbing und Gewalt

In vielen Ländern können LGBTTIQ* auch heute noch nur versteckt leben und sind gezwungen, einen bedeutsamen Teil ihrer Identität zu verleugnen, was zu massivem psychischen Stress führt. In einigen Ländern müssen sie mit langen Haftstrafen rechnen, teilweise sogar mit der Todesstrafe. Aber auch in Deutschland geben viele Menschen an, sich am Arbeitsplatz und auf der Straße (z.B. durch Händchenhalten) aus Angst vor negativen Reaktionen nicht zu outen. Studien dazu werden beispielsweise vom LSVD (Lesben- und Schwulenverband Deutschland), LesMigras sowie von anderen nationalen und internationalen Lobby- und Selbstorganisationen regelmäßig durchgeführt.⁷

Oftmals wird sich in der Öffentlichkeit und im Freund*innen- oder Bekanntenkreis über LGBTTIQ* lustig gemacht. An Orten, an denen es wie beispielsweise im Sport besonders viel Konkurrenz gibt und sich Menschen ihre »Normalität«, ihr Dazugehören, stets beweisen müssen, ist das besonders deutlich. Schulen sind ebenfalls solche Orte und »schwule Sau«, »Lesbe«, »Freak« (z.B. für Trans* und Inter-Personen) sind Beispiele besonders häufig anzutreffender Schimpfworte, die bei LGBTTIQ*-Jugendlichen oft Angst und Verzweiflung auslösen. So wachsen Menschen damit auf, dass LGBTTIQ*-Identitäten etwas Unnormales und Schreckliches seien. Wer dazu gehören will, darf nicht anders sein. Direkte Folgen sind oftmals Mobbing und Gewalt gegenüber LGBTTIQ*-Jugendlichen.

Transgeneraler CSD 2012 in Berlin (© PM Cheung)





Die Sorge um Akzeptanz und Solidarität

Dem entsprechend gibt es oft auch wenig Unterstützung von Freund*innen und Bekannten, die als Cis*-Heteros das Erleben nicht nachfühlen können und sich oftmals aus Sorge um ihre eigene Anerkennung nicht solidarisch mit den Gemobbten oder Angegriffenen zeigen. Doch auch von Erwachsenen ist nicht immer Unterstützung zu erwarten: Viele LGBTTIQ*-Jugendliche, insbesondere Trans*- und Inter-Jugendliche, geben an, dass selbst Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen bei Diskriminierungen nicht immer intervenieren, dass sie Diskriminierung gegen LGBTTIQ* aus dem Elternhaus kennen oder die Eltern Ihre Kinder nicht als »transsexuell« oder »lesbisch« anerkennen wollen.

Zudem kennen nur wenige LGBTTIQ*-Jugendliche Erwachsene, die nicht Cis-Hetero sind aus ihrer Familie oder ihrem nahen Umfeld. Das Fehlen von Vorbildern oder Bezugspersonen erschwert ein coming-out ebenso wie das Gefühl, dass Eltern und Familie »selbstverständlich« annehmen, das eigene Kind sei heterosexuell und cis. Für LGBTTIQ*-Jugendliche wirft das die Frage auf, ob sie auch nach einem coming-out akzeptiert, gemocht und geliebt werden. Dies gilt nicht nur für die Familie, sondern auch für Freund*innen und Bekannte, Mitschüler*innen, Kolleg*innen. Wird homo-, inter- oder transfeindlichen Handlungen oder Äußerungen in Schulen, an Arbeitsplätzen, in der Feuerwehr oder dem Reitverein nicht konsequent entgegengetreten, bleiben sie Angsträume für LGBTTIQ*-Personen.


8 lat. für »diesseits«; so werden Menschen bezeichnet, die sich mit dem ihnen bei der Geburt zugeordneten Geschlecht (sex) identifizieren


Autor*inneninfo:


Michael Rogenz ist Sozialarbeiter und arbeitet in verschiedenen Organisationen der Jugend(verbands)- und der internationalen Jugendarbeit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, geschlechterreflektierende sowie antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit. Zudem hat er verschiedene Lehraufträge an der Hochschule Hannover. Er studiert seit 2016 Angewandte Sexualwissenschaften mit dem Schwerpunkt auf Sexualpädagogik.





ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

- 

Heinz-Jürgen Voß (2018): *Geschlecht – Wider die Natürlichkeit*, 4. Aufl., Stuttgart: Schmetterling Verlag/Reihe theorie.org. Der Autor beschreibt knapp und leicht verständlich, wie unser Verständnis von sexueller Orientierung und Körpern gesellschaftlich geprägt ist. Dabei lässt er viele LGBTTIQ-Selbstorganisationen zu Wort kommen und erklärt die Wirkungsweisen von Homo-, Inter- und Trans*phobie.
- 

Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hrsg.) (2016): »Ich hab mich normal gefühlt, ich war ja verliebt, aber für die andern ist man anders«. *Homo- und Trans*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern*. In dieser Expertise berichten LGBTTIQ*-Personen aus dem ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern über ihre Diskriminierungserfahrungen, aber auch von Widerständigkeit und Gegenstrategien. Ein Schwerpunkt liegt hier auf Erfahrungen aus der Schule.
bit.ly/homo-und-transfeindlichkeit-mv
- 

Édouard Louis (2015): *Das Ende von Eddy*. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag. In diesem autobiographischen Roman berichtet der Autor in teilweise sehr drastischen Bildern von seiner Jugend als schwuler Teenager in einem französischen Dorf und seinem Weg in ein anderes Leben.
- 

Bundesverband Trans* e.V. (2016): *Wie ein grünes Schaf in einer weißen Herde. Lebenssituationen und Bedarfe von jungen Trans*-Menschen in Deutschland*. Berlin: Selbstverlag. In dem Forschungsbericht berichten Trans*-Jugendliche über ihre Lebenssituation, Diskriminierung und Widerständigkeit.
bit.ly/wie-ein-grünes-schaf
- 

Ika Elvau (2014): *Inter*Trans*Express – eine Reise an und über Geschlechtergrenzen*. Münster: edition assemblage. In Kurzgeschichten, Gedichten und Zeichnungen berichtet Ika Elvau über persönliche Erfahrungen, Widerstand und Selbstverortung und macht damit Inter*perspektiven sichtbar.

GLOSSAR

Rechts, rechtsextrem, rechtspopulistisch?

Zur näheren Beschreibung bestimmter politischer Ausrichtungen oder Akteur*innen wird oft mit Begriffen wie rechtskonservativ, rechtsnational, rechtsradikal, rechtsextrem oder rechtspopulistisch gearbeitet. Diese Bezeichnungen werden jedoch keineswegs einheitlich verwendet. So gibt es in medialen, politischen oder wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Debatten eine Vielzahl unterschiedlicher Begriffsverständnisse. Was hier als Rechtsextremismus gefasst wird, kann dort als Rechtspopulismus bezeichnet oder anderswo gar als legitime Position wahrgenommen werden. Zudem werden die genannten Begriffe für Organisationen, Parteien und Einzelakteur*innen ebenso verwandt wie für bestimmte Aussagen oder Einstellungen, obwohl sich letztere in Teilen auch bei vielen Menschen finden lassen, die mit den betreffenden Organisationen und deren Aktivitäten nichts zu tun haben oder sich selbst politisch »in der Mitte« oder »links« verorten. Deshalb sollen einige der zentralen Begriffe im folgenden Glossar kurz näher erläutert werden.

LINKS, RECHTS?

1 alle, die nicht zu den privilegierten Ständen Adel (1.) und Geistlichkeit (2.) gehörten, z.B. Bauern, Handwerker oder Tagelöhner

2 Versammlung der drei Stände

3 1814 – 1830

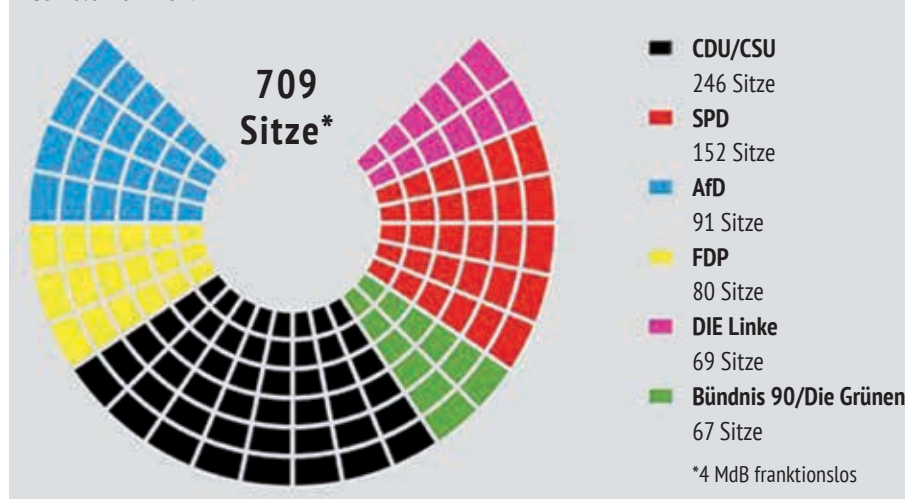
4 Königstreue/ Monarchisten

Die Tradition, politische Ideen, Bewegungen und Parteien nach den Positionsbezeichnungen »links« und »rechts« einzuordnen, wurzelt im vorrevolutionären Frankreich und ergab sich eher zufällig. Der so genannte Dritte Stand, also die Vertretung des Bürgertums¹, saß in den im Mai 1789 von König Ludwig XVI einberufenen Generalständen² links. Während der Restaurationszeit³ positionierten sich (Ultra-)Royalisten⁴ in der französischen Abgeordnetenkammer rechts außen, während die Republikaner äußerst links saßen.

Seitdem steht die politische Rechte meist für *Konservatismus*, also das Bewahren bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse, die Linke für Reform oder Revolution, also das Verändern der Verhältnisse. Eine andere, idealtypische Unterscheidung – etwa für das späte deutsche Kaiserreich, die Weimarer Re-

Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag

Stand: Januar 2019



publik und die Gegenwart – ist die nach der Bedeutung des Sozialen für die Linke bzw. des Nationalen für die Rechte. Noch heute sitzen im Plenum des Deutschen Bundestags die Abgeordneten der Linken, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen aus Sicht des Bundestagspräsidenten links; die der AfD wurden nach ihrem Einzug in den Bundestag 2017 ganz rechts platziert.



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

📺 Stör/Element (Folge 3, 2016): Politische Ideologien – Was bedeutet links/rechts und woher kommt das? bit.ly/was-bedeutet-links-rechts

DER STAATLICHE EXTREMISMUSBEGRIFF

Der Extremismusbegriff wurde maßgeblich von staatlichen Institutionen, vor allem dem Bundesgerichtshof und den Verfassungsschutzbehörden geprägt. So unterscheiden letztere seit den 1970er Jahren »Radikalismus« von »Extremismus« und lehnen sich dabei an frühere Urteile des Bundesverfassungsgerichts an.⁵ »Extremistisch« sind danach Aktivitäten, die auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) abzielen, also im Kern staatsfeindlich sind. Demgegenüber sei »Radikalismus« zwar auch eine »zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise«, die gesellschaftliche Probleme »von der Wurzel her«⁶ bearbeiten wolle. Generelle Zweifel an der Struktur der hiesigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und Bestrebungen zu grundsätzlichen Veränderungen würden aber als legitim angesehen, solange die Grundprinzipien der Verfassung anerkannt werden.⁷ In der Praxis sind diese Definitionen nicht trennscharf, worauf nicht zuletzt die von manchen als willkürlich kritisierte Beobachtungspraxis der Behörden verweist.⁸

5 in den Verbotsverfahren gegen die nationalsozialistische Sozialistische Reichspartei (SRP) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1952 bzw. 1956

6 lateinisch radix

7 vgl. bit.ly/verfassungsschutz-glossar-extremismus

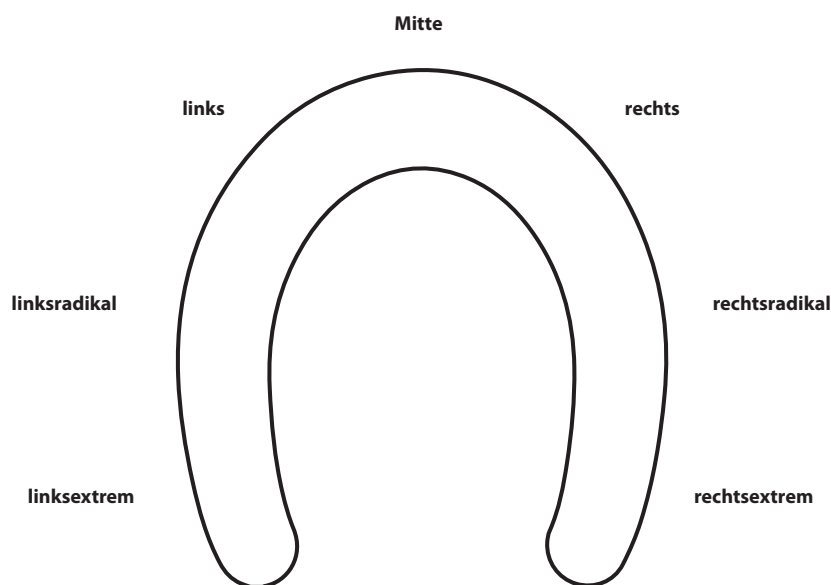
8 vgl. u.a. Jentsch 2012

9 wie den Politikwissenschaftlern Eckhard Jesse, Uwe Backes oder Armin Pfahl-Traugher

10 vgl. Pfahl-Traugher 2009/2010, S. 65

11 vgl. u.a. Jaschke 1991; Wippermann 2002; Butterwegge 2009/2010; Forum für kritische Rechtsextremismusforschung 2011; Stöss 2013; Virchow 2016

12 im Sinne einer politischen Lehre



Grafik © MOB

Die Extremismusformel findet vor allem bei verfassungsschutznahen Autoren⁹ Verwendung. Die antidemokratischen Kräfte innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates werden als in den Extremismus radikalisierte Enden des politischen Spektrums vorgestellt, welche sich gegen eine konstruierte »demokratische Mitte« richteten – verbildlicht im Hufeisen.¹⁰

Diese Konstruktion ist in den Sozialwissenschaften höchst umstritten.¹¹ Sie verdecke, dass problematische, dem Rechtsextremismus zugeordnete Einstellungen in allen Teilen der Gesellschaft verbreitet sind, auch und gerade in ihrer »Mitte«. Zudem sei die Gleichsetzung von Ideologien der Ungleichwertigkeit der extremen Rechten mit den Gleichheitsidealen der politischen Linken unzulässig. In der wissenschaftlichen Forschung bleibt dieser Ansatz vor diesem Hintergrund weitestgehend unberücksichtigt.

Nichtsdestotrotz erscheint die »Extremismusklinik«¹² in Politik und Gesellschaft allgegenwärtig – mit weitreichenden Folgen für all diejenigen, die von polizeilichem Staatsschutz und Verfassungsschutz als

Linksextremisten und damit (vermeintliche) Staatsfeinde kategorisiert werden, beispielsweise im Hinblick auf eine Ablehnung institutioneller Förderung, die Aberkennung von Gemeinnützigkeit, den Ausschluss aus Gremien oder die Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts.



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

- 🌐 *Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (INEX) (29.04.2008):* Gegen jeden Extremismusbegriff. Linke, antifaschistische Politik und Kultur sind nicht »extremistisch«, sondern extrem wichtig!
bit.ly/gegen-jeden-extremismusbegriff
- 🌐 *Richard Stöss (2015):* Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften. In: Bundeszentrale für politische Bildung bit.ly/kritik-extremismuskonzept

RECHTSEXTREMISMUS

In der Fachwelt wird der Begriff Rechtsextremismus übereinstimmend als Sammelbegriff für Ungleichwertigkeitsvorstellungen und die Ablehnung demokratischer Werte verstanden. Jedoch ist die Frage nach den konkreten Elementen und Dimensionen des Rechtsextremismus Gegenstand anhaltender Diskussionen.

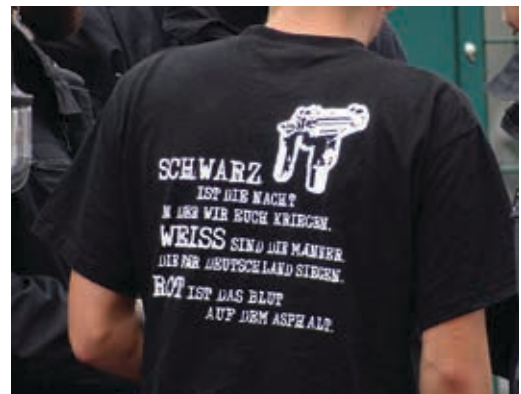
Rechtsextremismus als Einstellungsmuster

13 📍 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

14 📍 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

15 vgl. u.a. Heitmeyer 1992, S. 206

Erst in 1980er Jahren gab es erste Versuche, die Verbreitung des Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene zu bestimmen – allerdings zunächst auf Grundlage unterschiedlicher Definitionen und Messmethoden. Breit rezipiert wurde das Konzept des Soziologen Wilhelm Heitmeyer, der neben einer Ideologie der Ungleichwertigkeit – u.a. manifestiert über Nationalismus, Rassismus¹³ und das Recht des Stärkeren¹⁴ – Gewaltakzeptanz als Mittel politischer und alltäglicher Auseinandersetzung als zweites Grundelement rechtsextremer Ideologie sowie zentrale Brücke von der Einstellungs- zur Handlungsebene beschrieb.¹⁵



Zur Vereinheitlichung und besseren Vergleichbarkeit der Einstellungsforschung erarbeite eine Gruppennamhafter Sozialwissenschaftler*innen¹⁶ 2001 eine sog. Konsensdefinition¹⁷. Darin wird Rechtsextremismus als Einstellungsmuster mit sechs Dimensionen beschrieben, in denen sich die Ungleichwertigkeitsvorstellungen äußerten: Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus, chauvinistische, antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.¹⁸ Allerdings sind die Kriterien für eine Einstufung bestimmter Einstellungsmuster als »rechtsextrem« sowie dafür, wann von einem sog. geschlossenen rechtsextremen Weltbild ausgegangen wird auch in neueren, auf dieser Definition basierenden Studien uneinheitlich.


16 darunter Elmar Brähler, Karl Schmitt, Richard Stöss und Bettina Westle

17 Der gemeinsam entwickelte Fragebogen wird u.a. seit 2002 in den Leipziger »Mitte«-Studien sowie dem »Sachsen-« und »Thüringen-Monitor« eingesetzt

18 Decker/ Brähler 2006, S. 20

19 Fokus auf dem Agieren gegen den Rechtsstaat

20 Jaschke 2001, S. 30

21  Glossar → Rechtsextremismus als Einstellungsmuster (S. 120 f.)

22 vgl. Minkenberg 1998

23 vgl. u.a. Hüttmann 2012


Rechtsextremismus als politische Ideologie und soziale Bewegung

Der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke entwickelte 2001 – auch in kritischer Abgrenzung zum Begriffsverständnis des Verfassungsschutzes¹⁹ einerseits und Heitmeyers andererseits – eine bis heute weithin akzeptierte Definition. Unter Rechtsextremismus ist danach »die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen« zu verstehen, »organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen«.

Damit nimmt er sowohl die Einstellungs- als auch die Handlungsebene in den Blick, wobei sein Fokus vor allem auf politisch-ideologischen Positionen liegt, welche zugleich eine Handlungsdimension beinhalten: »Unter »Rechtsextremismus« verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen.«²⁰ Zudem verweist er auf den kausalen Zusammenhang zwischen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und rechtsextremen Ausprägungen, lässt aber – im Gegensatz zu Heitmeyer²¹ – den Aspekt der Gewaltakzeptanz und -bereitschaft unberücksichtigt.



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN


 Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Was ist Rechtsextremismus?
bit.ly/rechtsextreme-ideologie

EXTREME RECHTE

Während einige Autor*innen versuchen, den Begriff Rechtsradikalismus als Alternative zum kritisierten Extremismusbegriff zu etablieren²², versuchen sich andere mit den Begriffen extreme Rechte bzw. extrem rechts zu behelfen. Argumentiert wird u.a. damit, dass hier nicht »Extremismus« den primären Bezugsrahmen bildet, sondern eine weiter zu fassende politische Rechte, welche im Kern die Ideale von Gleichheit und Freiheit ablehnt.²³



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

 Jörn Hüttmann (2012): Extreme Rechte – Potentiale und Grenzen einer Begriffsalternative. in: Antifaschistisches Infoblatt 95/2012 bit.ly/begriff-extreme-rechte-potentiale-und-grenzen

GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT UND IDEOLOGIE DER UNGLEICHWERTIGKEIT

24 zur Untersuchung der Frage, »wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen von der Mehrheit wahrgenommen werden und mit feindseligen Mentalitäten konfrontiert sind« (Küpper 2011, S. 3)

25 Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird nicht nur eine, sondern weitere benachteiligte Gruppen abgewertet

26 Ideologien sind Glaubenssätze und Weltanschauungen, die als vermeintliche, offenkundige Wahrheiten erscheinen und den Blick auf die Welt prägen und steuern (vgl. Küpper 2016, S. 25)

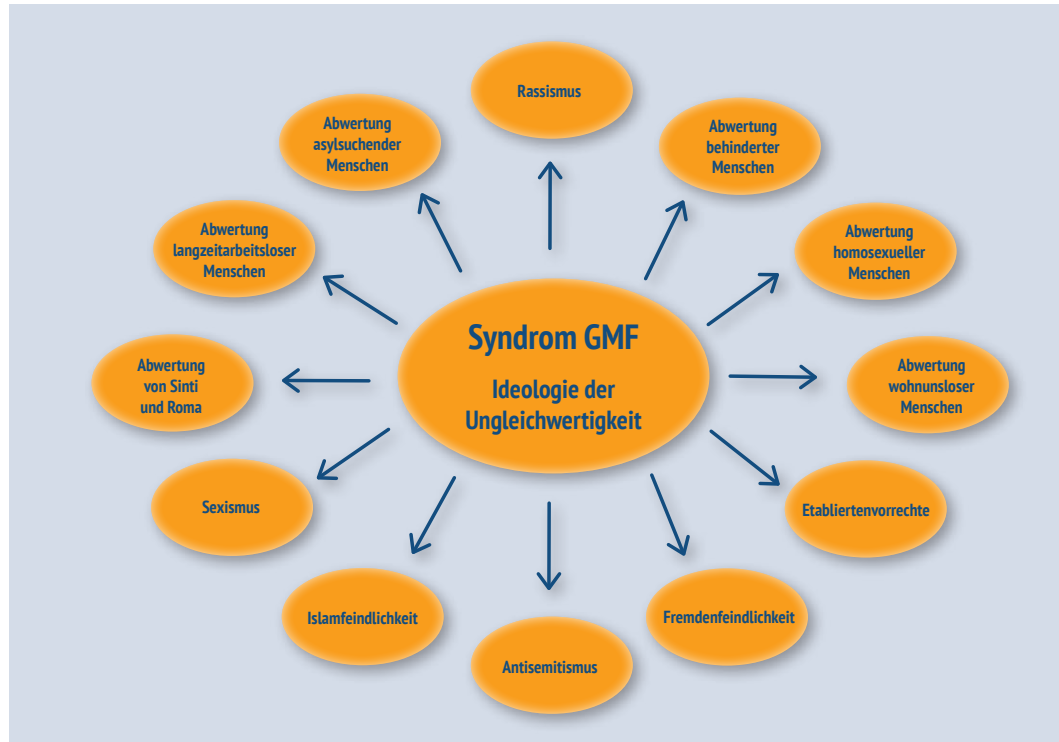
27 Was ist Antisemitismus? (S. 106 ff.)

28 Was ist Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

29 Was ist Antirassismus? (S. 112 ff.)

30 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

Häufiger wird inzwischen auch der Begriff der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« (GMF) verwendet, der von dem Soziologen Wilhelm Heitmeyer und seinem Team am Institut für interdisziplinäre Gewalt- und Konfliktforschung der Universität Bielefeld im Rahmen der Langzeituntersuchung »Deutsche Zustände« (2002 bis 2012)²⁴ eingeführt wurde. Der Sammelbegriff GMF beschreibt abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, die als irgendwie »fremd«, »anders« oder »unnormale« etikettiert und als ungleichwertig angesehen werden.



Grafik © MOB

Aufgrund des vielfach empirisch belegten Zusammenspiels von Vorurteilen²⁵ spricht Heitmeyer von einem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Den gemeinsamen Kern bilde eine Ideologie²⁶ der Ungleichwertigkeit mit mehreren, eng miteinander zusammenhängenden Elementen: ethnischer Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und die Befürwortung von Etabliertenvorrechten für Alteingesessene im Vergleich zu Menschen mit Migrationsgeschichten, Antisemitismus²⁷, Sexismus, Homophobie²⁸ sowie die Abwertung von Geflüchteten, Muslim*innen, Sinti und Roma²⁹, Behinderten, Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen.³⁰



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

Beate Küpper (2016): Ideologien der Ungleichwertigkeit und das Syndrom der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Ideologien der Ungleichwertigkeit, Band 42, S. 21-35. bit.ly/broschüre-ideologien-ungleichwertigkeit

Beate Küpper/Andreas Zick (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung bit.ly/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit

RECHTSPOPULISMUS

Während der Begriff Rechtspopulismus von einigen Autor*innen lediglich auf den Einsatz rhetorischer Mittel oder einen politischen Stil reduziert wird, der zur Mobilisierung von Anhänger*innen gezielt Resentiments verbreitet, sprechen andere von einer eigenständigen Ideologie mit zentralen Botschaften und spezifischen Stilmitteln.

Die Kategorisierung einer Partei als rechtspopulistisch allein reiche nicht für deren politische Verortung aus, könne aber verbindende Merkmale und Wirkungen unterschiedlicher rechter Parteien und Strömungen verstehen und beschreiben helfen, so der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler.³¹ Der Soziologe Fabian Virchow spricht von einem »weltanschaulichen Nahverhältnis« mit der extremen Rechten.³² Allerdings seien rechtspopulistische Akteur*innen in ihrer Ideologieform weniger geschlossen und flexibler, es fehle der aggressive Antisemitismus und sie betrieben seltener Fundamentalopposition.³³

Im Mittelpunkt stehen der vermeintliche Gegensatz zwischen angestammter Bevölkerung und einer als korrupt und volksfeindlich kategorisierten Elite einerseits sowie die Konstruktion externer Bedrohungen (»der Islam«, die »EU«, Geflüchtete) andererseits. Dementsprechend beinhaltet die rechtspopulistische Ansprache Zugehörigkeits- und Feindbildangebote (»Wir« gegen die »Die Anderen«) unter Ausschluss von sozialen Minderheiten. Charakteristisch sind zudem das Berufen auf christliche Traditionen sowie ein autoritäres Gesellschaftsverständnis.³⁴

31 vgl. Häusler 2017

32  Glossar → Extreme Rechte (S. 121)

33 Virchow 2016 (S. 19)

34 ebd.

35 Zick u.a. 2016 (S. 165)





Sticker der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) Salzburg (© Andreas Issleib [CC BY-NC-ND 2.0])

Eine zunehmende Bedeutung im Rechtspopulismus haben mittlerweile auch Ideen und Ideologien der Neuen Rechten. Neurechte Vorstellungen von »Identität« und »Widerstand« haben teilweise offen rechtsextreme, aber in ihrer Ausdrucksweise überholte Ideologiefragmente abgelöst. So fungierten »PEGIDA und maßgebliche Teile der AfD ... wie Steigbügelhalter für die Ideologie der Neuen Rechten.«³⁵



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERLESEN

 *Debatte:* Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei? In: Bundeszentrale für politische Bildung bit.ly/debatte-afd-rechtspopulismus

 *Amadeu Antonio Stiftung (09.04.2008):* Wer ist die »Neue Rechte«? In: Belltower News bit.ly/neue-rechte

 *Martin Steinhagen u.a. (26.04.2017):* Identitäre Bewegung. Die Scheinriesen. In: ZEIT ONLINE bit.ly/identitaere-bewegung-die-scheinriesen

 *Jäger und Sammler (23.10.2017):* AfD und Identitäre Bewegung: verbotene Liebe in Halle? bit.ly/afd-und-ib-verbotene-liebe



WARUM ERINNERN?

von Zissi Sauermann


»Es ist dieselbe Gesinnung, derselbe Hass und dieselbe Niedertracht, die uns unsere geliebten Mütter, Väter, Kinder, Schwestern und Brüder entrissen und uns ins Unglück gestürzt hat. Es ist der Rassismus, der so viele Menschen getötet hat und der auch heute noch tötet. Die gleiche Kälte und Ohnmacht, die wir spüren mussten und müssen, die gleiche Verzweiflung, allein und machtlos zu sein.«

1  bit.ly/bejarano-möllner-rede-2017


(Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano zur Möllner Rede im Exil im November 2017)¹

2 siehe auch  Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.) und  Was ist Antirassismus? (S. 112 ff.)


An Todesopfer rechter Gewalt zu erinnern ist leider immer noch keine Selbstverständlichkeit. Auch das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, welches in Deutschland mittlerweile fest verankert zu sein scheint, musste lange erkämpft und der Gesellschaft von Überlebenden, Angehörigen und ihren Unterstützer*innen abgerungen werden.²

3  Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

Rechte Gewalt³ wird häufig als Randphänomen⁴ gesehen, das mit der demokratischen post-NS-Gesellschaft nichts zu tun hätte. Und während die tödliche Dimension rechter Gewalt in Deutschland weiterhin klein gerechnet wird⁵, werden der gesamtgesellschaftliche Rassismus oder die Marginalisierung gesellschaftlicher Minderheiten ausgeblendet und ganze Betroffenenengruppen unsichtbar gemacht. Noch viel zu oft stehen die Täter*innen und nicht die Hinterbliebenen, Überlebenden und Betroffenen rechter Gewalt im Mittelpunkt des medialen Interesses. In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch das Gedenken und Erinnern an Todesopfer rechter Gewalt bis heute.

4 siehe auch  Glos-sar → Der staatliche Extremismusbegriff (S. 119 f.)

Entpolitisierung und Entkontextualisierung rechter Gewalt

5 vgl.  Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

So wie es eine gerade in jüngster Zeit dramatisch sichtbar werdende Kontinuität des rechten Denkens und Handelns in Deutschland gibt⁷, so gibt es auch Kontinuitäten des gesellschaftlichen, politischen und justiziellen Umgangs mit den Taten, Opfern und Betroffenen rechter Gewalt. Sie reichen von einer Verharmlosung und Entpolitisierung, Schuldabwehr, Kriminalisierung und Täter-Opfer-Umkehr bis hin zu unzureichender Strafverfolgung. Noch viel zu oft stehen statt Empathie und Solidarität mit Hinterbliebenen und Betroffenen Standortlogiken im Vordergrund. So wird nach rechten Gewalttaten gern besonders betont, wenn Täter*innen nicht aus dem Ort kommen. Politisch Verantwortliche klagen immer wieder über eine vermeintlich ungerechtfertigte Stigmatisierung und damit verbundene Imageschädigung für die Stadt oder die Region, welche die öffentliche Aufmerksamkeit für die Taten mit sich brächten.

6 Der Anteil direkt beteiligter Frauen bei rechten Gewalttaten liegt bei etwas über zehn Prozent (vgl. Kleffner 2014, S. 56 f.)

Auch gezielte rechte Überfälle werden in vielen Fällen als »Auseinandersetzungen zwischen eigentlich unpolitischen und gewaltbereiten Jugendgruppen« entpolitisiert – und damit Betroffenen zugleich eine Mitschuld unterstellt. Oder es ist von psychisch gestörten Einzeltätern die Rede, bei denen politisch rechte Motive nicht im Vordergrund stünden. Und selbst wenn eine Zugehörigkeit (einiger) der Täter*innen zur extrem rechten Szene bekannt ist, die Opfer einem klaren rechten Feindbild entsprechen und stundenlang gequält und erniedrigt wurden, werden rechte Tatmotive häufig ausgeblendet oder schnell verneint. Und nicht zuletzt werden die Hoffnungen von Hinterbliebenen, Überlebenden und Freund*innen auf

7 siehe u.a.  bit.ly/effekte-zwei-jahre-pegida



konsequente Ermittlungen und umfassende justizielle Aufklärung oder auf Anerkennung des rechten Tatmotivs immer wieder bitter enttäuscht.

Grafik zum dokumentarischen Theater »NSU-MONOLOGE« (© Bühne für Menschenrechte)

Gedenkpolitiken

Gedenkveranstaltungen an Opfer rechter Gewalt brachten bislang nur selten viele Menschen auf die Straßen. In den letzten Jahren ist jedoch eine Veränderung des Gedenkens zu beobachten, die den Rahmen dessen, was Gedenken sein kann, weit aufmacht. Vorangetrieben wird diese Entwicklung von Betroffenen und Überlebenden rechter Gewalt und rechten Terrors, von ihren Angehörigen und von antifaschistischen, antirassistischen und weiteren nicht-staatlichen Gedenkinitiativen.⁸

Für viele Hinterbliebene und Überlebende rechter Gewalt sind Anteilnahme und Empathie sowie die Anerkennung rechter Tatmotive durch Politik, Staat und Gesellschaft zentral. Ihre Liebsten und die tödliche Dimension rechter Gewalt sollen nicht vergessen und ihr Tod damit nicht ganz umsonst gewesen sein.⁹ Es hat sich jedoch gezeigt, dass das Abwarten, das Hoffen auf und das Erbitten von staatlichem Gedenken die Ansprüche, Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen oft nicht erfüllen kann, weil es dazu vielerorts an politischem Willen mangelt. Denn Erinnern muss mehr umfassen als bloße Betroffenheitsgesten oder feierliche Ansprachen politisch und gesellschaftlich Verantwortlicher an den Jahrestagen, zumal hier Hinterbliebene und Überlebende oft nur als Statist*innen gesehen werden.¹⁰ Ihre zentralen Wünsche und Forderungen wie die Umbenennung von Straßen oder das Anbringen von Gedenktafeln werden – teilweise mit rassistischen Argumentationsmustern oder Verweis auf Imageverluste – immer wieder zurückgewiesen.¹¹

Und viel zu oft erinnert nichts mehr an rechte Tötungsverbrechen und die Schicksale hinter den Taten, weder an den Tatorten noch anderswo. Gerade bei sozial randständigen und sozial isolierten Getöteten wie Wohnungslosen oder Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen gibt es oft keine Hinterbliebenen oder ein soziales Umfeld, welche sich für ein öffentliches Gedenken einsetzen könnten oder wollten.

Aber auch dort, wo Städte – oft nach jahrelangem Engagement nichtstaatlicher Akteur*innen – Gedenkorte eingerichtet haben, lassen Formen und Inhalte nicht selten eine unmissverständliche Einordnung oder Kontextualisierung der Taten vermissen.¹² Sie sind auch kein Garant für eine langfristige Verantwortungsübernahme oder eine lebendige Erinnerungskultur. Denn mit der Einweihung von Gedenk-

8 vgl. Gedenken und Aufklären ... (S. 131 ff.)

9 vgl. u.a. bit.ly/der-schmerz-bleibt

10 vgl. u.a. bit.ly/arslan-nsu-tribunal

11 vgl. u.a. bit.ly/trauriges-lied-der-straßenumbenennung

12 vgl. Symbolische Gesten und blinde Flecken (S. 129 f.)

orten ist immer auch die Gefahr verbunden, dass die Aufarbeitung der Geschehnisse und ihrer gesellschaftlichen Zusammenhänge von politisch Verantwortlichen als beendet angesehen wird und die Instandhaltung des Gedenkortes nichtstaatlichen Initiativen überlassen bleibt.

Das bedeutet, dass Gedenken selbst organisiert werden muss: wenn möglich gemeinsam mit Hinterbliebenen und Betroffenen rechter Gewalt nach deren und den gemeinsamen Vorstellungen.

»Wir sind nicht nur Opfer, nein wir sind Kämpferinnen und Kämpfer für ein gerechtes Gedenken, gegen das Vergessen und gegen Hass und Rassismus!«

(Esther Bejarano)

Nie wieder rechte Gewalt

Mit dem Gedenken an Opfer rechter Gewalt ist immer auch das Anliegen verbunden, dass sich (tödliche) rechte Gewalt nicht wiederholt. Diese Hoffnung formulieren die Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager genauso wie die der rassistischen Brandanschläge der 1990er Jahre, die Angehörigen der vom NSU Ermordeten und weitere Hinterbliebene tödlicher rechter Gewalt. Sie begeben sich an die Orte des größten Schreckens, des größten Leids und Verlustes zurück, um aufzuarbeiten, zu mahnen und damit zu verhindern, dass so etwas wieder passiert. Damit wollen sie auch anderen Betroffenen Mut machen, ihre Geschichten zu erzählen. Und sie wollen dazu ermutigen, nicht wegzusehen und sich auch im Alltag gegen Ausgrenzung und rechte Gewalt einzusetzen. Deshalb heißt Erinnern Verantwortung dafür übernehmen, dass sich solche Taten nicht wiederholen.

Im Gedenken zeigen sich Betroffene und Nicht-Betroffene gegenseitig, dass es Menschen gibt, die diese Geschichten hören wollen, denen die Hintergründe der Taten, der Umgang damit und gesellschaftliche Verhältnisse, die rechte Gewalt befördern und ermöglichen nicht egal sind. Ein Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt kann zumindest ein kleines Stück Gerechtigkeit, Sichtbarkeit oder »Wiedergutmachung« bedeuten. Daher lohnt es sich auch die Fälle aufzuarbeiten, die schon etliche Jahre oder gar Jahrzehnte zurückliegen.

Strukturelle Logiken aufbrechen und Partei ergreifen


Während die Täter*innen ihren Opfern ihr Menschsein absprechen, will Gedenken ihnen posthum ihre Würde zurückgeben. Deshalb bedeutet Erinnern an Todesopfer rechter Gewalt, Anteil an ihren Schicksalen zu nehmen und Namen, Gesichter und Geschichten der Getöteten sichtbar zu machen. Weil den Taten die Botschaft innewohnt, dass ganzen Gruppen von Menschen das Existenzrecht abgesprochen wird, muss Gedenken immer auch ein kompromissloses Eintreten für universell geltende Menschenrechte und praktische Solidarität mit gesellschaftlichen Minderheiten umfassen. An Opfer rechter Gewalt zu erinnern heißt auch, Ideologien der Ungleichwertigkeit¹³ in allen ihren Ausprägungen als existenzielle Gefahr für demokratische und menschenrechtliche Prinzipien wahrzunehmen, zu kritisieren und zu bekämpfen.

Dazu gehört – wo nötig – auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Agieren der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Und gerade dort, wo eine offizielle Anerkennung als Todesopfer rechter Gewalt durch Polizei und Justiz ausbleibt, kann ein würdiges, öffentliches Gedenken für Hinterbliebene umso bedeutsamer sein. Denn Erinnern bedeutet hier auch, nachträglich zumindest ein Stück weit Gerechtigkeit herzustellen.

Das Erinnern an rechte Tötungsverbrechen sollte immer auch mit einer Thematisierung der sie ermöglichenden gesellschaftlichen Zustände und Ausgrenzungspraktiken verbunden sein. Erinnern muss heißen, der gesellschaftlichen Realität, die diese Taten und den Umgang mit ihnen hervorgebracht haben, ohne Beschönigung und Entschuldigung ins Auge zu sehen und nach Gegenwartsbezügen zu befragen. Denn nur so können die Verhältnisse, die rechte Gewalt und rechten Terror, wie den des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)¹⁴, hervorgebracht haben, verändert werden.

Erinnern heißt deshalb immer auch Partei zu ergreifen für diejenigen, welche die Täter*innen aus der Gesellschaft vertreiben und auslöschen wollen. Für diejenigen, die aus dem kollektiven Gedächtnis zu verschwinden drohen, weil sie auch von der Mehrheitsgesellschaft als nicht-zugehörig abgewertet werden. Und für diejenigen, die sterben mussten, weil sie Haltung gegen Rechts oder Zivilcourage gezeigt haben. An Opfer rechter Gewalt erinnern, kann der Anfang einer anderen Gesellschaft sein, weil Solidarität gelebt und Gesellschaft so verändert wird.

13 siehe  Glossar → ... Ideologie der Ungleichwertigkeit (S. 122)

14 zum NSU siehe  Gedenken und Aufklären ... → Nürnberg, Hamburg, München ... (S. 144 ff.)

SYMBOLISCHE GESTEN UND BLINDE FLECKEN

Die Aufarbeitung und das Erinnern an rechte Mord- und Gewalttaten

von Matthias Groß

Das schockierende Ausmaß der Verbrechen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU)¹ und das sich damit offenbarende skandalöse Versagen der Sicherheitsbehörden haben den Fokus der Öffentlichkeit wieder verstärkt auf Todesopfer rechter Gewalt und ihre Hinterbliebenen gerichtet. Der öffentliche Druck, dem Politik und staatliche Institutionen im Zuge der beginnenden Aufarbeitung des NSU-Komplex ausgesetzt waren, führte unter anderem zu einer bundesweiten Überprüfung von 745 Tötungsdelikten und -versuchen und schließlich zur Neubewertung etlicher Taten als politisch rechts motiviert. In einigen Fällen zog dies auch politische Konsequenzen wie die Schaffung von Gedenkort nach sich, welche Angehörige und ihre Unterstützer*innen zuvor oft jahrelang vergeblich eingefordert hatten.²

Schwierige Rahmenbedingungen trotz wachsendem Bewusstsein


Dennoch bleibt die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit tödlicher rechter Gewalt vor allem auf lokal-politischer Ebene nach wie vor höchst ambivalent. Auch die gestiegene Resonanz etwa an den Jahrestagen historisch besonders symbolträchtiger Ereignisse, wie den pogromartigen rassistischen Gewaltexzessen von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) oder den tödlichen rassistischen Brandanschlägen von Mölln (1992)³ und Solingen (1993)⁴ hat kaum etwas daran ändern können, dass die Bemühungen um eine kontinuierliche Aufarbeitung der Geschehnisse vor Ort, wenn überhaupt, fast ausschließlich durch lokale, nicht-staatliche Akteure getragen und vorangetrieben werden. So vielfältig die Ausrichtung und das Wirken dieser Initiativen ist, so unterschiedlich sind auch die Rahmenbedingungen, in denen sie agieren und die jeweiligen Taten, mit denen sie sich beschäftigen.

Dass die ideologischen Hintergründe⁵ in den betreffenden Fällen nicht oder nur unzureichend berücksichtigt wurden und werden, ist dabei nicht nur auf mangelhafte Aufklärungsbemühungen von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten zurückzuführen oder Ergebnis einer medialen Berichterstattung, die regelmäßig auf das Tatgeschehen selbst fixiert bleibt.⁶ Oftmals spiegelt sich im Umgang mit diesen Taten auch ein gesellschaftspolitisches Klima, in dem die unzureichende Sensibilisierung gegenüber neonazistischen Tendenzen, Rassismus⁷ oder Sozialdarwinismus⁸ sowie eine fortdauernde Ausgrenzung von Betroffenen Gruppen offen zu Tage tritt. In aller Deutlichkeit zeigt sich dieser Umstand in der hohen Diskrepanz der statistischen Erfassung rechter Morde durch verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure.⁹

Gedenkinitiativen, die diese Zustände anhand der jeweiligen Einzelfälle aufgreifen und kritisieren, treten damit als politische Akteure in Erscheinung und agieren an der Schnittstelle zwischen Vergangenheit und Gegenwart. So gründete sich etwa in Reaktion auf die Ermordung von Kamal Kilade im Oktober 2010 in Leipzig ein »Initiativkreis Antirassismus«, der die Familie des Opfers bei der Verarbeitung ihrer Trauer unterstützte und sich gemeinsam mit ihr für einen Gedenkort einsetzte. Darüber hinaus nahm der Initiativkreis die Tat, welche ein großes öffentliches Interesse hervorrief, zum Anlass, um auf weitere Todesfälle in der Region aufmerksam zu machen. Durch seine Recherchen konnten bis dato unbekannte rechte Tötungsdelikte aufgedeckt werden, die in einer Ausstellung und zahlreichen Begleitveranstaltungen aufgearbeitet wurden.¹⁰ Diese Versuche einer weiteren Kontextualisierung sind von zentraler Bedeutung, weil dadurch der Blick auch auf Betroffenen Gruppen wie etwa Wohnungslose und andere sozial marginalisierten Menschen gelenkt wird, die sonst in der allgemeinen Wahrnehmung nahezu unsichtbar bleiben.¹¹

Gedenken zwischen Indienstnahme und Auseinandersetzung


In der Praxis vollzieht sich ein Gedenken an Opfer rechter Gewalt zunehmend in ritualisierten Formen. Während bis vor wenigen Jahren schon die bloße Thematisierung neonazistischer Umtriebe vielerorts noch eine kollektive Abwehrhaltung bis hin zur Billigung massiver Gewalttaten zur Folge hatte, werden sie gegenwärtig in der Regel als Problem wahrgenommen und verurteilt. Forderungen von Hinterbliebenen

1 vgl.  Gedenken und Aufklären ... → Nürnberg, Hamburg, München ... (S. 144 ff.)


2 vgl. u.a.  Gedenken und Aufklären ... → Patrick Thürmer (S. 139)


3  Gedenken und Aufklären ... → Bahide Arslan ... (S. 134)


4  Gedenken und Aufklären → Gürsün İnce ... (S. 136 f.)


5  Was ist rechte Gewalt? (S. 98 ff.)

6 vor allem, wenn es sich um besonders grausame Tathergänge handelt

7  Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

8 Vgl.  Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

9 vgl.  Wahrnehmung und Anerkennung ... (S. 14 ff.)

10  Gedenken und Aufklären ... → Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990 (S. 142)

11 vgl. Lang 2013

und Betroffenen, die etwa auf eine Einrichtung von Erinnerungsorten zielen, lassen sich dadurch einfacher realisieren. Diese Entwicklungen zeugen jedoch nicht nur von einem gestiegenen Bewusstsein bei politisch Verantwortlichen für die Perspektiven von Betroffenen. Sie sind auch Ausdruck einer Vergangenheitsbewältigung, bei der gegenwärtige Kontinuitäten der Ausgrenzung und anhaltende Missstände in der Aufarbeitung weiterhin ausgeblendet werden.

Exemplarisch ließ sich diese Dynamik etwa in den Gedenkakten zum 20. Jahrestag der pogromartigen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen im Jahr 2012 beobachten. Die Ausrichtung eines Staatsaktes, bei dem der damalige Bundespräsident Joachim Gauck im Beisein des vietnamesischen Botschafters eine Ansprache hielt, wurde als wichtiges und überfälliges Signal einer staatlichen Anerkennung des Unrechts gegenüber den Betroffenen wahrgenommen.¹² Migrantische Perspektiven – über den Status einer bloß passiven Opferrolle hinaus – blieben dabei jedoch randständig.¹³ Dadurch wurde auch die Chance einer Repräsentation der Betroffenen im kulturellen Gedächtnis der Mehrheitsgesellschaft vergeben. Ihre Erfahrungen erscheinen somit weiterhin als »getrennt und fremd zur »deutschen Geschichte«¹⁴.


Dokumentationsprojekte wie die Internetplattformen »RE:Guben« in Gedenken an den 1999 in Guben zu Tode gekehrten Farid Guendoul¹⁵ und »hoyerswerda-1991.de« in Erinnerung an das rassistische Pogrom vom September 1991 versuchen demgegenüber einen Erzählrahmen zu schaffen, der die Unterschiedlichkeit historischer Wahrnehmungen darzustellen und erinnerungskulturelle Erfahrungen zu reflektieren versucht. Sie reagieren damit auch kritisch auf institutionalisierte Formen des Nicht-Erinnerns, die ihren Niederschlag in verwaisten Gedenksteinen oder der Ausrichtung von Gedenkveranstaltungen finden, die den Rahmen einer Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Ereignis verlassen haben, weshalb die Betroffenen in ihnen kaum mehr vorkommen¹⁵.

Gerade weil ein Gedenken also nie im luftleeren Raum stattfindet, sollten erinnerungspolitische Akteur*innen ihr eigenes Handeln hinterfragen. Spezifische Tatkontexte müssen aufgearbeitet und in Beziehung zu den ihnen zu Grunde liegenden sozialen und kulturellen Phänomenen vor Ort gesetzt werden. Die Opfer und Betroffenen rechter Gewalt sind jedoch mehr als die Repräsentant*innen einer Gruppe, für die sie stellvertretend angegriffen wurden. Ihnen als Individuen eine Stimme zu verleihen, ihre je eigenen Erfahrungen und biografischen Kontexte in den Vordergrund zu stellen sowie sie und/oder ihr soziales Umfeld im Umgang mit dem Erlebten zu unterstützen, sollten leitende Perspektiven sein.

12 vgl. Klare/Sturm 2012

13 vgl. Morgenstern 2015

14 Shooman/Yilmaz 2016

15 vgl.  Gedenken und Aufklären ... → Farid Guendoul (S. 138)

16 vgl.  bit.ly/gedenkkultur-hoyerswerda



Autor*inneninfo:

Matthias Groß, Studium der Sozialen Arbeit, Kunstgeschichte und Philosophie, wuchs im sächsischen Hoyerswerda auf und war im Jahr 2011 Mitbegründer der Initiative »Pogrom 91«, die sich vor Ort für die Erinnerung an die rassistischen Ausschreitungen von 1991 einsetzte. Er gehört außerdem zum Redaktionsteam der Webdokumentation www.hoyerswerda-1991.de, die sich zum Ziel gesetzt hat, das damalige Geschehen aus unterschiedlichen Perspektiven aufzuarbeiten und dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart zu beleuchten.



Startseite www.hoyerswerda-1991.de



Flyer zur Veranstaltungsreihe »Aktiv Gedenken statt schweigend Vergessen!« der Gruppe »Rassismus tötet!«, Leipzig 2017

GEDENKEN UND AUFLÄREN

BEISPIELHAFTE INITIATIVEN ZUR ERINNERUNG AN TODESOPFER RECHTER GEWALT

Mindestens 169 Menschen sind in Deutschland seit 1990 nach politisch rechts, rassistisch oder antisemitisch motivierten Gewalttaten gestorben. An vielen Orten in Ost- und Westdeutschland haben sich nicht-staatliche Initiativen gegründet, um an die Getöteten und die Tatumstände zu erinnern: in einigen Fällen unmittelbar als Reaktion auf Brandanschläge und tödliche Angriffe, andernorts erst viele Jahre später. Alle Initiativen eint der Wunsch, die Getöteten und die tödliche Dimension rechter Gewalt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. In manchen Fällen ist mit dem Gedenken die Forderung nach einer offiziellen Anerkennung der Tat als politisch rechts motiviertes Tötungsdelikt oder nach einer vollständigen Aufklärung verbunden. Oft geht es auch darum, Kontinuitäten rechter Organisation und rassistischer Gewalt aufzuzeigen und Veränderungen einzufordern.

Manche Gedenkinitiativen wurden direkt von Angehörigen und Freund*innen der Getöteten ins Leben gerufen oder werden von ihnen mitgestaltet. Andere werden von unabhängigen lokalen Initiativen, Gruppen und Bündnissen organisiert. Manchmal ist es dem Engagement interessierter Schüler*innen, Lehrer*innen, Gewerkschafter*innen, Politiker*innen und Journalist*innen zu verdanken, dass die Opfer nicht in Vergessenheit geraten. Mancherorts gibt es städtische Gedenkfeiern an den Jahrestagen, wobei Überlebenden und Angehörige kritisieren, dass sie dabei oft nur als »stille Statisten«¹ vorgesehen sind.

Gedenktafeln und -steine oder nach den Getöteten benannte Straßen und Plätzen haben als anhaltende räumliche Fixpunkte und Zeichen der öffentlichen Anerkennung eine zentrale Bedeutung für das Gedenken. In seinen Ausdrucksformen ist das Erinnern an Todesopfer rechter Gewalt aber keineswegs auf geografisch festgelegte Gedenkort beschränkt, sondern mittlerweile durch eine Vielzahl an Zugängen und Praktiken gekennzeichnet. So bieten beispielsweise öffentliche Podiumsdiskussionen, Zeitzeug*innengespräche, Theater- und Filmprojekte, Ausstellungen, Plakataktionen, Publikationen oder auch Kundgebungen und Demonstrationen geeignete Anlässe zur Erinnerung an die Getöteten und entsprechende Kontextualisierung sowie für Erfahrungsaustausch, kritische Selbstreflexion und Vernetzung.

Anhand der nachfolgenden Beispiele² wollen wir deutlich machen, wie vielfältig ein öffentliches, vor allem nicht-staatliches Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt inzwischen bundesweit umgesetzt wird. Damit wollen wir auch Anregungen und Anstöße für selbstorganisierte Gedenkinitiativen geben. Zur besseren Einordnung und zum Vergleich haben wir den kurzen Tatschilderungen und der Vorstellung ausgewählter Erinnerungsaktivitäten jeweils einige Basisinformationen zum jeweiligen Fall vorangestellt. Am Kapitelende finden sich jeweils weiterführende Links.

1 vgl. u.a. Interview mit Ibrahim Arslan (Süddeutsche Zeitung, 23.11.2017) bit.ly/sie-vergleichen-menschen-mit-dönerfleisch

2 chronologisch nach Tatdatum bzw. Gedenken an einzelne bzw. mehrere Todesopfer rechter Gewalt stadt-, bundesland- sowie bundesweit geordnet

BERLIN-CHARLOTTENBURG

Gedenken an Günter Schwannecke (58 Jahre)

»Auf diesem Platz wurde der Berliner Kunstmaler Günter Schwannecke ... Opfer eines tödlichen Angriffs durch Neonazis. Er starb, weil er Zivilcourage bewiesen hat. Er steht in einer Reihe ungezählter Opfer von neonazistischem Terror. Wir werden sie niemals vergessen.«

(Aufschrift des Gedenkstein am Günter-Schwannecke-Spielplatz)

3 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

Tatdatum/Todestag:	29. August 1992 / 5. September 1992
sozialer Raum:	Millionenstadt (ca. 4.000.000 Einwohner*innen)
Tatmotiv:	Hass auf politische Gegner*innen, Sozialdarwinismus ³
offizielle Anerkennung:	ja (2018)
Formen des Gedenkens:	jährliche Kundgebung bzw. Demonstration, Blog und Facebookauftritt, weitere thematische Veranstaltungen & Aktionen, Platzumbenennung
auf Initiative von/wann:	Günther-Schwannecke-Gedenkinitiative/seit 2012



Günter-Schwannecke-Gedenkstein (© Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative)

Der 1934 geborene Günter Schwannecke war ein bekannter und für gesellschaftliche Veränderung engagierter Kunstmaler, der einige Zeit vor der Tat wohnungslos wurde und als sozial Randständiger bei Freunden und Bekannten in der Nachbarschaft in Berlin-Charlottenburg lebte. Er saß mit dem ebenfalls wohnungslosen Künstler Hagen Knuth am Abend des 29. August auf einer Bank eines Spielplatzes in Berlin-Charlottenburg, als zwei polizeibekannte Neonazis auftauchten. Diese beleidigten Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich ebenfalls auf dem Spielplatz aufhielten, rassistisch und versuchten, sie zu vertreiben. Günter Schwannecke und Hagen Knuth bewiesen Zivilcourage und mischten sich ein. Daraufhin schlug einer der Neonazis, der auch Mitglied im Ku-Klux-Klan und später bei den Hammerskins aktiv war, mit einem Baseballschläger auf beide ein. Hagen Knuth überlebte, doch Günter Schwannecke starb am 5. September 1992 an den Folgen eines Schädelbruchs. Günther Schwannecke wurde erst im Jahr 2018 durch das LKA Berlin als Todesopfer rechter Gewalt staatlich anerkannt, nachdem Wissenschaftler der TU Berlin eine unabhängige Überprüfung der Todesopferrecherchen der Zeitungen Tagesspiegel und Zeit Online vorgenommen hatten und die Anerkennung von sieben Todesopfern rechter Gewalt in Berlin empfahlen, darunter auch Günther Schwannecke.

Die Gedenkinitiative-Günther-Schwannecke hat durch ihre Recherchen und Gespräche mit dem Überlebenden des Angriffs einen wesentlichen Anteil daran, dass Günther Schwannecke nicht auf seine Lebensweise und seinen sozialen Status reduziert wird, sondern dass seine Identität als Künstler und sein Werk dem Vergessen entrissen wurden. Dank des Engagements der Initiative hat der Bezirk Charlottenburg den Spielplatz, auf dem Günther Schwannecke getötet wurde, im Jahr 2013 nach ihm benannt und ein offizielles Namensschild angebracht. Darüber hinaus hat die Initiative einen Gedenkstein vor Ort aufgestellt, der an Günther Schwannecke und sein zivilcouragiertes Eingreifen erinnert und eine umfangreiche Webdokumentation angelegt.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Blog der Gedenkinitiative: <http://guenterschwannecke.blogspot.eu>

BUXTEHUDE (NIEDERSACHSEN):

Gedenken an Gustav Schneeclaus (53 Jahre)

»Jemand, der bereits aus seiner extrem rechten Ideologie heraus einen Menschen totschißt, zündet in einem alternativ und migrantisch geprägten Stadtteil einen Sprengsatz – doch eine politisch motivierte Absicht schließt die Polizei aus.«

(aus der Rede der Gedenkinitiative Gustav Schneeclaus auf der Demonstration gegen rechten Terror in Hamburg, 22. Dezember 2017)

Tatdatum/Todestag:	18. März 1992/22. März 1992
sozialer Raum:	mittelgroße Stadt (ca. 40.000 Einwohner*innen)
Tatmotiv:	Hass auf politische Gegner*innen
offizielle Anerkennung:	ja (1992)
Formen des Gedenkens:	jährliche Kundgebung bzw. Demonstration, Blog und Facebook-Auftritt, weitere thematische Veranstaltungen & Aktionen, Straßenumbenennung
auf Initiative von/wann:	antifaschistischer Arbeitskreis »AKSchneeclaus«/seit 2006

Der 53-jährige Kapitän Gustav Schneeclaus wurde am späten Nachmittag des 18. März 1992 am Busbahnhof (ZOB) in Buxtehude (Niedersachsen) von zwei rechten Skinheads zusammengeschlagen, nachdem er ihnen gegenüber Hitler als »großen Verbrecher« bezeichnet hatte. Dann verließen sie den Tatort, kamen aber eine Dreiviertelstunde später mit einem Kantholz bewaffnet zurück. Mit einem Knüppel und mit Springerstiefeln schlugen und traten die Naziskinns solange auf den 53-Jährigen ein, bis er sich nicht mehr bewegte. Im Krankenhaus erlag Gustav Schneeclaus vier Tage später seinen schweren Verletzungen.

1993 installierte die Stadt Buxtehude am Tatort eine Gedenkplatte mit der Inschrift »Hier wurde am 18.03.1992 ein Mensch Opfer rechtsextremer Gewalt. Wehret den Anfängen!«. Um ein darüber hinaus gehendes Gedenken zu fördern, gründeten Aktivist*innen den antifaschistischen Arbeitskreis »AKSchneeclaus«, der seit 2006 jährliche Gedenkaktionen und begleitende Abendveranstaltungen unter Einbeziehung weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen organisiert. Zum 20. Jahrestag warben St. Pauli-Fans Mitte März 2012 mit Bannern im Fußballstadion für eine antifaschistische Gedenkdemostration.

Auf einem eigenen Blog veröffentlichte der Arbeitskreis bis 2012 Zeitungsartikel zum tödlichen Angriff und dem Prozess gegen die Täter, Berichte zum jährlichen Gedenken oder weitere Aktionen. Seit 2014 existiert die Facebook-Seite »In Gedenken an Gustav Schneeclaus«. Im September 2017 beschloss der Buxtehuder Stadtrat auf Antrag der Fraktion Die Linke die Umbenennung eines Teils des ZOB in Gustav-Schneeclaus-Platz. Das Straßenschild wurde im März 2018 anlässlich des 26. Todestages von Gustav Schneeclaus eingeweiht. Als einer der Täter im November 2017 in Hamburg-Harburg einen Sprengsatz auf einem von vielen Menschen mit Migrationsgeschichte genutzten S-Bahnhof deponierte, trug der »AKSchneeclaus« erheblich dazu bei, dass der rechte Hintergrund des Täters schnell bekannt wurde.



Gedenken im Millerntor-Stadion 2012 (© KleinerTod)



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- 🎧 Interview mit Michael Quelle, einem Vertreter des AKSchneeclaus: bit.ly/interview-akschneeclaus
- 🌐 Blog des AKSchneeclaus: <http://akschneeclaus.blogspot.de>
- 🌐 Facebookseite Schneeclausgedenken <https://www.facebook.com/pg/schneeclausgedenken>
- 🌐 »Buxtehude bekommt einen Gustav-Schneeclaus-Platz« (taz, 15.03.2018)
bit.ly/buxtehude-bekommt-schneeclaus-platz
- 🌐 Veddeler Bombenleger ist Rechtsextremist. Täter mit rechter Biografie (taz, 2012.2017)
bit.ly/täter-mit-rechter-biografie
- 🌐 Blog: Prozessbeobachtung zum rechten Terroranschlag auf der Veddel <http://veddelprozess.blogspot.eu>

MÖLLN (SCHLESWIG-HOLSTEIN)

Gedenken an Bahide Arslan (51), Ayşe Yilmaz (14) und Yeliz Arslan (10)

»Die Erinnerung überhaupt zu erkämpfen – an das Geschehene, an das Vergessene, an das Verschwiegene, an das unter den Teppich Gekehrte, an die Ursachen und die Folgen, an das Davor und das Danach. Diese Forderungen sind nach wie vor aktuell.«

(Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992, 18.11.2017)

4 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)



Möllner Rede im Exil von Doğan Akhanlı Köln 2016 (© Dörthe Boxberg, Initiative Keupstraße ist überall)

Tatdatum/Todestag:	23. November 1992
sozialer Raum:	Kleinstadt (ca. 19.000 Einwohner*innen)
Tatmotiv:	Rassismus ⁴
offizielle Anerkennung:	ja (1993)
Formen des Gedenkens:	u.a. Gedenken am Tatort, »Möllner Rede im Exil«, Zeitzeugengespräche an Schulen u.a.
auf Initiative von/wann:	Angehörigen/»Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992«/seit 2013

Am 23. November 1992 setzten zwei Neonazis in Mölln zwei Häuser in Brand, in denen türkeistämmige Migrant*innen lebten. Im ersten Haus wurden neun Menschen schwer verletzt. Im zweiten starben die 51-jährige Bahide Arslan, ihre 10-jährige Enkelin Yeliz Arslan und deren 14-jährige Cousine Ayşe Yilmaz (14). Der damals 7-jährige Bruder von Yeliz, Ibrahim Arslan, überlebte, weil ihn seine Oma in nasse Tücher gewickelt hatte. Drei weitere Mitglieder der Familie wurden teils schwer verletzt. Obwohl es einen Bekenneranruf von Neonazis gegeben hatte, wurde der Familienvater, Faruk Arslan, zunächst als Brandstifter verdächtigt.

Zum Gedenken an die Opfer benannte die Stadt Mölln das Haus in der Mühlenstr. 9 nach Bahide Arslan und brachte eine Gedenktafel an. 2009 bis 2012 suchte Familie Arslan für die städtischen Gedenkveranstaltungen der Stadt die Redner*innen der sog. Möllner Rede aus. Diese immer auch kritische Bestandsaufnahme zu Rassismus und rechter Gewalt und dem Umgang mit dem Gedenken wurde 2013 aus dem Programm der Stadt gestrichen. Seitdem findet die »Möllner Rede im Exil« statt. Sie ist ein eindrückliches Beispiel für die lebendige Solidarität und Vernetzung zwischen den Angehörigen (tödlicher) rechter und rassistischer Gewalt.

Weil sie nicht nur stille Statisten bzw. Randfiguren sein wollten und einige ihrer Forderungen ungehört blieben, organisiert die Familie seit etlichen Jahren zudem selbstbestimmte Gedenkveranstaltungen vor dem Bahide-Arslan-Haus. Um Betroffenen und Opfern eine Stimme zu geben, engagiert sich Ibrahim Arslan als Zeitzeuge u.a. an Schulen oder organisiert Veranstaltungen gegen Rassismus. Dafür wurde er 2017 als Botschafter für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- 🎧 »Mölln: 25 Jahre nach dem Brandanschlag Wenn Opfer nicht mehr schweigen wollen« (Deutschlandfunk, 06.11.2017): bit.ly/wenn-opfer-nicht-schweigen-wollen
- 🌐 Blog zum Gedenken: <https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com/>
- 🌐 »Möllner Rede im Exil« von Doğan Akhanlı (20.11.2016): bit.ly/moelln-fuehlt-sich-unschuldig
- 📹 Hauptrede der »Möllner Rede im Exil« 2017 (aufgrund der Erkrankung der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano von ihrem Sohn vorgetragen): bit.ly/moellner-rede-2017-joram-bejarano
- 📹 Ibrahim Arslan bei der »Möllner Rede im Exil« 2017: bit.ly/moellner-rede-2017-ibrahim-arslan
- 🌐 Pädagogisches Material zum Dokumentarfilm »Nach dem Brand« – ein eindrückliches Portrait der Familie Arslan in ihrem Kampf um ein würdiges Erinnern: <http://bit.ly/film-ab-gegen-nazis> (S. 46 ff.)

BELZIG (BRANDENBURG)

Gedenken an Belaid Baylal (42 Jahre)

»Die moralische Entscheidung, sich aktiv für die Wahrung der Menschenwürde einzusetzen, muss der Einzelne treffen. Sie kann ihm durch staatliches Handeln nicht abgenommen werden. Jedermann steht in dieser Pflicht.«

(Götz Dieckmann, Koordinator der Stadt Belzig gegen Rechtsradikalismus und Gewalt)

Tatdatum/Todestag:	8. Mai 1993/3. November 2000
sozialer Raum:	Kleinstadt (ca. 11.000 Einwohner*innen)
Tatmotiv:	Rassismus ⁵
offizielle Anerkennung:	nein (juristisch kein Tötungsdelikt)
Formen des Gedenkens:	Gedenkstein/Broschüre
auf Initiative von/wann:	junge Antifaschist*innen aus Bad Belzig; Journalistin/2003

5 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

Am späten Abend des 8. Mai 1993 wurden der damals 35-jährige Asylsuchende Belaid Baylal und seine vier Freunde beim gemeinsamen Bier in einer Gaststätte in Belzig von zwei Jugendlichen rassistisch beschimpft. Schließlich rissen die Unbekannten den marokkanischen Gewerkschafter vom Stuhl und traktierten ihn mit Faustschlägen und Tritten in den Unterleib. Belaid Baylal erlitt ein stumpfes Bauchtrauma, ein Teil seines Dünndarms wurde schwer verletzt. Seitdem war sein Leben von Schmerzen geprägt. Etliche weitere Behandlungen waren nötig. Zweimal retteten Ärzt*innen in den folgenden Jahren sein Leben. Am 28. Oktober 2000 verweigerte Belaid Baylal bei einem erneuten Darmverschluss die Not-Operation – eine letzte selbstbestimmte Handlung. Am 3. November 2000 starb der 42-Jährige an einem Multiorganversagen.

Nachdem antifaschistisch engagierte Jugendliche durch die Langzeitrecherche »Todesopfer rechter Gewalt« in Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel auf den Tod von Belaid Baylal aufmerksam wurden, recherchierten die Schüler*innen selbst vor Ort weiter. Sie befragten die behandelnden Ärzte, die einen klaren Zusammenhang zwischen dem Angriff 1993 und dem Tod von Belaid Baylal sieben Jahre später bestätigten. Daraufhin gelang es den Jugendlichen, den Gemeinderat und den Bürgermeister von Belzig von der Notwendigkeit eines Gedenksteins zu überzeugen. Der Gedenkstein wurde dann im Jahr 2003 beim Ehrenhain für die Opfer des Nationalsozialismus errichtet. Seit vielen Jahren organisiert das »Belziger Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus« jährliche Erinnerungsveranstaltungen an Belaid Baylal.

Nach intensiven Recherchen veröffentlichte die Journalistin Kerstin Henseke zusammen mit dem Belziger Forum e.V. auch eine Broschüre über das Leben Belaid Baylals. Sie enthält Berichte von seinem politischen Engagement und Foltererfahrungen in Marokko, von Menschen, denen er auf seiner Flucht nach Europa begegnete und von seinem Leben in einer Geflüchtetenunterkunft in Belzig. Ein Artikel handelt auch von dem beharrlichen Engagement antifaschistischer Jugendlicher zur Realisierung des Gedenksteins.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- 🌐 Broschüre als PDF: bit.ly/broschüre-baylal
- 🌐 Gedenkseite an Belaid Baylal der Opferperspektive e.V.: bit.ly/gedenken-belaid-baylal
- 🌐 »Erinnerung an Belaid Baylal wird wach gehalten« (MAZ, 04.11.2016): bit.ly/erinnerung-wachgehalten

SOLINGEN (NORDRHEIN-WESTFALEN)

Gedenken an Gürsün İnce (27 Jahre), Hatice Genç (18 Jahre), Gülüstan Öztürk (12 Jahre), Hülya Genç (9 Jahre) und Saime Genç (4 Jahre)

»Die Älteren müssen die Jüngeren mitnehmen zu mehr Brüderlichkeit.«

(Mevlûde Genç in Rheinische Post online, 20.05.2018)

6 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

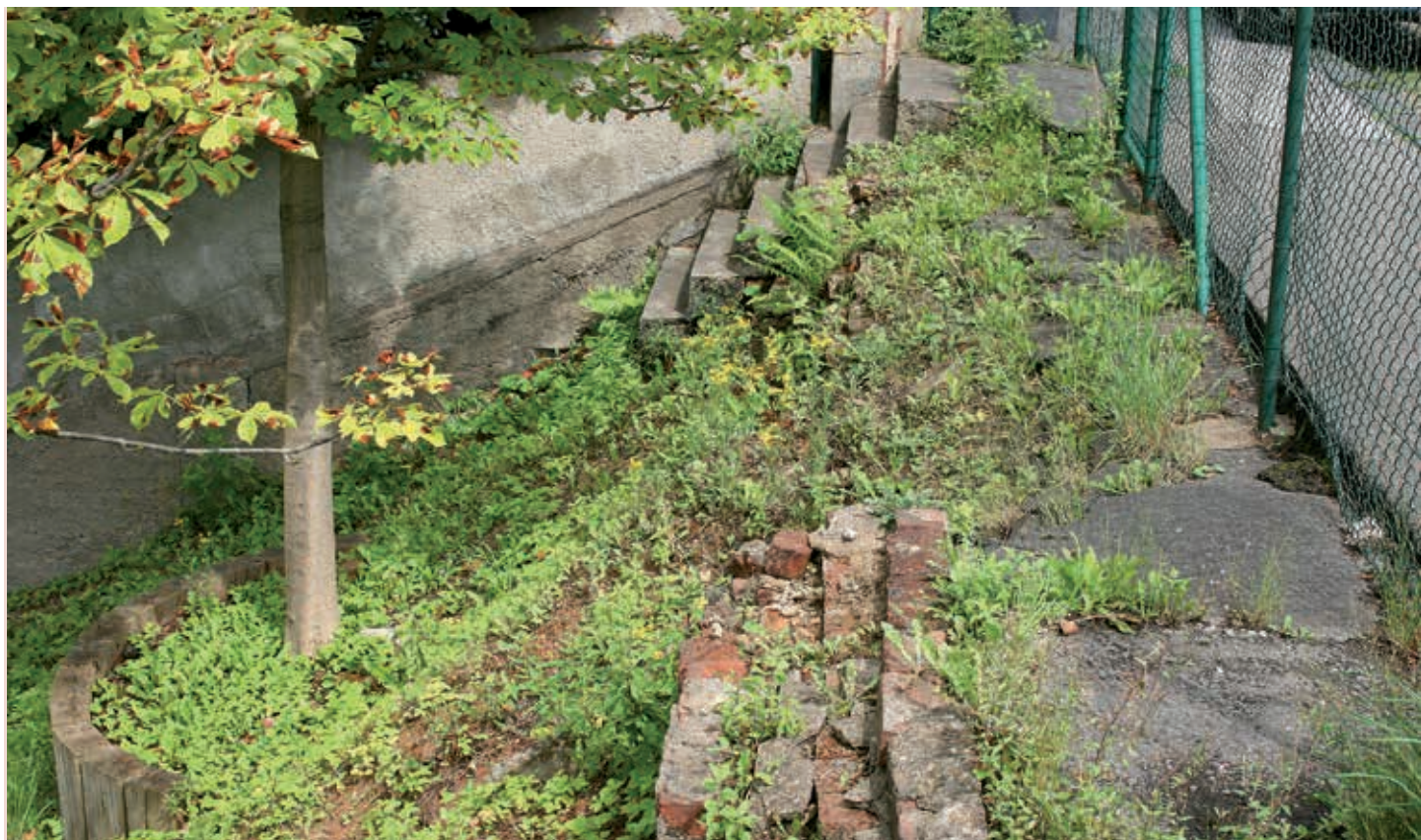
Tatdatum/Todestag:	29. Mai 1993
sozialer Raum:	Großstadt (162.000 Einwohner*innen)
Tatmotiv:	Rassismus ⁶
offizielle Anerkennung:	ja (1994)
Formen des Gedenkens:	Mahnmale/Genç-Preis
auf Initiative von/wann:	Jugend-Werkstatt Solingen, soziales Umfeld der Familie/seit 1994, Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e.V./seit 2008

Am frühen Morgen des 29. Mai 1993 verübten vier Neonazis einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen. Die 4-, 9- und 12-jährigen Kinder Saime und Hülya Genç sowie Gülüstan Öztürk, die 18-jährige Hatice Genç und die 27-jährige Gürsün İnce starben in den Flammen des brennenden Wohnhauses. 17 weitere Bewohner*innen, darunter ein sechsmonatiger Säugling, ein dreijähriges Kind und ein 15-jähriger Jugendlicher wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

1994 wurde zur Erinnerung an die Ermordeten auf Initiative des Leiters der Jugendhilfe-Werkstatt Solingen ein Mahnmal errichtet. Weil die Stadt keinen Platz in der Innenstadt zur Verfügung stellen wollte, steht das Mahnmal bis heute vor der ehemaligen Schule Hatice Gençs, dem Mildred-Scheel-Berufskolleg. Im Zentrum stehen zwei große Metallfiguren, die ein Hakenkreuz zerreißen. Umrahmt werden sie von handgroßen Metallringen, auf denen Namen eingestanzt sind. Die ersten fünf Ringe – die farblich von den anderen abgesetzt wurden – tragen die Namen der fünf ermordeten Kinder und jungen Frauen. Sie wurden am ersten Jahrestag des Brandanschlags zur Einweihung des Mahnmals angebracht.

An der Umfassung ist eine Metallplatte mit einer Inschrift befestigt: »Solinger Bürger und Bürgerinnen. Wir wollen nicht vergessen. Wir wollen nicht wegsehen. Wir wollen nicht schweigen. Viele Menschen in dieser Stadt erinnern an die Opfer des Brandanschlages vom 29.05.1993. Verbunden wie diese Ringe wollen wir Miteinander leben.« Mittlerweile ist der Wall auf über 5000 Ringe angewachsen. Jede*r kann sich hier – bis heute – zu der Botschaft des Miteinanders bekennen und in der nahegelegenen Jugendhilfe-Werkstatt einen Ring mit eigenem Namen anfertigen und anbringen lassen.





Am Tatort in der Unteren Wernerstraße Nr. 81 erinnern nur noch einige Kellerstufen an das Haus der Familie Genç sowie ein Gedenkstein mit der Inschrift »An dieser Stelle starben als Opfer eines rassistischen Brandanschlags ...«. 1998 legten die Stadt und der Verein »SOS Rassismus« dort Terrassen an und pflanzten auf Wunsch der Familie fünf Kastanienbäume. Ein weiteres Mahnmal wurde zwanzig Jahre nach dem Brandanschlag in Anwesenheit von Familie Genç am Friedrich-List-Berufskolleg eingeweiht. Es zeigt ein Foto der Schülerin Hatice Genç über einer Gedenktafel und einem Kunstwerk Heinz-Peter Knoops. Auf dem zentralen Bild sind in Gedenken an die Opfer aus einem brennenden Haus gestreckte Hände zu sehen. Links und rechts auf zwei weiteren Bildern sollen weitere Hände symbolisieren, dass Menschen für diese Tat verantwortlich sind.

Frank Vincentz [CC BY-SA 3.0]

Bereits kurz nach dem Anschlag rief Mevlüde Genç, die zwei Töchter, zwei Enkelkinder und eine Nichte verloren hatte, zur Versöhnung auf – und wurde damit zur Symbolfigur für Toleranz und Verständigung. In Würdigung der Familie Genç wurde von der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung e.V. der mit 10.000 Euro datierte »Genç-Preis für friedliches Miteinander« ins Leben gerufen. Er wurde anlässlich des 15. und 20. Jahrestags des Brandanschlags an jeweils zwei Preisträger*innen verliehen, u.a. an Tülin Özüdoğru, Tochter des vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) 2001 ermordeten Abdurrahim Özüdoğru.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Video »Alle sind noch da, nur die Toten nicht. 20 Jahre nach dem Brandanschlag in Solingen.« (WDR, 27.05.2013, 43:29 min): bit.ly/alle-sind-noch-da
- Interview mit Mevlüde Genç »Diesen Schmerz wünsche ich niemandem« (RP Online, 20.05.2018) bit.ly/diesen-schmerz-wuensche-ich-niemandem
- Artikel »Ausländerfeindlicher Anschlag in Solingen. Das Brandmal« (Spiegel, 27.05.2013) bit.ly/das-brandmal

GUBEN (BRANDENBURG)

Gedenken an Farid Guendoul (28 Jahre)

»Sie denken, sie haben nur meinen Bruder getötet.

Aber für mich haben sie uns alle getötet.«

(Malik Guendoul in der Dokumentation »Das kurze Leben des Omar ben Noui«, rbb 2000)

7 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

Tatdatum/Todestag:	13. Februar 1999
sozialer Raum:	Kleinstadt (18.000 Einwohner*innen)
Tatmotiv:	Rassismus ⁷
offizielle Anerkennung:	ja (2009)
Formen des Gedenkens:	Onlineprojekt
auf Initiative von/wann:	Projektgruppe RE:GUBEN/2013 bis 2014

Der algerische Asylsuchende Farid Guendoul starb in der Nacht zum 13. Februar 1999 nach einer rassistischen Hetzjagd von Neonazis. Mit zwei Freunden war der 28-Jährige gerade auf dem Nachhauseweg von einer Diskothek, als die drei auf eine Gruppe von elf organisierten Neonazis trafen, die gezielt Jagd auf »Ausländer« machten und sie schließlich erst mit Autos und dann zu Fuß verfolgte. Bei dem Versuch, sich in einen Hauseingang zu retten, trat Farid Guendoul in Todesangst eine Glasscheibe ein. Dabei schnitt er sich die Knieschlagader auf und verblutete binnen weniger Minuten noch im Treppenhaus.

2013 bis 2014 erstellte die Projektgruppe RE:GUBEN – u.a. hervorgegangen aus der damaligen Prozessbeobachtungsgruppe – ein multimediales Onlineprojekt zum aktiven Erinnern. Hier werden nicht nur die Folgen des Todes Farid Guendouls, der öffentliche Umgang mit der Tat durch Politik und Gesellschaft sowie Möglichkeiten des Gedenkens beleuchtet. Die Autor*innen sprachen auch mit sechs Prozessbeteiligten über die Ereignisse der Tatnacht, den Prozess gegen die Täter und ihr damaliges Handeln sowie über Möglichkeiten und Grenzen eines Gerichtsverfahrens im Umgang mit rassistisch motivierten Taten – auch vor dem Hintergrund, dass einer der Anführer der rassistischen Hetzjagd bis heute als aktiver Neonazi in Guben und Umgebung auftritt.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Website: www.re-guben.de

HOHENSTEIN-ERNSTTHAL (SACHSEN)

Gedenken an Patrick Thürmer (17 Jahre)

»Es sind die Lebenden, die den Toten die Augen schließen. Es sind die Toten, die den Lebenden die Augen öffnen. Patrick Thürmer, Opfer rechter Gewalt«

(Inscription auf der Gedenktafel)

Tatdatum/Todestag:	2. Oktober 1999
sozialer Raum:	Kleinstadt (15.000 Einwohner*innen)
Tatmotiv:	Hass auf politische Gegner*innen
offizielle Anerkennung:	ja (2012)
Formen des Gedenkens:	Kampagne für eine offizielle Anerkennung und Denkmal
auf Initiative von/wann:	jungen Antifaschist*innen (Bündnis »erinnern : nachdenken : handeln. mit courage gegen rechts.«)/seit 2009



Gedenkgraffitis (© Initiative Courage Hohenstein)

Der 17-jährige Malerlehrling Patrick Thürmer wurde in den frühen Morgenstunden des 2. Oktober 1999 auf dem Nachhauseweg von einem Punkfestival in Hohenstein-Ernstthal (Sachsen) von drei Nazihioligans u.a. mit einem Billardqueue und einem Axtstiel angegriffen und dabei so schwer am Kopf verletzt, dass er wenige Stunden später starb. Am Vorabend hatten etwa drei Dutzend Neonazis das Punk-Festival angegriffen. Als die Polizei sich weigerte, das Festival zu schützen, suchten einige Punks eine Diskothek auf, in der sie die Angreifer vermuteten. Spätnachts mobilisierten Naziskins aus Chemnitz, Plauen und Umgebung dann mit mehreren Autos zu einer Hetzjagd auf politische Gegner*innen und Punks. Dabei trafen sie schließlich auf Patrick Thürmer und seinen Freund.

Zwar stellte das Landgericht Chemnitz in seinem Urteil gegen die Täter explizit fest, dass Patrick Thürmer »stellvertretend für jene Linken« angegriffen wurde, welche die Diskothek angegriffen hatten. Das Gericht wollte dennoch keinen rechten Hintergrund für den Mord erkennen. Die sächsischen Sicherheitsbehörden verweigerten Patrick Thürmer bis 2012 eine Anerkennung als Opfer rechter Gewalt. Und auch im öffentlichen Raum erinnerte nichts an die grausame Tat.

Das änderte sich erst, als eine antifaschistische Initiative im August 2009 das Bündnis »erinnern : nachdenken : handeln. mit courage gegen rechts.« ins Leben rief. Auf einem eigenen Internetblog wurden die Forderung der Mutter und der Geschwister von Patrick Thürmer nach dessen offizieller Anerkennung als Todesopfer rechter Gewalt und einem Mahnmal öffentlich gemacht, Hintergrundinformationen zusammengestellt und u.a. zwei Graffiti-schablonen mit dem Portrait Patrick Thürmers zum Download bereitgestellt. Zum zehnten Jahrestag des tödlichen Neonaziangriffs organisierte das Bündnis in Hohenstein-Ernstthal – unterstützt von der Opferberatung der RAA Sachsen e.V. – eine Kundgebung sowie eine Demonstration mit 200 Teilnehmer*innen, gewann zahlreiche Unterstützer*innen für seine Forderungen – und traf auf Ablehnung durch die Stadt Hohenstein-Ernstthal.

Nach Bekanntwerden der rassistischen Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) im November 2011 sah sich auch das Sächsische Innenministerium zu einer Überprüfung von mutmaßlich rechten Tötungsdelikten gezwungen. Im Ergebnis wurde Patrick Thürmer – mehr als 12 Jahre nach der Tat – im Jahr 2012 als Opfer rechter Gewalt anerkannt. Am 27. Januar 2015 – dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus – konnte endlich auch eine Gedenktafel für Patrick Thürmer am Mahnmal der Opfer des Faschismus am Pfaffenberg in Hohenstein-Ernstthal feierlich eingeweiht werden, nachdem sich auch der damalige Oberbürgermeister von Hohenstein-Ernstthal für dieses zentrale Anliegen der Angehörigen eingesetzt hatte.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Blog des Bündnis »erinnern : nachdenken : handeln«: <http://02okt1999.blogspot.de/>
- Rede der Opferberatung der RAA Sachsen zur Einweihung der Gedenktafel: bit.ly/rede-einweihung-thürmer

BERLIN-NEUKÖLLN

Gedenken an Burak Bektaş (22 Jahre)

»Nie wieder sollen Opfer vergessen werden und Angehörige alleine mit dem Schmerz stehen und nie wieder soll es eine Situation geben, in der niemand die naheliegendsten Vermutungen über die Täter für möglich hält.«

(aus dem Redebeitrag der Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak« auf der Demo »NSU: Staat & Nazis Hand in Hand« Berlin-Wedding, 11.01.2014)

8  Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

Tatdatum/Todestag:	5. April 2012
sozialer Raum:	Millionenstadt (3,7 Mio. Einwohner*innen)
Tatmotiv:	Verdacht auf Rassismus ⁸
offizielle Anerkennung:	nein (Verdachtsfall)
Formen des Gedenkens:	Erinnerung und Forderung nach Aufklärung durch vielfältige Aktivitäten (u.a. monatliche Mahnwachen, jährliche Gedenkdemonstrationen, Blumenbeet, Möllner Rede im Exil)/Realisierung eines Gedenkortes/Podcast-Serie, Ausstellung
auf Initiative von/wann:	Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak (antirassistischen Aktivist*innen, Opferberatung ReachOut und weiteren im Stadtteil Aktiven in Zusammenarbeit mit Angehörigen und Freund*innen)/seit 2012

Der 22-jährige Auszubildende Burak Bektaş wurde am 5. April 2012 in Berlin-Neukölln auf offener Straße von einem Unbekannten erschossen. Kurz vor Mitternacht hatte sich Burak Bektaş in der Nähe einer Bushaltestelle mit Freunden unterhalten, als sich der Gruppe migrantischer Jugendlicher ein Mann näherte und gezielt mehrere Schüsse auf sie abgab. Burak Bektaş wurde tödlich getroffen, zwei seiner Freunde erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Die überlebenden Jugendlichen beschrieben die Tat als »Hinrichtung auf offener Straße«.

Bis heute wissen Angehörige und Freund*innen sowie die Überlebenden des Anschlags nicht, wer der Täter war und kritisieren, dass Rassismus als Tatmotiv von den Ermittlungsbehörden nicht ausreichend untersucht wurde. Die kurz nach dem Mord gegründete »Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak« versteht sich als Plattform, in der Angehörige, Freund*innen, antirassistische Aktivist*innen, Nachbar*innen und weitere im Stadtteil Neukölln Engagierte sowie in der Opferberatung und Jugendarbeit Tätige gemeinsam aktiv werden können.



Links: Plakatwand zur Kundgebung 2015 (© Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak B.)

Rechts: Einweihung der Skulptur am 8. April 2018 (© PM Cheung)

GEDENKORT FÜR BURAK BEKTAŞ

FUNDAMENT **BEZAHLT ✓**
 SOCKEL **BEZAHLT ✓**
 GEDENKTAFEL **BEZAHLT ✓**
 SKULPTUR **BEZAHLT ✓**
WEGE 10.014 € FEHLEN!

JETZT SPENDEN! Empfänger Antirassistische Initiative
 IBAN DE46 1002 0500 0003 0396 00
 Verwendungszweck Gedenkort Burak

WWW.GEDENKORT-FUER-BURAK.ORG

Der zentralen Forderung der Angehörigen und des sozialen Umfelds des Ermordeten nach umfassenden Ermittlungen und konsequenter Aufklärung hat die Initiative in den vergangenen sechs Jahren mit vielfältigen Aktionen Nachdruck verliehen: angefangen von monatlichen Mahnwachen über jährliche Gedenkkundgebungen bzw. -demonstrationen über einen eigenen Blog, eine Ausstellung und ein selbstgestaltetes Blumenbeet als provisorischer Gedenkort. Unter Mitwirkung von Angehörigen, Freund*innen und der Initiative produzierten Journalisten für den Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) 2015 eine neunteilige Podcast-Serie zum Mord an Burak Bektaş sowie eine begleitende Webdoku.

Ein wichtiges Anliegen der Angehörigen, einen sichtbaren und lebendigen Gedenk- und Begegnungsort zur Erinnerung an Burak Bektaş zu schaffen, wurde inzwischen erreicht: Am 5. Jahrestag des Mordes wurde 100 Meter vom Tatort entfernt auf einer öffentlichen Grünfläche des Stadtbezirks Neukölln im Rahmen einer Kundgebung der Grundstein für den Gedenkort gelegt. Innerhalb eines Jahres wurde der Ort gestaltet und am 6. Todestag eine Bronzeskulptur eingeweiht. Zur Realisierung hatte die Initiative im Verlauf von zwei Jahren 40.000 Euro Spenden gesammelt. Die Öffentlichkeits- und Erinnerungsarbeit der Initiative zeigt zudem eindrucksvoll, wie praktische Solidarität zwischen etlichen Angehörigen von Opfern rassistischer Tötungsverbrechen, Freundeskreisen und Initiativen möglich ist.

Spendenanzeige weitere Ausgestaltung Gedenkort 2018 (© Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak)



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Blog der »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak B.« <http://burak.blogsport.de/>
- Website der Arbeitsgruppe »Gedenkort für Burak« <http://gedenkort-fuer-burak.org>
- Film von der Demonstration zum 6. Jahrestag des Morde: bit.ly/demo-burak-unvergessen
- Podcast-Serie »Wer hat Burak erschossen?« (Kulturradio des RBB 2012) bit.ly/podcast-burak
- Webdoku des RBB <https://webdoku.rbb-online.de/burak#845>

LEIPZIG (SACHSEN)

Gedenken an die Todesopfer rechter Gewalt in seit 1990

»Ein junger Mensch musste sterben, weil seine Hautfarbe einigen Menschen nicht gefiel.«

(Familie von Kamal Kilade in der Todesanzeige für den 19-Jährigen)

9 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

10 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

11 Was sind Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

sozialer Raum:	Großstadt (590.000 Einwohner*innen)	
Tatmotiv:	Rassismus ⁹ , Sozialdarwinismus ¹⁰ , Homofeindlichkeit ¹¹	
Name (Alter):	Tatdatum/Todestag:	offizielle Anerkennung:
Gerhard Sch. (43)	1. Juli 1991	Verdachtsfall
Klaus R. (43)	28. Mai 1994	nein
Gerhard Helmut B. (19)	17. Dezember 1995	Verdachtsfall
Horst K. (43)	30. Dezember 1995	nein
Bernd Grigol (43)	8. Mai 1996	nein
Achmed Bachir (30)	13. Oktober 1996	ja (2012)
Nuno Lourenço (49)	4. Juli 1998	ja (2012)
Thomas K. (16)	4. Oktober 2003	ja (2012)
Karl-Heinz Teichmann (59)	23. August 2008	nein
Kamal Kilade (19)	24. Oktober 2010	ja (2012)
Formen des Gedenkens:	Wanderausstellung/diverse weitere Aktivitäten	
auf Initiative von/wann:	Initiativkreis Antirassismus Leipzig/seit 2010	



Tafel aus der Ausstellung
»Die verschwiegenen Toten«
(© MOB)

Die im November 2014 eröffnete Wanderausstellung »Die verschwiegenen Toten. Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Leipzig« ist ein Projekt des Initiativkreises Antirassismus in Leipzig, der durch vielfältige Aktivitäten an die Opfer rechter Gewalt erinnern will. Anlass für die Recherche und die nachfolgende Ausstellung waren die tödliche Misshandlung des 59-jährigen Wohnungslosen Karl-Heinz Teichmann durch einen Neonazi im August 2008 sowie der rassistisch motivierte tödliche Messerangriff auf den 19-jährigen Kamal Kilade durch zwei Neonazis im Oktober 2010 und die Entpolitisierung beider Taten durch die Ermittlungsbehörden.

Erst durch die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit des Initiativkreises und einer engagierten Nebenklagevertretung der Angehörigen im Prozess gegen die Täter wurde – im Gegensatz zu Karl-Heinz Teichmann – 2012 auch eine offizielle Anerkennung Kamal Kilades als Todesopfer rechter Gewalt erreicht. Neben ihm werden in den behördlichen Statistiken bislang lediglich drei weitere Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990 aufgeführt. Dass seit 2013 auch eine Gedenktafel am Tatort gegenüber vom Leipziger Hauptbahnhof an Kamal Kilade erinnert, ist nicht zuletzt ihrem Engagement zu verdanken.

Durch umfangreiche Recherchen ist es dem Initiativkreis gelungen, im Rahmen der Ausstellung insgesamt acht politisch rechts motivierte Tötungsdelikte sowie zwei weitere Verdachtsfälle aufzuarbeiten. Damit will der Initiativkreis ein Gedenken an alle Todesopfer in Leipzig befördern sowie den politischen, behördlichen und gesellschaftlichen Umgang mit den Verbrechen und den Angehörigen der Getöteten kritisch hinterfragen. Die Initiative will außerdem eine offizielle Anerkennung aller Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig erreichen sowie eine Auseinandersetzung mit den Ursachen rechter Gewalt anstoßen.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Artikel über die Ausstellung auf dem Störungsmelder-Blog von ZEIT ONLINE:
bit.ly/die-verschwiegenen-toten
- Website des Initiativkreises <http://initiativkreis.blogspot.de/>

BRANDENBURG

Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt seit 1990

»Für mich ist es erst abgeschlossen, wenn ich die Wahrheit weiß. In unserem Herzen hat Falko seinen Stammpplatz und wir werden uns immer an ihn erinnern. Freunde sterben nicht.«

(Falko Lüdtkes beste Freundin Sandra im Gespräch mit der Opferperspektive 2015)

Tatmotiv:	Rassismus ¹² , Sozialdarwinismus ¹³ , Homofeindlichkeit ¹⁴ , Antisemitismus ¹⁵ , Hass auf politische Gegner*innen, Rechtsterrorismus
offizielle Anerkennung:	18 von 22 Tötungsdelikten (seit 2015 nach unabhängiger Altfallprüfung)
Formen des Gedenkens:	Website
auf Initiative von/wann:	Opferperspektive e.V./2013 (Überarbeitung 2016)

12 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

13 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

14 Was sind Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

15 Was ist Antisemitismus? (S. 106 ff.)

Auf der Website werden die Schicksale von 22 Todesopfern rechter Gewalt sowie neun Verdachtsfälle und Hintergründe zu drei weiteren durch Neonazis verübte Tötungsdelikte, bei denen mittlerweile ein politisches Motiv ausgeschlossen wird, seit 1990 in Brandenburg dargestellt. Neben Informationen über die Taten werden auch die Ergebnisse der Gerichtsverfahren transparent gemacht. Zudem werden lokale Gedenkinitiativen und -orte vorgestellt und die politische Debatte um die fehlende staatliche Anerkennung vieler Todesopfer rechter Gewalt beleuchtet. Daneben finden sich Hinweise auf Publikationen oder Filme.

Der Verein Opferperspektive berät seit 1998 Betroffene rechter Gewalt, ihr soziales Umfeld und Zeug*innen in Brandenburg und war Vorreiterin und Wegbereiterin für die ab 2001 zunächst in den neuen und seit 2007 auch in den alten Bundesländern aufgebauten spezifischen Fachberatungsstellen.



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- Website www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de
- Website der Opferperspektive www.opferperspektive.de
- Abschlussbericht des Forschungsprojekts »Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990« bit.ly/bericht-mmz-brandenburg

Startseite Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg
(© Opferperspektive e.V.)



NÜRNBERG, HAMBURG, MÜNCHEN, ROSTOCK, DORTMUND, KASSEL, HEILBRONN UND BUNDESWEIT

Gedenken an die Opfer des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU)

»(...) Die Politik, die Justiz, jeder Einzelne von uns ist gefordert. Ich habe meinen Vater verloren, wir haben unsere Familienangehörigen verloren. Lasst uns verhindern, dass das auch anderen Familien passiert. Wir alle gemeinsam zusammen – nur das kann die Lösung sein.«

(Ansprache von Semiya Şimşek bei der offiziellen Trauerfeier für die Opfer des NSU am 23.02.2012 in Berlin)

16 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

17 Zudem verübte der NSU zwei weitere rassistische Bombenanschläge in Köln: Bei einem Sprengstoffanschlag auf das Lebensmittelgeschäft einer iranischen Familie in der Propsteigasse in Köln am 19. Januar 2001 wurde die zum Tatzeitpunkt 19-jährige Tochter der Familie lebensgefährlich verletzt. Am 10. Juni 2004 verletzte der NSU mit einem Nagelbombenanschlag auf die Keupstraße in Köln-Mühlheim – als einem Sinnbild migrantischen Lebens der großen türkeistämmigen Community in Deutschland – mehr als zwanzig Menschen, die zum Teil lebensgefährliche Verletzungen durch die Zimmermannsnägel erlitten, mit denen der NSU einen Sprengsatz in einer Fahrradbox präpariert hatte

sozialer Raum:	Großstädte/Millionenstädte	
Tatmotiv:	Rassismus ¹⁶ , Hass auf Repräsentant*innen des demokratischen Rechtsstaats	
Name (Alter):	Tatdatum/Todestag:	Tatort (Bundesland):
Enver Şimşek (38)	9. September 2000	Nürnberg (Bayern)
Abdurrahim Özüdoğru (49)	13. Juni 2001	Nürnberg (Bayern)
Süleyman Tasköprü (31)	27. Juni 2001	Hamburg
Habil Kılıç (38)	29. August 2001	München (Bayern)
Mehmet Turgut (25)	25. Februar 2004	Rostock (Mecklenburg-Vorpommern)
İsmail Yaşar (50)	9. Juni 2005	Nürnberg (Bayern)
Theodoros Boulgarides (41)	15. Juni 2005	München (Bayern)
Mehmet Kubaşık (39)	4. April 2006	Dortmund (Nordrhein-Westfalen)
Halit Yozgat (21)	6. April 2006	Kassel (Hessen)
Michèle Kiesewetter (22)	25. April 2007	Heilbronn (Baden-Württemberg)
offizielle Anerkennung:	ja (seit 2012)	
Formen des Gedenkens:	Straßenumbenennungen, Denkmäler, Prozessdokumentation, div. Veranstaltungen und Veröffentlichung, NSU Tribunal, Theater und Musik	
auf Initiative von/wann:	Hinterbliebenen und sozialem Umfeld sowie Betroffenen des NSU-Terrors, diverse Antifa und Antirassismusgruppen und Einzelpersonen/seit 2011	

Ab Januar 1998 bauten die auf der Flucht vor der Polizei zunächst in Chemnitz und ab Sommer 2000 in Zwickau in der Illegalität lebenden Jenaer Neonazis Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe mit Unterstützung und Beteiligung von Neonazis aus Sachsen und Thüringen das Netzwerk des so genannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) auf. In den Jahren 1998 bis zur Selbstenttarnung am 4. November 2011 verübte der NSU mindestens 15 Raubüberfälle auf Banken und Sparkassen. Mit der Beute wurden sowohl die Lebenshaltungskosten des unter den Identitäten von befreundeten Neonazis in einer Reihe von gemieteten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern lebenden NSU-Kerntrios finanziert. Zudem wurden damit Waffen und Sprengstoff beschafft und Fahrzeuge angemietet.

Am 23. Juni 1999 verübte der NSU seinen ersten bekannten rassistischen Sprengstoffanschlag auf die Gaststätte »Sonnenschein« eines türkeistämmigen Betreibers in Nürnberg. Dabei wurde ein junger Kellner schwer verletzt. Am 10. September 2000 begann der NSU eine rassistische Mordserie: Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt ermordeten neun Gewerbetreibende türkischer, kurdischer und griechischer Herkunft an ihren Arbeitsplätzen und benutzten dabei immer die gleiche Waffe, eine tschechische Pistole der Marke Česká 83.¹⁷ Bis zur Selbstenttarnung des NSU im November 2011 wurde die Mordserie daher in den Medien auch als Česká-Mordserie bezeichnet. Der NSU fotografierte die sterbenden Opfer, die mit



Aishe und İsmail Yozgat 2013
vor dem OLG München
(© Robert Andreasch)

Schüssen in den Kopf regelrecht hingerichtet wurden, und nutzte diese Fotos sowie Medienberichte für ein so genanntes »Bekennervideo«, das nach dem 4. November 2011 von Beate Zschäpe und bislang unbekannten weiteren Helfer*innen als DVD an Medien, Parteibüros und Neonaziversände verschickt wurde. Darin übernimmt der NSU – der sich selbst als »Netzwerk von Kameraden« bezeichnet – die Verantwortung für die rassistische Mord- und Anschlagsserie sowie für den Mordanschlag auf zwei Polizist*innen in Heilbronn.

Nach den Morden und Anschlägen verdächtigten die Strafverfolgungsbehörden jeweils die Familienangehörigen und die Verstorbenen sowie die Überlebenden der Anschläge in einer vermeintlichen »türkischen Mafia« aktiv gewesen oder in Netzwerken von Menschenhändlern, Drogenhändlern oder einer Wettmafia verstrickt zu sein. Die Überlebenden des Bombenanschlags auf der Keupstraße haben die Ermittlungen deshalb als »Bombe nach der Bombe« bezeichnet. Die Familienangehörigen von Mehmet Kubasik haben betont, dass ihnen die rassistischen Verdächtigungen und Ermittlungen die Möglichkeit genommen haben, um ihren Vater und Ehemann zu trauern und tatsächlich Opfer zu sein.

Die Tatsache, dass in Deutschland ein neonazistisches Terrornetzwerk zehn Menschen ermorden und mehr als zwei Dutzend Menschen verletzen konnte, ohne dass die Strafverfolgungsbehörden über einen Zeitraum von 13 Jahren die Täter identifiziert und zur Verantwortung gezogen haben, war die Grundlage für mittlerweile dreizehn parlamentarische Untersuchungsausschüsse.¹⁸ Im Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit standen und stehen die rassistischen Verdächtigungen, Stigmatisierungen und Kriminalisierung der Hinterbliebenen und Familien der Mordopfer durch die jeweils in den Tatortstädten ermittelnden Mordkommissionen und die länderübergreifende sogenannte BAO¹⁹ Bosphorus. Weiterhin zentral ist die Frage, welche Informationen die Inlandsgeheimdienste, insbesondere das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie die Landesämter für Verfassungsschutz in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zu welchen Zeitpunkten durch welche neonazistischen V-Leute und Informanten über die neonazistische Terrorgruppe und ihre Unterstützer*innen hatte. Hier geht es auch darum, ob mit diesen Informationen die Mordserie hätte verhindert bzw. gestoppt werden können. Und es ist weiterhin von wesentlichem Interesse, warum die Sicherheitsbehörden zwischen den Jahren 1998 und 2011 zu keinem Zeitpunkt die Öffentlichkeit über die Gefahr rechtsterroristischer Netzwerke informierten.

Am 11. Juli 2018 verurteilte das Oberlandesgericht Beate Zschäpe als überlebendes Mitglied des NSU nach fünfjähriger Prozessdauer als Mittäterin an den zehn Morden und den Sprengstoffanschlägen zu einer lebenslangen Haftstrafe. Ihre fünf Mitangeklagten erhielten Haftstrafen von zweieinhalb bis zehn Jahren. Viele Hinterbliebene, ihre Nebenklagevertreter*innen und Initiativen wie NSU Watch kritisierten, dass mit dem Urteil wesentliche Fragen offen geblieben seien: Ungeklärt ist nach wie vor, wie der NSU die Opfer und Anschlagsorte auswählte und ob es in den jeweiligen Tatortstädten Helfer*innen in der örtlichen Neonaziszene gab. Ungeklärt ist bislang auch, warum Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nicht im Sommer 1998 festgenommen wurden, als durch V-Leute und Telefonüberwachungsmaßnahmen umfangreiche Informationen zu ihrem Aufenthaltsort in Chemnitz und ihren Helfer*innen bei Polizei und Verfassungsschutzbehörden vorlagen und inwieweit staatliche Institutionen und ihre Informanten auch in den nachfolgenden Jahren über Informationen zum Terrornetzwerk NSU

18 im Bundestag und in den Landtagen von Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen

19 besondere Aufbauorganisation

verfügten, mit denen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hätten festgenommen und die Mord- und Anschlagsserie verhindert bzw. beendet werden können.

Nach der Selbstenttarnung des NSU entstanden an den Tatorten – oft in Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Mordopfer – vielfältige Gedenkinitiativen.

Straßenumbenennungen

Viele Hinterbliebene wünschen oder forderten die Umbenennung einer Straße oder eines Platzes im öffentlichen Raum, die bzw. der in Bezug zur getöteten Person oder dem Anschlag steht. So gibt es zum Beispiel eine Tasköprüstraße im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld, wo Süleyman Tasköprü am 27. Juni 2001 vom NSU erschossen wurde. In Kassel wurde im Jahr 2013 ein kleiner Platz nach Halit Yozgat benannt, die Familie und die Initiative 6. April fordern jedoch weiterhin, dass die Holländische Straße, an der das Internet-Café lag, in dem Halit Yozgat am 6. April 2006 ermordet wurde, nach dem 21-Jährigen umbenannt wird. Dagegen regt sich in Kassel massiver Widerstand. Straßenumbenennungen lassen sich eher durchsetzen, wenn sich viele Personen den Wunsch der Hinterbliebenen zu eigen machen und öffentliche Forderungen stellen bzw. diese unterstützen, z. B. bei öffentlichen Veranstaltungen, Ratssitzungen oder mit Unterschriftenlisten.

Erinnerungsorte

Inzwischen gibt es an allen Tatorten der NSU-Mordserie Erinnerungsorte: Im Jahr 2012 wurde auf der Theresienwiese in Heilbronn eine neue Gedenktafel für Michéle Kieseewetter und alle Todesopfer des NSU aufgestellt. Ebenfalls im Jahr 2012 wurde ein Gedenkstein vor dem ehemaligen Kiosk der Familie Kubaşık in der Mallinckrodstraße 190 in Dortmund-Dorstfeld aufgestellt, der an Mehmet Kubaşık erinnert. Seit 2013 erinnert in der Trappentreustraße 4 im Münchner Stadtteil Westend an seinem ehemaligen Schlüsselladen eine Gedenktafel an Theodoros Boulgarides. Eine Bronzetafel erinnert seit 2015 auf dem Parkplatz eines Edeka-Geschäfts an der Velburger Straße 3 in Nürnberg an Ismail Yaşar. Seit 2013 erinnert eine Gedenktafel am ehemaligen Gemüseladen in der Bad-Schachener-Straße 14 in München-Ramersdorf an Habil Kiliç. Am Tatort am Neudierkower Weg 2 in Rostock-Toitenwinkel erinnern seit 2014 zwei Betonbänke mit türkisch-deutschen Inschriften an Mehmet Turgut. Seit 2015 erinnert eine Bronzetafel am Tatort an den zweifachen Familienvater. An Abdurrahim Özüdoğru erinnert eine Bronzetafel am Ladenlokal seiner ehemaligen Änderungsschneiderei in der Gyulaer Straße 1 in Nürnberg. Seit 2014 erinnert eine Gedenkstele am Tatort in der Liegnitzer Straße in Nürnberg-Langwasser an Enver Şimşek. Seit 2013 erinnern in Nürnberg zudem auch eine Gedenktafel und vier Gingko-Bäume am Ende der Straße der Menschenrechte an die drei NSU-Opfer in Nürnberg. Zudem plant das Land Thüringen die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte für die Opfer des NSU, um der besonderen Verantwortung der thüringischen Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex Ausdruck zu verleihen.

NSU Watch

NSU-Watch wird von einem Bündnis aus rund einem Dutzend antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und Einzelpersonen aus dem ganzen Bundesgebiet getragen, die seit über einem Jahrzehnt zum Themenkomplex rechter Terror arbeiten. NSU Watch hat über fünf Jahre lang den Strafprozess gegen Beate Zschäpe und ihre Mitangeklagten beobachtet, auf Twitter @nsuwatch aus dem Gerichtssaal berichtet



Aufklären + Müdahale
Aydınlatma + Einmischen

Prozessbeobachtung
 Almanca + Türkçe Protokolle
 Araştırma-Belgeleme
 Recherche Dava takibi

www.nsu-watch.info
 Spendenkonto
 Kontoinhaber: apabiz e.V.
 IBAN: DE46 1002 0500 0003 3208 03
 BIC: BFSWDE33HAN
 Bank für Sozialwirtschaft
 Stichwort: Beobachtung

die unabhängige Beobachtungsstelle
NSU-watch
 Unterstützen Sie jetzt



und jeden Verhandlungstag protokolliert. Neben den öffentlichen Protokollen, die eine einzigartige Wissenssammlung über den NSU-Prozess darstellen, ist die Vermittlung von Wissen über Neonazis und den NSU zentrale Aufgabe des Projekts. NSU-Watch wurde mit mehreren bedeutenden Preisen ausgezeichnet. Die Landesprojekte NSU Watch Hessen, Brandenburg, NRW, Sachsen und Baden-Württemberg haben die jeweiligen NSU-Untersuchungsausschüsse begleitet und dokumentiert.

(Symbolische) Umbenennungen (von links) in Mölln, Eberswalde, Hamburg, Berlin (© Amadeu-Antonio Stiftung) und Kassel (© Stefan Bellini)

 www.nsu-watch.info

Bundesweites Aktionsbündnis »NSU-Komplex auflösen« und NSU-Tribunal

Das bundesweite Aktionsbündnis »NSU-Komplex auflösen« besteht seit 2014 aus zahlreichen Initiativen aus ganz Deutschland, die sich mit strukturellen Rassismus, dem NSU-Komplex und Gedenkkultur beschäftigen und sich für Perspektiven von Betroffenen rassistischer Gewalt einsetzen. Darin sind u.a. organisiert: Initiative 6. April (Kassel), Initiative »Keupstraße ist überall« (Köln), Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh (Dessau), Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş (Berlin), Initiative »Das Schweigen durchbrechen« (Nürnberg), Freundeskreis zum Gedenken an den rassistischen Brandanschlag von Mölln 1992 (Hamburg).

Meilensteine der Aktionsarbeit des Bündnisses sind:

- die bundesweite symbolischen Umbenennung von Straßennamen mit Opfern des NSU zum dritten Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU am 4. November 2014;
- Aktionstag und Demonstration Tag X vor dem OLG München am Tag der Zeugenaussagen der Betroffenen des Nagelbombenanschlags auf der Keupstraße im Januar 2015;
- Intervention in den NSU-Prozess mit Verlesung der Anklageschrift während des Abschlussplädoyers der Bundesanwaltschaft im August 2017;
- Beim Tribunal »NSU-Komplex auflösen« vom 17.-21. Mai 2017 im Schauspiel Köln mit über 3.000 Teilnehmenden berichteten Betroffene und Angehörige von NSU-Opfern von ihren Erfahrungen im NSU-Komplex. In einer Anklageschrift wurden 90 Personen stellvertretend der Verstrickung im NSU-Komplex angeklagt.

 www.nsu-tribunal.de

Theater und Musik

Zahlreiche Theatermacher*innen und Regisseur*innen haben sich inzwischen mit dem NSU-Komplex beschäftigt. Mit fiktionalen, dokumentarischen und diskursiven Strategien erweiterten Theaterschaffende in den letzten Jahren die mediale Auseinandersetzung um den NSU enorm. Dutzende Theaterstücke sind in den letzten Jahren zum Thema entstanden. Die Stücke übersetzen Fakten und die trockene Sprache

der Juristen. Eine Reihe von Theaterstücken und Festivals rücken insbesondere die Perspektive der Angehörigen der Mordopfer und der Verletzten in den Mittelpunkt. Dazu gehören u.a. die »NSU-Monologe« der »Bühne für Menschenrechte«: Das Stück »Die NSU-Monologe« dokumentiert eindrücklich die Erinnerungen von Elif Kubaşık, Adile Şimşek und İsmail Yozgat und wie die drei Angehörigen das Gedenken an den geliebten Menschen gegen die vermeintliche Wahrheit der Behörden zu verteidigen versuchen. Die NSU-Monologe sind dokumentarisches, wortgetreues Theater, mal behutsam, mal fordernd, mal wütend – roh und direkt liefern sie uns intime Einblicke in den Kampf der Angehörigen um Wahrheit und sind in Zeiten des Erstarkens von Rechtsextremismus an Aktualität kaum zu überbieten.

 <http://buehne-fuer-menschenrechte.de>

Das Theatertreffen und Projekt »Unentdeckte Nachbarn« hat an den Theaterhäusern und Orten der freien Kulturszene in Chemnitz und Zwickau, Jena und Dresden Theaterstücke wie »Die Lücke« zum Nagelbomben-Anschlag in der Kölner Keupstraße und dessen Auswirkungen sowie das Stück »Auch Deutsche unter den Opfern« an für das NSU-Netzwerk zentrale Orte gebracht. Auch die eigene Produktion »Unentdeckte Nachbarn« des Figurentheaters Chemnitz sowie die zeitgleich an mehreren Theaterhäusern stattfindende Inszenierung »Offener Prozess« im Winter 2016 fand in diesen Städten statt. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass diese Orte, an denen sich weder die Einwohner*innen noch Politiker*innen mit den örtlichen Verbindungen zum NSU auseinandersetzen wollen, so einen anderen Zugang zum Komplex finden.




 <http://unentdeckte-nachbarn.de/>

Der Track »Es brennt« von Eko Fresh feat. Brings thematisiert den vom NSU verübten Nagelbombenschlag in der Keupstraße 2004, falsche Verdächtigungen, das Versagen der Behörden und die Auswirkungen.

 bit.ly/es-brennt



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

-  NSU watch: Aufklären & Einmischen www.nsu-watch.info
-  Tribunal NSU-Komplex auflösen www.nsu-tribunal.de
-  »Wir müssen lauter werden« – Rede von Imran Ayata auf der Veranstaltung »Kein Schlusswort: Der Nationalsozialistische Untergrund und der Stand der Aufklärung.« (Berlin, 18.05.2018): bit.ly/wir-muessen-lauter-werden

Kampagne »Wir klagen an!«
(© NSU-Tribunal)



BUNDESWEIT

Gedenken an alle Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland

»Autarkes Gedenken, autarker Protest

Fremde, Freunde in Inis vernetzt

Ab jetzt gemeinsam mit Tat und Wort

Niemand wird vergessen...«

(aus dem Song »Niemand wird vergessen«, 2015)

Tatmotiv:	Rassismus ²⁰ , Sozialdarwinismus ²¹ , Antisemitismus ²² , LGBTTIQ*-Feindlichkeit ²³ , Antirassismus ²⁴ , Hass auf politische Gegner*innen oder Repräsentant*innen des Staates u.a.
offizielle Anerkennung:	teilweise (83 von 169, Stand November 2018)
Formen des Gedenkens: auf Initiative von/wann:	Plakataktion des Bündnis Nazistopp Nürnberg (2009 und 2013); Gedenkkongress von »Rassismus tötet!« Leipzig und Initiative »Pogrom 91« (2015); Hip-Hop-Track »Niemand wird vergessen« von Refpolk und Kutlu Yurtseven (2015) u.a.

20 Was ist Rassismus? (S. 102 ff.)

21 Was ist Sozialdarwinismus? (S. 109 ff.)

22 Was ist Antisemitismus? (S. 106 ff.)

23 Was sind Homo-, Inter- und Trans*feindlichkeit? (S. 115 ff.)

24 Was ist Antirassismus? (S. 112 ff.)

Plakataktion

Das Nürnberger Bündnis Nazistopp erinnerte anlässlich der Landtags- und Bundestagswahlen 2009 und 2013 mit einer Plakataktion an alle bekannten Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 und die erhebliche Diskrepanz zu den offiziellen Zahlen. Zugleich rief es dazu auf, seine Stimme weder Nazis noch Rassist*innen zu geben. Die Plakate konnten sowohl kostenlos vor Ort abgeholt, gegen Portokosten bestellt oder auf der Website des Bündnis heruntergeladen und ausgedruckt werden. Das Bündnis selbst verbreitete sie auf Plakatwänden und Litfaßsäulen.

bit.ly/plakataktion-bündnis-nazistopp

Gedenkkongress

Im September 2015 fand mit dem Titel »NSU-Gedenken im Kontext bisheriger Gedenk- und Erinnerungspolitik nichtstaatlicher Gruppen an rechte Morde und Gewalttaten« in Leipzig erstmals ein bundesweiter Kongress zur Praxis antirassistischer und nichtstaatlicher Gedenk- und Erinnerungsarbeit an rechte Morde statt. Schwerpunkt neben der Reflexion der bisherigen Arbeit bildete der NSU-Komplex und die Frage nach Schlussfolgerungen für ein Gedenken an die Betroffenen des NSU. Auf der Website zum Kongress sind u.a. ausführliche Beschreibungen zu zahlreichen Initiativen sowie etliche Links zu Tonmitschnitten vieler Veranstaltungen zum Anhören und Herunterladen zu finden.

www.gedenkkongress.de

Musik

Der »Niemand wird Vergessen/Hiç unutmamak« Track der linken HipHopper Refpolk und Kutlu Yurtseven thematisiert tödliche rassistische Gewalt sowie Angriffe, bei denen nur durch Zufall niemand getötet wurde. Einen Schwerpunkt bildet das NSU-Nagelbombenattentat in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004, die Folgen für die Hinterbliebenen, die Rolle des Verfassungsschutzes und öffentliche Reaktionen. Das Video zeigt eine Vielzahl von Gedenkaktionen. Kutlu Yurtseven ist einer der Mitbegründer der Initiative »Keupstraße ist überall«.

bit.ly/niemand-wird-vergessen



© Nürnberger Bündnis Nazistopp

IN AKTION TRETEN I

GEDENKEN MIT SPRÜHKREIDE VISUALISIEREN

1  Warum erinnern?
(S. 126 ff.)

Mit Sprühkreide kann bei einer Gedenkaktion an ein Todesopfer rechter Gewalt¹ z. B. der Tatort des Verbrechens für die Teilnehmenden und auch Passant*innen markiert und zugleich das zentrale Anliegen eindrücklich sichtbar gemacht werden. So könnt Ihr den Namen oder das Portrait des Getöteten gestalten, einen Spruch oder ein Bild sprühen und so ein temporäres Graffito entstehen lassen. Das Kunstwerk kann zu Beginn der Gedenkveranstaltung gesprüht und seine Entstehung von Umstehenden oder innehaltenden Passant*innen mitverfolgt werden. Auch eine aktive Beteiligung weiterer Interessierter ist denkbar. Zudem bleibt das Gesprühte bis zum nächsten Regen oder Putzfahrzeug für Vorbeilaufende sichtbar.

Die folgenden Kapitel sollen Euch als Orientierung zur Planung einer Gedenkaktion mit Sprühkreide-Einsatz dienen und deren Realisierung erleichtern.

Ihr braucht:

- einen Anlass/ein Thema, z. B. den Todestag eines Opfers rechter Gewalt oder eine/n Thementag/-woche (z. B. Tag der Wohnungslosen am 11. September, Internationaler Tag der Behinderten am 3. Dezember, Internationaler Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie am 17. Mai, Internationaler Tag für die Beseitigung rassistischer Diskriminierung am 21. März, Internationale Wochen gegen Rassismus im März...),
- eine Botschaft für die künstlerische Umsetzung,
- eine (oder mehrere) geeignete Örtlichkeiten, die mit der Sprühkreide gestaltet werden sollen,
- ausreichend abwaschbare und wasserlösliche Sprühkreide-Dosen in verschiedenen Farben (keine Graffiti-Farbe),
- ein oder mehrere kreative Leute, die gut malen bzw. sprühen können,
- einen geeigneten, trockenen Untergrund und trockenes Wetter,
- einen Plan B bei prognostiziertem Regenwetter, z. B. Transpistoff, Graffiti-Dosen und ggf. wasserfeste Stifte sowie ein (provisorisches) Dach, z. B. aus Folie und Fäden zum Aufhängen.

Erstes öffentliches Gedenken
an Jörg Danek am S-Bahnhof
Halle Neustadt 2015 (© MOB)



So geht's: Sprühkreideaktion konkret durchdenken und umsetzen

1. Thema, Zielgruppen und Ort

Es ist in der Regel hilfreich, sich zunächst im Detail zu überlegen, was genau Ihr mit welchem Ziel für welchen Personenkreis thematisieren möchtet und wo das am effektivsten möglich ist. Ihr solltet zudem sorgfältig überlegen, ob sich Kontakte zu Hinterbliebenen, Freund*innen, Mitschüler*innen, Arbeitskolleg*innen oder weitere Personen aus dem sozialen Umfeld des Getöteten herstellen ließen, die vorab über Eure Idee informiert und ggf. um Ihre Meinung, Zustimmung oder Beteiligung gebeten werden sollten. Auch die Frage, ob (potenziell) von rechter Gewalt Betroffene, die in der Region leben oder arbeiten in die Planung und Durchführung der Aktion einbezogen werden könnten solltet Ihr gemeinsam diskutieren.

Achtet bei der Auswahl des Ortes darauf, dass er für eine Sprühkreideaktion tatsächlich geeignet ist. Hierfür solltet Ihr frühzeitig den bzw. die möglichen Orte auf Sprühkreide-Tauglichkeit prüfen: Gibt es geeignete Flächen (Asphalt, Beton-Mauer, Holzwand, ...) und sind diese öffentlich, das heißt ohne weiteres besprühbar? Auf privaten Flächen oder Objekten solltet Ihr nur sprühen, wenn Ihr das im Vorfeld mit den Verantwortlichen abklären konntet. Und könnte hier bei schlechtem Wetter auch Euer Plan B problemlos umgesetzt werden? Gibt es z. B. eine Möglichkeit, ein Transparent aufzuhängen und zu besprühen?

2. Motiv(e) finden

Bei der Motivsuche können Euch ggf. folgende Fragen helfen:

- Was wisst Ihr über den Getöteten und über die Tat? Lässt sich hieraus eine (verallgemeinerbare) Botschaft ableiten, die gesprüht werden könnte?
- Was möchtet Ihr noch direkt über das gesprühte Bild vermitteln (»Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt«, »Rassismus tötet!«, »Die Menschenwürde ist unantastbar!«, Wut, Trauer, ...)?
- Habt Ihr ggf. Ideen, ob und wenn ja wie Beteiligte an der Gedenkkundgebung oder sogar Umstehende motiviert werden könnten, aktiv Anteil zu nehmen und sich mit eigenen Gedanken an dem Gesamtkunstwerk zu beteiligen?

Je nachdem, wie es um die gestalterischen Fähigkeiten innerhalb Eurer Gruppe und/oder der in Betracht kommenden Künstler*innen bestellt ist könnt Ihr darauf aufbauend gemeinsam entscheiden, ob eher mit Sprüchen oder Motiven oder einem Mix gearbeitet werden soll.

Achtet darauf, dass die für die künstlerische Umsetzung ausgewählten Botschaften nicht zu lang sind. Wichtig ist auch zu überlegen, wie lange Eure Aktion dauern soll, um den Künstler*innen eine Orientierung für die Zeit zu geben, in der das Bild fertiggestellt sein muss.

Wenn Ihr selbst noch keine Erfahrung im Umgang mit Sprühkreide habt, kann es hilfreich sein, vorher ein bisschen zu üben. Tricky kann es v.a. auch dann werden, wenn Ihr auf Fußboden sprühen wollt, weil die Sprühflaschen dann fast waagrecht gehalten werden müssen.

3. Weitere Rahmung planen

Zudem ist es sinnvoll zu überlegen, ob die Kunstaktion für sich stehen oder noch eine Rahmung erhalten soll und ob und wen Ihr ggf. explizit zur Mitgestaltung der Gedenkaktion einladen wollt. Auch eine Sprühkreideaktion ist in der Regel als politische Aktion zur Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung anmeldepflichtig. Was Ihr dazu wissen und dabei beachten solltet, haben wir im Artikel »Aktiv werden: Versammlungsrechtliche Grundlagen«² für Euch zusammengestellt.

Je nachdem könntet Ihr noch folgende Dinge organisieren:

- einen oder mehrere Redebeiträge und Menschen, die diese halten (vielleicht sogar von Angehörigen, Freund*innen oder Bekannten des Getöteten oder anderer Angehörigen- bzw. Betroffeneninitiativen im Themenkontext),
- Flyer mit den wesentlichen Infos, aktuellen Bezügen und Euren Forderungen sowie Menschen, die diese verteilen,
- wenn vorhanden ein Foto des Getöteten, außerdem (windresistente) Kerzen, ein Gesteck, Kranz oder Blumen,
- eventuell (Live-)Musik und eine geeignete Verstärkung bzw. Abspielmöglichkeit³,
- jemanden, der*die die Teilnehmenden begrüßt, das Wort an weitere Redner*innen übergibt und die Aktion für beendet erklärt (Moderator*in).

Macht Euch zudem auch Gedanken über die Gewährleistung der Sicherheit der Teilnehmer*innen, falls die Aktion z. B. in den Fokus von Neonazis gerät!



Gedenken an Helmut Sackers
auf Domplatz in Halberstadt
2016 (© MOB)

2 Aktiv werden:
Versammlungsrechtliche
Grundlagen (S. 157 ff.)

3 Laut Urheberrecht
können bei öffentlicher
Nutzung GEMA-pflichti-
ger Songs Gebühren
anfallen



Gedenken an Jörg Danek
2015 (© MOB)



4. Öffentlichkeitsarbeit

Damit Ihr – abgesehen von Leuten aus Euren Freundeskreisen – Eure Zielgruppe/n auch erreicht, solltet Ihr mit ausreichend zeitlichem Vorlauf brainstormen, wie Euch das am besten gelingt. Eine noch so genau durchdachte und vorbereitete Aktion kann dann ins Leere laufen, wenn an ihr nur eine Handvoll Leute teilnehmen, die Hälfte davon aus dem Orgakreis. Aber auch während der Aktion und danach kann Öffentlichkeitsarbeit sinnvoll sein.

4 bei Aktionen, die unter das Versammlungsrecht fallen frühestens 48 Stunden nach Anmeldung, Details siehe Aktiv werden: Versammlungsrechtliche Grundlagen (S. 157 ff.)

5 siehe bit.ly/schreib-workshop (S. 2 f.)

6 z.B. darauf achtet, ob Teilnehmer*innen mit ins Bild möchten oder so fotografiert, dass sie nicht zu erkennen sind

7 oder an die Mobile Opferberatung zur Veröffentlichung auf der Erinnerungswebsite schicken

Ankündigung im Vorfeld⁴:

- mit Aushängen und Flyern im Jugendzentrum, in Schulen, an der Uni, in Ausbildungsbetrieben, Religionsgemeinden, Vereinen sowie online auf Euren jeweiligen Kanälen (facebook, twitter, instagram, youtube etc.),
- sowie ggf. Lokalzeitungen, Radio- und Fernsehredaktionen oder ausgewählte Journalist*innen mit einer Presseerklärung informieren⁵.

während der Aktion:

- im Voraus eine Person Eurer Gruppe als Ansprechpartner*in für Journalist*innen auswählen,
- Fotoapparat oder gute Handykamera und eine verantwortliche Person dabei haben, welche die Aktion sensibel dokumentiert⁶,
- Passant*innen dazu einladen mitzumachen (z. B. während der Aktion flyern).

im Nachgang:

- einen kleinen Bericht über die Aktion, ggf. mit Fotos veröffentlichen⁷ → Bedenkt dabei, dass z. B. politisch gegen Rechts Aktive i.d.R. nicht erkenntlich im Internet aufgefunden werden möchten (im Zweifel Leute vorher fragen!).

5. Nachbereitung

Nehmt Euch nach der Aktion auch die Zeit für eine gemeinsame Nachbereitung. Fragt Euch, was Ihr mit der Aktion erreicht habt, was gut gelaufen ist und was Ihr bei einem nächsten Mal besser machen könntet! Ihr solltet auch den Raum schaffen darüber zu reden, wenn es in der Gruppe Stress gab, jemand unzufrieden war oder sich bei der Aktion nicht wohl gefühlt hat.


IN AKTION TRETEN II

ERINNERN UND KONTEXTUALISIEREN MIT AUDIOWALK

Mit einem Tondokument Verborgenes für die Hörer*innen vor Ort wahrnehmbar machen – das ist die Grundidee eines Audiowalks. Wie ein Audioguide in einem Museum führt ein Audiowalk Interessierte durch die Stadt, gibt Hintergrundinformationen zu ausgewählten Orten und erweitert die Wahrnehmung durch Musik. Er regt zum Hinschauen und Nachdenken an. Denn anders als öffentliche Kunstwerke oder architektonische Besonderheiten sind vergangene Ereignisse und Kontexte nicht sichtbar.

Ein Audiowalk ist – einmal inszeniert – leicht zu verbreiten und bietet daher mehr Möglichkeiten der Beschäftigung mit rechter Gewalt und ihrer tödlichen Dimension¹ als zum Beispiel eine Erinnerungsaktion anlässlich des Jahrestages eines Tötungsverbrechens. Wenn die Audiodatei zum herunterladen bereitgestellt wird, können Interessierte den Rundgang an jedem Tag im Jahr ablaufen. Denkbar wäre auch die Ausstrahlung durch ein (freies) Radio. Darüber hinaus bietet er aber auch die Möglichkeit, ihn anlassbezogen (z. B. im Rahmen eines Schulprojekts, Seminars oder einer Aktionswoche) zu nutzen.

Es braucht viel Zeit und Engagement, einen Audiowalk zu konzipieren und umzusetzen. Der folgende Leitfaden soll Euch Anregungen zur Umsetzung eines eigenen Audiowalks geben.

1  Warum erinnern? (S. 126 ff.)

2 Auf www.creativecommons.org findet Ihr eine Auflistung von Plattformen, die Musik unter CC-Lizenzen zur Verfügung stellen

Ihr braucht:

- ein Thema und passend dazu mehrere Orte, Gebäude etc. in einer Stadt bzw. einem Stadtteil, an denen sich das Thema illustrieren lässt,
- Leute, die recherchieren und vorhandenes Material sichten,
- Leute, die Textpassagen auswählen oder eigene Texte schreiben,
- eventuell Interviewpartner*innen und spannende Fragen an sie,
- ein Aufnahmegerät,
- Leute, die Texte einsprechen,
- Leute, die das Audiomaterial bearbeiten und schneiden sowie dazu passende, (lizensfreie)² Musik sowie Töne/Geräusche aussuchen und hinzufügen,
- Leute, die mehrmals die Route ablaufen,
- ggf. aufbereiteter Stadtplan und Infoflyer.

SO GEHT'S: Audiowalk konzipieren und umsetzen

1. Thema, Zielgruppen und Orte

Es ist sinnvoll, sich vorher genau zu überlegen, welches Thema oder welche Themen Ihr wie behandeln möchtet und wen Ihr mit dem Audiowalk erreichen wollt. Darauf aufbauend könnt Ihr im Detail überlegen, welche Orte, Gebäude, Straßen, Sehenswürdigkeiten o.Ä. zu Eurem Thema und Eurer Zielgruppe passen. Hilfreich hierfür könnte die Erstellung einer Liste sein, auf der Ihr jeweils Schlagworte dazu schreibt, wofür der Ort steht und was Ihr schon darüber wisst. Überlegt auch, was davon an dem Ort (noch) sichtbar ist und was nicht.

Stationen des Audiowalk könnten zum Beispiel sein:

- Orte, die im Zusammenhang mit einem rechten Tötungsverbrechen thematisiert werden sollen: Angriffs- und/oder Sterbesort, wichtige biographische Orte; das Gericht, in dem der Prozess stattfand, ein bestehender Gedenkort, ...
- aktuelle Orte rechter Ereignisse oder Ideologie: Tatorte rechter Angriffe, (temporäre) Orte mit rechter Symbolik (massive Aufkleber-, Plakat- oder Sprühaktionen), Treffpunkte für rechte Versammlungen, Orte institutionellen Rassismus, ...
- historische Orte der Verfolgung während der Zeit des Nationalsozialismus bzw. Gedenkort: Ausgangspunkte von Deportationen, eine ehemalige Synagoge, die während der Novemberpogrome 1938 zerstört wurde; ehemalige Rüstungsbetriebe, eine Gedenkstele für Opfer des Nationalsozialismus, ...

Jetzt könnt Ihr noch überlegen und notieren, ob es noch weitere Inhalte gibt, die Ihr gern thematisieren würdet, die sich aber nicht räumlich zuordnen lassen (z. B. die Perspektive bestimmter Betroffenengruppen rechter Gewalt, Hetze gegen Geflüchtete im Internet, öffentliche Ausgrenzungsdebatten, Asylrechtsverschärfungen etc.).

2. Die Route

Im nächsten Schritt könnt Ihr schon konkret überlegen, wie Ihr die ausgewählten Orte und Inhalte am besten miteinander verknüpft. Dafür empfiehlt es sich, die Orte mit zentralen Schlagwörtern auf einem Stadtplan einzuzichnen, um Ideen für mögliche Routen zu entwickeln und zugleich zu sehen, wo sich welche Inhalte gut unterbringen lassen.

Vielleicht könnt Ihr ja auch schon grob einschätzen, wie viel Zeit man zu Fuß von einem zum anderen Ort benötigt? Achtet bei den Entfernungen und der Gesamtstrecke schon jetzt darauf, dass alles gut zu Fuß zu bewältigen ist!

Bedenkt sowohl bei der Wahl der Orte als auch der Zusammenstellung der Route, dass zum Beispiel potentiell von rechter Gewalt Betroffene möglicherweise nicht gern (allein) zu Orten gehen, an denen sie sich vor einem Angriff durch Rechte fürchten müssen (vor einer bei Rechten beliebten Kneipe, einem bekannten Treffpunkt Rechter etc.).

3. Zusammenstellung der Inhalte

Wenn Ihr einzelne Stationen und eine Route sowie die groben Inhalte festgelegt habt, kann es an die Feinplanung gehen. Ein Audiowalk ist kein Hörbuch; d.h. Ihr könnt mit ganz unterschiedlichen Elementen arbeiten, um Euer Thema den Teilnehmer*innen anhand der ausgesuchten Orte und Wege näherzubringen:

- passende Texte einsprechen (z. B. Informationen über die Getöteten, das Verbrechen, gesellschaftliche Reaktionen, die strafrechtliche Aufarbeitung und eine offizielle Anerkennung; eine Chronologie rechter Gewalt, weitere Hintergrundinformationen zu den ausgewählten Stationen, ...)
- Betroffene rechter Gewalt und andere Expert*innen interviewen und selbst zu Wort kommen lassen,
- weiteres Textmaterial vertonen, wie z. B. Zeitungsartikel über Mahnmalschändungen, Internetkommentare, ...
- bereits vorhandene O-Töne wie Reden von Selbstorganisationen, Politiker*innen oder Ausschnitte aus Nachrichtensendungen verwenden,
- Musik, Töne und Geräusche einsetzen, um Atmosphären zu erzeugen und den Text aufzulockern.

Beachtet bei Interviews, die Gesprächspartner*innen vorher um Ihre Einwilligung zur Aufzeichnung und Verwendung für den Audiowalk zu bitten und Ihnen die geschnittene Version auf Wunsch ggf. nochmal zur Autorisierung zu geben. Ihr könntet den Interviewten, z. B. Betroffenen rechter Gewalt oder politischen Aktivist*innen auch anbieten, ihre Namen und persönliche Details zu anonymisieren.



Audiowalk »Ankommen? Bleiben? Gehen? Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus und rechter Gewalt in Merseburg« am 28. März 2015 in Merseburg (© Kathrin Lemcke)



Audiowalk »Ankommen?
Bleiben? Gehen?«
2015 Merseburg
(© Kathrin Lemcke)

Wollt Ihr (längere) Ausschnitte aus vorhandenen Audiobeiträgen nutzen, die nicht als frei nutzbar gekennzeichnet sind, solltet Ihr bei den jeweiligen Sendern oder Verantwortlichen nachfragen, wie Ihr eine solche Erlaubnis erhalten könnt! Auch bei der Verwendung von Musik solltet Ihr darauf achten, dass es sich um sog. open-content-lizenzierte Stücke handelt, die nicht gebührenpflichtig sind.³

Beim Brainstorming zu Euren Inhalten helfen Euch vielleicht folgende Fragen:

- Welche Texte oder Audios gibt es schon zum Thema, die (in Teilen) für den Audiowalk nutzbar wären?
- Welche Recherchen zu den ausgewählten Orten sind noch nötig?
- Wen wollt Ihr interviewen? Und welche Fragen wollt Ihr Interviewpartner*innen stellen?
- Welche thematischen Texte braucht es noch?
- Wie könnte ein guter Einstieg ins Thema gelingen? Und wie wollt Ihr die Teilnehmer*innen mit dem Gehörten zurücklassen bzw. einen Ausblick geben?
- Welche Musik könnte inhaltlich und/oder stimmungsmäßig passen?

Zudem benötigt Ihr noch explizite Richtungs- und Handlungsanweisungen für den Audiowalk, um Eure Hörer*innen später die Route entlang zu lotsen. Zur Erstellung dieser Textteile sowie für eine realistische Einschätzung der reinen Laufzeit solltet Ihr spätestens jetzt die Route probeweise ablaufen. Notiert dabei Eure Laufzeiten von Station zu Station sowie kurze Beschreibungen zu auffälligen bzw. gut sichtbaren Punkten (grünes Haus, hölzerne Parkbank, Haltestelle, ...) als mögliche Wegmarken. Diese könnt Ihr im Audiowalk nutzen, um Euren Hörer*innen die Orientierung zu erleichtern und damit sie wissen, wann sie stehenbleiben und weiterlaufen sollen (z. B.: »Wir biegen jetzt nach links in die Fußgängerzone und laufen bis zum Springbrunnen.«). Behaltet auch Eure Zielgruppe(n) im Hinterkopf: Gibt es Barrieren (wie etwa Treppen, Kopfsteinpflaster, ...)? Gibt es die Möglichkeit, sich zwischendurch auf zum Beispiel einer Parkbank hinzusetzen?

Bei all Euren (inhaltlichen) Überlegungen wäre es gut gleich zu schauen und festzulegen, wer von Euch welche Aufgaben übernimmt und bis wann. Hilfreich könnte es auch sein, eine Art »Drehbuch« zu schreiben, um einen roten Faden zu spinnen und den Überblick zu behalten.

5. Aufnahme eigener Tondokumente

Jetzt geht's ans Aufnehmen eigener Texte. Hierfür solltet Ihr Euch überlegen, wer welche Abschnitte bzw. Textsorten einspricht. Für Abwechslung und Übersichtlichkeit ist es gut, mehr als eine Stimme zu verwenden (z. B. eine Erzähler*innenstimme und eine Stimme für Informationen zu den Stationen). Zu viele Stimmen wiederum verwirren die Hörer*innen.

Je nach dem, wie viel Erfahrung Ihr mit Tonaufnahme und -bearbeitung habt, kann es ein bisschen Zeit kosten, das Sprechen ins Mikrofon und die Minimierung von Störgeräuschen zu üben. Wenn alle Texte eingesprochen, Interviews aufgenommen und Audios zusammengestellt sind, könnt Ihr mit dem

3 Alle Open-Content-Modelle – am bekanntesten ist Creative Commons (CC) – gestatten mindestens eine nicht-kommerzielle Nutzung in unveränderter Form. Nicht alle Lizenzversionen erlauben allerdings eine Bearbeitung von Inhalten.

Audiowalk »Ankommen?
Bleiben? Gehen?«
2015 Merseburg
(© Kathrin Lemcke)



Schneiden und Zusammenfügen beginnen und Musik, Töne und Geräusche einarbeiten. Hört Euch den Audiowalk in seiner »Rohfassung« am Stück an: Ist alles schlüssig und übersichtlich? Bleibt die Lautstärke gleichmäßig? Stimmt das Verhältnis von Gesprochenem, Musik und Tönen?

6. Schnitt und Feintuning

Sowohl für die Aufnahme als auch Schnitt und Bearbeitung des Audiowalks eignen sich eine Reihe von Computerprogrammen, von denen möglicherweise schon eins auf einem Eurer Rechner vorhanden bzw. als freeware verfügbar und oft auch relativ einfach zu bedienen sind. Wenn Ihr Kontakte zu einem Tonstudio habt, beispielsweise einem freien Radio in der Nähe, ist das sicher von Vorteil.

Um Audio und Route bestmöglich aufeinander abzustimmen ist oft noch ein abschließendes Feintuning sinnvoll: Dafür solltet Ihr die Route bestenfalls mehrmals ablaufen, dabei den Audiowalk hören und genau aufschreiben, wo etwas zu lange dauert oder zu kurz ist und welche Anweisungen an die Hörer*innen noch fehlen. Seid dabei genau und testet zum Beispiel auch, wie viel Zeit es brauchen kann, die jeweiligen Straßen (mit Ampeln) zu überqueren und lasst im Audiowalk an jeder Stelle entsprechend viel »Luft« (z. B. mit Hilfe von Musik oder Geräuschen).

Es kann sehr hilfreich sein, den nahezu fertigen Audiowalk von einer außenstehenden Person oder Gruppe testen zu lassen und sich ein Feedback einzuholen. Schlussendlich empfiehlt es sich, das fertige Audio in mehrere Kapitel bzw. Dateien zu unterteilen, sodass den Hörer*innen ggf. ein leichter Wiedereinstieg gelingt (z. B. bei Verlaufen oder unvorhergesehenen Unterbrechungen).

7. Bereitstellung bzw. Veröffentlichung des Audiowalks

Sammelt Ideen, wie Interessierte auf den Audiowalk aufmerksam werden können und plant Eure Öffentlichkeitsarbeit! Ob Euer Audiowalk ggf. im Vorfeld angemeldet werden muss, könnt Ihr zudem im Text zu versammlungsrechtlichen Grundlagen⁴ nachprüfen.

Euer Audio ist fertig und vielleicht aufgrund eines bestimmten Anlass produziert. Es wäre aber total schade, wenn ihr Euch die ganze Mühe nur für eine einmalige Aktion gemacht hättet. Deshalb könntet Ihr Euch z. B. überlegen, ob, wie und wo Ihr das Audio zum Herunterladen anbietet (z. B. auf einer Website oder in Zusammenarbeit mit einem freien Radio). Hier könnte der Audiowalk – so Ihr noch zeitliche Ressourcen habt – von einem analogen und/oder digitalen Stadtplan mit eingezeichneter Route und eventuell Hintergrundinformationen veranschaulicht werden. Darüber hinaus kann es für weitere Interessierte hilfreich sein, an geeigneten Stellen eine*n Ansprechpartner*in für Nachfragen oder Unterstützung bei einer weiteren Realisierung des Audiowalks zu finden. Überlegt ggf., wer von Euch dafür mit welcher Kontaktmöglichkeit auch langfristiger zur Verfügung stehen könnte?

4 Aktiv werden:
Versammlungsrechtliche
Grundlagen (S. 157 ff.)



ZUM ANKNÜPFEN UND WEITERDENKEN

Beispiel für einen gelungenen Audiowalk: »Ankommen? Bleiben? Gehen? – Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus und rechter Gewalt in Merseburg.« – Audiowalk im Rahmen eines anti-rassistischen Aktionstages am 28. März 2015 bit.ly/audiowalk-merseburg

AKTIV WERDEN

VERSAMMLUNGSRECHTLICHE GRUNDLAGEN

unter Mitarbeit von Rechtsanwalt Thomas Jennissen

Sobald Ihr Euch in einer Gruppe von zwei bzw. drei¹ oder mehr Personen zusammenfindet, um öffentlich Eure Meinung kundzutun und damit an der öffentlichen Meinungsbildung teilzuhaben, kann das bereits als Versammlung gewertet werden. Wir haben im Folgenden nach bestem Wissen einige wichtige Punkte zum Versammlungsrecht zusammengetragen, beispielsweise wann eine Aktion oder Veranstaltung anmeldepflichtig ist oder was Ihr bei der Anmeldung beachten solltet. Das soll Euch helfen, einen Überblick darüber zu bekommen, wie Ihr selbst eine Versammlung organisieren könnt. Die folgenden Hinweise stellen aber keine verbindliche Auskunft dar und können eine Rechtsberatung im Einzelfall nicht ersetzen.

Die Versammlungsfreiheit ist als elementares Grundrecht im Grundgesetz (GG)² garantiert und geschützt. Danach haben »alle Deutschen ... das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln« (Art. 8 Abs. 1 GG). Demgegenüber ist im Versammlungsgesetz (VersG)³ »jedermann« unabhängig von der Nationalität geschützt (vgl. § 1 Abs. 1 VersG). Diese Freiheit kann nur für »Versammlungen unter freiem Himmel« gesetzlich beschränkt werden (vgl. Art. 8 Abs. 2 GG).

Seit der Föderalismusreform 2006⁴ ist das Versammlungsrecht Ländersache. Seitdem haben einige Bundesländer das ansonsten fortgeltende VersG des Bundes durch eigene Gesetze ersetzt, so auch Sachsen-Anhalt.⁵ Deshalb kann es ggf. sinnvoll sein, sich als (Mit-)Organisator*in bzw. -Verantwortliche*r einer öffentlichen Aktion im Vorfeld auch mit eventuellen Spezifika in dem jeweiligen Bundesland⁶ zu befassen.

Versammlungsarten

Es lassen sich verschiedene Arten von Versammlungen unterscheiden:

- öffentliche und nicht-öffentliche Versammlungen,
- Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen sowie
- stationäre Versammlungen an einem festen Ort (sog. Kundgebungen) und sog. Aufzüge als sich fortbewegende Versammlungen (Demonstrationen).

Mögliche Kombinationen wären öffentliche Versammlungen oder Aufzüge unter freiem Himmel sowie öffentliche oder nicht-öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen (z. B. Vorträge oder Filmvorführungen).

Öffentlich ist eine Versammlung dann, wenn sich jede*r an ihr beteiligen kann, also der Teilnehmer*innenkreis im Vorhinein nicht bestimmbar ist. Bei einer nicht-öffentlichen Versammlung (sog. geschlossene Veranstaltung) ist der Zutritt auf einen bestimmten, individuell bezeichneten Personenkreis beschränkt (z. B. Mitgliederversammlungen von Parteien oder Vereinen).

Als Versammlungen unter freiem Himmel gelten jene, die zu den Seiten nicht begrenzt sind. Deshalb kommen nichtöffentliche Versammlungen unter freiem Himmel in der Praxis nur selten vor, da die Nichtöffentlichkeit hier i.d.R. nicht gewährleistet werden kann. Demgegenüber zählen Veranstaltungen mit abzugrenzenden Ein- und Ausgängen, beispielsweise Stadien- oder Saalveranstaltungen, zu jenen in geschlossenen Räumen.

Anmeldung von Versammlungen

Eine politische Aktion im öffentlichen Raum fällt in der Regel unter das Versammlungsrecht und ist damit anmeldepflichtig. Anders kann es sich beispielsweise bei Stadtrundgängen oder Kunstaktionen verhalten. Maßgebliches Abgrenzungskriterium ist in der Regel, dass der Zweck einer Versammlung auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichtet ist, weshalb (überwiegend) kommerzielle Veranstaltungen ebenso wenig davon erfasst sind wie reine Unterhaltungs- oder Lehrveranstaltungen.

Ob bei Kunstaktionen auch dann eine Versammlung gegeben ist, wenn der künstlerische Aspekt eigentlich den der Meinungsäußerung überwiegt ist umstritten. Bei politischem Straßentheater sollte aber in

1 je nach Rechtsauffassung bzw. Bundesland

2  www.bundestag.de/grundgesetz

3  dejure.org/gesetze/VersG

4 Grundgesetzänderung zur Neuordnung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern, v.a. der Gesetzgebungskompetenzen

5  bit.ly/VersammlG-LSA

6 z.B. bzgl. Mindestteilnehmer*innenzahl oder polizeilicher Befugnisse zur Videoaufzeichnung

7 in Art. 5 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz garantiertes Grundrecht, sich künstlerisch frei zu betätigen sowie seine Kunst – auch in politischer Absicht – der Öffentlichkeit vorzustellen

der Regel das Versammlungsgesetz Anwendung finden, jedenfalls soweit die Kunstfreiheit⁷ nicht einen noch weiteren Schutz bietet.

- Wie?** entweder formlos schriftlich oder – falls verfügbar – mittels Anmeldeformular bzw. Fragebogen der zuständigen Behörde
→ *Übermittlung per Brief, Fax oder E-Mail möglich*
- Wo?** bei der zuständigen Versammlungsbehörde, i.d.R. Ordnungsamt oder Polizei
→ *Infos zu Zuständigkeit sowie Anmeldeformulare und weitere Hinweise zu lokalen Regelungen sind oft auf den Websites der jeweiligen Stadtverwaltung oder der Polizei zu finden*
- Wann?** mindestens 48 Stunden vor der ersten öffentlichen Ankündigung der Aktion (beispielsweise durch öffentliche Einladung im Internet, Verteilung von Flyern und Plakaten, Veröffentlichung einer Pressemitteilung) bzw. ihrem Beginn (falls keine öffentliche Bekanntmachung)
→ *Wenn Ihr mit – oft sehr kurzfristig erteilten – Auflagen durch die Polizei rechnet und dagegen ggf. gerichtlich vorgehen wollt, braucht das etwas Zeit. Hier könnte es von Vorteil sein, bereits im Vorfeld eine*n Anwält*in zu kontaktieren.*

8 ein Mensch

9 z.B. eingetragener Verein, Stiftung, Kirchengemeinde

10 wenn Veranstalter*in eine Gruppe ist

11 zu Rechten und Pflichten in Sachsen-Anhalt vgl. § 7 VersammlG Sachsen-Anhalt

Bitte beachtet bei der Bekanntmachung Eures Vorhabens außerdem, dass in Deutschland eine sog. Impressumspflicht existiert. D.h. auf Druckerzeugnissen (z. B. Flyern und Postern) muss eine natürliche⁸ oder juristische Person⁹ als Verantwortliche*r im Sinne des Pressegesetzes (V.i.s.d.P.) mit Name und Anschrift aufgeführt sein.

→ *Überlegt ggf., welche Organisationen oder sowieso öffentlich bekannte*r Aktivist*in Ihr anfragen könnt, ob Ihr sie*ihn im Impressum als Verantwortliche*n angeben dürft.*

Was?

- Versamlungsgrund/-thema: kann allgemein gehalten werden
- Veranstalter*in: Name der Einzelperson, Organisation oder Initiative, die zur Teilnahme aufruft und die organisatorische Verantwortung trägt mit Anschrift und Kontaktdaten; ggf. Name des*der Ansprechpartner*in zur Kommunikation mit den Behörden¹⁰
- ggf. Name des*der Versamlungsleiter*in¹¹, eventuell Telefonnummer für Erreichbarkeit
*Grundsätzlich ist die*der Anmelder*in auch Versamlungsleiter*in, wenn keine andere Person als solche benannt wird. Bei Vereinigungen mit Vorsitzenden (bspw. Vereine und Parteien) ist – soweit nichts anderes bestimmt wurde – der*die Vorsitzende Versamlungsleiter*in*



Gedenken an Hans-Joachim Sbrzesny am 11. Juni 2018 (© Alexander Kolsch)



Eine Person kann Veranstalter*in, Anmelder*in, Ansprechpartner*in und Versammlungsleiter*in zugleich sein, muss es aber nicht. So ist der*die Veranstalter*in nicht verpflichtet, bei der Veranstaltung selbst anwesend zu sein.

Die Versammlungsleitung

- ... erhält ebenfalls eine Anmeldebestätigung und die Auflagen,
- ... muss während der gesamten Dauer der Aktion anwesend sein,
- ... ist währenddessen Ansprechperson für die Polizei und andere Behörden und hat beispielsweise auf Anforderung die Zahl der Ordner*innen mitzuteilen,
- ... hat für den geordneten Ablauf der Aktion zu sorgen, wobei ihr grundsätzlich ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wird, wie sie das konkret tut,
- ... hat das Recht, die Versammlung zu unterbrechen, fortzusetzen und zu beenden.

- ggf. Name Stellvertreter*in Versammlungsleitung als Absicherung für Krankheit oder Verhinderung oder zum Teilen der Verantwortung (Bedingung: Volljährigkeit)
- Datum und Zeitraum (von wann bis wann)
Gebt lieber etwas mehr Zeit an, als Ihr voraussichtlich benötigt! Es ist kein Problem, etwas später anzufangen oder eher aufzuhören. Wenn Ihr die angegebene Endzeit aber vor Ort überschreiten wollt, seid Ihr auf die Toleranzbereitschaft der Polizei angewiesen.
- Ort bzw. Wegstrecke
Beschreibt Eure geplante Demoroute möglichst genau und zeichnet sie ggf. auf einem Stadtplan nach! Zwischenkundgebungen sind ebenfalls örtlich anzugeben bzw. zu kennzeichnen. Je konkreter desto besser, da sonst die Polizei vor Ort den genauen Versammlungsort zuweist.
An einigen sensiblen Orten von politischer Bedeutung (dt. Bundesrat und -tag, Bundesverfassungsgericht, Landtage) sind öffentliche Versammlungen grundsätzlich verboten bzw. existieren sog. Bannmeilen (i.d.R. Umkreis von 10 bis 50 Meter). Auf Antrag sind Ausnahmen möglich.
- voraussichtliche Teilnehmer*innenzahl (auch Spanne möglich)
- ggf. auch sog. Kundgebungs- oder Demonstrationsmittel (Lautsprecher, Transparente, Musikanlagen oder Megafone, DVD-Player, Musikinstrumente, Fahrzeuge etc.)
In der Regel wird eine Angabe erwartet. Die Nennung spezieller Mittel (etwa Sprühkreide bei Kunstaktionen) kann unter Umständen geeignet sein, einem späteren Verbot und Einzug durch die Polizei wegen angeblicher Gefahrenabwehr vorzubeugen.
Beim öffentlichen Abspielen von Musik können GEMA-Gebühren anfallen. Informiert Euch dazu ggf. im Vorfeld!

Was nicht?

- Redner*innen: konkrete Personen müssen nicht benannt werden
- Ordner*innen:
 - ... müssen ehrenamtlich als solche tätig, volljährig, und durch eine weiße Armbinde mit der Aufschrift »Ordner« erkennbar sein
 - ... müssen unbewaffnet sein und sollten einen gültigen Ausweis bei sich haben
 - ... sind grundsätzlich Mittel der Versammlungsleitung und keine Hilfspolizei*Ihre Anzahl kann von der Polizei beschränkt werden. Nicht selten ergeht aber auch die Auflage, dass Ordner*innen verwendet werden sollen. Aber selbst dann müssen die konkreten Personen nicht vorher benannt werden.*

Ausnahmen von der (fristgerechten) Anmeldepflicht

Bei **öffentlichen Spontanveranstaltungen**, also ungeplanten Versammlungen aus aktuellem Anlass, gilt die Anmeldepflicht nicht. Hier bedarf es eigentlich auch keiner Versammlungsleitung. In der Praxis erwartet die Polizei vor Ort dennoch oft, dass sich eine Person als »Versammlungsleiter« bzw. zumindest als »Verantwortlicher« meldet. Umstritten ist, ob die Polizei eine Spontanversammlung auflösen darf, wenn sich keine Versammlungsleitung findet. Wenn eine solche Person benannt wird, sollte gut dokumentiert werden, dass diese keineswegs schon im Vorfeld agiert oder zu der Versammlung aufgerufen, sondern die Leitung erst auf ausdrückliche Anfrage der Polizei übernommen hat.

Bei **Eilveranstaltungen**, also Versammlungen, bei denen der Entschluss dazu sehr spät erfolgt ist, muss die 48-stündige Anmeldefrist nicht eingehalten werden. In solchen Fällen muss die Anmeldung nachgeholt werden, sobald der Entschluss zu Durchführung getroffen wurde.

In der Praxis ist die Abgrenzung oftmals sehr schwierig. Versammlungsbehörden neigen dazu, eine Eilveranstaltung (mit Anmeldepflicht) anzunehmen, sobald es irgendeine Form von Aufruf oder Verabredung und eine Spontanversammlung nur dann anzuerkennen, wenn die Versammlungsteilnehmer*innen sich spontan und ohne Verabredung aufgrund eines auch konkret zu verortenden Anlasses versammeln.

Versammlungen in geschlossenen Räumen müssen generell nicht angemeldet werden. In der Einladung muss lediglich der*die Veranstalter*in angegeben werden, da analog zu Versammlungen unter freiem Himmel Versammlungsleitungspflicht besteht.¹² Wenn Ihr Räume von Dritten nutzt wird Euch mit dem Nutzungs- oder Mietvertrag in der Regel zumindest stillschweigend auch das Hausrecht übertragen und dann während der Versammlung von der*m Leiter*in ausgeübt.

Bestimmte Personen wie Nazis und Rassisten können von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden. Wichtig dabei ist aber, darauf bereits in der Einladung bzw. Werbung zur Veranstaltung sowie auch deutlich sichtbar vor Ort hinzuweisen (sog. Ausschlussklausel).¹³

Zudem hat der*die Leiter*in während der laufenden Veranstaltung das Recht, massive Störer*innen auszuschließen.

- Bittet zur Realisierung der Ausschlussklausel ggf. Menschen um Unterstützung, die mindestens die vor Ort relevanten, extrem rechten Akteure erkennen und einordnen können.
- Klärt im Vorfeld, wer die Versammlungsleitung übernimmt, da das aufgrund der fehlenden Anmeldung oft nicht so klar ist!

12 Versammlungsleiter*in ist regelmäßig Veranstalter*in

13 Details z.B. unter bit.ly/kein-zutritt-für-nazis

Podiumsdiskussion »Gemeint sind wir alle – Solidarität mit den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt!« am 21. Januar 2019 in Frankfurt am Main (© peter-juelich.com)

»Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.«

Ausschlussklausel





Videointervention während der Demonstration »Kein Schlussstrich« am 11. Juli 2018 in Halle (© Transit Magazin)

Soll Eure Aktion auf **Privatgelände** (also z. B. in einer Schule oder Uni, auf einem Bahnhof oder in einem Geschäft bzw. Einkaufszentrum) stattfinden, müsst Ihr das mit den Verantwortlichen bzw. Besitzer*innen abstimmen, die über das Hausrecht verfügen. Die Nutzung dieser Räume ist oftmals in Hausnutzungsordnungen geregelt.

→ Zu Eurer Absicherung solltet Ihr Euch ggf. eine schriftliche Genehmigung für die Aktion geben lassen.

Allerdings ist die Frage danach, was als Privatgelände anzusehen ist, nicht unbedingt an die formale Eigentümerstellung gekoppelt. Auch an faktisch öffentlichen Räumen kann ein Recht zum Demonstrieren bestehen, etwa in Flughafenterminals oder auch auf dem Betriebsgelände eines Flughafens, wenn dieses de facto Straßencharakter hat. Maßgebliche Kriterien sind insbesondere, ob der private Eigentümer zumindest mehrheitlich in Staatsbesitz ist und der konkrete Ort »dem allgemeinen kommunikativen Verkehr« geöffnet ist¹⁴. Auch bei rein privaten Plätzen ist entscheidend, ob der Ort einem öffentlichen Raum gleicht. In letzterem Fall müssen die Eigentumsrechte und das Recht der Demonstrierenden gegeneinander abgewogen werden.

→ Recherchiert im Zweifel im Vorfeld, ob es sich um privaten oder faktisch öffentlichen Raum handelt! Beachtet je nach Resultat, dass es sich dann ggf. auch nicht mehr um eine Veranstaltung in geschlossenen Räumen handelt und Ihr die Versammlung anmelden müsst!

Infostände gelten in der Regel nicht als Versammlung, sondern als sog. Sondernutzung des öffentlichen Raums. Eine entsprechende Sondernutzungserlaubnis ist beim zuständigen Ordnungsamt zu beantragen und bei eventuellen Polizeikontrollen am Stand schriftlich vorzuweisen. Für die Bearbeitung können sich die Behörden bis zu einem Monat Zeit lassen, die Genehmigung verwehren oder einen anderen Platz als gewünscht zuweisen sowie – je nach städtischer Satzung – eine (geringe) Standgebühr verlangen. Deshalb kann es sinnvoll sein, stattdessen eine Kundgebung bzw. Demonstration mit Infostand bzw. -tisch anzumelden. Denn im Rahmen einer Versammlung bekommt Ihr mitunter weitergehende Rechte – z. B. einen Umkreis vom Infotisch, in dem Ihr aktiv werden dürft – und es fallen i.d.R. keine Gebühren an.

→ Erkundigt Euch ggf. rechtzeitig vorher, welche Bedingungen vor Ort gelten.

14 So greift das Recht auf Versammlungsfreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln i.d.R. nicht, da diese nur nach Zahlung eines Entgelts betreten werden dürfen und allein auf die Beförderung von Fahrgästen ausgerichtet sind

15 oder die Würde der Opfer des Nationalsozialismus verletzt werden könnte, z.B. durch einen rechten Aufmarsch an einem sensiblen Erinnerungsort oder -tag (vgl. §§ 13 f. VersammlG LSA)

16 z.B. Verbot des Mitführens von Alkohol, von Stöcken ab einer bestimmten Dicke oder von Seitentransparenten

Beschränkungen und Verbote

Eine Versammlung unter freiem Himmel kann nur beschränkt oder verboten werden, wenn davon eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ausgeht¹⁵. Das bedeutet, dass die Versammlungs- bzw. Ordnungsbehörde nur Auflagen erteilen darf, wenn dies zur Abwehr einer derartigen unmittelbaren Gefahr nötig ist.¹⁶ Die Entscheidung muss im Einzelfall begründet sein und in einem angemessenen Verhältnis zum wichtigen Rechtsgut der Versammlungsfreiheit stehen.

Bei größeren Veranstaltungen oder brisanten Themen kann es passieren, dass Ihr von den zuständigen Behörden zu einem sog. Kooperationsgespräch eingeladen werdet. Neben einem*r Vertreter*in der Versammlungsbehörde nimmt daran meist auch die Polizei teil, ggf. auch aus dem Bereich des sog. Staatsschutz. Eine Pflicht, an einem solchen Gespräch teilzunehmen besteht nicht, aber eine Verweigerung erhöht natürlich oftmals nicht gerade die Kooperationsbereitschaft der Behörden.

→ Bereitet Euch auf ein solches Gespräch vor und besprecht Euch bei Unsicherheiten mit einer anmeldeerfahrenen Person Eures Vertrauens, die Euch dann auch zu dem Gespräch begleiten könnte!



EVALUATIONSBOGEN

Du hast Dich auf Grundlage dieses Bildungsmaterials näher mit einem Todesopfern rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt sowie den Hintergründen und weiteren Zusammenhängen beschäftigt? Dann würden wir uns sehr freuen, wenn Du uns dein Feedback dazu geben würdest. Dadurch ist es uns möglich, das Material zu überprüfen und zu verbessern. Es dauert nur wenige Minuten ...

Datum Workshop: Ort: zeitlicher Rahmen:

Wie alt bist Du?

Wie bist Du auf das Bildungsmaterial aufmerksam geworden?

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Webseite | <input type="checkbox"/> politische Zusammenhänge |
| <input type="checkbox"/> soziale Medien | <input type="checkbox"/> Workshop |
| <input type="checkbox"/> soziales Umfeld | <input type="checkbox"/> andere: |

In welchem Rahmen hat der Workshop stattgefunden?

Motivation:

Wie bist Du darauf gekommen, Dich mit dem Thema auseinanderzusetzen (Stichpunkte)?

.....
.....

Vorwissen:

Hattest du bereits Vorerfahrung/Vorwissen zu rechter Gewalt?

- ☐ sehr viel ☐ viel ☐ durchschnittlich ☐ wenig ☐ sehr wenig

Kommentar:

.....
.....

Inhalte:

Mit welchem/welchen Fallgeschichten und Ideen zur Weiterarbeit hast Du Dich beschäftigt?

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> Alberto Adriano | <input type="checkbox"/> Torsten Lamprecht | <input type="checkbox"/> Hans-Joachim Sbrzesny |
| <input type="checkbox"/> Frank Böttcher | <input type="checkbox"/> Rick Langenstein | <input type="checkbox"/> Eberhart Tennstedt |
| <input type="checkbox"/> Jörg Danek | <input type="checkbox"/> Matthias Lüders | <input type="checkbox"/> Willi Worg |
| <input type="checkbox"/> Hans-Werner Gärtner | <input type="checkbox"/> Andreas Oertel | |
| <input type="checkbox"/> Martin Görges | <input type="checkbox"/> Helmut Sackers | |

Wieviele der Aufgaben hast Du bearbeitet?

- ☐ alle ☐ mehr als die Hälfte ☐ die Hälfte ☐ weniger als die Hälfte ☐ keine

Wie beurteilst Du insgesamt ...

... die Aufgabenstellungen:

- ☐ sehr interessant ☐ interessant ☐ teils-teils ☐ wenig ☐ gar nicht interessant

... die dazugehörigen Theorietexte:

- ☐ viel zu einfach ☐ etwas zu einfach ☐ genau richtig ☐ etwas zu schwer ☐ zu schwer

... die weiterführenden Links:

- ☐ sehr interessant ☐ interessant ☐ teils-teils ☐ wenig ☐ gar nicht interessant

**Was fandest Du ...**

... besonders gut?

Und was nicht so gut?

Haben Dir Perspektiven/ Themen/ Inhalte gefehlt?

.....

*Rahmenbedingungen:***Wie groß war Eure Gesamtgruppe?** Personen**Wie passend waren die Zeitvorgaben insgesamt?**
☐ sehr passend ☐ passend ☐ teils - teils ☐ unpassend ☐ sehr unpassend

Kommentar:

.....

Falls Ihr die Aufgaben ohne Anleitung bearbeitet habt: Die Bearbeitung der Aufgaben funktionierte ...
☐ sehr gut ☐ gut ☐ teils gut/ teils schlecht ☐ schlecht ☐ sehr schlecht
Falls es eine oder mehrere Personen gab, die den Workshop moderiert bzw. angeleitet haben, war das ...
☐ sehr hilfreich ☐ hilfreich ☐ teils-teils ☐ nicht hilfreich ☐ überhaupt nicht hilfreich

Kommentar:

.....

Wie war die Arbeitsatmosphäre?

→ in den Kleingruppen?

☐ sehr gut ☐ gut ☐ teils gut/ teils schlecht ☐ schlecht ☐ sehr schlecht

→ im Plenum?

☐ sehr gut ☐ gut ☐ teils gut/ teils schlecht ☐ schlecht ☐ sehr schlecht

Kommentar:

.....

*Ausblick:***Die Beschäftigung mit dem Material hat mich motiviert, weiter am Thema dranzubleiben.**
☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ teils-teils ☐ stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu
Ich könnte mir vorstellen, mich an einer Gedenkveranstaltung für Todesopfer rechter Gewalt zu beteiligen.
☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ teils-teils ☐ stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu
Ich habe Interesse, selbst ein Gedenken zu initiieren.
☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ teils-teils ☐ stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu
Ich würde eine Beschäftigung mit dem Material weiterempfehlen.
☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ teils-teils ☐ stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Hast Du weitere Anmerkungen, Kritik oder Ideen?

.....

.....

Vielen lieben Dank für Dein Feedback!

Die ausgefüllten Bögen können entweder an die Mobile Opferberatung in Halle (Saale) übermittelt oder gescannt bzw. abfotografiert an bildungsmaterial@mobile-opferberatung.de gemailt werden.

LITERATURVERZEICHNIS

- Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.) (2013): Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaft und Betroffenengruppen, Berlin, S. 19-45. bit.ly/instrumentalisierung-sexueller-missbrauch-neonazis [abgerufen am 02.07.2019]
- Arbeit und Leben DGB/ VHS Hamburg e. V. (Hrsg.) (2017): Rassismus als Terror, Struktur und Einstellung. Bildungsbaustein mit Methoden zum NSU-Komplex. Kontinuitäten, Widersprüche und Suchbewegungen. bit.ly/bildungsbaustein-nsu-komplex [abgerufen am 02.07.2019]
- Bialdiga, Kirsten (20.05.2018): 25 Jahre nach Solinger Brandanschlag: »Diesen Schmerz wünsche ich niemandem«. In: RP Online. bit.ly/diesen-schmerz-wuensche-ich-niemandem [abgerufen am 02.07.2019]
- Benedikt, Stefan/Tiefenbach, Barbara/ Zettelbauer, Heidrun (2013): Die imaginierte »Bettlerflut« – Temporäre Migration von Roma/Romnija – Konstrukte und Positionen. Klagenfurt/ Wien: Drava.
- Benz, Wolfgang (1990): Die Opfer und die Täter. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. In: ders. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Botsch, Gideon/ Kopke, Christoph (2015): Wer sind die Opfer – und wie werden sie dazu gemacht? In: Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/wer-sind-die-opfer [abgerufen am 02.07.2019]
- Bundeskriminalamt (BKA) (2016): Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität. Meckenheim. bit.ly/bka-definitionssystem-pmk [abgerufen am 02.07.2019]
- Buschbom, Jan (2013): Anlass oder Legitimation? Zum Verhältnis zwischen rechter Gewalt und Ideologie. In: Totalitarismus und Demokratie, Jg. 10, Heft 2, S. 301-323.
- Butterwegge, Christoph (2010): Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen. In: Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Band 3, Brühl, S. 33-60. bit.ly/jahrbuch-extremismusforschung-09-10 [abgerufen am 02.07.2019]
- BT-Drs. 16/14122 (07.10.2009): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. »Rechtsextreme Tötungsdelikte seit 1990 und antisemitisch motivierte Schändungen jüdischer Friedhöfe seit 2000«. bit.ly/bt-2009-rechtsextreme-toetungsdelikte [abgerufen am 02.07.2019]
- BT-Drs. 17/14543 (09.08.2013): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Mdb Wolfgang Wieland et al, Bd. 90/Die Grünen »Der Themenfeldkatalog der Polizei zur Erfassung der Politisch Motivierten Kriminalität in Deutschland«. bit.ly/bt-2013-themenfeldkatalog-pmk [abgerufen am 02.07.2019]
- BT-Drs. 17/14600 (22.08.2013): Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes [Abschlussbericht NSU-Untersuchungsausschuss]. bit.ly/bt-2013-abschlussbericht-nsu [abgerufen am 02.07.2019]
- BT-Drs. 18/11970 (07.04.2017): Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (UEA). bit.ly/zweiter-bericht-uea [abgerufen am 02.07.2019]
- BT-Drs. 19/2769 (15.06.2018): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von MdB Petra Pau (DIE LINKE) u.a. »Tötungsdelikte mit rechtsextremer bzw. rassistischer Motivation seit 1990«. bit.ly/bt-2018-rechtsextreme-toetungsdelikte [abgerufen am 02.07.2019]
- Cremer, Hendrik (2008): Zur Problematik des Begriffs Rasse in der Gesetzgebung. In: Migrationspolitisches Portal der Heinrich Böll Stiftung. bit.ly/problematik-begriff-rasse [abgerufen am 02.07.2019]
- Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.



- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Weißmann, Marliese/ Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: Dietz.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Universität Leipzig.
- Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Universität Leipzig.
- Dierbach, Stefan (2012): »...denn sie wissen, was sie tun« – Zur Kritik der Wahrnehmung rechter Gewalt als »unpolitische Jugendgewalt«. In: IDA NRW (Hrsg.): Rechte Gewalt in Deutschland. Dimensionen – Wahrnehmungen – Diskurse, Überblick Nr. 4/2012, S. 6-9. bit.ly/überblick-4-12 [abgerufen am 02.07.2019]
- Feldmann, Dorina/ Kopke, Christoph/ Schultz, Gebhard (2015): Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Brandenburg (1990-2008). Zur Problematik der statistischen Erfassung politisch motivierter Kriminalität. In: Frindte, Wolfgang/ Geschke, Daniel/ Haußecker, Nicole/ Schmidtke, Franziska (Hrsg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, S. 341-358.
- Feldmann, Dorina/ Kohlstruck, Michael/ Laube, Max/ Schulz, Gebhard/ Tausendteufel, Helmut (2018): Klassifikation politisch rechter Tötungsdelikte: Berlin 1990 bis 2008. Universitätsverlag der TU Berlin. bit.ly/bericht-tuberlin [abgerufen am 02.07.2019]
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): Ordnung.Macht.Extremismus, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friese, Marie* (2016): Macht Sprache Macht?! Sprachhandeln in Bildungsseminaren. In: quix – kollektiv für kritische bildungsarbeit (Hrsg.): Gender_Sexualitäten_Beglehen in der machtkritischen und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Wien, S. 78-79. bit.ly/gender-sexualitäten-begehen [abgerufen am 02.07.2019]
- Gardi, Nissar (2017): Schweigen zum Rassismus. Erinnerungspolitik und Aufarbeitungsprozesse. In: Arbeit und Leben DGB/ VHS Hamburg e.V. (Hrsg.), S. 31-34.
- Gomolla, Mechthild/ Radtke, Frank-Olaf (2009): Institutionelle Diskriminierung: Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Guillaumin, Colette (1995): Racism, Sexism, Power and Ideology, London: Routledge.
- Hall, Stuart (1994): Alte und neue Identitäten, in: Ders.: Rassismus und kulturelle Identität, Ausgewählte Schriften 2, Hamburg: Argument Verlag, S. 66-77.
- Häusler, Alexander (2017): Debatte: Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei? In: Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/debatte-afd-rechtspopulismus [abgerufen am 02.07.2019]
- Heitmeyer, Wilhelm (1992): Rechtsextremistisch motivierte Gewalt und Eskalation. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Möller, Kurt/ Sünder, Heinz (Hrsg.): Jugend – Staat – Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, 2. Aufl., Weinheim/ München: Juventa, S. 205-218.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002-2011): Deutsche Zustände. Folge 1 bis 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hoa Anh Mai, Hanna (2016): Was ist Rassismus? Was ist Alltagsrassismus? In: Detzner, Milena/ Drücker, Ansgar/ Seng, Sebastian (Hrsg.): Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen. Erweiterte Dokumentation der Fachtagung zum 25-jährigen Jubiläum des »Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbildung (IDA e. V.) am 27. und 28. November 2015 in der Berliner Stadtmission, Düsseldorf, S. 12-18. bit.ly/rassismuskritik [abgerufen am 02.07.2019]
- Hüttman, Jörn (2012): Extreme Rechte – Potentiale und Grenzen einer Begriffsalternative. In: Antifaschistisches Infoblatt 95/2012. bit.ly/begriff-extreme-rechte-potentiale-und-grenzen [abgerufen am 02.07.2019]
- Initiative intersektionale Pädagogik (i-Päd) (Hrsg.) (2014): Respekt Guide. Leitfaden für einen respektvollen Umgang miteinander. bit.ly/respect-guide [abgerufen am 02.07.2019]
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Janosch, Clemens (2007): un-gewohnt: Wohnungslose Menschen stellen sich vor. Fotos und Lebensgeschichten. Freiburg im Breisgau: Lambertus.

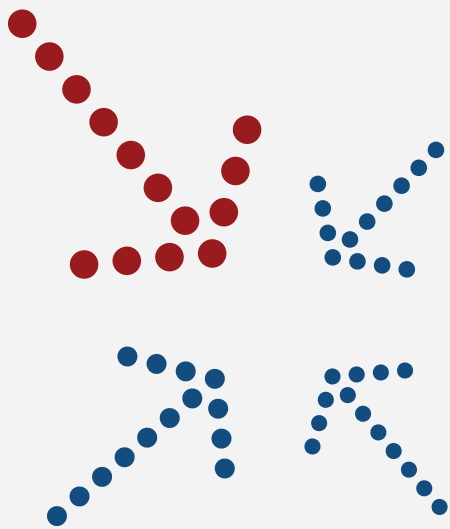
- Jansen, Frank/ Kleffner, Heike/ Staud, Toralf/ Radke, Johannes (2018a): Interaktive Karte. Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In: Tagesspiegel Online (27.09.2018). bit.ly/interaktive-karte-todesopfer [abgerufen am 02.07.2019]
- Jansen, Frank/ Kleffner, Heike/ Staud, Toralf/ Radke, Johannes (2018b): Todesopfer rechter Gewalt. Erstochen, erschlagen, verbrannt. In: ZEIT ONLINE (28.09.2018). bit.ly/erstochen-erschlagen-verbrannt [abgerufen am 02.07.2019]
- Jantzen, Wolfgang (2004): Gewalt ist der verborgene Kern von geistiger Behinderung. In: Wüllenweber, Ernst (Hrsg.): Soziale Probleme von Menschen mit geistiger Behinderung: Fremdbestimmung, Benachteiligung, Ausgrenzung und soziale Abwertung. Stuttgart: Kohlhammer, S. 148-169.
- Jentsch, Ulli (2012): Ach, der Verfassungsschutz! Der Inlandsgeheimdienst und die Antifa. In: Bürgerrechte & Polizei/ CILIP, Jg. 101-102, Heft 1-2/2012, S. 77-85. bit.ly/ach-der-verfassungsschutz [abgerufen am 02.07.2019]
- Kalpaka, Nora/Räthzel, Nora (1990): Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, Madison: Mundo Verlag.
- Keller, Caro/ Spengler, Jonas (2017): Der NSU-Komplex. Auch nach Jahren keine Aufklärung. In: Arbeit und Leben DGB/ VHS Hamburg e.V., S. 25-27.
- Klare, Heiko/ Sturm, Michael (2012): Kein abgeschlossenes Kapitel: Erinnerung an Rechte Gewalt zwischen Bewältigung, Gedenken und Selbstbehauptung. In: Überblick – Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen, Jg. 18., Nr. 4/2012, S. 13-19.
- Kleffner, Heike/ Holzberger, Mark (2004): War da was? Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten. In: Bürgerrechte & Polizei/ CILIP, Jg. 77, Heft 1/2004, S. 56-64. bit.ly/war-da-was [abgerufen am 02.07.2019]
- Kleffner, Heike (2011): (K)eine Frage der Wahrnehmung: die tödliche Dimension politisch rechts motivierter Gewalt. In: Opferberatung des RAA Sachsen e.V (Hrsg.): Tödliche Realitäten – Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini. Dresden, S. 22-47.
- Kleffner, Heike (2014): Eine potenziell tödliche Mischung: Extrem rechter Frauenhass und neonazistische Gewalt. In: Debus, Katharina/ Laumann, Vivien (Hrsg.): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik, 2. korrigierte Aufl., Düsseldorf, S. 49-58. bit.ly/rex-praevention-geschlecht [abgerufen am 02.07.2019]
- Klei, Alexandra (2013a): Warum gedenken? In: RE:GUBEN. bit.ly/warum-gedenken [abgerufen am 02.07.2019]
- Klei, Alexandra (2013b): Ein Stein ist ein Stein ist ein Stein... Vom Zustand der Erinnerung an Farid Guendoul. In Guben. In: RE:GUBEN. bit.ly/ein-stein-ist [abgerufen am 02.07.2019]
- Koller, Florian (2016): Sind Bettler Roma, sind Roma Bettler? Kritik einer einseitigen Wahrnehmung. In: dérive – Zeitschrift für Stadtforschung, Ausgrenzung, Stigmatisierung, Exotisierung. Urbane Lebenswelten von Roma, Heft 64 (3/2016).
- Kopke, Christoph/ Schultz, Gebhard (2015): Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990. Abschlussbericht, Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam. bit.ly/bericht-mmz-brandenburg [abgerufen am 02.07.2019]
- Küpper, Beate (2011): Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland. In: Universität Bielefeld. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. bit.ly/projekt-gmf [abgerufen am 02.07.2019]
- Küpper, Beate/ Zick, Andreas (20.10.2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/bpb-gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit [abgerufen am 02.07.2019]
- Küpper, Beate (2016): Ideologien der Ungleichwertigkeit und das Syndrom »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit«. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Ideologien der Ungleichwertigkeit. Schriften zur Demokratie. Band 42, S. 21-35.
- Küppers, Carolin (2014). Intersektionalität. In: Gender Glossar. <http://gender-glossar.de> [abgerufen am 02.07.2019]
- Lang, Kati (2010): Mit Recht gegen Rechts. In: Opferberatung des RAA Sachsen e.V (Hrsg.): Tödliche Realitäten – Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini, S. 159-173.
- Lang, Kati (2013): »Hau ab Du Penner« – Gewalt gegen Wohnungslose. In: Lotta Nr. 51. bit.ly/hau-ab-du-penner [abgerufen am 02.07.2019]
- Lang, Kati (2015): Defizite in der Verfolgung rassistischer Straftaten. In: UN-Antirassismusausschuss. bit.ly/Defizite_Vorfolgung_rechte_Straftaten [abgerufen am 02.07.2019]



- Leiprecht, Rudolf (2001): Alltagsrassismus. Eine Untersuchung bei Jugendlichen in Deutschland und den Niederlanden, Münster: Waxmann.
- Lima, Daniel (2014): Die verschwiegenen Toten – Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig. In: ZEIT ONLINE. bit.ly/Todesopfer_rechte_Gewalt_Leipzig [abgerufen am 02.07.2019]
- Mecheril, Paul u. a. (2010): Bachelor, Master: Migrationspädagogik, Weinheim/ Basel: Beltz.
- Messerschmidt, Astrid (2010): Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus, in: Broden, Anne/ Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zur Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld: transcript Verlag, S. 41-57.
- Miles, Robert (1989): Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus, in: Das Argument, Jg. 31, Nr. 3, Hamburg, S. 353-367.
- Ministerium für Inneres und Sport (MI)/ Ministerium für Justiz und Gleichstellung (MJ) des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2013): Rechts motiviert? Bericht zur Untersuchung ausgewählter Tötungsdelikte der Jahre 1993 bis 2008 in Sachsen-Anhalt, Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt. bit.ly/untersuchungsbericht-totungsdelikte-isa [abgerufen am 02.07.2019]
- Minkenberg, Michael (1998) Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (Hrsg.) (2012): Zum Gedenken an Torsten Lamprecht. informationen der Mobilen Opferberatung, Nr. 38/2012. bit.ly/mob-info38 [abgerufen am 02.07.2019]
- Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (Hrsg.) (2013): »Würdiges Gedenken. informationen der Mobilen Opferberatung, Nr. 41/2013. bit.ly/mob-info41 [abgerufen am 02.07.2019]
- Möller, Kurt/ Sünker, Heinz (Hrsg.) 1989): Jugend – Gewalt – Staat. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, Weinheim/ München: Juventa.
- Morgenstern, Lina (2015): Den Opfern eine Stimme geben. In: Jungle World Nr. 38/2015. bit.ly/opfern-stimme-geben [abgerufen am 02.07.2019]
- Multikulturelles Zentrum Dessau e.V. (Hrsg.) (2018): Hans-Joachim Sbrzesny. Mord an einem scheinbar Obdachlosen.
- Netzwerk für Demokratie und Courage (Hrsg.): Das Courage 1x1. In: www.netzwerk-courage.de bit.ly/courage-1x1 [abgerufen am 02.07.2019]
- Oguntoye, Katharina/ Ayim/Opitz, May/Schultz, Dagmar (Hrsg.) (2016): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, 4. Aufl., Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Opferperspektive e.V. (Hrsg.) (2015a): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren, 2. korrigierte Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Opferperspektive e.V. (2015b): »Für mich ist es erst abgeschlossen, wenn ich die ganze Wahrheit weiß« – Interview mit Sandra, einer damaligen sehr guten Freundin von Falko Lüdtker. In: [Kein schöner Land]. bit.ly/falko-luedtke [abgerufen am 02.07.2019]
- Pfahl-Traughber, Armin (2010): Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. In: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl, S. 61-86. bit.ly/jahrbuch-extremismus-forschung-09-10 [abgerufen am 02.07.2019]
- Quent, Matthias/ Geschke, Daniel/ Peinelt, Eric (2017): Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei, 2. Aufl., Erfurt: fehl Druck. bit.ly/nicht-ernst-genommen [abgerufen am 02.07.2019]
- Quent, Matthias (2017): »Das Problem in der Debatte ist die parallelisierende Gegenüberstellung«. In: Belltower News. bit.ly/problem-gegenueberstellung [abgerufen am 02.07.2019]
- Schnittcher, Gerd (2011): Bekämpfung des Rechtsextremismus (PMK) aus Sicht einer brandenburger Staatsanwaltschaft. In: Christoph Kopke (Hrsg.): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven, Universitätsverlag Potsdam, S. 151-165. bit.ly/grenzen-der-toleranz [abgerufen am 02.07.2019]
- Shooman, Yasemin/ Yilmaz, Betül (2016): Die Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin als Beispiel für politische Bildungsarbeit. In: Heinrich- Böll- Stiftung (Hrsg.): Ideologien der Ungleichwertigkeit. Schriften zur Demokratie Band 42, S. 73-76. bit.ly/hbs-ideologien-der-ungleichwertigkeit [abgerufen am 02.07.2019]



- Stade, Helen (2013): Ein Krieg gegen die Armen. Diskriminierung und Verfolgung von »Asozialen« im NS-Staat. In: Lotta Nr. 51. bit.ly/krieg-gegen-die-armen [abgerufen am 02.07.2019]
- Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stöss, Richard (2013): Zum »differenzierten Extremismusbegriff« von Eckhard Jesse. In: Gallus, Alexander u.a. (Hrsg.): Deutsche Kontroversen: Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden: Nomos, 169-183.
- Stöss, Richard (29.01.2015): Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften. In: Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/kritik-extremismuskonzept [abgerufen am 02.07.2019]
- Terkessidis, Mark (1998): Psychologie des Rassismus, Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus: Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Bielefeld: Transcript.
- Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (2017): Fakten und Zahlen zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen. In: www.beauftragter-missbrauch.de bit.ly/sexuelle-gewalt-fakten-zahlen [abgerufen am 02.07.2019]
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG): Monitoring rechtsmotivierter Gewalt. In: www.verband-brg.de bit.ly/vbrg-monitoring [abgerufen am 02.07.2019]
- Virchow, Fabian (2016): ‚Rechtsextremismus‘. Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In: Virchow, Fabian/ Langebach, Martin/ Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 5-41.
- Voß, Heinz-Jürgen (2018): Geschlecht – Wider die Natürlichkeit, 4. Aufl., Stuttgart: Schmetterling Verlag/ Reihe theorie.org.
- Wippermann, Wolfgang (2000): Über »Extremismus«, »Faschismus«, »Totalitarismus« und »Neofaschismus«. In: Jäger, Siegfried u.a. (Hrsg.): Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus – Rechtsextremismus – Rassismus. Kontinuitäten und Brüche, Duisburg: DISS, S. 21-47.
- Zick, Andreas/ Klein, Anna (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz. Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.



Rick Langenstein
Hans-Joachim Sbrzesny
Martin Görges
Andreas Oertel
Willi Worg
Alberto Adriano
Helmut Sackers
Jörg Danek
Hans-Werner Gärtner
Frank Böttcher
Eberhart Tennstedt
Matthias Lüders
Torsten Lamprecht